

MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

JULI 1959

INHALT

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Sommer 1959	3
Geld und Kredit	3
Öffentliche Finanzen	19
Produktion und Märkte	29
Außenhandel und Zahlungsbilanz	43
Revision der Mindestreserveanforderungen	56
Statistischer Teil	61
Bankenstatistische Gesamtrechnungen	62
Deutsche Bundesbank	67
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	67
Ausweis	70
Kreditinstitute	72
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	72
Zwischenbilanzen	84
Zinssätze	97
Kapitalmarkt	101
Öffentliche Finanzen	111
Außenwirtschaft	116
Produktion und Märkte	120
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	124
Zinssätze im Ausland	126

Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben dieses Berichts auf das Bundesgebiet ohne Saarland, aber einschließlich Berlin (West).

Abgeschlossen am 1. August 1959

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Sommer 1959

Geld und Kredit

Bankenliquidität und Geldmarkt

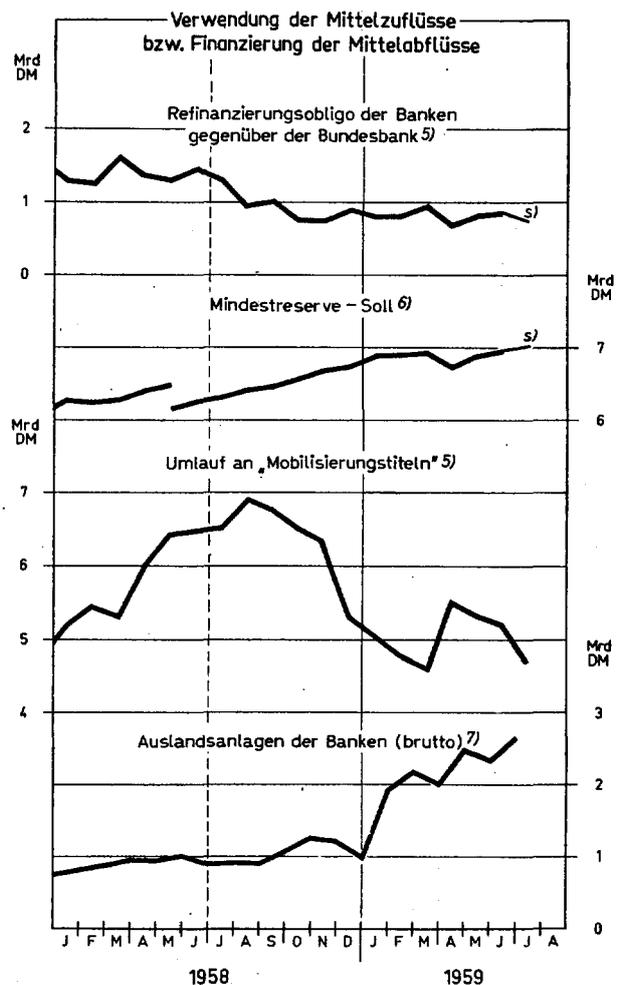
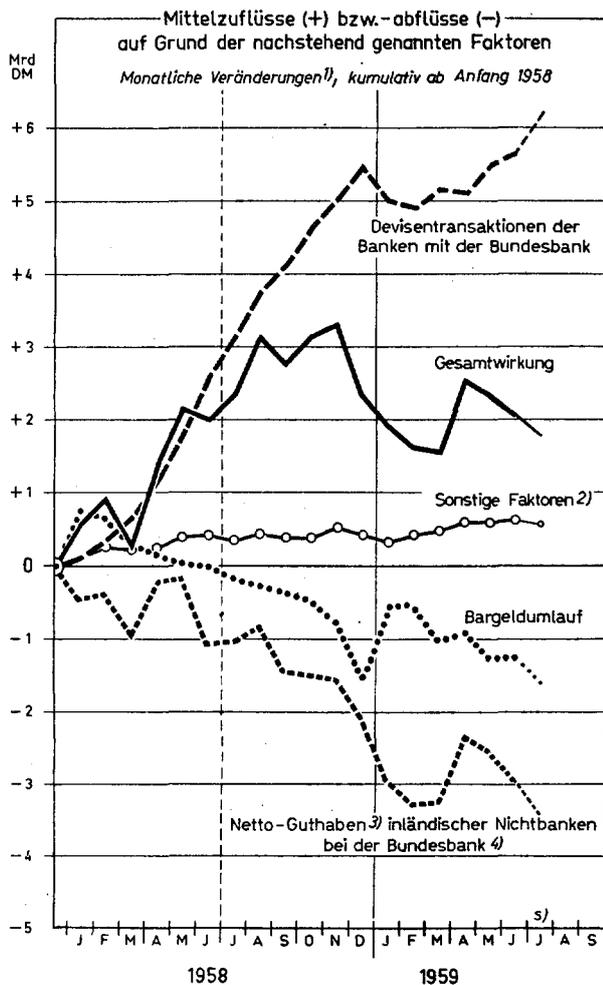
Die Bankenliquidität hat sich seit dem Abschluß unserer letzten Wirtschaftsanalyse — Ende April d. J. — im allgemeinen kaum weiter erhöht, da den Mittelzuflüssen zu den Kreditinstituten per Saldo, wenn auch mit gelegentlich sehr starken zeitlichen Unterschieden, ebenso beträchtliche Mittelabflüsse gegenüberstanden. Es zeigte sich daher nicht der gleiche Anlagedruck wie in manchen früheren Perioden, wenn auch der Geldmarkt auf Grund der Liquiditätsreserven, die den Banken im Bedarfsfall zur Verfügung standen, im großen und ganzen leicht blieb und die Geldsätze nur selten Ausschläge zeigten, die sie über die normale Relation zu den (unveränderten) Abgabesätzen der Bundesbank und zum Diskontsatz brachten; der Juli-Ultimo stand — im Gegensatz allerdings zum Jahres-Medio — sogar im Zeichen einer relativ großen Flüssigkeit.

Verfolgt man die verschiedenen auf die Bankenliquidität einwirkenden Geldströme, so hat unter ihnen einmal die Entwicklung des *Bargeldumlaufs* eine merkbare Belastung für die Banken mit sich gebracht. Der Bargeldumlauf ist seit dem Frühjahr aus saisonalen und konjunkturellen Gründen nicht unerheblich gewachsen, obschon keineswegs stärker als in früheren Jahren um diese Zeit, was um so bemerkenswerter ist, als die steigende Zahl der arbeitsfreien Tage und die Zunahme des Reiseverkehrs anderen, den Bargeldumlauf herabdrückenden Tendenzen deutlich entgegenwirkten. Besonders markant war die Zunahme des Bargeldumlaufs im Mai und im Juli — im ersten Fall offensichtlich unter dem Einfluß des Pfingstfestes und der übrigen in den Mai fallenden Feiertage, im zweiten Fall vor allem wegen des Urlaubsreiseverkehrs, der infolge der Vorverlegung der Ferien in einigen Teilen des Bundesgebiets in diesem Jahr schon zu Beginn des Monats voll einsetzte. Im Tagesdurchschnitt des Monats Juli war der Bargeldumlauf daher mit etwa 18,2 Mrd DM um ungefähr 600 Mio DM höher als im April und um 1,3 Mrd DM höher als im Juli 1958. Daß eine solche jährliche Zunahme — die bei steigenden Einkommen und Umsätzen wohl unvermeidlich ist, zumal im Konsumentenbereich der bargeldlose Zahlungsverkehr kaum stärker zunimmt als der allgemeinen Ausdehnung des

Zahlungsvolumens entspricht — eine ständige tendenzielle Belastung der Bankenliquidität darstellt, ist ein Umstand, der bei der Beurteilung der längerfristigen Entwicklungsperspektiven des Bankenapparates stets im Auge behalten werden muß.

Auch von den *Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte* gingen in den Monaten Mai bis Juli überwiegend restriktive Wirkungen auf die Liquidität der Banken aus. Die öffentlichen Haushalte haben mit anderen Worten dem inneren Geldkreislauf der Volkswirtschaft mehr Mittel entzogen, als sie ihm über ihre Ausgaben wieder zuleiteten. Das lag zu einem erheblichen Teil daran, daß die öffentlichen Haushalte, vor allem der Bund, in den letzten Monaten wieder in großem Umfang Zahlungen an das Ausland zu leisten hatten, für deren Finanzierung praktisch nur Inlandseinnahmen zur Verfügung standen. Das relativ hohe Kassendefizit des Bundes hat sich also auf die Bankenliquidität ebensowenig ausgewirkt wie auf den inneren Geldkreislauf; unter Einbeziehung der durch Kreditoperationen am offenen Markt beschafften Mittel schlossen die „inlandswirksamen“ Kassentransaktionen des Bundes in den Monaten Mai bis Juli vielmehr wieder mit einem beträchtlichen Überschuß ab, durch den dem Markt in entsprechendem Umfang Geld entzogen wurde. In gleicher Weise wirkte die Verbesserung der Kassenposition der übrigen zur Einlegung ihrer Kassenmittel bei der Bundesbank verpflichteten Haushalte, über die im Abschnitt „Öffentliche Finanzen“ näher berichtet wird. Dabei muß allerdings erwähnt werden, daß diese Verbesserung nur zum Teil auf der verhältnismäßig günstigen Entwicklung beruht, die die Steuereinnahmen (einschließlich des Aufkommens aus den Lastenausgleichsabgaben) im bisherigen Verlauf des Jahres genommen haben, im übrigen aber mit größeren Kreditaufnahmen am Markt zusammenhängt, ebenso wie sich die hohen auf die Bankenliquidität einwirkenden „Inlands-Überschüsse“ des Bundes weitgehend aus den bereits angedeuteten Kreditoperationen erklären. Unter den Kreditaufnahmen, die in diesem Zusammenhang eine Rolle gespielt haben, sind einmal die Ende April/Anfang Mai begebenen Kas-

ZUR ENTWICKLUNG DER BANKENLIQUIDITÄT



¹⁾Errechnet auf Grund von Durchschnittsdaten aus den 4 Bankwochenstichtagen. - ²⁾Ohne die auf der rechten Bildseite dargestellten Einflüsse. - ³⁾D.h. nach Abzug der von Bund und Ländern aufgenommenen Kassenkredite. - ⁴⁾Berücksichtigt sind lediglich die „liquiditätswirksamen“ Veränderungen, bis Ende 1958 noch einschließlich der - nicht mehr stark ins Gewicht fallenden - Einlagen alliierter Dienststellen bei der Bundesbank. - ⁵⁾Stand im Durchschnitt der 4 Bankwochenstichtage. - ⁶⁾Ab Mai 1958 ohne das Mindestreserve-Soll der Postscheckkassen und Postsparkassen. - ⁷⁾Stand am Monatsende. - ^{s)}Geschätzt.

BBk

senobligationen des Lastenausgleichsfonds im Betrage von fast 200 Mio DM und die (im Mai aufgelegte) Anleihe der Bundespost in Höhe von 225 Mio DM zu nennen; der Gegenwert beider Emissionen hat die Bundesbankguthaben der betreffenden Stellen zunächst wesentlich erhöht, wenn auch ein großer Teil der aufgenommenen Mittel im weiteren Verlauf der Berichtsperiode dann wieder auf den verschiedensten Wegen in den Verkehr floß. Im Juli hat aber auch der Bund — über die von der Bundesbank eingeräumten Kassenkredite hinaus — die Kreditmärkte stark in Anspruch genommen, und zwar zur Finanzierung der im Zusammenhang mit der Eingliederung des Saargebietes entstandenen Aufwendungen. Im ganzen handelte es sich dabei bis Ende Juli um einen Betrag von 635 Mio DM, der teils durch die Placierung von unverzinslichen

Schatzanweisungen und von drei- und vierjährigen Kassenobligationen des Bundes, teils durch einen Kredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgebracht wurde, der von dieser zum Teil durch die Begebung von Solawechseln wiederum am freien Markt refinanziert wurde. Der Gegenwert dieser Kreditaufnahme wurde noch im Juli zum bei weitem größten Teil entweder zur Finanzierung des Noten- und Münzumtausches im Saargebiet bzw. für die — neben der Ablieferung der umgetauschten Noten und Münzen — an Frankreich zu leistenden Zahlungen verwendet; seine Verwendung war also „liquiditätsneutral“, während die Aufbringung der Mittel zu einer tendenziellen (wie wir sehen werden, durch andere Einflüsse dann wieder weitgehend kompensierten) Belastung der Bankenliquidität führte.

Steigende Beträge mußten vom Bankenapparat in den letzten Monaten schließlich für die Erfüllung der *Mindestreserveanforderungen* aufgewendet werden, nachdem das Reserve-Soll im April auf Grund der Ermäßigung der Reservesätze für Auslandsverbindlichkeiten auf den Stand der sonst üblichen Sätze um rd. 175 Mio DM gesunken war. Der Wiederanstieg hängt mit der weiteren Zunahme der mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten zusammen, da sich damit auch bei gleichbleibenden Reservesätzen das absolute Reserve-Soll erhöht, was in einer wachsenden Volkswirtschaft notabene ebenso zu den „trendmäßigen“, den Bankenapparat an die Liquiditätshilfe der Notenbank bindenden Faktoren gehört wie die Zunahme des Bargeldumlaufs. Im Juni war das Reserve-Soll der Kreditinstitute (ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter) mit 6 978 Mio DM um gut 200 Mio DM höher als im April, und im Juli dürfte es wiederum um 50 bis 100 Mio DM gestiegen sein. Für den August dagegen ist infolge der am 1. d. M. in Kraft ge-

tretenen Neuregelung der Mindestreserveanforderungen, über die in diesem Bericht in einem besonderen Aufsatz berichtet wird, mit einer neuen Ermäßigung des Mindestreserve-Solls zu rechnen; dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der auf Grund der Senkung der Reservesätze und unter der Annahme gleichgebliebener Verbindlichkeiten errechnete Betrag von gut 300 Mio DM zum Teil durch die Mehrbelastung infolge der voraussichtlichen weiteren Zunahme der mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten kompensiert werden wird. Mit der Neuregelung wurde dem schon vor längerer Zeit geäußerten Wunsch verschiedener Verbände des Kreditgewerbes Rechnung getragen, die Reserveanforderungen für die kleineren Institute etwas zu ermäßigen, zumal diese Institute vor Jahren in der Tat stärker begünstigt waren als nach der bisherigen Reservesatz-Staffel. Zugleich wurde der Abstand der Mindestreserveanforderungen für Verbindlichkeiten an Bankplätzen und Nebenplätzen etwas erweitert, da neuere Untersuchungen ergeben hatten, daß der Zwang zur

Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute
in Mio DM

Vorgänge	Veränderung im Vierteljahr bzw. Monat (berechnet auf der Basis von Durchschnitt aus den 4 Bankwochenstichtagen)				
	1959				
	1. Vj.	2. Vj.	April	Mai	Juni
A. Mittelzuflüsse bzw. -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund von Veränderungen der folgenden Positionen	Die Vorzeichen geben an, ob die Veränderungen der in der Vorspalte genannten Positionen Mittelzuflüsse (+) oder -abflüsse (—) beim Banksystem bewirkt haben ^{o)}				
I. Noten- und Münzumsatz	+ 491	— 227	+ 125	— 368	+ 16
II. Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank ¹⁾ davon: 1) Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden 2) Sonstige ²⁾	—1 129 (—1 187)	+ 196 (+ 134)	+ 903 (+ 835)	— 212 (— 179)	— 495 (— 522)
III. Netto-Devisenankäufe bzw. -verkäufe der Deutschen Bundesbank	— 315	+ 521	— 54	+ 381	+ 194
IV. Sonstige Faktoren ³⁾	+ 155	+ 38	+ 18	+ 4	+ 16
Gesamtwirkung der oben genannten Faktoren auf die Bankenliquidität	— 798	+ 528	+ 992	— 195	— 269
B. Mittelzuflüsse bzw. -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund der Offenmarktoperationen der Deutschen Bundesbank, gesamt	+ 674	— 445	— 958	+ 330	+ 183
davon über Ankäufe bzw. Verkäufe von					
1) Geldmarkttiteln des Bundes, die im Umtausch gegen Ausgleichsforderungen erworben wurden,	+ 679	— 571	— 912	+ 212	+ 129
2) sonstigen Titeln	— 5	+ 126	— 46	+ 118	+ 54
C. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank, gesamt ⁴⁾	— 82	— 19	— 230	+ 273	— 62
D. Veränderung der Zentralbankkredite an Kreditinstitute (Refinanzierungskredite)	+ 42	— 102	— 264	+ 138	+ 24

^{o)} Die Veränderungen der unter A und B in der Vorspalte der Tabelle genannten Vorgänge sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Mittelzufluß bzw. -abfluß für die Kreditinstitute verbunden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im Ausweis der Deutschen Bundesbank (bzw. für frühere Termine der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken). Nähere Erläuterungen zu diesen Abweichungen s.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1957, S. 8.

¹⁾ Saldo aus Guthaben und aufgenommenen Kassenkrediten (ohne die im Rahmen der Offenmarktpolitik angekauften Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie ohne Ankaufszusagen für Schatzwechsel). — ²⁾ Einschließlich der Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, da sie sich seit der Einführung der fakultativen zentralen Mindestreservehaltung am 1. Mai 1958 von den übrigen Zentralbankeinlagen der Bundespost nicht mehr trennen lassen. — ³⁾ Schwebende Verrechnungen; Sonderkredite an den Bund zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber Währungsfonds und Weltbank sowie andere Positionen, die den obigen Faktoren nicht eindeutig zugerechnet werden können. — ⁴⁾ Ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. dazu Anmerkung ³⁾.

Kassenhaltung für Kreditinstitute bzw. Zweigniederlassungen an Nebenplätzen oft höher ist als die Einsparung an Mindestreserven, die sich mit der bisherigen Abstufung der Reservesätze nach Bankplätzen und Nebenplätzen für die Institute bzw. Zweigniederlassungen an Nebenplätzen ergab. Da es kaum vertretbar gewesen wäre, andere Institute entsprechend mehr zu belasten, war mit dieser Revision eine leichte Senkung des gesamten Reserve-Solls verbunden. Sie war nicht etwa das eigentliche Ziel der Maßnahme — für das Inkrafttreten der Neuregelung gerade zum jetzigen Zeitpunkt waren vielmehr technische Umstände und die Tatsache bestimmend, daß ab 1. August d. J. auch die Kreditinstitute des Saargebiets die Mindestreserveanforderungen zu erfüllen haben —, aber sie war im Hinblick auf die Liquiditätsbelastungen der letzten Monate vertretbar.

Angesichts dieser Liquiditätsbelastungen hat der sogenannte „Geldexport“ der Geschäftsbanken erheblich nachgelassen. Die Auslandsguthaben der Geschäftsbanken sind von Ende April bis Ende Juni (dem letzten Zeitpunkt, für den umfassende Angaben vorliegen) nur noch um etwa 100 Mio DM (von 3 292 auf 3 396 Mio DM) gestiegen, während sie in den ersten Monaten des Jahres (mit Schwergewicht im Januar) um fast 1,4 Mrd DM zugenommen hatten; auch im Juli scheint das Volumen der „Geldexporte“ den vorhandenen Teilangaben nach relativ gering gewesen zu sein. Die Banken haben vielmehr den größten Teil der bei ihnen anfallenden Devisenüberschüsse an die Bundesbank weitergereicht und sich damit Mittel für die Finanzierung der oben geschilderten Anforderungen beschafft. Im ganzen sind ihnen auf diese Weise in den Monaten Mai bis Juli ungefähr 1,3 Mrd DM zugeflossen, davon reichlich 700 Mio DM im Mai, fast 200 Mio DM im Juni und schätzungsweise 400 Mio DM im Juli; die verhältnismäßig hohe Ziffer für Mai erklärt sich daraus, daß damals infolge der starken Anspannung des Geldmarktes die Devisenzuflüsse durch die „Repatriierung“ von Auslandsguthaben erhöht wurden.

Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als die Geldsätze im Ausland in den letzten Monaten zum Teil nicht unbeträchtlich anzogen und das Zinsgefälle sich infolgedessen verstärkte. Gleichzeitig sind jedoch auch die Kurssicherungskosten für Geldanlagen im Ausland gestiegen, so daß die Vergrößerung des Zinsgefälles hierdurch weitgehend kompensiert wurde. Die Erhöhung der Deportsätze, die die Bundesbank beim Abschluß von Swap-Geschäften mit den Banken berechnet, spielte in diesem Zusammenhang eine Rolle, ohne jedoch ein willkürlicher Eingriff in den Markt gewesen zu sein. Einen Eingriff in die „Markt“-Situation

bedeutete es vielmehr, daß die Bundesbank Anfang dieses Jahres — im Gegensatz zu anderen Notenbanken — überhaupt Swap-Geschäfte zu tätigen begann und daß sie dabei zunächst auf die Berechnung eines Deportsatzes verzichtete und später Kurssicherung zu Sätzen gewährte, die unter denen des „Marktes“ lagen oder sich dort ergeben hätten, wenn die Kurssicherungsgeschäfte ganz dem Markt überlassen worden wären. Die Bundesbank hat damals ausdrücklich erklärt, daß sie damit dem Aufbau eines angemessenen Bestandes an kurzfristigen Auslandsanlagen der Geschäftsbanken nur eine „Starthilfe“ bieten wolle, sich aber vorbehalte, im Laufe der Zeit aus dem Kurssicherungsgeschäft wieder auszuschneiden oder die dabei berechneten Sätze stärker den Marktgegebenheiten anzupassen. Das letztere ist nun in den letzten Monaten mit der schrittweisen Heraufsetzung des Swap-Satzes auf schließlich $\frac{7}{8}$ % geschehen, denn die Marktrate würde sicher noch über diesem Satz liegen, wenn Kurssicherungsgeschäfte nur noch über den Markt abgeschlossen werden könnten. Zu einer Beibehaltung des bisherigen Swap-Satzes bestand auch um so weniger Anlaß, als die Liquidität der Kreditinstitute in den letzten Monaten durch Inlandseinflüsse relativ starken Belastungen ausgesetzt war. Wäre unter diesen Umständen der Geldexport durch Swap-Geschäfte der Bank zu nicht-marktkonformen Sätzen weiter begünstigt worden, so hätte dies die Versteifungstendenzen akzentuiert und wahrscheinlich zu einer stärkeren Auflösung anderer Liquiditätsreserven der Banken — also vor allem ihrer Bestände an heimischen Geldmarktpapieren — geführt, es sei denn, die inländischen Geldsätze wären der Erhöhung der ausländischen Geldsätze Zug um Zug angepaßt worden. Im übrigen wirkte die Heraufsetzung des Swap-Satzes der Bundesbank auf den Geldexport keineswegs prohibitiv; wie schon oben erwähnt, sind selbst im Juli noch — in allerdings bescheidenem Umfang — neue Geldexporte getätigt worden, und zwar zum Teil weiter mit Kurssicherung über die Bundesbank, da der „Markt“ in der Regel nicht billiger war.

Typisch für die Geldmarktentwicklung der letzten Monate war ferner, daß trotz der eben behandelten Schrumpfung der Geldexporte der Umlauf an Offenmarktpapieren der Bundesbank nicht etwa zunahm, sondern im Gegenteil nach einer vorübergehenden Zunahme im April erneut zurückging. Kurz vor Ende April hatten sich „Mobilisierungstitel“ (d. s. von der Bundesbank emittierte Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, die sich die Bank ihrerseits vom Bund gegen die Rückgabe von Ausgleichsforderungen beschafft) im Betrage von nahezu

6 Mrd DM (gegen 4,9 Mrd DM zu Beginn des Monats) im Umlauf befunden; am 30. Juli war der Umlauf auf etwas über 4,5 Mrd DM gesunken. Der größere Teil dieses Rückgangs beruhte darauf, daß fällig gewordene Papiere nicht mehr ersetzt wurden, aber es war bezeichnend für den Geldbedarf des Marktes, daß daneben auch mehrfach Titel vor Fälligkeit zurückgegeben wurden. Besonders vom 25. April bis gegen Ende Mai und dann wieder von Ende Juni bis gegen Ende Juli war die Abnahme stark. In der letztgenannten Periode spielten dabei — neben dem saisonbedingten Anstieg des Bargeldbedarfs — vor allem die Kreditoperationen eine Rolle, mit deren Hilfe bestimmte Aufwendungen finanziert wurden, die dem Bund aus der Eingliederung des Saargebiets erwachsen. In großen Zügen ist hierauf bereits an anderer Stelle eingegangen worden. Hier verdient noch hervorgehoben zu werden, daß im Rahmen dieser Kreditoperationen in beträchtlichem Umfang kurz- und mittelfristige Titel begeben wurden, und zwar ein- bis zweijährige unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes im Betrage von bisher 143 Mio DM (zu den gleichen Bedingungen, wie sie für die entsprechend terminierten „Mobilisierungstitel“ bestehen, wobei allerdings im Auge zu behalten ist, daß länger als ein Jahr laufende Mobilisierungstitel seit Mitte 1958 nicht mehr abgegeben wurden), ferner drei- bis vierjährige Kassenobligationen des Bundes mit einer Rendite von 3,7 bis 4,1 % im Betrage von rd. 167 Mio DM und schließlich Solawechsel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (mit deren Emission die Kreditanstalt einen Teil des von ihr dem Bunde gewährten Kredits refinanzierte) im Betrage von 165 Mio DM und mit einem Diskont, der mit $2\frac{3}{8}$ bis $2\frac{5}{8}$ % (je nach der Laufzeit) über den der entsprechenden „Mobilisierungs“-Schatzwechsel etwas hinausging, um eine Kompensation für den etwas niedrigeren Liquiditätsgrad der Solawechsel zu bieten. Den Geldanlegern wurden im Juli also wieder Geldmarktpapiere angeboten, deren Verzinsung über derjenigen der zur Zeit erhältlichen Mobilisierungstitel liegt, so daß es für die Inhaber dieser Titel reizvoll war, auslaufende Mobilisierungspapiere durch die neuen Geldmarktpapiere zu ersetzen oder sie sogar schon vor Fälligkeit auszutauschen, wenn die damit verbundene, etwas stärkere Liquiditätsbindung in Kauf genommen werden konnte. Ein erheblicher Teil der Abnahme des Umlaufs an Mobilisierungstiteln im Juli dürfte daher mit solchen Substitutionen zusammenhängen, zumal diejenigen Offenmarktoperationen der Bank, die sich nicht auf Mobilisierungstitel beziehen, sondern auf andere Geldmarktpapiere, im Tagesdurchschnitt des Juli praktisch „liquiditätsneutral“ waren. Der — gewöhnlich stark schwankende — Bestand der

Bank an Geldmarktpapieren, die zwar in die Offenmarktoperationen einbezogen sind, aber nicht von der Bundesbank emittiert wurden (es handelt sich dabei um Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen der Bundesbahn und der Bundespost, ferner um Solawechsel der Einfuhr- und Vorratsstellen und schließlich um Privatdiskonte), war nämlich im Tagesdurchschnitt des Juli mit 195 Mio DM nur um rd. 20 Mio DM niedriger als im Vormonat.

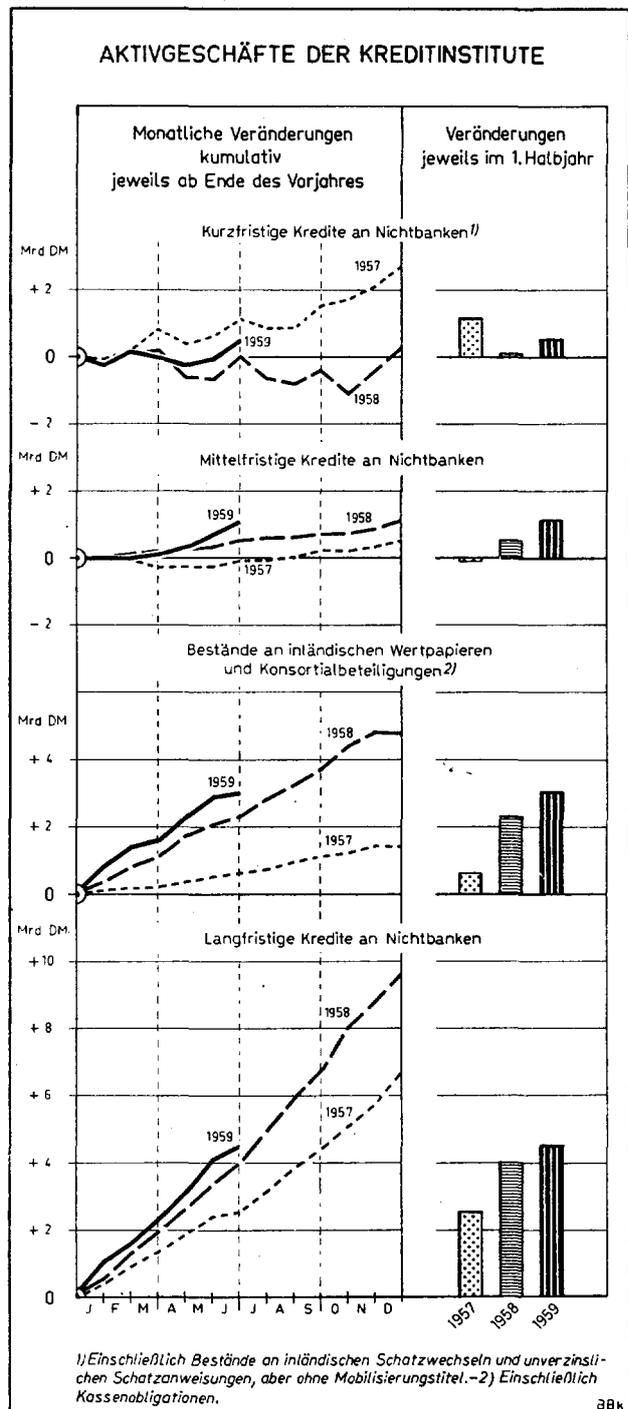
Das *Refinanzierungsobligo* der Banken gegenüber der Bundesbank, das hauptsächlich durch den Rediskont von Wechseln entsteht, hat sich in den letzten Monaten per Saldo nur wenig verändert. Es stellte sich (jeweils im Durchschnitt der vier Bankwochen-Stichtage) auf 706 Mio DM im April, 844 Mio DM im Mai, 868 Mio DM im Juni und schätzungsweise 750 bis 800 Mio DM im Juli. Der Anstieg in den Monaten Mai und Juni (nach dem hauptsächlich durch die Ermäßigung der Mindestreservesätze für Auslandsverbindlichkeiten bedingten Rückgang im April) spiegelt deutlich die etwas steifere Geldmarktverfassung in diesen Monaten wider. Daß sich das Refinanzierungsobligo im Juli wieder leicht vermindert hat, während die Bundesbank gleichzeitig durch den Rücklauf von Mobilisierungstiteln ziemlich stark in Anspruch genommen wurde, dürfte sich hauptsächlich aus der unterschiedlichen Entwicklung des Geldbedarfs bei den einzelnen Instituten erklären. In der Hauptsache werden heute nur noch von Instituten mit begrenzten Geldmarktverbindungen und verhältnismäßig schwachen anderweitigen Liquiditätsreserven Liquiditätsanspannungen über den Wechselrediskont bei der Bundesbank ausgeglichen. Für den Bankenapparat als Ganzes sind dagegen der Erwerb bzw. die Abstoßung von Geldmarktpapieren und die Aufstockung bzw. die Verminderung ihrer Auslandsguthaben viel wichtigere Instrumente des Liquiditätsausgleichs geworden; beide Instrumente reflektierten jedoch im Juli, ebenso wie in den vorangegangenen Monaten, verhältnismäßig starke Anforderungen an die Bankenliquidität.

Die Aktiv- und Passivgeschäfte der Banken

Für die Entwicklung der Aktivgeschäfte der Banken war im zweiten Quartal 1959 nach den bis Ende Juni vorliegenden Angaben der monatlichen Bankenstatistik vor allem eine verstärkte Ausdehnung der kurz- und mittelfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private kennzeichnend. Die Zunahme der langfristigen Bankkredite an Nichtbanken sowie der Wertpapierbestände der Banken blieb infolge größerer Tilgungen demgegenüber etwas hinter dem Ergebnis des ersten Quartals 1959 zurück, obschon sie im Rahmen der ge-

samten Bilanzausdehnung nach wie vor den größten Raum einnahm und auch weit über den Zuwachs früherer Perioden hinausging. Die Bestände der Banken an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, die zum überwiegenden Teil nicht durch eine Kreditgewährung an öffentliche Stellen entstanden sind, da es sich bei ihnen vornehmlich um „Mobilisierungstitel“ der Bundesbank handelt, haben in den letzten Monaten (in- und ausländische Titel zusammengekommen) praktisch kaum noch zugenommen.

Die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private sind im zweiten Quartal 1959 um 737 Mio DM gewachsen gegenüber rd. 170 Mio DM im ersten Viertel d. J. und 50 bzw. 142 Mio DM im zweiten Quartal der beiden vorangegangenen Jahre. Die Steigerung erklärt sich einmal aus dem in den letzten Monaten beträchtlich gestiegenen Mittelbedarf der zentralen Einfuhr- und Vorratsstellen für die Lebensmittelbevorratung, der diese Stellen veranlaßte, ihre bei Banken aufgenommenen Kredite durch die Begebung weiterer Solawechsel im zweiten Quartal d. J. per Saldo um 315 Mio DM zu erhöhen, während sie im entsprechenden Zeitraum der beiden Vorjahre in der Lage gewesen waren, ihre Wechselverbindlichkeiten jeweils um ein Geringes zu reduzieren. Eine maßgebliche Rolle spielte dabei, daß der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel große Mengen an Inlandsgetreide der vorjährigen Ernte wesentlich später als in den vorangegangenen Jahren angedient wurden, so daß sich der Kreditbedarf zur Finanzierung dieser Einlagerungen auf einen relativ kurzen Zeitraum, nämlich im wesentlichen auf die Monate April und Mai, zusammendrängte. Daneben scheinen die Lageraufstockungen, die in den letzten Monaten in einem Teil der Wirtschaft zu beobachten waren, einen etwas stärkeren Kreditbedarf zur Folge gehabt zu haben. Vor allem bei den Sparkassen und bei den Kreditgenossenschaften haben die kurzfristigen Wirtschaftskredite zugenommen (so allein im April und Mai — für Juni liegen für die einzelnen Bankengruppen noch keine Angaben vor — um rd. 260 Mio DM gegen nur etwa 85 Mio DM im entsprechenden Vorjahrszeitraum), während sie sich bei den Kreditbanken zumindest in diesen beiden Monaten nur geringfügig erhöhten. Bei den Kreditbanken, auf die ein verhältnismäßig großer Teil des Konsortialkredits an die Vorratsstellen entfällt, müssen also weiter beachtliche Kredittilgungen vorgenommen worden sein, durch die die Übernahme von Vorratsstellenwechseln mehr oder weniger kompensiert wurde. Überhaupt ist die Entwicklung der kurzfristigen Wirtschaftskredite zur Zeit offenbar stark von Zufallseinflüssen beherrscht. So ist in der ersten Julihälfte bei den



480 halbmonatlich berichtenden Kreditinstituten das Volumen der kurzfristigen Wirtschaftskredite wieder um rd. 140 Mio DM gesunken, d. h. stärker als in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre, in der die Abnahme nur jeweils knapp 90 Mio DM betragen hatte. Schlüssige Anzeichen dafür, daß die Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs auch in der Entwicklung des kurzfristigen Bankkredits ein Pendant findet, liegen also bisher nicht vor.

Die kurzfristigen Bankkredite an öffentliche Körperschaften sind im Berichtsquartal sogar weiter gesunken, da den betreffenden Stellen, insbesondere der Bundesbahn und der Bundespost, in dieser Zeit umfangreiche langfristige Mittel (vor allem in Form von Wertpapiererlösen) zufließen, mit deren Hilfe sie kurzfristige Bankverbindlichkeiten abdecken konnten. Die Buch- und Wechselkredite der Banken an die öffentliche Hand nahmen infolgedessen um insgesamt 135 Mio DM ab, d. h. um etwa den gleichen Betrag, um den sie in den ersten drei Monaten des Jahres gestiegen waren. Auch die Bestände der Banken an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen der Bundesbahn und der Bundespost sowie an Geldmarktpapieren der Länder sind im Berichtsquartal (hauptsächlich infolge der Verringerung des Umlaufbetrages an solchen Titeln) weiter gesunken, und zwar um 77 Mio DM, nachdem sie im ersten Viertel des Jahres bereits um 295 Mio DM zurückgegangen waren.

Auf der anderen Seite hat sich die Ausdehnung der mittel- und langfristigen Kredite der Banken an die Nichtbankenkundschaft in der letzten Zeit weiter beschleunigt. Die Erhöhung dieser Kredite betrug im Berichtsquartal rd. 3,20 Mrd DM und ging damit um etwa 700 Mio DM über die Zunahme im ersten Quartal d. J. hinaus; die Zunahme vom zweiten Quartal 1958 (2,32 Mrd DM) übertraf sie sogar um beinahe eine Milliarde DM. Wie schon angedeutet, war hierfür vor allem die starke Erweiterung der mittelfristigen Kredite maßgebend. Das Volumen dieser Kredite ist in den

Monaten April bis Juni um rd. eine Milliarde DM gewachsen gegen nur etwa 180 Mio DM in den ersten drei Monaten des Jahres und ungefähr 300 Mio DM im zweiten Quartal 1958. Hierzu hat einmal beigetragen, daß die Großbanken Anfang Mai begannen, Kleindarlehen als Personalkredite an private Kunden zu gewähren, und zwar nach den für diese neue Geschäftssparte festgelegten Normen mit Laufzeiten von mehr als 6 Monaten, so daß die Vergabe derartiger Darlehen durchweg zur mittelfristigen Kreditgewährung zählt. Nach Angaben der beteiligten Institute hatten derartige Kleinkredite Ende Juni bereits einen Betrag von 127 Mio DM erreicht. Vor allem aber sind in den letzten Monaten von den Banken in beachtlichem Umfang mittelfristige Schuldscheindarlehen gewährt worden. Es ist bekannt, daß dies zum Teil mit der am 27. Mai d. J. in Kraft getretenen Unterwerfung der Aufnahme bestimmter Schuldscheindarlehen unter die Wertpapiersteuer zusammenhing. Außerdem scheint im Juni ein namhafter Betrag der von den Instituten des Sparkassensektors der Kohlenwirtschaft zur Ablösung von Kohlenimportverträgen im Betrage von maximal 250 Mio DM zugesagten mittelfristigen Kredite abgerufen worden zu sein.

Die langfristigen (d. h. auf länger als vier Jahre befristeten) Kredite an Nichtbanken sind in letzter Zeit per Saldo zwar nicht mehr so stark gestiegen wie in den ersten drei Monaten des Jahres, im Vergleich zu anderen Perioden war ihre Zunahme aber nach wie vor beträchtlich. Mit rd. 2,2 Mrd DM ging sie z. B. über die

Zur Entwicklung der mittel- und langfristigen Kredite an Nichtbanken bei den wichtigsten Bankengruppen
Zunahme: + bzw. Abnahme: —, in Mio DM

Zeit	Hypothekenbanken und öffentliche Grundkreditanstalten	Girozentralen und Sparkassen	Kreditbanken		Kreditinstitute mit Sonderaufgaben		Zentralbanken und Kreditgenossenschaften	Sonstige Banken	Summe aus allen Bankengruppen
			Gesamt	darunter: Großbanken	Gesamt	darunter: KfW, Finag und Berliner Industriebank			
					Gesamt				
1958 Januar — März	+ 799	+ 951	+ 320	(+ 25)	+ 62	(+ 28)	+ 75	+ 24	+ 2 231
April	+ 239	+ 373	+ 19	(+ 3)	+ 35	(+ 14)	+ 41	+ 23	+ 730
Mai	+ 219	+ 435	+ 69	(— 22)	+ 59	(+ 10)	+ 33	+ 19	+ 834
Januar — Mai	+ 1 257	+ 1 759	+ 408	(+ 6)	+ 156	(+ 52)	+ 149	+ 66	+ 3 795
1959 Januar — März	+ 665	+ 950	+ 326	(+ 103)	+ 327	(— 18)	+ 122	+ 127	+ 2 517
April	+ 342	+ 459	+ 178	(+ 97)	— 47	(— 81)	+ 59	+ 23	+ 1 014
Mai	+ 299	+ 465	+ 340	(+ 226)	+ 142	(— 88)	+ 38	+ 27	+ 1 311
Januar — Mai	+ 1 306	+ 1 874	+ 844	(+ 426)	+ 422	(— 187)	+ 219	+ 177	+ 4 842
					darunter: Mittelfristige Kredite				
1958 Januar — März	— 6	+ 119	+ 166	(+ 21)	— 21	(— 1)	— 5	— 14	+ 239
April	— 2	+ 7	+ 25	(+ 11)	— 4	(+ 1)	+ 5	+ 15	+ 46
Mai	+ 3	+ 47	+ 25	(— 26)	+ 13	(0)	+ 5	+ 15	+ 108
Januar — Mai	— 5	+ 173	+ 216	(+ 6)	— 12	(0)	+ 5	+ 16	+ 393
1959 Januar — März	— 2	— 32	+ 168	(+ 111)	+ 44	(+ 27)	+ 14	— 8	+ 184
April	0	+ 52	+ 106	(+ 93)	— 2	(+ 1)	+ 20	+ 18	+ 194
Mai	0	+ 56	+ 257	(+ 227)	+ 24	(+ 2)	+ 8	+ 9	+ 354
Januar — Mai	— 2	+ 76	+ 531	(+ 431)	+ 66	(+ 30)	+ 42	+ 19	+ 732

des zweiten Quartals von 1958 um fast 200 Mio DM hinaus, obwohl die Expansion schon damals — nicht zuletzt auf Grund der Einräumung von Kommunaldarlehen an einige Länder — außergewöhnlich kräftig war. Auch in der Berichtsperiode scheint die Gewährung von Kommunaldarlehen im Rahmen der Gesamtausweitung der langfristigen Kredite eine erhebliche Rolle gespielt zu haben, wenn auch eine geringere als im Vorquartal und im zweiten Vierteljahr 1958. In erster Linie erklärt sich die weitere starke Zunahme der langfristigen Bankkredite an öffentliche Stellen jedoch aus der Weiterleitung des Gegenwerts der zugunsten des Lastenausgleichsfonds durch die Lastenausgleichsbank begebenen Kassenobligationen. Unter ihrer Einbeziehung sind die langfristigen Kredite an öffentliche Stellen wiederum um 670 Mio DM (gegen 687 Mio DM im gleichen Zeitraum des Vorjahres) gestiegen, nachdem sie bereits im ersten Quartal d. J. mit nahezu 940 Mio DM ungewöhnlich stark zugenommen hatten. Läßt man die Weiterleitung von Mitteln an den Lastenausgleichsfonds außer Betracht, so stellte sich der Zuwachs zwar nur auf rd. 470 Mio DM (gegen 590 Mio DM im entsprechenden Vorjahrsabschnitt und 680 Mio DM im ersten Quartal 1959), jedoch ist auch dieser Betrag angesichts der erheblichen Kreditaufnahme im vergangenen Jahr noch als ziemlich hoch zu betrachten.

Sehr stark sind auch wieder die langfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private gewachsen. Ihre Zunahme belief sich auf 1,53 Mrd DM gegen 1,40 Mrd DM im ersten Quartal 1959 und 1,33 Mrd DM im zweiten Quartal 1958. Abgesehen davon, daß auch hier die (durch die bevorstehende Steuerrechtsänderung stimulierte) Aufnahme von Schuldscheindarlehen bei einigen Banken eine gewisse Rolle gespielt haben mag, beruhte die Zunahme vor allem auf der Kreditgewährung der Realkreditinstitute (einschließlich der Girozentralen und Sparkassen). Der Zuwachs wäre zweifellos noch erheblich stärker gewesen, wenn nicht von verschiedenen Kreditnehmern früher aufgenommene Kredite in relativ großem Umfang getilgt worden wären, um sie durch billigere Mittel abzulösen. Besonders ausgeprägt war dieser Einfluß bei der Gruppe der Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, bei der im Bereich der privaten Kundschaft die Tilgungen die Neukreditgewährung im zweiten Quartal um fast 400 Mio DM überwogen. Auch die Tatsache, daß die von den öffentlichen Haushalten gewährten Investitionsdarlehen heute vielfach nicht mehr in der Bankenstatistik erscheinen, da sie nicht mehr unter Mithaftung der statistisch erfaßten Institute herausgelegt werden, hat die obigen Angaben über die Entwicklung der langfristigen Kredite sicher herabgedrückt.

Die Bestände der Banken an Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen (einschließlich Kassenobligationen) haben sich im zweiten Quartal d. J. um rd. 1,55 Mrd DM erhöht. Der Zuwachs war damit etwas geringer als im ersten Quartal d. J. (1,68 Mrd DM), aber nach wie vor beträchtlich größer als in der entsprechenden Vorjahrszeit (1,24 Mrd DM). Maßgebend für die Abschwächung gegenüber dem Vorquartal war vor allem die zum großen Teil schon Ende Juni erfolgte Tilgung der am 1. Juli d. J. zur Rückzahlung fälligen Reichsbahnleihe von 1949, von der sich namhafte Beträge im Besitz der Banken befunden hatten. Die Bestände der Banken an öffentlichen Anleihen nahmen im Juni daher um fast 160 Mio DM ab, nachdem sie in den beiden vorangegangenen Monaten um über 400 Mio DM gestiegen waren. Am stärksten war im Berichtsquartal, wie üblich, der Zugang an fremden Bankschuldverschreibungen (ohne von Banken begebene Kassenobligationen); er betrug 777 Mio DM, wobei es sich im wesentlichen um Pfandbriefe und Kommunalobligationen gehandelt haben dürfte. Das Portefeuille der Banken an Kassenobligationen hat sich ebenfalls weiter erhöht, und zwar um rd. 225 Mio DM auf nunmehr reichlich eine halbe Milliarde DM. Auch der Zu-

*Bestände an Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen¹⁾
bei den einzelnen Bankengruppen*

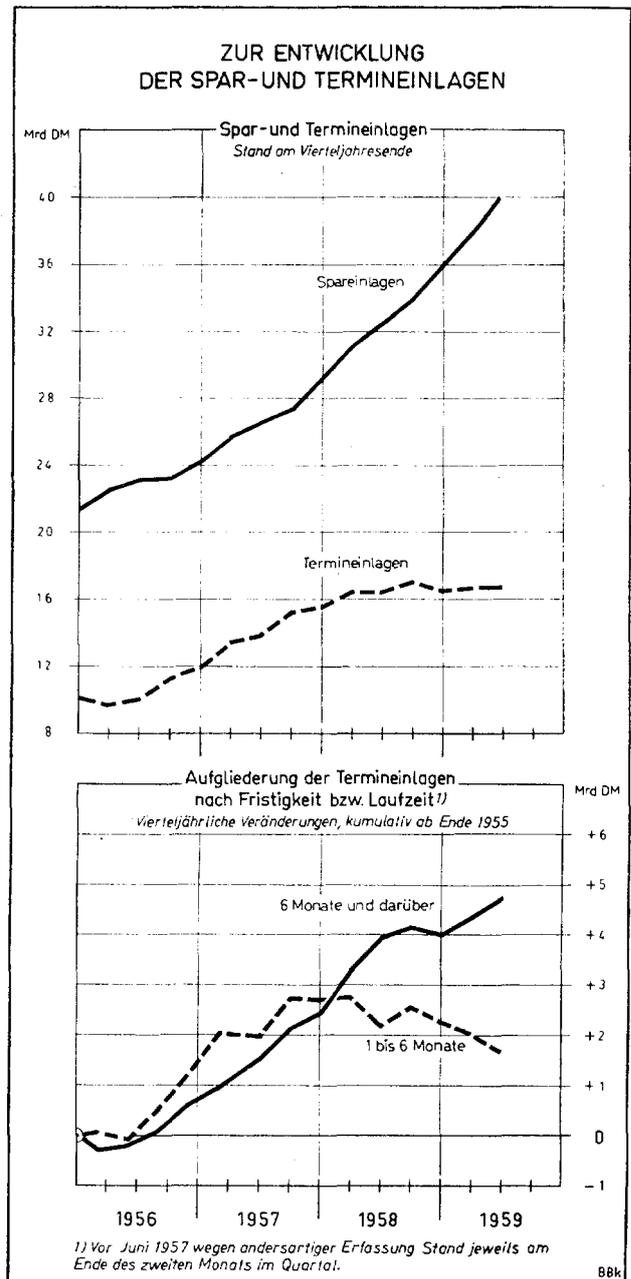
Bankengruppen	Mio DM	vH der werbenden Aktiva
Ende Juni 1959²⁾		
Gesamt	16 374	10,6
Gesamt, ohne Postscheck- und Postsparkassenämter	14 825	9,9
Ende Mai 1959		
Gesamt	16 225	10,6
Gesamt, ohne Postscheck- und Postsparkassenämter	14 701	9,9
Bankengruppen		
Kreditbanken	5 392	13,9
Großbanken	(2 953)	(15,6)
Staats-, Regional- und Lokalbanken	(1 753)	(11,2)
Privatbankiers	(633)	(18,3)
Spezial-, Haus- und Branchebanken	(53)	(6,1)
Institute des Sparkassensektors	7 157	13,5
Girozentralen	(1 972)	(10,2)
Sparkassen	(5 185)	(15,4)
Institute des Genossenschaftssektors	948	9,3
Zentralkassen	(362)	(15,7)
Kreditgenossenschaften	(586)	(7,4)
Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	765	3,4
Postscheck- und Postsparkassenämter	1 524	35,5
Sonstige Kreditinstitute ³⁾	439	1,8

¹⁾ Einschließlich der Bestände an Kassenobligationen sowie an ausländischen Wertpapieren. — ²⁾ Aufteilung nach Bankengruppen liegt für Juni 1959 noch nicht vor. — ³⁾ Kreditinstitute mit Sonderaufgaben und Teilzahlungskreditinstitute.

gang an ausländischen Wertpapieren hat im Berichts-
 quartal — offensichtlich vor allem unter dem Einfluß
 der im April erfolgten Auflegung der Weltbankanleihe
 in der Bundesrepublik — eine etwas größere Rolle ge-
 spielt; die Bestände an ausländischen Emissionen wur-
 den von den Banken Ende Juni d. J. mit rd. 250 Mio
 DM um rd. 100 Mio DM höher ausgewiesen als Ende
 März. Der Gesamtbestand der Banken an in- und aus-
 ländischen Wertpapieren (einschließlich Kassenobliga-
 tionen und Konsortialbeteiligungen) stellte sich Ende
 Juni auf 16,37 Mrd DM; das entspricht knapp 11 vH
 der „werbenden Aktiva“ der Banken. Die Beteiligung
 der einzelnen Bankengruppen an der Wertpapierhaltung
 ist der vorstehenden Tabelle zu entnehmen.

Unter den Bankpassiva sind — neben den Sichtein-
 lagen — vor allem die *Spareinlagen* weiter kräftig ge-
 wachsen, und zwar auf einen Bestand von nunmehr
 40 Mrd DM. Im zweiten Quartal 1959 belief sich der
 Zugang auf rd. 1,67 Mrd DM; er war damit um rd.
 370 Mio DM größer als im zweiten Quartal 1958,
 wenn er auch aus Saisongründen hinter dem Zugang
 der ersten drei Monate d. J. (+ 2,23 Mrd DM) zu-
 rückblieb. Der überwiegende Teil des Zugangs beruhte
 weiter auf den Spareinzahlungen der privaten Haus-
 halte. In den letzten Monaten haben sich jedoch auch
 die Einzahlungsüberschüsse auf den Sparkonten öffent-
 licher Stellen sowie auf denen von Wirtschaftsunter-
 nehmen nicht unbeträchtlich verstärkt. So sind die
 Spareinlagen öffentlicher Stellen im Berichtsquartal um
 273 Mio DM gewachsen gegen 156 Mio DM im ersten
 Quartal d. J. und 94 Mio DM im zweiten Viertel des
 vergangenen Jahres. Die Sparguthaben der Wirtschaft
 haben sich Ende März bis Ende Juni d. J. um knapp 100
 Mio DM erhöht, d. h. um etwa doppelt so viel wie in
 den ersten drei Monaten des Jahres. Bis zu einem ge-
 wissen Grade scheinen dabei Umbuchungen von Ter-
 mineinlagen auf die Spareinlagen eine Rolle gespielt
 zu haben. Die — uns seit März v. J. wieder regelmäßig
 gemeldeten — Umbuchungen von Beträgen in Höhe
 von mindestens 20 000,— DM beliefen sich in den
 ersten sechs Monaten des Jahres auf insgesamt 220 Mio
 DM; im zweiten Quartal allein machten sie rd. 115
 Mio DM aus gegen 29 Mio DM im entsprechenden
 Zeitabschnitt von 1958.

Der Bestand an *Termineinlagen* hat sich im zweiten
 Vierteljahr 1959 per Saldo wenig verändert. Faßt man
 die Termineinlagen aller Fristigkeiten zusammen, so be-
 trug er Ende Juni d. J. 16,84 Mrd DM gegen 16,77 Mrd
 DM Ende März, 16,65 Mrd DM Ende Dezember 1958
 und 16,54 Mrd DM Ende Juni 1958. In der ersten
 Hälfte des vergangenen Jahres hatte der Zuwachs dem-
 gegenüber fast 1 Mrd DM, von Januar bis Juni 1957



sogar fast 2 Mrd DM betragen. Im Vergleich hierzu
 kann man also seit der Mitte des vergangenen Jahres
 praktisch von einer Stagnation in der Zunahme des
 Bestandes an Termineinlagen reden. Die dabei seit eini-
 ger Zeit zu beobachtende unterschiedliche Entwicklung
 der kürzerfristigen und der längerfristigen Terminein-
 lagen hat auch in den letzten Monaten angehalten: Die
 kürzerfristigen Einlagen sind weiter gesunken, die
 längerfristigen gestiegen. Es ist anzunehmen, daß dies
 im wesentlichen auf Zinseinflüsse zurückzuführen ist.

Aus dem Absatz von *Bankschuldverschreibungen* sind
 den emittierenden Banken in den letzten Monaten wie-
 der in beträchtlichem Umfang Mittel zugeflossen, näm-
 lich von April bis Juni rd. 1,5 Mrd DM, nachdem sie

Zur Entwicklung der Aktiv- und Passivgeschäfte der Kreditinstitute *)
in Mio DM

Posten	1958	1958				1959					Stand am Monatsende	
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. ^{p)}	April	Mai	Juni ^{p)}		
Kredite an Nichtbanken und Wertpapierbestände		Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)										
Kurzfristige Kredite an												
Wirtschaftsunternehmen und												
Private	+ 282	— 182	+ 50	— 335	+ 749	+ 171	+ 737	+ 47	+ 259	+ 431	32 906	
Öffentliche Stellen	— 93	+ 162	— 37	— 79	— 139	+ 130	— 135	— 160	— 63	+ 88	527	
Mittel- und langfristige Kredite an												
Wirtschaftsunternehmen und												
Private	+7 650	+1 426	+1 579	+2 315	+2 330	+1 534	+2 531	+ 788	+1 026	+ 717	58 381	
Öffentliche Stellen	+3 129 ⁴⁾	+ 805 ⁴⁾	+ 739	+ 617	+ 968	+ 983	+ 651 ⁴⁾	+ 226	+ 285	+ 140 ⁴⁾	15 523	
Schatzwechsel und unverzinsliche												
Schatzanweisungen	+ 611	+1 676	+ 439	+ 575	—2 079	+ 360	+ 147 ⁴⁾	+ 712	— 425	— 140 ⁴⁾	7 154	
darunter: Schatzwechsel und												
unverzinsliche Schatzanweisungen												
des Bundes aus dem												
Austausch gegen Ausgleichs-												
forderungen	(+ 382 ⁴⁾	(+1 372 ⁴⁾	(+ 640)	(+ 521)	(—2 151)	(+ 524)	(— 36)	(+ 595)	(— 405)	(— 226)	(4 788)	
Wertpapiere und Konsortial-												
beteiligungen ^{1) 2)}	+4 918	+1 107	+1 235	+1 450	+1 126	+1 676	+1 552	+ 779	+ 625	+ 148	16 374	
darunter:												
Bankschuldverschreibungen	(+3 098)	(+ 81 ^{c)}	(+ 775)	(+ 993)	(+ 514)	(+1 149)	(+1 004)	(+ 393)	(+ 415)	(+ 196)	(10 036)	
Bankeinlagen und andere												
Passivposten												
Sichteinlagen von												
Wirtschaftsunternehmen und												
Privaten	+3 274	—1 108	+1 204	+ 942	+2 236	— 523	+1 477	+ 568	+ 474	+ 435	23 213	
Öffentlichen Stellen	+ 236	— 69	— 163	+ 87	+ 381	+ 23 ⁴⁾	— 194	— 251	+ 156	— 99	2 829	
Termineinlagen von												
Wirtschaftsunternehmen und												
Privaten	+ 443	+ 720	— 44	+ 256	— 489	+ 113	— 32	+ 434	+ 77	— 543	9 894	
Öffentlichen Stellen	+ 620	+ 168	+ 112	+ 328	+ 12	+ 11	+ 101	— 95	+ 244	— 48	6 947	
Spareinlagen von												
Wirtschaftsunternehmen und												
Privaten	+6 312	+1 832	+1 207	+1 395	+1 878	+2 075	+1 396	+ 543	+ 397	+ 456	37 460	
Öffentlichen Stellen	+ 402	+ 89	+ 94	+ 38	+ 181	+ 156	+ 273	+ 116	+ 83	+ 74	2 542	
Bei Nichtbanken aufgenommene												
Gelder und Darlehen	+1 904 ⁴⁾	+ 564 ⁴⁾	+ 493	+ 370 ⁴⁾	+ 477	— 260	+ 224	+ 66	+ 110	+ 48	27 929	
darunter: mit Kündigungsfrist												
oder Laufzeit ab 6 Monate	(+1 782 ⁴⁾	(+ 513 ⁴⁾	(+ 639)	(+ 244 ⁴⁾	(+ 386)	(— 173)	(+ 189)	(+ 67)	(+ 109)	(+ 13)	(27 581)	
Umlauf an Bankschuldverschreibungen ³⁾	+4 390 ⁵⁾	+1 188	+ 860	+1 509 ⁶⁾	+ 833	+1 999	+1 491	+ 538	+ 603	+ 350	23 294	

*) Nach der monatlichen Bilanzstatistik der Kreditinstitute. Die Angaben umfassen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber inländischen und ausländischen Nichtbanken; sie unterscheiden sich dadurch von den Angaben der im Rahmen der „Monetären Gesamtanalyse“ abgedruckten Tabelle „Zur Entwicklung der Geldversorgung des Bundesgebiets“, in der alle erfassbaren Auslandspositionen der Banken dem „Netto-Forderungssaldo gegenüber dem Ausland“ zugerechnet sind. — ¹⁾ Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen erklären sich aus der Einbeziehung der ausländischen Titel. — ²⁾ Einschließlich Kassenobligationen. — ³⁾ Ohne Schuldverschreibungen eigener Emissionen im Bestand der Kreditinstitute. — ⁴⁾ Statistisch bereinigt. — ⁵⁾ Mit anderen Ergebnissen nicht voll vergleichbar, da ab Juli 1958 die vorverkauften Schuldverschreibungen mit den „Schuldverschreibungen im Umlauf“ zusammengefaßt wurden. Netto-Absatz nach der Emissionsstatistik im Juli 1958: rd. 480 Mio DM gegen 714 Mio DM lt. Bankenstatistik. — ⁶⁾ Vorläufig.

bereits im ersten Quartal d. J. auf diesem Wege knapp 2 Mrd DM erhalten hatten. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1958 bedeutet dies eine Steigerung um mehr als zwei Drittel. Wie schon angedeutet, ist bei diesen Ziffern zu berücksichtigen, daß sie nicht etwa einen entsprechenden Zuwachs des Gesamtaufkommens an längerfristigen Mitteln bei der Gesamtheit der Banken zum Ausdruck bringen. Ein großer Teil der betreffenden Mittel stammt nämlich von denjenigen Kreditinstituten, die die Schuldverschreibungen der emittierenden Banken erworben haben; anders ausgedrückt, handelt es sich bei einem erheblichen Teil dieses Mittelaufkommens also um eine Umschichtung von Mitteln von den

„Depositenbanken“ auf die Bankschuldverschreibungen ausgebenden Institute, vor allem also die Realkreditinstitute. Setzt man die für den Erwerb von Bankschuldverschreibungen von seiten der Kreditinstitute aufgewendeten Beträge von dem Gesamtaufkommen aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen ab, so ergibt sich für das zweite Quartal eine Summe von rd. einer halben Milliarde DM bei einem Gesamtabsatz von, wie erwähnt, 1,5 Mrd DM. Die analogen Ziffern für das gesamte erste Halbjahr lauten 1,3 bzw. 3,5 Mrd DM. Daß der „Bankenanteil“ an der Aufnahme von Bankschuldverschreibungen danach wesentlich höher ist als der am Gesamtplacement von festverzinslichen

Wertpapieren (wo er im ersten Halbjahr etwa 56 vH betrug), erklärt sich daraus, daß die Banken vornehmlich Bankschuldverschreibungen in ihr Wertpapierportfolio zu nehmen pflegen. Wie die Tabelle auf Seite 12 im einzelnen erkennen läßt, haben Bankschuldverschreibungen im laufenden Jahr aber bereits zu einem wesentlich höheren Prozentsatz auch außerhalb des Kreises der Kreditinstitute Aufnahme gefunden als noch im vergangenen Jahr. Bei den in der Berichtsperiode abgesetzten Bankschuldverschreibungen handelte es sich in der Hauptsache wieder um Pfandbriefe und Kommunalobligationen; die Emissionen von Spezialkreditinstituten, unter denen vor allem die Kassenobligationen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank Erwähnung verdienen, erbrachten rd. 325 Mio DM.

Die Aufnahme längerfristiger Gelder und Darlehen bei Nichtbanken spielte demgegenüber im Rahmen der bankmäßigen Geldkapitalbildung weiterhin nur eine relativ untergeordnete Rolle, wenn sich im Berichtsquartal auch wieder ein Zuwachs an diesen Passiven ergab (um rd. 190 Mio DM), nachdem ihr Bestand im ersten Quartal d. J. um rd. 170 Mio DM abgenommen hatte. Wie in diesen Berichten schon mehrfach dargelegt¹⁾, sind die Gründe für diese Entwicklung vor allem in der veränderten Darlehntechnik der öffentlichen Haushalte sowie in verstärkten Tilgungen von Sonderkrediten zu suchen, die in früheren Jahren im Rahmen bestimmter öffentlicher Kreditprogramme oder aus steuerlich privilegierten Mittelbereitstellungen der privaten Wirtschaft über das Bankensystem ausgereicht wurden und nunmehr in zunehmendem Maße zur Rückzahlung anstehen.

Die Lage an den Wertpapiermärkten

Die Lage an den Wertpapiermärkten war in der Berichtsperiode dadurch gekennzeichnet, daß die Aktienkurse — wie wir meinen: ohne realistische Fühlung mit den Ertragschancen — weiter haussierten, während der Rentenmarkt umgekehrt bis vor einigen Wochen zur Schwäche neigte — aber unserer Ansicht nach ebenfalls, ohne daß die auf längere Sicht bestimmenden Faktoren hierzu Anlaß gaben.

Betrachten wir zunächst die Entwicklung des Rentenmarktes, so hat sich die schon in unserem letzten — Anfang Mai veröffentlichten — Wirtschaftsbericht festgestellte Abkühlung des Marktklimas in den Monaten Mai und Juni noch verstärkt, wenn sie dann auch wieder von einer etwas freundlicheren Stimmung abgelöst wurde. Die in diesen beiden Monaten heraus-

gekommenen Emissionen fanden nicht mehr so zügig Absatz wie namentlich in den beiden ersten Monaten des Jahres. Von einzelnen Anleihen blieben vielmehr größere Posten bei den Konsortialbanken hängen, und aus älteren Emissionen ergaben sich zum Teil merkliche Rückflüsse. Um den Absatz zu fördern, fanden sich daher besonders die sogenannten Daueremittenten in zunehmendem Maße zu Zugeständnissen an die Abnehmer ihrer Papiere bereit. Abgesehen von einer leichten Herabsetzung der Emissionskurse wurden insbesondere höhere Bonifikationsabschläge gewährt, ja im Juni und Anfang Juli begann ein Teil der Institute sogar wieder in steigendem Umfang 5 1/2%ige Wertpapiere zu verkaufen und das Schwergewicht der Neuemissionen auf diesen Typ zu verlagern. Auch an den Kursen der älteren, bereits an der Börse eingeführten Emissionen ging diese Entwicklung nicht spurlos vorbei, wenn auch die Kursrückgänge in der Regel in engen Grenzen blieben, zumal einige Emittenten im Bedarfsfall eine sehr verständnisvolle, durch das alsbaldige Nachlassen der Rückflüsse weitgehend gerechtfertigte Kurspflege trieben.

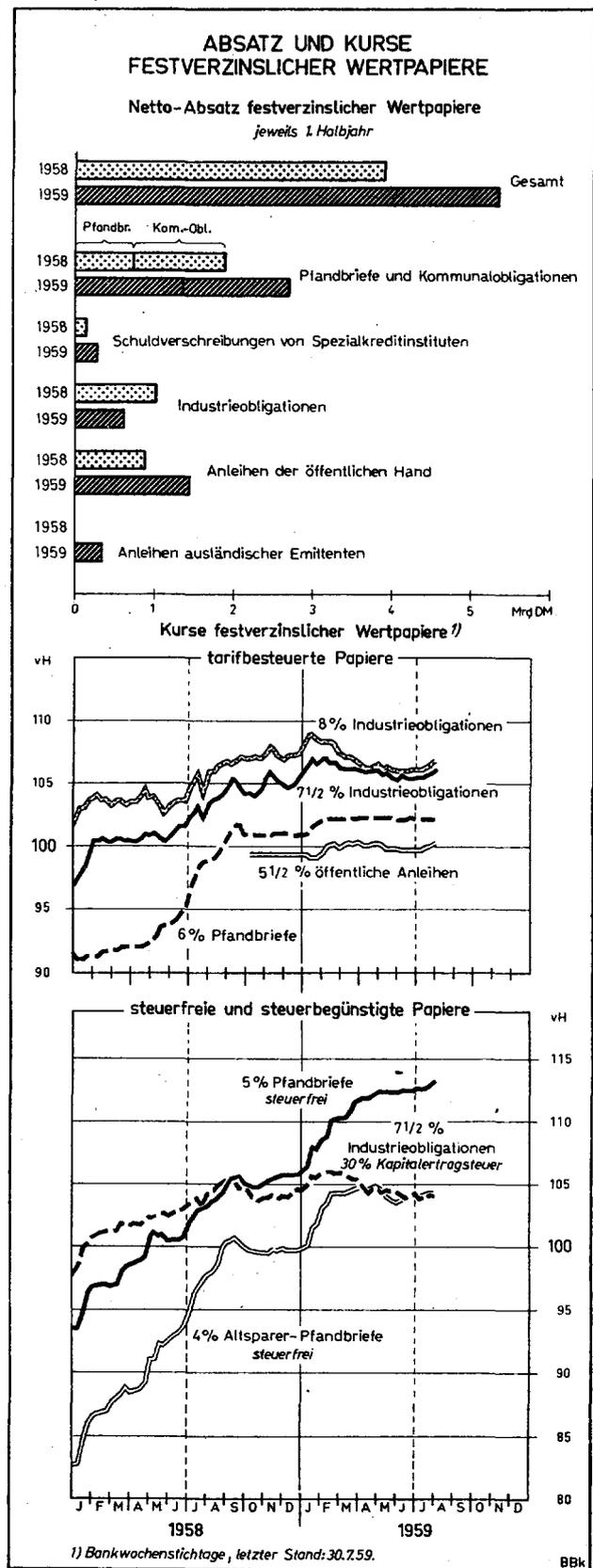
Trotz dieser leichten Flaute hielten sich jedoch die Emissions- und Absatzziffern auf einem bemerkenswert hohen Niveau. Insgesamt wurden im zweiten Quartal für rd. 2,9 Mrd DM festverzinsliche Wertpapiere abgesetzt. Der Absatz hat damit das — saisonbegünstigte — Ergebnis des ersten Quartals sogar noch leicht übertroffen; über das des zweiten Quartals von 1958 ging er um nahezu 800 Mio DM hinaus. Besonders in den Monaten April und Mai wurde mit 1,3 bzw. 1,1 Mrd DM ein Betrag erreicht, der bis dahin nur in zwei Monaten — im Oktober 1958 und im Januar 1959 — erzielt bzw. überschritten worden war. Der Gesamtabsatz an festverzinslichen Wertpapieren ist infolgedessen im ersten Halbjahr 1959 auf fast 5,8 Mrd DM gestiegen gegen rd. 4 Mrd DM im zweiten und etwas weniger als 4,2 Mrd DM im ersten Halbjahr 1958.

Allerdings war dieser Absatzrekord auch einer der Gründe für die Flaute des Marktes, denn mit Ansprüchen in dieser Höhe wurde der Markt offensichtlich etwas „überfordert“, obwohl weniger im Hinblick auf seine grundsätzliche Leistungsfähigkeit als vielmehr darauf, daß in der gleichen Zeit, in der diese verhältnismäßig hohen Ansprüche gestellt wurden, die Aufnahmebereitschaft für festverzinsliche Wertpapiere etwas nachließ. Beides, d. h. sowohl die verstärkte Belastung des Marktes als auch die verringerte Aufnahmebereitschaft für festverzinsliche Wertpapiere, hat seine Wurzeln weitgehend darin, daß sich im Frühjahr die Zinserwartungen der Öffentlichkeit teilweise änderten, weil an die Stelle des bisherigen „Zinsoptimismus“, der in den ersten Monaten des Jahres bei einigen Emitten-

¹⁾ Vgl. die entsprechenden Bemerkungen auf S. 10 des vorliegenden Heftes sowie die Ausführungen in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank für November 1958, S. 11 f. sowie für April 1959, S. 11 f.

ten sogar schon zu einem Liebäugeln mit dem $4\frac{1}{2}\%$ igen Wertpapiertyp geführt hatte, nunmehr ein gewisser „Zinsspektivismus“, nämlich die Erwartung eher leicht steigender Zinssätze, trat. Es würde zu weit führen, auf die Ursachen dieser — nicht zu Unrecht als „Abkühlung des Marktklimas“ bezeichneten — Veränderung näher einzugehen. Eine Rolle spielte sicher, daß das Tempo der vorangegangenen Zinssenkung verhältnismäßig rasch gewesen war, obwohl die Bundesbank, wie hier wiederholt betont, die Zinssenkung nicht etwa „forciert“, sondern durch die Abgabe von Milliardenbeträgen an ad hoc kreierten Offenmarkt-titeln eher gebremst hat. Jener rasche Wandel von über 8 % bis auf wenig über 5 %, d. h. auf ein ohne künstliche Steuerhilfen in Deutschland lange nicht verzeichnetes Niveau, hatte verschiedentlich zu Zweifeln darüber geführt, ob diese Entwicklung in jeder Hinsicht gesund gewesen sei. Das erreichte Niveau wurde damit psychologisch nachteilig berührt, so sehr es auch der in den letzten Jahren erreichten Höhe der Kapitalbildung und der außenwirtschaftlichen Lage der westdeutschen Wirtschaft entspricht, daß der hohe Kapitalzins früherer Epochen überwunden und Anschluß an das Kapitalzinsniveau anderer vergleichbarer Länder gefunden wurde. Von nicht geringem Einfluß auf das Kapitalmarktklima war ferner, daß die mit der Leerung des „Julisturms“ nun auch für eine breitere Öffentlichkeit offenkundig gewordene Anspannung der Bundesfinanzen teilweise die Befürchtung aufkommen ließ, der Markt könnte in absehbarer Zeit durch große Bundesanleihen zu sehr belastet werden. So griff eine gewisse Nervosität Platz, die, wie erwähnt, sowohl auf der Angebotsseite als auch auf der Nachfrageseite des Kapitalmarktes nicht ohne Wirkungen blieb.

Auf der Nachfrageseite ergab sich unter ihrem Einfluß offensichtlich eine gewisse Intensivierung der Kapitalaufnahme. Für Investitionen, die bisher nur mit eigenen (auf längere Sicht vielleicht für andere Zwecke benötigten) Mitteln oder mit kurzfristigen Krediten finanziert worden waren, wurde nun die langfristige Finanzierung nachgeholt. Hatten sich z. B. die Hypothekenbanken im vergangenen Jahr wiederholt über den schleppenden Abfluß der zugesagten Hypothekengelder beklagt, so mußten sie nun erhebliche Beträge für die Auszahlungen bereitstellen. Vor allem aber machte sich über die echte konjunkturbedingte Zunahme des Kapitalbedarfs hinaus eine ausgeprägte Neigung zur vorzeitigen Kapitalaufnahme bemerkbar. Die in einem der vorangegangenen Abschnitte kommentierten Ergebnisse der Kreditstatistik für die letzten Monate und die im Abschnitt „Produktion und Märkte“ enthaltenen Angaben über die Baufinanzierung bieten einen



klaren Beleg hierfür. Wenn z. B. die im zweiten Quartal von den Realkreditinstituten erteilten Hypothekenzusagen für den Wohnungsbau um ungefähr 55 vH

höher waren als in der gleichen Zeit des Vorjahres, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sich diese Zusagen zu einem erheblichen Teil auf Objekte beziehen, die erst nach Ablauf einer verhältnismäßig langen Zeit zur Durchführung kommen werden, da der Wohnungsbau kurzfristig bei weitem nicht in diesem Umfang ausgedehnt werden könnte. Auf der anderen Seite besteht zweifellos die Tendenz, die für die Honorierung dieser Zusagen benötigten Mittel möglichst bald anzuschaffen, so daß es nicht Wunder nehmen kann, daß die Emissionen der Realkreditinstitute, ungeachtet der vom Zentralen Kapitalmarktausschuß empfohlenen Marktschonung, im zweiten Quartal mit 1,37 Mrd DM um 76 vH höher waren als in der gleichen Zeit des Vorjahres und mit Hilfe der geschilderten Zugeständnisse an die Abnehmer auch fast restlos untergebracht wurden. Dabei ist es bezeichnend für die Tendenz zur vorzeitigen Kapitalaufnahme, daß in letzter Zeit die Emissionserlöse nicht mehr so zügig wie bisher an die letzten Kreditnehmer weitergeleitet werden konnten, wie daraus hervorgeht, daß im Juni nach den uns vorliegenden Angaben die „Ersatzdeckung“ bei den Hypothekenbanken zum ersten Male seit längerer Zeit wieder relativ stark zugenommen hat.

Auf seiten der Kapitalanleger dagegen machte sich das veränderte Marktklima umgekehrt im Wiederauftreten eines gewissen „Attentismus“ bemerkbar. War vordem der Erwerb von Wertpapieren sichtlich durch die Hoffnung auf Kurssteigerungen beflügelt worden, so disponierten die Kapitalanleger nun zum Teil eher wieder mit einer gewissen Zurückhaltung, um erst einmal die weitere Entwicklung des Marktes abzuwarten. Es kam hinzu, daß die Kreditinstitute, auf die nach wie vor ein großer Teil des Wertpapierabsatzes entfällt, in den letzten Monaten aus den oben dargelegten Gründen liquiditätsmäßig nicht unter einem besonderen Anlagedruck standen, sondern aus Liquiditätsgründen ihre Wertpapierkäufe eher etwas beschränkten. Tatsächlich haben die Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen (ohne Kassenobligationen) der monatlich berichtenden Banken im Mai nur um 462 Mio DM und im Juni nur um 152 Mio DM zugenommen, nachdem sie im April um über 700 Mio DM und im Durchschnitt der ersten drei Monate des Jahres um etwa 480 Mio DM gestiegen waren; der enge Zusammenhang zwischen der Liquiditätslage der Banken und ihren Wertpapierkäufen, auf den hier schon wiederholt hingewiesen wurde und der typisch ist für die breite Nahtstelle, die bei den gegenwärtigen Anlagegewohnheiten des Publikums zwischen Geldmarkt und Kapitalmarkt besteht, machte sich also wiederum geltend. Nicht zuletzt aber ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, daß

dem Wertpapier im April, Mai und wohl auch noch im Juni bei der Mittelanlage der Banken und der übrigen Kapitalsammelstellen in erheblichem Umfang Wasser abgegraben wurde durch die Welle von Schuldscheindarlehen, die in diesen Monaten gewährt bzw. ausbezahlt wurden. Wie schon erwähnt, handelte es sich dabei vor allem um eine Auswirkung der am 27. Mai d. J. vollzogenen Unterwerfung der Schuldscheindarlehen (soweit sie in Teilbeträge gestückelt sind) unter die Wertpapiersteuer; wahrscheinlich war aber auch hier die Tendenz zur vorzeitigen Edeckung mit Kapital nicht ohne Einfluß. Wie groß die Beträge sind, die auf diese Weise angelegt wurden, ist nicht bekannt; aus den in früherem Zusammenhang gemachten Angaben über die starke Ausdehnung der mittel- und langfristigen Ausleihungen allein bei den Banken geht jedoch hervor, daß sie beträchtlich gewesen sein müssen. Nicht unerhebliche Mittel, die sonst wahrscheinlich an die Wertpapiermärkte geflossen wären, wanderten damit in andere Kanäle.

Bringt man all diese Faktoren auf einen Nenner, so ergibt sich, daß temporäre und vor allem psychologische, durch die Entwicklung von Kapitalbildung und effektivem Kapitalbedarf kaum gerechtfertigte Momente für die Flaute, die im zweiten Quartal den Rentenmarkt erfaßt hatte, eine große Rolle spielten. In Ansehung dessen ist auch von den maßgebenden Stellen darauf verzichtet worden, das gesamte Konditionengefüge des Rentenmarktes jener — wahrscheinlich nur auf die „Kleinwetterlage“ beschränkten — Veränderung anzupassen und damit eine Entwicklung einzuleiten, die leicht zu einer Selbstpotenzierung der Abschwächungstendenzen anstatt zu einer Überwindung der Flaute hätte führen können. Der Zentrale Kapitalmarktausschuß hat vielmehr an seiner — schon im Mai eingeschlagenen — Linie festgehalten, den Markt mit neuen Emissionen zunächst einmal zu schonen, und wiederholt einen dahingehenden Appell an die Emittenten gerichtet. In Unterstützung dieser Bemühungen sind im Juli die Realkreditinstitute, die in den Monaten Mai und Juni noch sehr hohe Emissionen auf den Markt gebracht und deren Absatz durch nicht unerhebliche Zugeständnisse bei den Konditionen forciert hatten, auf Veranlassung ihrer Spitzenverbände übereingekommen, die Netto-Abgabekurse ihrer 5 %igen Pfandbriefe und Kommunalobligationen durch Herabsetzung der Bonifikationssätze wieder auf $95\frac{1}{4}$ bis $95\frac{1}{2}$ vH zu heben sowie $5\frac{1}{2}$ %ige Schuldverschreibungen bis zum 1. September 1959 nicht mehr abzusetzen und auch keine weiteren Emissionen dieses Typs zu beantragen. Ferner hat das — unter Führung der Bundesbank stehende — Bankenkonsortium für Bundesanleihen beschlossen, die

**Der Absatz von Wertpapieren
in Mio DM**

Zeit	Schuldverschreibungen inländischer Emittenten						Anleihen ausländischer Emittenten	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Sonstige Schuldverschreibungen				
Brutto-Absatz										
1958 1. Vj.	480,4	709,5	32,1	501,8	331,1	—	—	2 054,9	277,7	2 332,6
2. "	262,8	448,7	157,7	525,5	708,2	—	—	2 102,9	299,7	2 402,6
3. "	387,6	760,7	154,8	299,6	299,2	0,0	—	1 901,9	265,6	2 167,5
4. "	488,0	418,7	77,5	325,0	664,2	2,0	92,0	2 067,4	296,5	2 363,9
1959 1. Vj.	838,0	806,8	194,5	283,8	640,2	0,0	124,6	2 887,9	279,3	3 167,2
2. "	615,0	652,0	152,6	425,8	834,3	—	220,0	2 899,7	110,9	3 010,6
April	215,7	246,0	52,3	119,8	442,4	—	220,0	1 296,2	34,1	1 330,3
Mai	164,9	219,8	82,2	256,0	390,5	—	—	1 113,4	10,0	1 123,4
Juni	234,4	186,2	18,1	50,0	1,4	—	—	490,1	66,8	556,9
Tilgung										
1958 1. Vj.	7,1	4,6	53,2	13,3	51,7	0,1	—	130,0	—	130,0
2. "	1,7	4,8	0,1	5,9	113,5	0,1	—	126,1	—	126,1
3. "	6,2	56,7	0,0	11,4	49,3	0,0	—	123,6	—	123,6
4. "	45,3	34,3	40,3	71,4	45,3	0,2	—	236,8	—	236,8
1959 1. Vj.	39,1	57,8	55,8	34,7	29,9	—	—	217,3	—	217,3
2. "	53,3	72,1	9,1	61,4	413,1	—	—	609,0	—	609,0
April	20,3	25,1	0,1	3,0	8,6	—	—	57,1	—	57,1
Mai	7,2	5,8	0,5	31,1	3,5	—	—	48,1	—	48,1
Juni	25,8	41,2	8,5	27,3	401,0	—	—	503,8	—	503,8
Netto-Absatz ¹⁾										
1958 1. Vj.	473,3	704,9	— 21,1	488,5	279,4	— 0,1	—	1 924,9	277,7	2 202,6
2. "	261,1	443,9	157,6	519,6	594,7	— 0,1	—	1 976,8	299,7	2 276,5
3. "	381,4	704,0	154,8	288,2	249,9	— 0,0	—	1 778,3	265,6	2 043,9
4. "	442,7	384,4	37,2	253,6	618,9	1,8	92,0	1 830,6	296,5	2 127,1
1959 1. Vj.	798,9	749,0	138,7	249,1	610,3	0,0	124,6	2 670,6	279,3	2 949,9
2. "	561,7	579,9	143,5	364,4	421,2	—	220,0	2 290,7	110,9	2 401,6
April	195,4	220,9	52,2	116,8	433,8	—	220,0	1 239,1	34,1	1 273,2
Mai	157,7	214,0	81,7	224,9	387,0	—	—	1 065,3	10,0	1 075,3
Juni	208,6	145,0	9,6	22,7	—399,6	—	—	— 13,7	66,8	53,1

¹⁾ D. h. Brutto-Absatz abzüglich Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet, daß im betreffenden Zeitraum die Tilgung von Wertpapieren den Neuabsatz übertraf.

zunächst für Ende Juli geplante zweite Tranche der Bundesbahnanleihe von 1959 auf die zweite Augusthälfte zu verschieben.

Freilich kann durch solche Maßnahmen eine Marktverschlechterung auf weitere Sicht nur inhibiert werden, wenn sie nicht im Widerspruch zur Grundverfassung des Marktes stehen und die Flaute der letzten Monate also wirklich nur mit temporären Verklemmungen zusammenhängen. Die Entscheidung hierüber kann nur die weitere Entwicklung selbst fällen. Vorläufig aber besteht kein Grund zu der Annahme, daß sich die Konstellation der die Kapitalmarktentwicklung bestimmenden Kräfte grundlegend geändert hat, so daß es unberechtigt gewesen wäre, auf die Marktsituation der letzten Monate sofort mit einer Veränderung der Konditionen zu reagieren (die leicht als grundsätzliche Tendenzänderung hätte gedeutet werden können und die Marktlage dann sicher noch weiter abgeschwächt hätte), anstatt zu versuchen, durch eine temporäre Einwirkung auf das Angebot an festverzinslichen Wertpapieren die Verkrampfung zu lösen. Es verdient in Erinnerung gerufen zu werden, daß man in den letzten Monaten des

vergangenen Jahres, also in ganz ähnlicher Situation, mit diesem Verhalten einen vollen Erfolg erzielt hat.

Was zu einem gewissen Optimismus hinsichtlich der künftigen Kapitalmarktentwicklung Anlaß gibt, ist einmal die Tatsache, daß die Sparkapitalbildung in der Bundesrepublik weiter im Zunehmen begriffen ist. In einem der folgenden Abschnitte dieses Berichts wird dargelegt, daß die Sparquote der privaten Haushalte im ersten Halbjahr 9,2 vH erreicht haben dürfte, d. h. einen noch höheren Stand, als er bereits im vergangenen Jahr zu verzeichnen war; die Ersparnis wächst m. a. W. nach wie vor stärker als das (nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen) verfügbare Privateinkommen. Auch die innere Kapitalbildung der Unternehmen steigt unter dem Einfluß der guten Konjunktur sicher wieder an. Hinzu kommt, daß die Rolle des Wertpapiermarktes als Mittler des Kapitalstroms vom Sparer zum Investor strukturell noch größer zu werden verspricht. Aus dem Aufsatz „Die volkswirtschaftliche Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1958“, den wir im Mai-Heft dieser Monatsberichte veröffentlichten, ging hervor, daß zwar

auch im vergangenen Jahr im Vergleich zu früher erst ein verhältnismäßig kleiner Teil der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung über die Wertpapiermärkte ging, daß aber dieser Anteil bereits wesentlich höher war als vor einigen Jahren. Wenn diese „Normalisierung“-Tendenz weiter anhält (und manches deutet darauf hin), ist zu erwarten, daß das Kapitalangebot an den Wertpapiermärkten eher überproportional zur gesamten Ersparnis zunehmen wird. Auf die Entwicklung des Kapitalzinses würde dies, allen bisherigen Erfahrungen nach, einen sehr positiven Einfluß ausüben.

Auf der anderen Seite werden freilich auch die Ansprüche an den Kapitalmarkt wachsen, aber es besteht vorerst durchaus die Chance, daß diese Zunahme nicht über die des Kapitalangebots hinausgeht. Voraussetzung ist freilich, daß nicht spekulative Kräfte — wie etwa in den Monaten Mai und Juni — von beiden Seiten her das Gleichgewicht stören und daß die Ansprüche der öffentlichen Hand in den durch die Fassungskraft des Marktes gebotenen Grenzen bleiben. Was das Letztere anlangt, so kann bei einem großen Teil der Haushalte damit gerechnet werden. Aus den Darlegungen über die öffentlichen Finanzen im nachfolgenden Abschnitt dieses Berichts geht hervor, daß, abgesehen vom Bund, alle anderen Glieder der öffentlichen Hand im laufenden Rechnungsjahr weniger Kreditmittel als im Vorjahr benötigen werden; es ist anzunehmen, daß das für den Kapitalmarkt im engeren Sinne des Wortes eine entsprechende Schonung mit sich bringen wird. Größer wird allerdings der Kreditbedarf des Bundes sein. Der Bundesfinanzminister hat den gesamten im laufenden Rechnungsjahr auf dem Kreditwege zu deckenden Finanzbedarf des Bundes auf 3 Mrd DM (ohne die bereits abgewickelten Sonderkredite für die Eingliederung des Saargebiets und den von der Bundesbank zugesagten Buchkredit für die Erhöhung der Einschüsse beim Internationalen Währungsfonds) veranschlagt. Dieser Betrag ist zweifellos hoch, auch wenn man berücksichtigt, daß nur ein Teil am eigentlichen Kapitalmarkt befriedigt werden soll — der Rest wäre kurz- und mittelfristig aufzunehmen — und daß sich die Aufbringung der Mittel bis zum nächsten Frühjahr erstrecken wird. Es sollten daher die Chancen, die sich aus der — neuerdings relativ guten — Entwicklung der Steuereinnahmen ergeben, genutzt werden, um den Kreditbedarf nach Möglichkeit herabzudrücken. Ganz im Sinne des Bundesfinanzministers wären mithin etwaige Ausgabeaufstockungen unter allen Umständen zu vermeiden oder nur mit Hilfe von Steuererhöhungen zu finanzieren. Wird dem Rechnung getragen und werden die Kreditansprüche des Bundes zeitlich und sachlich geschickt verteilt, so ist kaum zu befürchten, daß sie

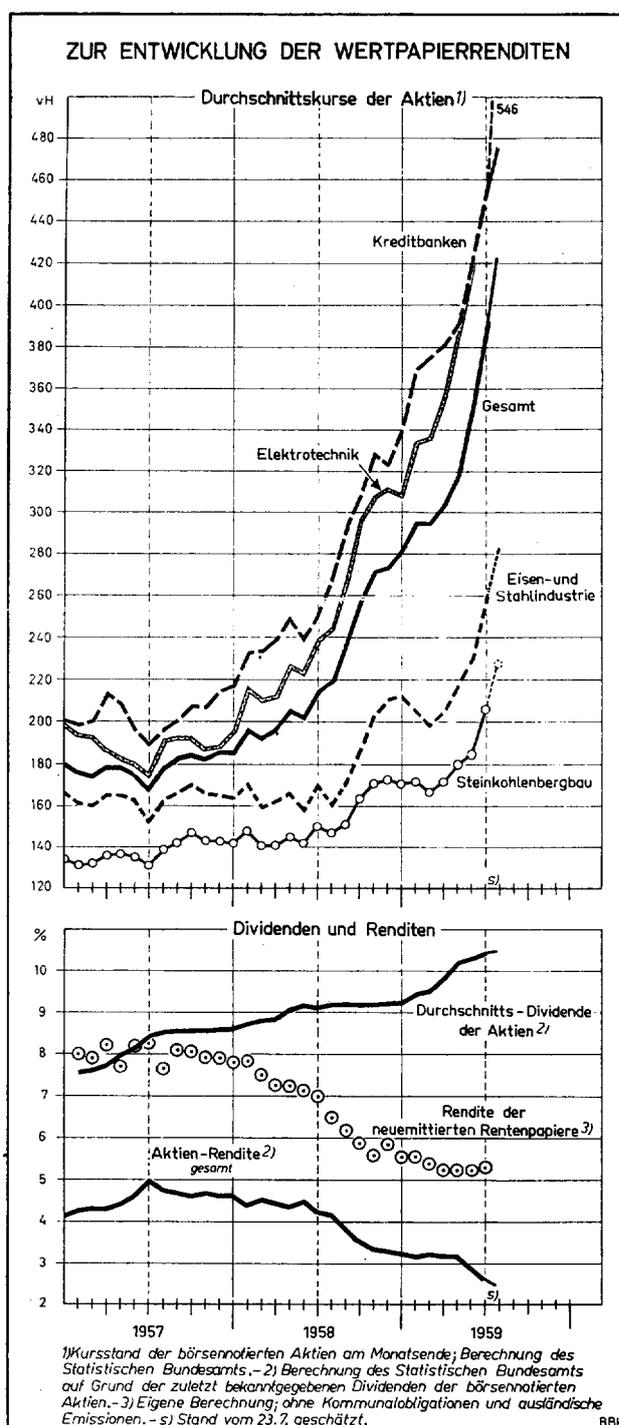
bei anhaltendem Wachstum des Kapitalangebots und bei der erwarteten Zurückhaltung der sonstigen öffentlichen Stellen über die Fassungskraft des Marktes hinausgehen. Bei der Beurteilung des Kapitalbedarfs der Wirtschaft schließlich ist zu berücksichtigen, daß sie sich in den letzten Monaten durch die vorsorgliche Kapitalaufnahme zum Teil erhebliche Reserven gesichert hat. Auch der Wohnungsbau dürfte zur Zeit für eine längere Periode finanziert sein als in allen früheren Jahren; im übrigen wäre zu wünschen, daß in diesem Bereich der Kapitalbedarf auch dadurch beschränkt wird, daß die öffentliche Hand die Bautätigkeit durch Reduktion ihrer eigenen Investitionen und durch Streckung im sozialen Wohnungsbau nicht mehr so stark wachsen läßt wie in letzter Zeit, weil sonst nicht nur der Kapitalmarkt, sondern auch die Kapazität der Bauwirtschaft überfordert würde.

Im Juli sind tatsächlich bereits deutliche Anzeichen einer erneuten Festigung der Rentenmärkte sichtbar geworden. Der Kursdruck bei den umlaufenden tarifbesteuerten Papieren hat aufgehört, und teilweise sind bereits wieder Kurserhöhungen bis zu einem Punkt zu verzeichnen. Der Entschluß der Realkreditinstitute, bis auf weiteres am 5%igen Pfandbrieftyp festzuhalten und ihn zu keinen ungünstigeren als den obengenannten Bedingungen abzugeben, sowie der geringe Umfang der sonstigen Emissionen haben die Erholung merklich gefördert. Abgesehen von den sicher stark reduzierten Emissionen der Realkreditinstitute sind im Juli an neuen festverzinslichen Wertpapieren etwa 300 Mio DM Kassenobligationen (darunter 167 Mio DM des Bundes zur Finanzierung der im Zusammenhang mit der Saareingliederung entstandenen Aufwendungen) sowie am letzten Tag des Monats eine 5%ige Industrieanleihe im Betrage von 25 Mio DM zum Verkauf gelangt. Andererseits haben sich die für die Anlage in Wertpapieren verfügbaren Mittel schon auf Grund des Kupontermins vom 1. Juli, der Tilgung der steuerfreien Reichsbahnleihe von 1949 und der am 1. Juli frei gewordenen erheblichen Beträge aus den im zweiten Halbjahr 1956 im Rahmen des sogenannten „Preusker-Sparens“ abgeschlossenen steuerbegünstigten Sparverträgen erhöht. Es ist damit ein Nachfrage-Stau entstanden, der schon jetzt zu spüren ist und dessen Einfluß sich im Verlauf der nächsten Wochen noch weiter geltend machen dürfte. Auch daß die Banken im August voraussichtlich wieder flüssiger sein werden als in den letzten Monaten, dürfte dem Kapitalmarkt bei der großen Bedeutung, die die Kreditinstitute für die Weiterleitung von Ersparnissen an den Wertpapiermarkt erlangt haben, zugute kommen, obwohl, wie gesagt, das letzte Wort nur die tatsächliche Entwicklung sprechen wird.

Am Aktienmarkt haben sich die Kurssteigerungen, die dem Markt seit reichlich zwei Jahren das Gepräge geben, in einem Tempo fortgesetzt, das unsere früher gegen diese Entwicklung geäußerten Bedenken nur noch verstärkt. Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Index der Aktienkurse (31. 12. 1953 = 100) erreichte am 31. Juli — dem vierten Stichtag dieses Monats — den Stand von 468 gegen 334 im Durchschnitt des April, 224 im Durchschnitt des Juni 1958 und 178 im Durchschnitt des Juni 1957, als die gegenwärtige Aktienhausse begann. Die Steigerung ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß die im Rahmen des marktwirtschaftlichen Geschehens bei Preissteigerungen sonst übliche Reaktion — nämlich eine Erhöhung des Angebots der im Preis gestiegenen Ware — nicht einsetzte. Das Aktienangebot aus Neuemissionen ist im zweiten Quartal vielmehr praktisch zum Erliegen gekommen: Insgesamt wurden in diesem Zeitraum Aktien nur im Betrage von 83 Mio DM emittiert gegen 300 Mio DM im Vorvierteljahr und insgesamt 1,1 Mrd DM im Jahre 1958. Der Anteil der Aktienemissionen ist damit auf 6,3 vH der gesamten Wertpapieremissionen gesunken, während er 1957 rd. 28 vH und im Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1928 rd. 29 vH ausgemacht hatte. Unter diesen Umständen ist der Aktienmarkt in der Hauptsache zu einem Instrument des Besitzwechsels geworden, während seine Bedeutung als Kapitalbeschaffungsquelle für die Wirtschaft erheblich zusammengeschrumpft ist. Auf die Gründe dieser Entwicklung — sie sind teils steuerlicher Natur, teils hängen sie mit dem Kampf um die Behauptung bestehender Aktienmajoritäten zusammen — ist in unseren früheren Berichten, vor allem auch in unserem Geschäftsbericht für 1958, näher eingegangen worden.

Erwähnt zu werden verdient jedoch, daß in der Aktienhausse der letzten Monate Auslandskäufe eine große Rolle spielten. Aus der im Abschnitt „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ des vorliegenden Berichts veröffentlichten Tabelle über die Entwicklung der privaten Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland ist zu ersehen, daß im ersten Halbjahr 1959 die Käufe deutscher Dividendenpapiere durch ausländische Interessenten die Verkäufe solcher Wertpapiere durch Ausländer um 241 Mio DM übertrafen; für das zweite Quartal allein ergaben sich Nettokäufe in Höhe von 159 Mio DM.¹⁾ Vergleicht man die Nettokäufe deut-

¹⁾ Es verdient Beachtung, daß an ausländischen Dividendenpapieren von deutschen Anlegern im ersten Halbjahr für 475 Mio DM mehr gekauft als verkauft wurden; für das zweite Quartal lautet die entsprechende Ziffer 224 Mio DM. Dem lebhaften Interesse des Auslandes an deutschen Aktien sieht also ein noch stärkeres Interesse des deutschen Publikums an ausländischen Aktien gegenüber.



scher Aktien durch Ausländer mit den gleichzeitigen Neuemissionen an Aktien — 383 Mio DM im ersten Halbjahr und 83 Mio DM im zweiten Quartal —, so zeigt sich deutlich, daß die ausländischen Käufe als Haussefaktor stark ins Gewicht fielen. Es bedarf kaum eines näheren Hinweises, daß der deutsche Aktienmarkt dadurch sensibler für die im Ausland vor sich gehenden Entwicklungen geworden ist.

Öffentliche Finanzen

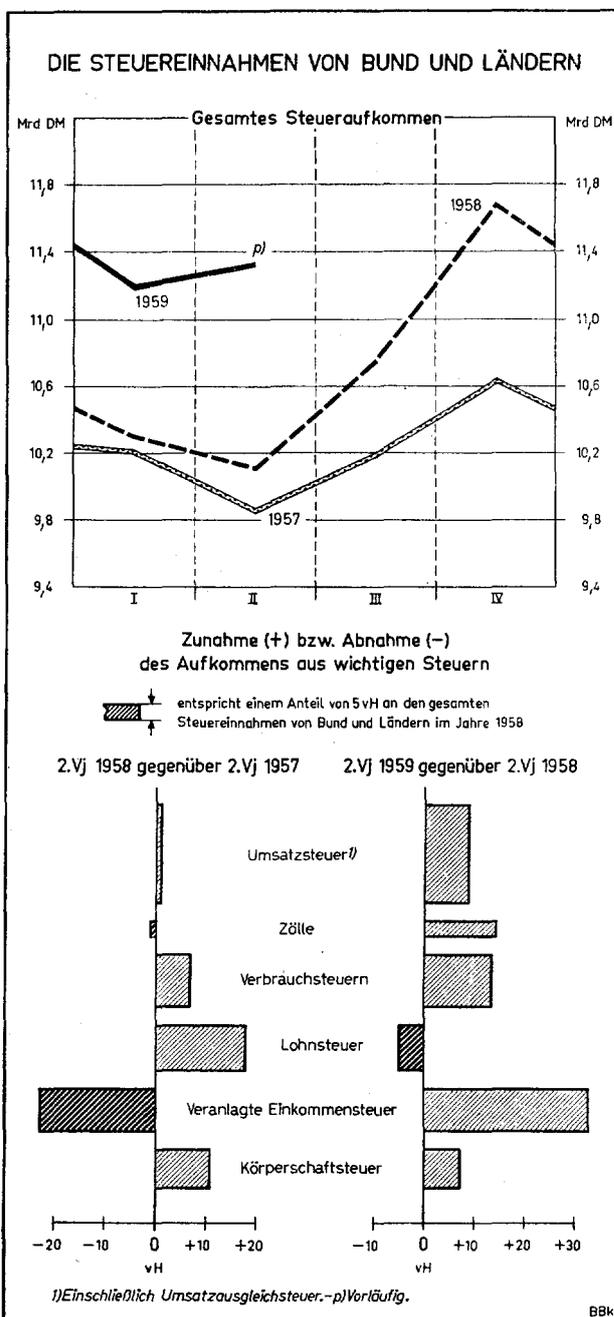
Die Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte war in den letzten Monaten durch einen relativ starken Anstieg der Einnahmen, vor allem des Steueraufkommens, gekennzeichnet, aber zugleich auch durch hohe reguläre und außergewöhnliche Ausgaben des Bundes, zu deren Deckung nun nicht mehr die im Verlauf der Rechnungsjahre 1957/58 und 1958/59 so gut wie gänzlich aufgebrauchten Reserven des „Julisturms“ zur Verfügung standen. Es ergab sich infolgedessen zwischen den einzelnen Haushalten ein ziemlich unterschiedliches Bild: Während sich die Kassensituation der Landeshaushalte, des Lastenausgleichsfonds, der Gemeinden und bis zu einem gewissen Grade auch die der Bundesbahn und der Bundespost sichtlich besserte oder sich doch jedenfalls günstiger entwickelte als ursprünglich erwartet, mußte der Bund bereits in relativ großem Umfang Kreditmittel in Anspruch nehmen. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat daher — trotz der Verlangsamung ihres Tempos in den durch die laufende Einnahme- und Ausgabeentwicklung begünstigten Bereichen — im ganzen weiter beträchtlich zugenommen, und es ist anzunehmen, daß diese Tendenz anhalten wird. Aller Voraussicht nach wird der Bund im weiteren Verlauf des Jahres auch in stärkerem Umfang auf den Kapitalmarkt zurückgreifen müssen, während er sich bisher auf die Ausdehnung seiner kurz- und mittelfristigen Verschuldung beschränken konnte. Um so positiver ist es daher zu beurteilen, daß die Kreditbedürfnisse der übrigen öffentlichen Haushalte bei Verzicht auf eine weitere — unter den gegenwärtigen allgemein-wirtschaftlichen Verhältnissen auch kaum mehr zu vertretende — Aufstockung der Ausgaben im laufenden Haushaltsjahr eher geringer sein werden als im letzten; gleichwohl sollte alles daran gesetzt werden, den Kreditbedarf des Bundes nach Möglichkeit unter den bisher geschätzten Betrag zu senken, um ihn ohne Gefahr für die inzwischen erreichte Auflockerung des Kapitalmarktes decken zu können.

Die Einnahmeentwicklung

Die im ganzen gesehen sehr günstige Entwicklung der Steuereinnahmen kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß das Aufkommen von Bund und Ländern im zweiten Vierteljahr mit zusammen rd. 11,34 Mrd DM¹⁾ entgegen der Saisontendenz nicht niedriger, sondern höher war als im Vorvierteljahr; seinen vergleichbaren Vorjahrsstand hat es infolgedessen um reichlich 1,2 Mrd DM oder gut 12 vH überschritten und damit im

¹⁾ Ohne Einnahmen aus den Zöllen und der Umsatzausgleichsteuer, die der Bund bei der Einfuhr von Rüstungsgütern sich selbst berechnet hat; gleiches gilt für die Angaben in dem nebenstehenden Schaubild.

zweiten Quartal eine größere jährliche Zuwachsrate aufgewiesen als in jedem Vierteljahr von 1957 und 1958. In besonders starkem Maße hat hierzu das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer beigetragen. Es übertraf infolge der zur Zeit laufenden Veranlagung für 1957 den Stand des zweiten Quartals von 1958, in dem die Veranlagungstätigkeit wegen der bevorstehenden Neuregelung des Einkommensteuerrechts praktisch unterbrochen war, um rd. 400 Mio DM oder 33 vH. Obwohl sich gleichzeitig die Zunahme bei der Körperschaftsteuer trotz anhaltender Veranlagung ab-



geschwächt hat und die Lohnsteuereinnahmen niedriger waren als im vergangenen Jahr um die gleiche Zeit, da die Steuersätze im Juli v. J. mit der Einführung des Splittings im Durchschnitt unter die vordem geltenden Sätze gesenkt wurden, sind aus den Einkommensteuern insgesamt nahezu 4,4 Mrd DM aufgekommen, d. s. rd. 540 Mio DM oder rd. 14 vH mehr als im Vierteljahr April bis Juni 1958. An zweiter Stelle ist die Umsatzsteuer zu nennen, deren Aufkommen um 9 vH über seinen vergleichbaren Vorjahrsstand hinausgegangen ist gegen 4,7 vH im Vorvierteljahr und nicht einmal ganz 1 vH im ersten Rechnungsquartal des vergangenen Jahres. Wenn bei einem Vergleich mit dem letzten Jahr auch zu berücksichtigen ist, daß damals nicht unbeträchtliche Ausfälle aus Steuerrechtsänderungen (Wiedereinführung der Organschaft, Wegfall der Zusatzsteuer) entstanden waren, so ist doch bemerkenswert, daß sich der Anstieg gegenüber dem Vorvierteljahr wesentlich verstärkt hat, was weitgehend auf die seit einiger Zeit wieder kräftiger wachsenden volkswirtschaftlichen Umsätze zurückzuführen sein dürfte. Auch die Zölle und wichtige Verbrauchsteuern — in erster Linie die Mineralölsteuer, ferner die Tabaksteuer — haben wesentlich höhere Einnahmen aufgewiesen als vor Jahresfrist.

Bei den Einnahmen der übrigen Haushalte ist gleichfalls seit einiger Zeit ein verstärkter Aufwärtstrend festzustellen. So haben z. B. die Lastenausgleichsabgaben erheblich mehr Einnahmen ebracht als im Vorjahr, da die Abgabepflichtigen seit geraumer Zeit wieder in größerem Umfang von der Möglichkeit der vorzeitigen Ablösung ihrer Lastenausgleichsschuld Gebrauch machen. Der Grund hierfür liegt darin, daß bei der vorzeitigen Ablösung zur Zeit gewährte Abzinsungssatz von 8 % angesichts der Entwicklung der langfristigen Zinssätze recht vorteilhaft geworden ist: die vorzeitige Zahlung von Lastenausgleichsabgaben stellte sich im zweiten Vierteljahr 1959 auf 97 Mio DM gegen 44 Mio DM in der gleichen Zeit des Vor-

jahres. Zusammen mit den laufenden Eingängen sind die Gesamteinnahmen damit auf 583 Mio DM gegen 525 Mio DM im entsprechenden Quartal von 1958 gestiegen. Auch die Einnahmen der kommunalen Haushalte sind seit dem Herbst v. J. stark gewachsen. Ausschlaggebend hierfür ist, daß der Ertrag der Gewerbesteuer, der weitgehend den gleichen Aufkommenschwankungen unterliegt wie der der veranlagten Einkommensteuer, mit dem Wiederbeginn der Veranlagung kräftig zugenommen hat. Schließlich hat sich die Einnahmesituation der großen Wirtschaftsunternehmen des Bundes ebenfalls gebessert, da mit der überraschend starken Konjunkturbelebung vor allem das Verkehrsvolumen der Bundesbahn wieder merklich gestiegen ist. Bei der Einzeldarstellung der neueren Entwicklung dieser Haushalte bzw. Unternehmen wird hierauf noch zurückzukommen sein.

Der Bundeshaushalt
Entwicklung seit dem Beginn des
Rechnungsjahres 1959/60

Trotz der günstigen Entwicklung der dem Bund zufließenden Steuereinnahmen ist in den ersten Monaten des Rechnungsjahres auch für eine breitere Öffentlichkeit deutlich geworden, daß sich die Lage des Bundeshaushalts schon seit längerer Zeit insofern wesentlich verschlechtert hat, als die Ausgaben nicht mehr durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Bis zum Ende des letzten Rechnungsjahres wurde dies durch die Tatsache verschleiert, daß zur Deckung der Defizite die Kassenmittel des in den Jahren 1952 bis 1956 aufgebauten „Juliussturms“ herangezogen werden konnten, und zwar mit rd. 3,1 Mrd DM im Rechnungsjahr 1957/58 und mit rd. 2,8 Mrd DM im Rechnungsjahr 1958/59. Am Ende des letztgenannten Jahres (31. März 1959) waren die Kassenbestände jedoch weitgehend erschöpft, so daß der Bund seitdem Kredite aufnehmen muß, was wesentlich klarer als zuvor die Veränderung seiner finanziellen Situation demonstriert. Insgesamt belief sich die Kreditaufnahme des Bundes in den ersten vier Monaten des laufenden Rechnungsjahres auf 1 406 Mio DM, davon entfielen 536 Mio DM auf das erste Rechnungsquartal (April bis Juni) und 870 Mio DM auf den Juli.

Daß der Bund schon in den ersten vier Monaten des Rechnungsjahres, die sonst häufig im Zeichen einer relativ günstigen Kassenentwicklung standen, so hohe Kassendefizite aufwies — 727 Mio DM im ersten Quartal und schätzungsweise rd. 800 Mio DM im Juli —, war auf umfangreiche außergewöhnliche Ausgaben zurückzuführen. Zu erwähnen sind hier zunächst die Zahlungen in Höhe von rd. 400 Mio DM auf Grund des im

Einnahmen aus den Lastenausgleichsabgaben

Rechnungsjahre	Voranschlag	Tatsächliches Aufkommen			
		Gesamt	Laufende Abgaben	Vorzeitige Ablösungen	
	Mio DM	Mio DM	Mio DM	vH der laufenden Abgaben	
1953/54	1 690	2 010	1 903	107	5,6
1954/55	1 950	2 215	2 000	215	10,8
1955/56	2 265	2 652	2 065	587	28,4
1956/57	2 265	2 179	1 855	324	17,5
1957/58	2 108	2 036	1 906	130	6,8
1958/59	2 028	2 215	1 929	286	14,8
1959/60	1 984
1. RvJ.	.	583	486	97	20,0

Mai d. J. erlassenen Gesetzes über eine Devisenhilfe an Großbritannien, die im Juni geleistet wurden, und zwar rd. 265 Mio DM für die vorzeitige Tilgung von $\frac{3}{20}$ der britischen Nachkriegswirtschaftshilfe und weitere 141 Mio DM für den diesjährigen Beitrag zu den Kosten der im Bundesgebiet stationierten britischen Truppen. Höher noch waren die Aufwendungen, die dem Bund aus der — am 6. Juli d. J. vorgenommenen — Einführung der DM-Währung im Saarland erwachsen sind. Sie sind im diesjährigen Haushaltsplan des Bundes mit zusammen rd. 770 Mio DM veranschlagt. Hiervon stehen rd. 660 Mio DM in unmittelbarem Zusammenhang mit der Währungsumstellung, und zwar 578 Mio DM, die gemäß Art. 56 und 58 des Saarvertrages zur Abgeltung der von Frankreich — bei der seinerzeitigen Einführung des französischen Franken — dem Saarland gewährten Kredite bestimmt sind, sowie 85 Mio DM, die den saarländischen Kreditinstituten für das sog. Ersparnisicherungsgesetz zur Verfügung gestellt werden müssen. Weitere Zahlungen im Betrage von reichlich 100 Mio DM dienen der Rückzahlung von Krediten, die das Saarland bzw. die Saarbergwerke in den vergangenen Jahren von der französischen Regierung erhalten hatten. Bis Ende Juli hat der Bund von

dem obengenannten Gesamtbetrag durch Direktüberweisung und Verrechnung mit gewissen Ansprüchen an das französische Schatzamt bereits 720 Mio DM geleistet. Hiervon entfallen rd. 680 Mio DM auf Leistungen an Frankreich und rd. 40 Mio DM auf Zahlungen an die saarländischen Kreditinstitute.

Die Quellen, aus denen der Bund seinen Kreditbedarf in den ersten vier Monaten des Rechnungsjahres gedeckt hat, sind aus der nachstehenden Tabelle über die Verschuldung des Bundes zu ersehen. In den Monaten April bis Juni hat er ausschließlich auf Kassenkredite bei der Bundesbank zurückgegriffen, die von Monat zu Monat weiter — auf 536 Mio DM am 30. Juni d. J. — gestiegen sind, wenn sie auch im Verlauf eines jeden Monats in den auf die Steuertermine folgenden Tagen restlos abgebaut wurden. Im Juli hat der Betrag der vom Bund in Anspruch genommenen Kassenkredite nur wenig — auf 611 Mio DM am 31. Juli — zugenommen, was damit zusammenhängt daß er sich in starkem Umfang in anderer Weise verschuldet hat. An erster Stelle sind die Sonderkredite zu nennen, die er für die Finanzierung der unmittelbaren Kosten des Währungsumtausches im Saarland (die, wie erwähnt, mit rd. 660 Mio DM veranschlagt

Zur kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts
in Mio DM

	1957/58		1958/59		1959/60			
	Gesamt	darunter 1. Rvj.	Gesamt	darunter 1. Rvj.	1. Rvj.	April	Mai	Juni
I. Kassentransaktionen, gesamt								
1) Einnahmen	29 911	7 118	31 614	7 626	8 208	2 684	2 442	3 082
darunter:								
Nicht aus dem inneren Kreislauf stammende Einnahmen ¹⁾	(189)	(16)	(300) ²⁾	(216) ²⁾	(21)	(6)	(8)	(7)
2) Ausgaben	32 704	7 855	34 640	7 612	8 935	2 931	2 806	3 198
darunter:								
Auslandsausgaben ³⁾	(3 203)	(848)	(4 667)	(681)	(911)	(315)	(237)	(359)
3) Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—)	— 2 793	— 737	— 3 026	+ 14	— 727	— 247	— 364	— 116
4) Verbesserung (+) bzw. Verschlechterung (—) der Kassenposition								
a) Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) der Kassenmittel	— 3 084	— 721	— 2 788	+ 140	— 257	— 231	+ 6	— 32
b) Zunahme (—) bzw. Abnahme (+) der Verschuldung	+ 307	—	— 178	— 126	— 536	— 59	— 349	— 128
c) Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) des Saldos der Verrechnungen mit dem Lastenausgleichsfonds ⁴⁾	— 16	— 16	— 60	± 0	+ 66	+ 45	— 21	+ 44
Summe a) bis c)	— 2 793	— 737	— 3 026	+ 14	— 727	— 247	— 364	— 116
II. Innere Kassentransaktionen								
1) Einnahmen	29 722	7 102	31 314	7 410	8 187	2 678	2 434	3 075
2) Ausgaben	29 501	7 007	29 973	6 931	8 024	2 616	2 569	2 839
3) Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—)	+ 221	+ 95	+ 1 341	+ 479	+ 163	+ 62	— 135	+ 236
4) Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) der Konten der NATO-Mächte ⁵⁾	+ 71	+ 215	— 65	— 43	+ 115	—	—	+ 115
5) Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—) des Bundes und der NATO-Mächte	+ 292	+ 310	+ 1 276	+ 436	+ 278	+ 62	— 135	+ 351

¹⁾ Münzgutschriften, Auslandseinnahmen und Übertragung von Zentralbankkonten anderer öffentlicher Stellen. — ²⁾ Äußerer Schuldendienst, Devisenzahlungen im Rahmen des Israelabkommens, Zahlungen und Anzahlungen des Verteidigungshaushalts, Beiträge an internationale Organisationen und — seit April 1959 — Zahlungen im Rahmen des Bundesrückerstattungsgesetzes; Zahlungen für die individuelle Wiedergutmachung sind nicht berücksichtigt, da der Bund lediglich DM-Erstattungen an die Länder leistet und zudem der überwiegende Teil der gesamten Zahlungen, auch an ausländische Berechtigte, im Inland verbleibt. — ³⁾ Aus der Weiterleitung der auf dem Konto der Bundeshauptkasse eingehenden Lastenausgleichsabgaben. — ⁴⁾ Soweit aus Bundesmitteln gespeist. — ⁵⁾ Darunter 200 Mio DM Kreditrückzahlung der Einfuhr- und Vorratsstellen zu Lasten von Zentralbankguthaben dieser Stellen.

**Neuverschuldung des Bundes
in Mio DM**

Schuldarten	Stand am Monatsende					Veränderung im	
	1959					1. RvJ.	Juli
	März	April	Mai	Juni	Juli		
1) Allgemeiner Kassenkredit gemäß § 20 (1) 1 BBk-Ges.	—	59	408	536	611	+ 536	+ 75
2) Sonderkredit für die Kosten der Einführung der DM im Saarland, gesamt	—	—	—	—	635	—	+ 635
a) Unverzinsliche Schatzanweisungen	—	—	—	—	(143)	—	(+ 143)
b) Kassenobligationen	—	—	—	—	(167)	—	(+ 167)
c) Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau	—	—	—	—	(325)	—	(+ 325)
3) Kassenhilfe des Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—	160	—	+ 160
Summe 1 bis 3	—	59	408	536	1 406	+ 536	+ 870
<i>Nachrichtlich:</i> Sonderkredite für Einzahlungen an IMF und Weltbank gemäß § 20 (1) 2 BBk-Ges., gesamt	662	662	662	662	662	—	—

sind) aufnehmen konnte. Die endgültige Finanzierung der zunächst aus Kreditmitteln gedeckten Aufwendungen soll mit etwa gleichen Beträgen im Verlauf der folgenden acht Rechnungsjahre vorgenommen werden. Dementsprechend wurde vorgesehen, die auf die ersten vier Jahre entfallenden Raten in Höhe von zusammen 335 Mio DM je zur Hälfte durch die Ausgabe von unverzinslichen Schatzanweisungen mit ein- und zweijähriger Laufzeit und von Kassenobligationen mit drei- und vierjähriger Laufzeit zu beschaffen, während für den Rest (325 Mio DM) eine Kreditvereinbarung mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau getroffen wurde, nach der diese dem Bund gegen Hinterlegung von verzinslichen Schatzanweisungen mit fünf- bis achtjähriger Laufzeit einen revolvingenden Kredit gewähren sollte. Bis zum Ende d. M. sind auf die zuvor bezeichnete Weise insgesamt 635 Mio DM aufgenommen; der noch fehlende Betrag wird voraussichtlich im August durch die Aufstockung des Umlaufs an unverzinslichen Schatzanweisungen auf den vorgesehenen Höchstbetrag beschafft werden. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß der Bund im Juli eine kurzfristige Kassenhilfe in Höhe von 160 Mio DM vom Lastenausgleichsfonds erhalten hat, die dieser aus seinen zu Beginn des Monats noch sehr reichlichen Kassenmitteln zur Verfügung stellte.

Scheidet man die „inneren“ von den „äußeren“ Kassentransaktionen des Bundes — eine Trennung, die allerdings nur unter geldpolitischen, nicht auch unter fiskalischen Gesichtspunkten von Interesse ist —, so

zeigt sich, daß das Defizit der ersten Monate des Rechnungsjahres ausschließlich auf den „äußeren“ Transaktionen beruhte. Ausschlaggebend hierfür waren die schon erwähnten Sonderzahlungen an England und an Frankreich. Die „inneren“ Kassentransaktionen standen dagegen unverändert im Zeichen von Überschüssen. Im ersten Rechnungsquartal stellten sich diese — unter Einbeziehung der Geldstillegung auf den aus Bundesmitteln gespeisten Konten der NATO-Mächte — auf 278 Mio DM gegen 310 Mio DM bzw. 436 Mio DM in der gleichen Zeit der Jahre 1957 bzw. 1958. Für den Juli liegen endgültige Angaben noch nicht vor, doch ist anzunehmen, daß auch in diesem Monat wieder ein „innerer“ Überschuß entstanden ist.

Der weitere Kreditbedarf

Wie aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen, sieht das am 11. Juli verkündete Haushaltsgesetz für 1959/60 einen durch laufende Einnahmen nicht zu deckenden Ausgabefehlbetrag in Höhe von 5,66 Mrd DM vor gegen 4,90 Mrd DM nach dem im November v. J. eingebrachten Regierungsentwurf. Der Betrag der während der Etatberatungen neu beschlossenen Ausgaben, bei denen es sich im wesentlichen um Sonderbelastungen (Aufstockung der Quoten der Bundesrepublik am

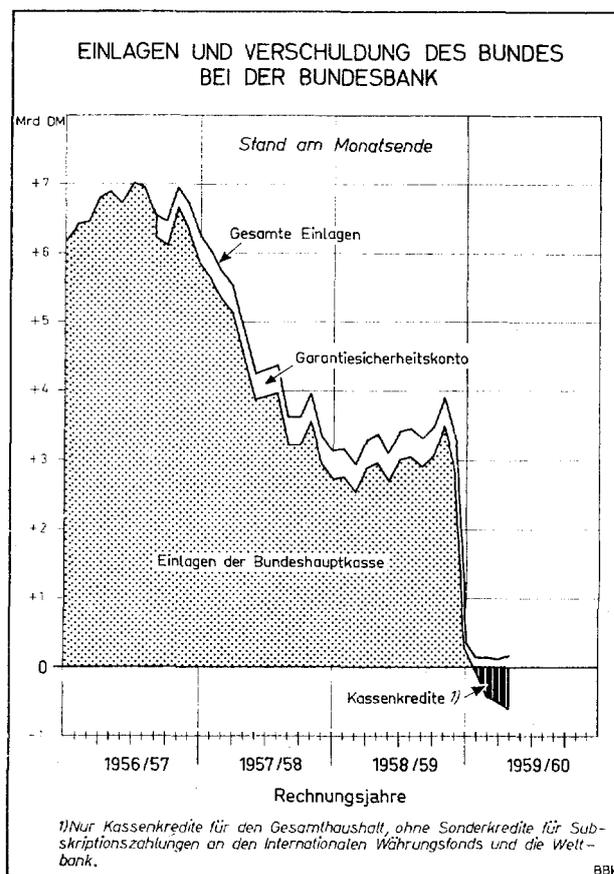
*Der Haushaltsplan des Bundes
für das Rechnungsjahr 1959/60
in Mrd DM*

	Regierungsentwurf (Nov. 1958)	Haushaltsgesetz (Juli 1959)	Veränderung
I. Ordentliche Einnahmen			
1) Steuereinnahmen	30,16	30,36	+ 0,20
2) Sonstige	1,98	1,98	—
Summe I	32,14	32,34	+ 0,20
II. Ausgaben			
1) Verteidigungsausgaben, gesamt	11,58	11,77	+ 0,19
2) Zivile Ausgaben, gesamt	27,46	29,08	+ 1,62
Summe 1 + 2	39,04	40,85	+ 1,81
Minder Ausgaben	— 2,00	— 2,85	— 0,85
Summe II	37,04	38,00	+ 0,96
III. Kassenfehlbetrag (I - II)	4,90	5,66	+ 0,76
zu decken aus:			
1) Rückgriff auf Kassenmittel			
a) allgemeiner Kassenbestand	1,20	1,20	—
b) Garantiesicherheitskonto	—	0,30	+ 0,30
Summe 1	1,20	1,50	+ 0,30
2) Schuldaufnahme			
a) Sonderkredit für Währungs- umstellung (Saarland)	0,68	0,66	— 0,02
b) Sonderkredit für Einzahlungen an den Internationalen Währungsfonds	—	0,48	+ 0,48
c) Schuldaufnahme für den Gesamthaushalt	3,02	3,02	—
Summe 2	3,70	4,16	+ 0,46

Kapital des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, vorzeitige Schuldentilgung an Großbritannien und die Vereinigten Staaten, zusätzliche Aufwendungen für Berlin und das Saarland) handelt, macht sogar reichlich 1,8 Mrd DM aus. Da jedoch die Steuerschätzungen etwas nach oben revidiert und vor allem die im Plan veranschlagten Minderausgaben beträchtlich — von 2,0 Mrd DM auf 2,85 Mrd DM — erhöht wurden, ist das Defizit nicht so stark gestiegen wie das gesamte Ausgabevolumen. Es soll in Höhe von 1 1/2 Mrd DM aus Kassenmitteln finanziert werden, wovon 0,3 Mrd DM aus frei gewordenen Mitteln des Garantiesicherheitskontos stammen (das Ende 1956 im Zusammenhang mit dem Abschluß von Rüstungskontrakten errichtet worden war). Bei dem im Haushaltsplan vorgesehenen Einsatz von Kassenmitteln handelt es sich allerdings weitgehend um rein buchmäßige Transaktionen; tatsächlich betrug der Kassenbestand (unter Einschluß des Garantiesicherheitskontos) am Ende des letzten Rechnungsjahres nur noch rd. 0,4 Mrd DM, doch waren zu diesem Zeitpunkt auch wichtige Ausgaben, die erst im Plan für 1959/60 etatisiert sind (z. B. die vorzeitige Schuldentilgung an die Vereinigten Staaten), kassenmäßig schon geleistet.

Auf dem Kreditwege wären also nach dem Haushaltsplan im laufenden Rechnungsjahr insgesamt 4,16 Mrd DM zu beschaffen. Hiervon entfallen 1,14 Mrd DM auf Sonderkredite für einmalige Belastungen. An erster Stelle stehen dabei die oben erwähnten, vom Bund bereits weitgehend in Anspruch genommenen 660 Mio DM für die mit der Einführung der DM-Währung im Saarland verbundenen Aufwendungen; die restlichen 480 Mio DM sind für die Finanzierung zusätzlicher Einzahlungen des Bundes an den Internationalen Währungsfonds bestimmt und werden von der Bundesbank im Rahmen eines Sonderkreditplafonds (gemäß § 20 BBk-Ges.) zur Verfügung gestellt, dessen Höchstbetrag im Zusammenhang mit der Quotenerhöhung von ursprünglich 1 500 Mio DM auf nunmehr 3 308 Mio DM festgesetzt wurde. Die Kreditaufnahme für allgemeine Haushaltszwecke ist demnach mit rd. 3 Mrd DM veranschlagt worden. Ob der tatsächliche Kreditbedarf genau diesem Betrag entsprechen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht voraussehen, da die kassenmäßige Realisierung sowohl der Einnahme- als auch der Ausgabeansätze naturgemäß mit Unsicherheitsmomenten belastet ist. Sollte der tatsächliche Bedarf geringer sein, so wäre das nur erwünscht, weil bereits mit einem Betrag von rd. 3,7 Mrd DM, der sich unter Ein-

beziehung der für die Saarrückgliederung bestimmten Kredite ergibt, Ansprüche an die Kreditmärkte gestellt würden, die im Hinblick auf den in letzter Zeit stark gestiegenen Bedarf der Wirtschaft nicht leicht zu nehmen wären, zumal eine Kreditnachfrage des Bundes in dieser Höhe unvermeidlich eine gewisse Nervosität an den Märkten hervorrufen würde. Auch wenn sich im Verlauf der nächsten Monate herausstellen sollte, daß der kassenmäßige Vollzug des Haushaltsplans etwas günstiger ist als erwartet, sollte dies unter keinen Umständen zum Anlaß genommen werden, die im Plan etatisierten Ausgaben aufzustocken, sondern als eine im Interesse der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung liegende Entlastung begrüßt werden. Im übrigen sind aber die Chancen für eine Herabdrückung des durch Kreditaufnahmen zu deckenden Defizits trotz der zur Zeit relativ günstigen Entwicklung der Einnahmen wesentlich geringer als in den Vorjahren, da im Haushaltsplan bereits sehr hohe Minderausgaben etatisiert sind und überdies umfangreiche Ausgabereste aus früheren Jahren bestehen, die auch ohne neue Ausgabebeschlüsse zu einer merklichen Erhöhung der kassenmäßigen Ausgaben führen könnten.



Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen
in Mio DM

	1957		1958				1959					
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März ¹¹⁾	April	Mai	Juni ¹²⁾
Einlagen der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank^{*)}												
Gesamt	5 816	4 562	4 168	4 326	4 076	4 054	1 692	1 638	1 692	961	1 487	1 638
Bund ¹⁾	4 339	3 637	3 189	3 355	3 440	3 487	404	148	404	173	180	148
Lastenausgleichsfonds	494	288	140	171	74	0	267	427	267	187	588	427
NATO-Mächte ²⁾	485	116	71	28	10	10	6	121	6	6	6	121
Länder	461	491	731	744	517	526	979	899	979	579	688	899
Gemeinden u. Sozialversicherungen	37	30	37	28	35	31	36	43	36	16	25	43
Einlagen öffentlicher Stellen bei Kreditinstituten^{*)}												
Gesamt	10 190	10 737	10 924	10 967	11 420	11 995	12 138	12 318	12 138	11 908	12 391	12 318
Sichteinlagen	2 396	2 810	2 741	2 578	2 665	3 046	3 023	2 829	3 023	2 772	2 928	2 829
Termineinlagen	6 128	6 216	6 383	6 495	6 823	6 835	6 846	6 947	6 846	6 751	6 995	6 947
Spareinlagen	1 666	1 711	1 800	1 894	1 932	2 114	2 269	2 542	2 269	2 385	2 460	2 542
Verschuldung der öffentlichen Haushalte^{*)}												
Inländische Kreditmarktverschuldung⁴⁾												
Gesamt	10 168	10 646	11 699	12 164	12 801	13 485	14 168	...	14 168
darunter:												
Bund	792	391	483	609	662	662	662	1 198	662	720	1 070	1 198
Lastenausgleichsfonds	612	592	526	631	618	685	964	1 202	964	1 010	1 188	1 202
Länder ⁵⁾	2 838	3 135	3 668	3 591	3 874	4 190	4 345	...	4 345
Gemeinden ⁵⁾	5 900	6 450	6 940	7 280	7 600	7 900	8 150	...	8 150
Ausgleichsforderungen												
Gesamt	20 570	20 533	20 457	20 389	20 442	20 470	20 538	20 526	20 538	20 538	20 538	20 526
Bund	10 689	10 698	10 618	10 714	10 767	10 856	10 924	10 967	10 924	10 924	10 924	10 967
Länder	9 881	9 835	9 839	9 675	9 675	9 614	9 614	9 559	9 614	9 614	9 614	9 559
Deckungsforderungen (Lastenausgleichsfonds)			2 329
Auslandsverschuldung												
Bund	7 972	7 982	7 993	7 981	7 792	7 798	7 781	...	7 781
Länder	183	183	181	180	180	179
Verschuldung öffentlicher Unternehmen^{*)}												
Bundesbahn ⁶⁾	3 604	3 933	4 275	4 563	4 760	5 234	5 452	5 520	5 452	5 530	5 490	5 520
Bundespost ⁷⁾	2 469	2 627	2 830	3 102	3 198	3 448	3 608	3 762	3 608	3 628	3 843	3 762
Einnahmen aus Steuern und Abgaben												
Steuereinnahmen von Bund und Ländern												
Gesamt ⁸⁾	10 199	10 641	10 312	10 120	10 761	11 688	11 214	11 341 ⁹⁾	4 706	3 047	3 231 ⁹⁾	5 063 ⁹⁾
darunter:												
Einkommensteuern ⁸⁾	3 998	4 123	4 086	3 850	4 294	4 875	4 432	4 387	2 582	814	805	2 767
Umsatzsteuer	3 128	3 310	3 201	3 090	3 217	3 454	3 352	3 367	968	1 119	1 140	1 108
Verbrauchssteuern und Zölle	2 206	2 316	2 123	2 189	2 403	2 416	2 396	2 490	846	789	814	887
Lastenausgleichsabgaben	462	532	508	523	480	561	649	581	140	122	394	65
Gemeindesteuern	1 765	1 834	1 705	1 716	1 789	2 096	2 027
Bundeshaushalt												
Kasseneinnahmen	7 230	7 900	7 663	7 626	7 850	8 250	7 888	8 208	2 845	2 684	2 442	3 082
Kassenausgaben	8 410	8 221	8 218	7 612	7 797	8 172	11 059	8 935	5 798	2 931	2 806	3 198
Kassenüberschuß (+) bzw. -fehlbetrag (-)	-1 180	-321	-555	+ 14	+ 53	+ 78	-3 171	-727	-2 953	-247	-364	-116
Lastenausgleichsfonds												
Kasseneinnahmen ¹⁰⁾	838	945	881	877	833	902	923	852	193	173	564	115
Kassenausgaben ¹⁰⁾	788	1 112	950	951	862	1 124	850	995	343	341	321	333
Kassenüberschuß (+) bzw. -fehlbetrag (-)	+ 50	-167	-69	-74	-29	-222	+ 73	-143	-150	-168	+ 243	-218
Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten												
Beitragsaufkommen	2 649	2 702	2 623	2 584	2 813	2 868	2 778	2 865	850	950	889	1 026
Rentenzahlungen	2 676	2 801	2 944	3 013	3 092	3 107	3 251	3 282	1 187 ¹¹⁾	1 084	1 084	1 094
Arbeitslosenversicherung												
Beitragsaufkommen	355	342	394	350	380	375	347	396	114	139	122	135
Unterstützungszahlungen	109	159	633	207	125	170	581	138	133	57	43	38

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VI, Öffentliche Finanzen, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes und früherer Hefte.

^{*)} Stand am Vierteljahres- bzw. Monatsende. — ¹⁾ Einschließlich des Garantiesicherheitskontos, das im Ausweis der Deutschen Bundesbank unter den Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft nachgewiesen wird. — ²⁾ Nur insoweit, als aus Bundesmitteln gespeist. — ³⁾ Hierin sind außer den Einlagen der vorstehend aufgeführten Haushalte auch die Einlagen der Bundesbahn, der Bundespost und sonstiger öffentlicher Unternehmen (soweit diese keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen) sowie allerer Dienststellen enthalten. — ⁴⁾ Neuverschuldung seit der Währungsreform; ohne die Anleihestücke im eigenen Bestand. — ⁵⁾ Zum Teil geschätzt. — ⁶⁾ Ohne Verschuldung beim Bund, ohne Auslandsverschuldung und ohne rückständige Zahlungsverpflichtungen; jedoch — im Gegensatz zu den bisher an dieser Stelle veröffentlichten Zahlen — einschließlich der bei Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen aufgenommenen Kredite. — ⁷⁾ Ohne Verschuldung bei öffentlichen Haushalten, ohne Auslandsverschuldung und ohne rückständige Zahlungsverpflichtungen. — ⁸⁾ Im Gegensatz zu den im Bundesanzeiger veröffentlichten Zahlen ohne Einnahmen aus Umsatzausgleichsteuer und Zöllen für Röhrenseinführen. — ⁹⁾ Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer. — ¹⁰⁾ Eingänge auf bzw. Ausgänge aus dem bei der Bundesbank unterhaltenen Konto des Lastenausgleichsamts abzüglich der Verschuldungstransaktionen. — ¹¹⁾ Monate mit vergleichbaren Steuerterminen. — ¹²⁾ Einschließlich der auf Grund des Ersten Rentenansparungsgesetzes für die Monate Januar und Februar geleisteten Nachzahlungen. — ¹³⁾ Vorläufig.

Die übrigen Haushalte

Die übrigen öffentlichen Haushalte stehen, wie schon eingangs angedeutet, im Gegensatz zum Bundeshaushalt zur Zeit im Zeichen einer gewissen Verbesserung ihrer Kassenlage, da ihre Einnahmen in den letzten Monaten in der Regel beschleunigt gestiegen sind, während sich die Zunahme ihrer Ausgaben verlangsamt hat.

Der Lastenausgleichsfonds

Was zunächst den Lastenausgleichsfonds angeht, so waren die Einnahmen aus den Abgaben, wie bereits erwähnt, im ersten Rechnungsvierteljahr unter dem Einfluß von vorzeitigen Ablösungen relativ hoch. Auf den Gesamtbetrag der laufenden Einnahmen ist das allerdings ohne Einfluß geblieben, weil die Zuschüsse von Bund und Ländern unter ihren vergleichbaren Vorjahrsstand gesunken sind, doch handelt es sich hierbei lediglich um zahlungstechnisch bedingte Schwankungen in den monatlichen Bereitstellungen; für das gesamte Rechnungsjahr kann der Ausgleichsfonds mit wesentlich höheren Beiträgen des Bundes und der Länder und daher auch mit höheren Gesamteinnahmen rechnen als im Vorjahr. Zusätzlich zu den regulären Einnahmen hat sich der Ausgleichsfonds im ersten Rechnungsquartal nicht unbeträchtliche Kreditmittel beschafft, und zwar 200 Mio DM in Form von Kassenobligationen, die Anfang Mai von der Lastenausgleichsbank für Zwecke des Ausgleichsfonds begeben wurden, und rd. 40 Mio DM durch den Wiederverkauf alter Anleihestücke, die er in den letzten Jahren zum Zwecke von Kursstützungsmaßnahmen in seinen Bestand genommen hatte. Da der Gesamtbetrag der Eingänge — aus eigenen Einnahmen und aus Kreditaufnahmen — über die gleichzeitigen Ausgaben hinausgegangen ist, sind die Kassenmittel des Fonds im Vierteljahr April bis Juni beträchtlich gestiegen; Ende Juni erreichten sie einen Stand von 427 Mio DM. Das hat den Ausgleichsfonds veranlaßt, seine diesjährigen Tilgungsverpflichtungen gegenüber dem Bund — 150 Mio DM oder die Hälfte des im Jahre 1955 beim Bund in Anspruch genommenen Kredits — vorzeitig zu erfüllen. Nachdem im Mai die erste der vier Tilgungsraten (37,5 Mio DM) planmäßig abgeführt worden war, hat er den gesamten noch ausstehenden Betrag (112,5 Mio DM) Anfang Juli an den Bund überwiesen. Darüber hinaus hat er dem Bund, wie schon oben erwähnt, eine kurzfristige Kassenhilfe in Höhe von 160 Mio DM zur Verfügung gestellt.

Die Ausgaben des Fonds haben im ersten Rechnungsquartal ihr vorjähriges Niveau nur wenig übertroffen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß dieses beträchtlich über dem früherer Jahre gelegen hatte. Be-

merkenswert dabei ist, daß für die Hauptentschädigung und auch für die Entschädigungsrenten wesentlich höhere Mittel bereitgestellt wurden — 166 Mio DM gegen 103 Mio DM im gleichen Zeitabschnitt von 1958 —, während die Aufwendungen für die Hausratentschädigung fürs erste etwas zurückgegangen sind. Für das gesamte laufende Rechnungsjahr sind die Ausgaben mit reichlich 4,2 Mrd DM veranschlagt gegen rd. 4,0 Mrd DM bzw. knapp 3,8 Mrd DM, die in den Jahren 1958/59 bzw. 1957/58 tatsächlich ausgegeben wurden. Zu ihrer Deckung sind neben den laufenden Einnahmen Kreditermächtigungen in Höhe von 500 Mio DM vorgesehen, die zur Zeit mit 200 Mio DM — den zuvor erwähnten Kassenobligationen — in Anspruch genommen sind. Die im Vergleich zum Wirtschafts- und Finanzplan sehr günstige Entwicklung der Einnahmen würde es jedoch gestatten, Ausgabesteigerungen in der vorgesehenen Höhe zu finanzieren, ohne die ursprünglich als notwendig erachtete Kreditaufnahme in vollem Umfang zu realisieren, was im Hinblick auf die wachsenden Kreditbedürfnisse des Bundes und der Wirtschaft sehr erwünscht wäre.

Die Haushalte der Länder

Die Länder erzielten im ersten Rechnungsvierteljahr von 1959/60 auf Grund des eingangs geschilderten Anstiegs der Steuererträge Mehreinnahmen in Höhe von 500 Mio DM oder nahezu 15 vH gegenüber der vergleichbaren Vorjahrsperiode, in der das Steueraufkommen nur um rd. 20 Mio DM höher gewesen war als im ersten Rechnungsquartal von 1957/58. Die laufenden Ausgaben der Länder scheinen dagegen nicht entsprechend über das vorjährige Niveau gestiegen zu sein, da die Wirkungen der Besoldungsreform von 1957, die in den Ländern mit erheblicher Verzögerung eingeführt worden war und noch im letzten Jahr zu beträchtlichen Mehrausgaben geführt hatte, inzwischen weitgehend abgeebbt sind. Vollständige Angaben über die Einnahmen und Ausgaben der Länder im ersten Rechnungsquartal von 1959/60 liegen zwar noch nicht vor, doch kann angenommen werden, daß sich der Überschuß der laufenden Rechnung in diesem Quartal beträchtlich erhöht und es den Ländern ermöglicht hat, einen größeren Teil ihrer Investitionsausgaben aus ordentlichen Einnahmen zu decken. Was die Entwicklung dieser — in der Vermögensrechnung nachgewiesenen — Ausgaben anlangt, so hat sich hier im vergangenen Rechnungsjahr eine deutliche Verlangsamung im Anstieg, ja teilweise schon ein Rückgang angebahnt. Im Vierteljahr Januar/März sind sie nicht nur — der Saisontendenz entsprechend — gegenüber dem Stand der Monate Oktober/Dezember 1958 gesunken, sondern sie haben

auch den Umfang der in den gleichen Monaten von 1958 geleisteten Aufwendungen nicht erreicht. Im gesamten am 31. März zu Ende gegangenen Rechnungsjahr 1958/59 waren sie mit etwa 6,5 Mrd DM allerdings noch etwas höher als im Vorjahr, doch hielt sich die Zunahme — um 200 Mio DM oder 3 vH — in wesentlich engeren Grenzen als in früheren Jahren. Sie war überdies fast ausschließlich durch höhere Zuschüsse zu den Investitionsausgaben der Gemeinden bedingt. Die von den Ländern unmittelbar verausgabten Beträge sind dagegen, wie die nachstehende Tabelle zeigt, annähernd konstant geblieben. Gleichzeitig hat sich der Anstieg der Länderverschuldung stark abgeschwächt.

Investitionsausgaben der Länder und der Gemeinden
in Mrd DM

	Rechnungsjahre *)			Zunahme (+), Abnahme (—)	
	1956/57	1957/58	1958/59 P)	1957/58 gegen 1956/57	1958/59 gegen 1957/58
I. L ä n d e r					
1) Eigene Sachinvestitionen ¹⁾	1,28	1,26	1,40	— 0,02	+ 0,14
2) Darlehen, Zuschüsse und Beteiligungen	3,70	4,20	4,10	+ 0,50	— 0,10
3) Summe 1+2	4,98	5,46	5,50	+ 0,48	+ 0,04
<i>Nachrichtlich: Investitionsdarlehen und -zuschüsse an Gemeinden</i>	0,79	0,83	1,00	+ 0,04	+ 0,17
Gesamte Investitionsausgaben der Länder	5,77	6,29	6,50	+ 0,52	+ 0,21
II. G e m e i n d e n					
1) Eigene Sachinvestitionen ¹⁾	4,26	4,31	4,60	+ 0,05	+ 0,29
2) Darlehen, Zuschüsse und Beteiligungen	0,76	1,19	1,25	+ 0,43	+ 0,06
3) Summe 1+2 ²⁾	5,02	5,50	5,85	+ 0,48	+ 0,35
III. I n s g e s a m t (I, 3+II)	10,00	10,96	11,35	+ 0,96	+ 0,39

¹⁾ Bauinvestitionen, Beschaffung von beweglichem Vermögen und Erwerb von Grundvermögen. — ²⁾ Einschließlich der aus Ländermitteln finanzierten Investitionen. — ³⁾ Bei den Ländern jeweils einschließlich der Auslaufperiode des Vorjahres. — ^{P)} Erste vorläufige Ergebnisse; Angaben für die Gemeinden zum Teil geschätzt.

Nach vorläufigen Angaben stellte er sich im letzten Rechnungsjahr auf rd. 680 Mio DM gegen rd. 1 120 Mio DM im Jahre 1957/58. Auch seit dem Beginn des neuen Rechnungsjahres ist die Verschuldung der Länder an den Kreditmärkten nicht sehr stark gestiegen. Abgesehen von der 200 Mio DM-Anleihe, die das Land Nordrhein-Westfalen Anfang April (zu Lasten seiner Vorjahrsermächtigung) begeben hat, sind die Kreditaufnahmen der Länder in den letzten Monaten mit nur etwa 80 Mio DM verhältnismäßig gering geblieben.

Angesichts der derzeitigen Entwicklungstendenzen bei den Einnahmen und Ausgaben besteht die Chance, daß auch die diesjährige Verschuldungszunahme hinter dem vorjährigen Betrag zurückbleibt.

Dies gilt um so mehr, als die Kassenbestände der Länder eher höher sein dürften als im vergangenen Jahr. Jedenfalls unterhielten die Länder am 30. Juni d. J. bei der Bundesbank flüssige Mittel in Höhe von rd. 900 Mio DM gegen rd. 750 Mio DM am gleichen Tag des Vorjahres. Auch die Tatsache, daß sich die früher sehr unterschiedliche Situation der Länder vor allem infolge der Intensivierung des Finanzausgleichs — im letzten Rechnungsjahr belief sich die Ausgleichsmasse auf 950 Mio DM gegen nur rd. 540 Mio DM im Jahre 1955/56 — stärker ausgeglichen hat, dürfte den Kreditbedarf, der bisher überwiegend von den „finanzschwächeren“ Ländern ausgegangen ist, in engeren Grenzen halten als zuvor.

Die Gemeindehaushalte

Die gleichen Faktoren, die bei den Ländern zu einer Verbesserung der laufenden Rechnung geführt haben, sind auch im Bereich der kommunalen Haushalte festzustellen. Die Steuereinnahmen der Gemeinden (ohne Stadtstaaten) lagen im Vierteljahr Januar/März mit 1,78 Mrd DM um rd. 19 vH über dem Stand des Vorjahres; in den folgenden Monaten, für die Angaben noch nicht zur Verfügung stehen, dürften sie ebenfalls nicht unbeträchtlich gestiegen sein. Gleichzeitig hat sich die Zunahme der laufenden Ausgaben, darunter vor allem der Personalausgaben, für die im letzten Jahr erhebliche zusätzliche Mittel aufgewendet werden mußten, verlangsamt. Obwohl auf der anderen Seite die Investitionen der kommunalen Haushalte im letzten Rechnungsjahr um schätzungsweise 350 Mio DM oder gut 6 vH gestiegen sind (was vor allem durch die Intensivierung des Straßenbaus und durch den verstärkten Ausbau der kommunalen Versorgungseinrichtungen bedingt war), hat die Kreditnachfrage der Gemeinden schon seit dem Herbst v. J. merklich nachgelassen. Im ersten Kalendervierteljahr von 1959 ist die Verschuldung zwar noch um etwa 250 Mio DM gewachsen, und im zweiten Vierteljahr dürfte sie um etwa den gleichen Betrag zugenommen haben, doch war der Anstieg damit bei weitem nicht mehr so groß wie in den gleichen Quartalen von 1958, als er nahezu 500 bzw. 350 Mio DM betragen hatte. Abgesehen von der oben erwähnten Verbesserung in der laufenden Rechnung dürfte hierzu auch beigetragen haben, daß sich mehr und mehr Gemeinden ihrer Verschuldungsgrenze genähert oder sie schon erreicht haben. Obwohl sich nämlich die Bedingungen für die Schuldaufnahme, was Zinssatz und Laufzeit angeht, in den letzten 1 1/2 Jahren sichtlich verbessert haben, dürfte es für zahlreiche Gemeinden sehr schwierig geworden sein, aus ihren ordentlichen Einnahmen wachsende Beträge für den

Schuldendienst bereitzustellen. Es kommt hinzu, daß die wichtigsten Kreditgeber der Kommunen, nämlich die Sparkassen, zum Teil an die für sie geltende Grenze ihrer Kreditgewährungen an die kommunalen Haushalte gestoßen sind. In den vergangenen Monaten scheinen überdies die finanzstarken Gemeinden, d. s. vornehmlich Städte mit hohem Gewerbesteueraufkommen, zum Teil noch über unverausgabte Kreditmittel aus der sehr reichlichen Schuldaufnahme des vergangenen Jahres verfügt zu haben, so daß sie sich bei der Neuaufnahme von fremden Mitteln zunächst etwas beschränken konnten.

Die zuvor geschilderten Gründe für eine gewisse Zurückhaltung in der Kreditaufnahme dürften auch in den kommenden Monaten noch wirksam sein, vorausgesetzt, daß es nicht auf seiten der finanzstarken Gemeinden zu einer Intensivierung der Investitionstätig-

keit kommt. Eine solche Zurückhaltung gegenüber einer weiteren Verschuldungszunahme würde sicherlich auch im Interesse der Gemeinden selbst liegen. Mit rd. 8,4 Mrd DM war die von den Gemeinden seit der Währungsreform bis Ende Juni d. J. an den Kreditmärkten aufgenommene Verschuldung erheblich höher als die aller anderen öffentlichen Haushalte; angesichts der vergleichsweise schwachen Stellung der Gemeinden im gesamten Finanzsystem fällt die hieraus resultierende Belastung um so stärker ins Gewicht.

Bundesbahn und Bundespost

Ebenso wie bei den Ländern und den Gemeinden hat sich auch bei den beiden großen Unternehmen des Bundes — der Bundesbahn und der Bundespost — der Anstieg der Verschuldung im Vergleich zu dem vergangenen Jahr etwas verringert. Bei der Bundesbahn, die im

Zur Entwicklung der öffentlichen Verschuldung*)
seit Ende 1957
in Mio DM

Haushalte/Schuldarten	Stand am Monatsende						
	1957	1958				1959	
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
I. Kreditnehmer							
1) Öffentliche Haushalte im engeren Sinne, gesamt	10 177	11 134	11 502	12 092	12 775	13 459	14 763
a) Bund							
(1) für den Gesamthaushalt	—	—	—	—	—	—	536
(2) dazu Sonderkredite ¹⁾							
(im Gesamtbetrag nicht berücksichtigt)	(391)	(483)	(609)	(662)	(662)	(662)	(662)
b) Lastenausgleichsfonds	592	526	631	618	685	964	1 202
c) Länder	3 135	3 668	3 591	3 874	4 190	4 345	4 625 ²⁾
d) Gemeinden ^{ts)}	6 450	6 940	7 280	7 600	7 900	8 150	8 400 ²⁾
2) Bundesunternehmen, gesamt	6 560	7 105	7 665	7 958	8 682	9 060	9 282
a) Bundesbahn	3 933	4 275	4 563	4 760	5 234	5 452	5 520
b) Bundespost	2 627	2 830	3 102	3 198	3 448	3 608	3 762
Gesamt (1 + 2)	16 737	18 239	19 167	20 050	21 457	22 519	24 045 ^{ts)}
II. Schuldarten							
1) Kassenkredite der Bundesbank							
a) im Rahmen der allgemeinen Kreditplafonds in Anspruch genommen	84	46	52	30	87	4	552
b) Sonderkredite an den Bund ¹⁾							
(im Gesamtbetrag nicht berücksichtigt)	(391)	(483)	(609)	(662)	(662)	(662)	(662)
2) Direktausleihungen der Kreditinstitute ²⁾	7 984	9 022	9 566	10 179	10 864	11 540	11 750 ²⁾
3) Geldmarktpapiere ³⁾	2 478	2 621	2 353	2 321	2 208	1 879	2 013
4) Anleihen, verzinsliche Schatzanweisungen und Kassenobligationen ⁴⁾	2 530	2 815	3 403	3 690	4 318	4 974	5 423
5) Alle übrigen Schulden ⁵⁾	3 661	3 735	3 793	3 830	3 980	4 122	4 307
Gesamt (1 bis 5)	16 737	18 239	19 167	20 050	21 457	22 519	24 045 ^{ts)}

*) Die Angaben beziehen sich grundsätzlich nur auf die inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform und lassen die gegenseitige Verschuldung der genannten Stellen außer Betracht. Allerdings konnten bei der Bundesbahn, und zwar im Gegensatz zu den früher an dieser Stelle veröffentlichten Zahlen (vgl. z. B.: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1959, S. 24), die bei Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen aufgenommenen Mittel nicht ausgeschaltet werden.

¹⁾ Für Einzahlungen an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. — ²⁾ Ohne Ausleihungen der Lastenausgleichsbank an den Lastenausgleichsfonds aus der Weiterleitung von 7f-Darlehen und des Erlöses der von der Bank begebenen Anleihen und Kassenobligationen, ferner ohne die aus öffentlichen Mitteln gewährten Darlehen an die Gemeinden (Betrag geschätzt). — ³⁾ Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen, Steuergutscheine und Warenwechsel der Bundesbahn; ohne aus der Umwandlung von Ausgleichsforderungen stammende Titel. — ⁴⁾ Abzüglich der Anleihestücke im eigenen Bestand der Emittenten. — ⁵⁾ Hauptsächlich Darlehen von privaten Kapitalsammelstellen und — im Falle der Bundesbahn — auch von Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen, und zwar auch soweit letztere durch Hingabe von Schuldtiteln gesichert sind. — ^{ts)} Zum Teil geschätzt.

ersten Vierteljahr zusätzliche Mittel im Betrage von rd. 220 Mio DM in Anspruch genommen hatte, sind die Schuldverpflichtungen (ohne die Verschuldung gegenüber dem Bund) im darauffolgenden Quartal nur um rd. 70 Mio DM gestiegen, da Ende Juni die 500 Mio DM-Anleihe des Jahres 1949 mit 400 Mio DM getilgt — der Restbetrag wurde Anfang Juli zurückgezahlt — und die zunächst für den Juni geplante Emission der zweiten diesjährigen Bundesbahnleihe (im Betrage von 210 Mio DM) auf den August verschoben wurde. Für die restlichen Monate d. J. wird nun freilich wieder mit einem stärkeren Anstieg der Verschuldung zu rechnen sein, da im diesjährigen Wirtschaftsplan der Bundesbahn für die Finanzierung der Neuinvestitionen im Betrage von 1,2 Mrd DM (gegen rd. 1,1 Mrd DM, die 1958 tatsächlich aufgewendet wurden) eine Zunahme ihrer Kreditmarktverschuldung (einschließlich von Bankkrediten und Krediten von privaten Kapitalsammelstellen) um rd. 900 Mio DM vorgesehen ist und hiervon erst der kleinere Teil beschafft wurde. Allerdings wird, selbst wenn dieser Betrag erreicht werden sollte, die Verschuldungszunahme damit um rd. 400 Mio DM hinter der des Jahres 1958 zurückbleiben. Abgesehen von Sonderkrediten, die aus ERP-Mitteln zur Verfügung gestellt werden sollen, hängt das damit zusammen, daß die Bundesbahn — dem Wirtschaftsplan zufolge — für das laufende Jahr eine Verbesserung ihrer Betriebsrechnung und eine Verminderung ihres Bilanzverlustes erwartet. Diese Erwartung ist durch die Entwicklung in den ersten fünf Monaten d. J. voll gerechtfertigt worden. Der Überschuß der Betriebsrechnung hat sich danach nicht unbeträchtlich erhöht, wozu anfänglich vor allem die Einsparung bei den laufenden Personal- und Sachausgaben beigetragen hat. In den letzten Monaten ist eine verhältnismäßig kräftige Erholung der Einnahmen aus dem Güterverkehr hinzugekommen, die namentlich unter dem Einfluß der erheblichen Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit in den Grundstoffindustrien, vor allem der Stahlindustrie, stärker zunehmen als im Vorjahr, in dem sie trotz der beachtlichen Tariferhöhung nur wenig gewachsen waren.

Auch die Bundespost hat für das laufende Geschäftsjahr einen höheren Überschuß in ihrer Betriebsrechnung veranschlagt, wobei allerdings — im Gegensatz zur Bundesbahn — eine weitere Zunahme der Aufwendungen, vor allem der Personalkosten, angenommen wird, die jedoch durch wesentlich stärker wachsende Erträge mehr als wettgemacht werden soll. Wie die Zahlen für das erste Kalendervierteljahr zeigen — weitere Angaben liegen noch nicht vor —, hat sich die Ver-

besserung der Betriebsrechnung (und dementsprechend auch der Gewinn- und Verlustrechnung) schon in dieser Zeit durchgesetzt, und es ist anzunehmen, daß sie im zweiten Quartal eher noch stärker in Erscheinung getreten ist. Für das Jahr als Ganzes bestehen damit gute Aussichten, daß die Bundespost im Gegensatz zum Vorjahr praktisch kaum fremde Mittel zum Ausgleich eines Bilanzverlustes benötigen wird und daher ihre Kreditaufnahmen weitgehend auf den Finanzierungsbedarf für ihre Neuinvestitionen beschränken kann. Im Wirtschaftsplan ist der Betrag der diesjährigen Kreditaufnahme mit 635 Mio DM veranschlagt gegen rd. 820 Mio DM, um die im letzten Jahr die Verschuldung der Bundespost tatsächlich gewachsen ist. Von den für das laufende Jahr vorgesehenen fremden Mitteln hat die Bundespost im ersten Halbjahr schon rd. 320 Mio DM oder gut die Hälfte in Anspruch genommen, obwohl das Schwergewicht ihrer Investitionen und damit auch ihres Kreditbedarfs meist in das zweite Halbjahr fällt. Sie dürfte daher zur Zeit noch in gewissem Umfang über unverausgabte Erlöse aus Kreditaufnahmen verfügen und brauchte erst im späteren Verlauf d. J. wieder an die Märkte heranzutreten.

* * *

Abschließend läßt sich also feststellen, daß der hohe Kreditbedarf des Bundes nicht von gleichfalls steigenden, sondern vielmehr etwas geringeren Kreditwünschen der übrigen öffentlichen Haushalte bzw. der beiden großen Bundesunternehmen begleitet sein wird, sofern nicht neue laufende Ausgaben beschlossen und/oder die in Aussicht genommenen Investitionsprogramme aufgestockt werden. Unter dieser Voraussetzung bestehen Aussichten, daß sich die Zunahme der gesamten öffentlichen Verschuldung in engeren Grenzen halten wird als unter dem Eindruck der hohen diesjährigen Kreditemächtigungen des Bundes zunächst vielfach angenommen wurde. Dies wäre um so mehr erwünscht, als der Beitrag, den die Rentenversicherungen und die Arbeitslosenversicherung in den vergangenen Jahren aus ihren zeitweise sehr beträchtlichen Überschüssen zur Versorgung des Kapitalmarktes geleistet haben, im laufenden Jahr erneut zurückgehen dürfte. Von insgesamt rd. 3 Mrd DM im Jahre 1956 (dem letzten Jahr vor der Rentenreform) sind die Überschüsse schon in den Jahren 1957 und 1958 auf rd. 2 Mrd DM bzw. 0,9 Mrd DM gesunken. Auf Grund der zu Beginn d. J. in Kraft getretenen Anpassung der Bestandsrenten und der Heraufsetzung der „allgemeinen Bemessungsgrundlage“ für die Zugangsrenten sind die Ausgaben der Rentenversicherungen im ersten Halbjahr von 1959 weiter beträchtlich gestiegen, und

zwar stärker als die Beitragseinnahmen, obwohl auch diese infolge der günstigen Beschäftigungsentwicklung und der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrundlage in der Angestelltenversicherung relativ kräftig zugenommen haben. Nach den vorliegenden Teilangaben kann der Überschuß der Arbeiter- und der Angestelltenversicherung im ersten Halbjahr daher auf zusammen nur etwa 200 bis 250 Mio DM geschätzt werden gegen gut 500 Mio DM im ersten Halbjahr 1958. Es dürfte also schon jetzt feststehen, daß er im ganzen Jahr den Vorjahresbetrag wiederum erheblich unterschreiten wird, und für 1960 ist für den Fall, daß die Bestandsrenten in

diesem Jahr analog zum Vorjahr an die (gegenüber 1958 um 5,94 vH erhöhte) Bemessungsgrundlage für 1959 angepaßt werden sollten, mit einer weiteren Verminderung zu rechnen. Bei der Arbeitslosenversicherung, deren Finanzentwicklung in der ersten Hälfte d. J. vor allem infolge des vergleichsweise geringen Umfangs der winterlichen Arbeitslosigkeit relativ günstig war, wird sich im laufenden Kalenderjahr im Gegensatz zum Vorjahr vermutlich zwar ein leichter Überschuß ergeben, doch dürfte hierdurch die bei den Rentenversicherungen zu erwartende Verschlechterung nicht wettgemacht werden.

Produktion und Märkte *)

Die güterwirtschaftliche Entwicklung war in den letzten Monaten durch eine beträchtliche Verbreiterung und Intensivierung des — schon in den ersten Monaten des Jahres wieder deutlich in Erscheinung getretenen — Konjunkturaufschwungs gekennzeichnet. Abgesehen von einigen wenigen Bereichen, wie z. B. dem Kohlenbergbau, bietet die Wirtschaft zur Zeit fast allenthalben das Bild einer ausgesprochenen Hochkonjunktur. Die Auftragseingänge haben erheblich zugenommen, die Produktion ist weit stärker als saisonüblich gestiegen, und die Arbeitslosigkeit ist beträchtlich unter den Stand gesunken, der noch vor ein oder zwei Jahren als unvermeidliches Fluktuations-Minimum betrachtet wurde. Erfreulicherweise sind bisher jedoch nur vereinzelt Symptome einer bedenklichen Konjunkturüberhitzung in Erscheinung getreten. Die Preise sind trotz wesentlicher Verschiebungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage im großen und ganzen stabil geblieben, und an der Lohnfront herrscht im Vergleich zu manchen früheren Perioden einer ähnlich starken Anspannung des Arbeitsmarktes weiter relative Ruhe. Neben der sehr zu begrüßenden Disziplin, die bisher von der Mehrzahl der Unternehmer und dem größten Teil der Arbeiterschaft an den Tag gelegt wurde, ist dies vor allem dem Umstand zu danken, daß sich die Elastizität des Güterangebots als größer erwies als teilweise erwartet worden war und daß die Sparquote nach wie vor außerordentlich hoch ist, ja allem Anschein nach sogar weiter wächst. Auch die Tatsache, daß die Einfuhr den erneuten starken Ausfuhranstieg, der seit dem Frühjahr zu verzeichnen ist, nicht nur mitgemacht, sondern sogar übertroffen hat, war in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Der dadurch erzielte Marktausgleich wirkte um so mehr

stabilisierend, als das Niveau der Einfuhrpreise in letzter Zeit eher wieder gesunken ist, da die internationalen Rohstoffmärkte weiter im Zeichen eines gewissen Angebotsdrucks stehen und auch in den übrigen großen Industrieländern die Konjunkturbelebung noch kaum zu einem neuen Preisauftrieb geführt hat.

Die Auftriebskräfte

Boom im Wohnungsbau

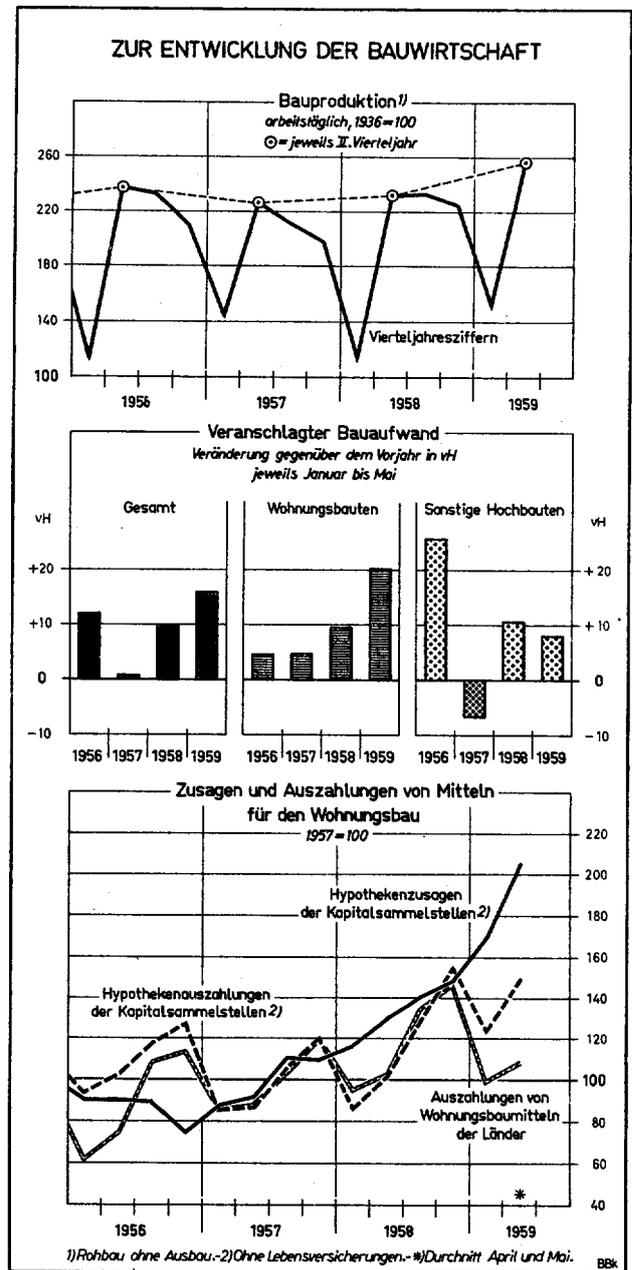
Untersucht man die Kräfte, auf denen die Intensivierung des Konjunkturaufschwungs in den letzten Monaten beruht, so ist leicht zu erkennen, daß die Ausdehnung des Wohnungsbaus unter ihnen eine hervorragende Rolle spielt. Die Wohnungsbaukonjunktur hat sich seit dem Frühjahr d. J. nicht nur erheblich weiter verstärkt, sondern darüber hinaus den Charakter eines ausgesprochenen Booms angenommen. Im April und Mai war der Bauproduktionsindex, hauptsächlich unter dem Einfluß der Wohnungsbautätigkeit, um fast 15 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl er infolge der ausgezeichneten Wetterbedingungen schon im ersten Vierteljahr den Vorjahresstand um über 30 vH überschritten hatte; auch im Juni war die Zuwachsrate mit etwa 4,5 vH noch beachtlich, wenn man in Betracht zieht, daß die Produktion des Bauhauptgewerbes im Juni des vergangenen Jahres ihren bisher höchsten, schon damals nur unter weitestgehender Ausnutzung der vorhandenen Produktionsreserven zu erzielenden Stand erreicht hatte und die Urlaubssaison in diesem Jahr früher als sonst auch die Bauwirtschaft beeinträchtigte. Wäre es möglich, die gesamten Bauleistungen zu erfassen und nicht nur — wie es im Bauproduktionsindex der Fall ist — die Erstellung von Rohbauten (wobei der Bauproduktionsindex überdies nur auf Grund der monatlichen Angaben über die Arbeitsleistung der Betriebe mit 20 und

*) Alle in diesem Berichtsteil enthaltenen Angaben beziehen sich — soweit nicht anders vermerkt — auf das Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West).

mehr Beschäftigten berechnet wird), so würden sich wahrscheinlich sogar noch erheblich höhere Ziffern ergeben, da der Ausbau in diesem Jahr infolge des frühen Baubeginns schon im zweiten Vierteljahr eine vergleichsweise beträchtliche Rolle spielte und die kleineren, vorwiegend im Wohnungsbau tätigen Betriebe insgesamt zur Zeit wahrscheinlich eine stärkere Produktionssteigerung aufzuweisen haben als die größeren Betriebe.

Auch die umfassendsten Ziffern der effektiven Produktion vermöchten aber nur ein relativ schwaches Bild von der wahren Stärke der Baukonjunktur, und zwar speziell der Wohnungsbaukonjunktur, zu bieten. Typisch für die gegenwärtige Situation am Bauproduktionsmarkt ist nämlich, daß die effektive Produktionsleistung des Baugewerbes mit der Ausdehnung der Nachfrage nach Bauleistungen bei weitem nicht mehr Schritt zu halten vermag, so daß die Intensität der Baukonjunktur zur Zeit viel mehr in den für die Nachfrageentwicklung verfügbaren Daten als in den Produktionsziffern zum Ausdruck kommt. Die Nachfrageziffern aber zeigen Steigerungsraten, die zum Teil erheblich über die früherer Aufschwungsperioden hinausgehen und deutlich erkennen lassen, in wie starkem Maße heute im Bereich der Bauwirtschaft, namentlich im Wohnungsbau, die Nachfrage gegen den Produktionsspielraum preßt. So war der veranschlagte Bauaufwand für die im April und Mai baupolizeilich genehmigten Wohnungsbauten mit fast 1,3 Mrd DM im Monatsdurchschnitt um 23 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres (im ersten Quartal hatte sich die Steigerung auf 17 vH gestellt). Die Hypothekenzusagen, die die Kapitalsammelstellen (ohne die Lebensversicherungen) für Wohnungsbauprojekte gegeben haben, gingen in der gleichen Zeit mit 787 Mio DM im Monatsdurchschnitt sogar um nicht weniger als 55 vH über den Betrag im gleichen Vorjahrsabschnitt hinaus, nachdem sie bereits im Durchschnitt des ersten Quartals mit 662 Mio DM eine Zunahme von fast 45 vH aufgewiesen hatten. Obwohl dabei natürlich völlig offen ist, wann diese Zusagen zu einer entsprechenden Zunahme der Bauaufträge führen, muß dennoch damit gerechnet werden, daß die Sicherung der Finanzierung die Inangriffnahme von Bauvorhaben beschleunigt, zumal vom Augenblick der Hypothekenzusage an in der Regel Bereitstellungszinsen an die betreffende Kapitalsammelstelle zu entrichten sind.

Die Gründe für diese beträchtliche Zunahme der Wohnungsbauplanungen liegen zweifellos zunächst einmal in der weitgehenden Senkung des Kapitalzinses, die im Verlauf des letzten Jahres erreicht wurde. Der Wohnungsbau ist zumindest in dem Sektor, in dem er



frei finanziert wird, sehr zinsreagibel, und die Ermäßigung des Zinsniveaus hat ihn deshalb zusammen mit dem reichlichen Kapitalangebot, das seit ein oder zwei Jahren zu verzeichnen ist, ebenso stimuliert, wie ihn die vorangegangene Krise des Kapitalmarktes beeinträchtigt hatte. Für den exorbitanten Anstieg der letzten Monate waren aber zweifellos vor allem einige weitere Momente verantwortlich. Eine Rolle spielte zunächst der Umstand, daß seit dem Frühjahr, wie schon in anderem Zusammenhang erwähnt, vielfach wieder mit einem steigenden Zinstrend und einer erschwerten Kapitalaufnahme gerechnet wird, so wenig sicher diese Annahme vom sachlichen Standpunkt auch sein mag. Mit der Erwartung eines höheren Zinses

intensivierte sich die Kapitalaufnahme aber ebenso wie sie vordem durch die Aussicht auf sinkende Zinsen verlangsamt worden war, zumal von maßgeblicher, wenn auch nicht offizieller Seite unter Berufung auf den angeblich bevorstehenden Wandel der Kapitalmarktsituation sogar ausdrücklich geraten wurde, schwebende Bauvorhaben nach Möglichkeit schon jetzt zu finanzieren. Aus den angedeuteten Gründen liegt es auf der Hand, daß von hier zur Erweiterung der effektiven Bauaufträge nur ein kurzer Schritt war.

Insonderheit aber ist in diesem Zusammenhang der wenig glückliche Einfluß der öffentlichen Wohnungsbaupolitik zu erwähnen. Gut die Hälfte der insgesamt erstellten Wohnungen wird noch immer mit einem erheblichen Mittelaufwand öffentlich gefördert. 1958 stammen von den insgesamt 12,3 Mrd DM, die für den Wohnungsbau ausgegeben wurden, nahezu 3,6 Mrd DM aus öffentlichen Haushalten gegen knapp 3,2 Mrd DM im Jahre 1957. Dabei spielte zweifellos eine Rolle, daß der Wohnungsbau 1956 und 1957 unter dem Einfluß der damaligen Kapitalmarktkrise leicht stagniert hatte und die öffentliche Hand sich schon deshalb veranlaßt sah, dem entgegenzuwirken, zumal die allgemeine Konjunkturentwicklung damals im Zeichen einer merklichen Abschwächung des Aufschwungs stand. Um so mehr hätte es nun einer flexiblen Wohnungsbaupolitik entsprochen, wenn man für das laufende Jahr, in dem auf Grund der 1958 erzielten Auflockerung des Kapitalmarktes ohnehin ein starker Aufschwung des Wohnungsbaus erwartet werden konnte, die offizielle Förderung des Wohnungsbaus eingeschränkt hätte. Genau das Gegenteil war jedoch der Fall. Die Bewilligung öffentlicher Mittel für den sozialen Wohnungsbau, die immer erst nach einer gewissen Zeit zu entsprechenden Bauplanungen und Ausgaben führt, erreichte 1958 (dem letzten Zeitraum, für den konkrete Angaben vorliegen) allein bei den Ländern (über die allerdings der größte Teil der betreffenden Mittel geleitet wird) einen Betrag von 3,1 Mrd DM gegen 2,4 Mrd DM im Durchschnitt der Jahre 1956 und 1957, und für 1959 und 1960 ist offenbar zumindest da, wo die Kapitalsubventionen nicht allmählich durch Zinszuschüsse (die natürlich die gleiche stimulierende Wirkung haben) abgelöst werden, mit einer weiteren Zunahme zu rechnen; so sind jedenfalls im Bundeshaushalt für die Förderung des Wohnungsbaus (ohne ländliche Siedlung) für das Rechnungsjahr 1959/60 1,53 Mrd DM (gegenüber einem Soll von 1,23 und einem Ist von ebenfalls 1,53 Mrd DM im Vorjahr) vorgesehen, und für 1960/61 wird auf Grund bestehender Bindungsermächtigungen mit einem Betrage von 2,1 Mrd DM gerechnet. Von einer „antizyklischen“ Varia-

tion der öffentlichen Wohnungsbauförderung ist also kaum etwas zu spüren, sondern die öffentliche Wohnungsbauförderung nimmt eher weiter zu, obwohl die erfreuliche Entwicklung des Kapitalmarktes die Möglichkeit geboten hätte, sie ohne Schaden für die Wohnungsuchenden einzuschränken und die öffentlichen Haushalte entsprechend zu entlasten. Für den Baumarkt ergibt sich hieraus die — konjunkturpolitisch alles andere als erwünschte — Konsequenz, daß sich die durch die Zins- und Kapitalmarktentwicklung induzierte Erweiterung des Wohnungsbaus mit der Ausdehnung der öffentlichen Wohnungsbauförderung kumulierte und infolgedessen Spannungen schuf, die am besten dadurch charakterisiert werden, daß Ende Juni d. J. 16 000 als arbeitslos registrierten Bauarbeitern 55 000 Stellenangebote in der Bauwirtschaft gegenüberstanden.

Verstärkte Zunahme auch der übrigen Investitionen

Außer im Wohnungsbau ist neuerdings aber auch in den übrigen Investitionsbereichen eine verstärkte Aktivität festzustellen. Wieder ist hier zunächst auf den *Anteil der öffentlichen Hand*, d. h. der von ihr selbst durchgeführten Investitionen, hinzuweisen. Die Zahl der für öffentliche Hochbauten geleisteten Arbeitsstunden war im April und Mai um 13 vH höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der veranschlagte Aufwand für die in diesen beiden Monaten baupolizeilich genehmigten Vorhaben an solchen Bauten ging um fast 17 vH über den entsprechenden Vorjahresbetrag hinaus, gegen allerdings nur gut 2 vH im ersten Quartal. Von großer Bedeutung ist ferner die Ausdehnung der öffentlichen Tiefbauinvestitionen. Die Umsätze im öffentlichen Tiefbau betragen im Durchschnitt der Monate April und Mai d. J. 424 Mio DM gegen 288 in der gleichen Zeit des Vorjahres, die Zahl der in diesem Sektor geleisteten Arbeitsstunden — bei beträchtlicher Rationalisierung — 54,3 Millionen gegen 45,8 Millionen. Die starke Intensivierung des Straßenbaus ist dabei ausschlaggebend. In manchen Gebieten fehlt auch hier eine auf die Vermeidung von Reibungen bedachte Koordinierung mit anderen öffentlichen oder öffentlich geförderten Investitionen.

Was die *gewerblichen Anlageinvestitionen* anlangt, so war hier bis in die jüngste Zeit eine relativ weitgehende Ruhe zu beobachten. Die Zahl der für gewerbliche und landwirtschaftliche Hochbauten geleisteten Arbeitsstunden war in den ersten fünf Monaten des Jahres praktisch ebenso hoch wie in der gleichen Zeit von 1958; im April und Mai blieb sie unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen sogar um reichlich 2 vH hinter dem Vorjahrsstand zurück. Neuerdings scheint sich aber auch hier ein gewis-

Zur Entwicklung von Produktion, Umsatz und Beschäftigung

	1958						1959					Veränderung ^{*)} 2. Vj. 1959 gegen 2. Vj. 1958 in vH
	April	Mai	Juni	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	April	Mai ^{*)}	Juni ^{*)}	1. Vj.	2. Vj. ^{*)}	
				Monatsdurchschnitte						MD.	MD.	
Index der Industrieproduktion (arbeitstäglich, 1936 = 100) *)												
Gesamt	234	232	236	234	227	248	245	252	249	228	249	+ 6,4
Bauwirtschaft	210	236	248	231	233	225	239	274	259	156	257	+ 11,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	212	213	218	214	211	215	235	241	244	209	240	+ 12,1
Investitionsgüterindustrien	311	306	321	313	293	325	327	336	331	307	332	+ 6,1
darunter:												
Maschinenbau	292	283	299	291	262	285	288	303	289	265	293	+ 0,7
Fahrzeugbau	555	557	571	561	510	575	650	630	661	593	647	+ 15,3
Verbrauchsgüterindustrien	216	203	196	206	201	222	221	219	214	204	218	+ 5,8
darunter:												
Textilindustrie	194	180	181	185	183	195	193	186	193	184	190	+ 2,7
Steinkohlenbergbau (Tsd t)												
Förderung, arbeitstäglich	464,2	458,7	455,8	459,6	418,7	437,7	420,4	441,3	408,9	435,4	423,6	- 7,8
Haldenbestände (Steinkohle und -koks) ²⁾	5 882	6 599	7 425	7 425	10 359	13 065	15 790	16 031	16 430	15 107	16 430	+121,3
Steinkohleneinfuhr (ohne Koks)	1 345	1 268	1 140	1 251	1 471	1 228	824	651	724	1 178	733	- 41,4
Eisen- und Stahlindustrie (Tsd t)												
Roheisenerzeugung, kalendertäglich	45,9	43,6	44,2	44,6	44,2	43,2	47,8	47,0	52,0	43,4	48,9	+ 9,6
Rohstahlerzeugung, arbeitstäglich	78,3	78,1	80,1	78,8	70,5	71,5	82,7	91,2	85,7	73,4	86,5	+ 9,8
Walzstahlfertigerzeugnisse ³⁾												
Lieferungen	1 238	1 245	1 207	1 230	1 296	1 155	1 381	1 239	1 404	1 144	1 341	+ 9,0
Auftragseingänge	1 248	1 047	1 200	1 165	1 093	1 136	1 675	1 533	1 714	1 214	1 641	+ 40,9
Auftragsbestände ⁴⁾	4 459	4 191	4 115	4 115	3 344	3 162	3 373	3 634	3 868	1 149	3 868	- 11,9
Auftragsingang bei der Industrie (Werte; kalendermonatlich in vH des Umsatzes von 1954)												
Gesamt	159	147	141	141	141	149	180	160	...	147	...	+ 11,1 ^{*)}
Grundstoffindustrien	139	133	139	137	142	138	170	150	...	137	...	+ 17,6 ^{*)}
Investitionsgüterindustrien	160	153	160	158	163	172	195	178	...	180	...	+ 19,2 ^{*)}
darunter:												
Maschinenbau	170	138	146	151	148	161	185	165	...	167	...	+ 13,6 ^{*)}
Fahrzeugbau	181	184	170	178	173	198	265	216	...	240	...	+ 31,8 ^{*)}
Verbrauchsgüterindustrien	120	129	124	124	109	133	173	149	...	116	...	+ 29,3 ^{*)}
darunter:												
Textilindustrie	106	110	96	104	94	110	181	140	...	108	...	+ 48,6
Bauwirtschaft												
Geleistete Arbeitsstunden (Mio *)												
Gesamt	195,8	219,3	221,7	212,3	235,1	214,6	229,2	224,0	237,0	141,6	230,1	+ 8,4
Wohnungsbauten	93,1	103,8	105,8	100,9	110,9	100,4	109,0	106,5	...	63,5
Öffentliche und Verkehrsbauten	57,1	65,6	66,8	63,2	72,9	68,8	72,7	71,3	...	44,3
Gewerbliche und industrielle Bauten	39,1	41,0	39,9	40,0	42,8	39,6	39,7	38,1	...	31,1
Geplanter Bauaufwand für genehmigte Hochbauten (Mio DM)												
Gesamt	1 509,4	1 558,8	1 753,8	1 607,3	1 827,0	1 670,8	1 873,3	1 883,7	...	1 335,3	...	+ 22,4 ^{*)}
Wohngebäude	972,1	1 062,4	1 127,1	1 053,9	1 216,0	1 064,8	1 269,7	1 244,7	...	876,5	...	+ 23,6 ^{*)}
Übrige Gebäude	537,3	496,4	626,7	553,4	611,0	606,0	603,6	639,0	...	458,8	...	+ 20,2 ^{*)}
Wohnungsbaupflichten von Kapital-sammelstellen (Mio DM) ⁴⁾												
Monatliche Zusagen	515,1	500,1	506,1	507,1	551,5	582,0	662,4
Monatliche Auszahlungen	333,0	351,1	337,2	340,4	428,3	517,9	415,3
Umsätze im Einzelhandel (1954=100)												
Werte												
Gesamt	136	141	124	134	131	167	140	139	135	130	138	+ 3,0
davon:												
Nahrungs- und Genußmittel	138	136	126	133	131	149	137	137	136	131	137	+ 3,0
Bekleidung, Wäsche und Schuhe	128	150	110	129	115	181	131	139	120	121	130	+ 0,8
Hausrat und Wohnbedarf	136	141	130	136	150	198	149	144	146	137	146	+ 7,4
Sonstiges	144	141	137	141	143	171	156	142	148	139	149	+ 5,7
Arbeitsmarkt (Tsd)												
Arbeitslose ⁵⁾												
Gesamt	589,7	469,9	401,3	401,3	327,6	931,1	396,4	215,3	181,1	587,9	324,2	- 19,2
Männer	344,0	250,6	204,1	204,1	160,7	666,6	320,9	172,6	148,3	372,3	174,6	- 14,5
Frauen	245,7	219,3	197,2	197,2	166,9	264,5	255,4	135,8	119,6	215,6	149,6	- 24,1
Unselbständige Beschäftigte ⁶⁾	.	.	19 201,2	19 201,2	19 364,6	18 760,3	.	.	19 590,4	19 088,5	19 590,4	+ 2,0

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VIII (Produktion und Märkte) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ¹⁾ Stand jeweils am Monats- bzw. Vierteljahresende. — ²⁾ Ohne gesamtes Halbzeug, Breitband und Stahlrohre einschl. Vorprodukte; ab Januar 1953 einschl. Halbzeug für Röhrenwerke. — ³⁾ Bauhauptgewerbe insgesamt. — ⁴⁾ Ohne Lebensversicherungen. — ⁵⁾ Stand am Vierteljahresende. — ⁶⁾ Vorläufig. — ^{*)} Originalbasis 1950 = 100. — ^{*)} Veränderung MD. April/Mai 1959 zu MD. April/Mai 1958 in vH. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

ser Wandel angebahnt zu haben. Im April und Mai d. J. war der Wert der baupolizeilich genehmigten gewerblichen Hochbauvorhaben um fast 22 vH höher als im April und Mai des vergangenen Jahres, nachdem er im ersten Vierteljahr allerdings um gut 2 vH unter der entsprechenden Vorjahrsziffer gelegen hatte. Es ist möglich, daß sich in dieser Veränderung bereits eine Rückwirkung der erhöhten Kapazitätsauslastung auf die Investitionsbereitschaft der gewerblichen Wirtschaft andeutet, obwohl aus dem Ergebnis zweier Monate um so weniger weitreichende Schlüsse gezogen werden sollten, als von einer allgemeinen Verknappung der industriellen Produktionskapazitäten zur Zeit noch kaum gesprochen werden kann und die private Investitionsneigung heute, im Gegensatz namentlich zur Investitionskonjunktur von 1953 bis 1956, durch besondere steuerliche Anreize kaum mehr angeregt wird.

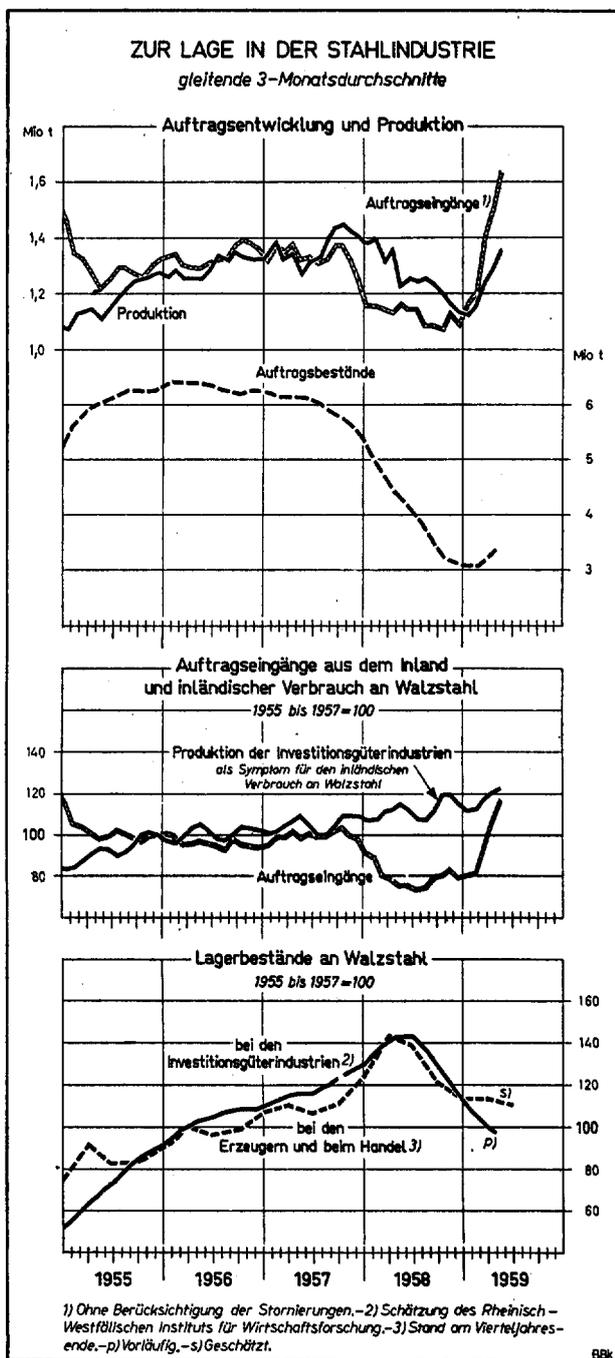
Wohl aber hat sich die Zunahme der *Ausrüstungsinvestitionen* unter dem Einfluß der wachsenden Knappheit an Arbeitern bei zum Teil wesentlich erhöhten Anforderungen an die Produktion offensichtlich beschleunigt. Symptomatisch hierfür ist namentlich die Entwicklung des Auftragseingangs bei den Investitionsgüterindustrien. Diese haben in den Monaten April und Mai allein aus dem Inland dem Werte nach um rd. 18 vH mehr Aufträge erhalten als im vergangenen Jahr in dieser Zeit; im Vergleich zum ersten Quartal, in dem die Zuwachsrate 12 vH betragen hatte, hat sich der Anstieg also weiter verstärkt. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß im Zentrum der Aufwärtsbewegung neuerdings diejenigen Industrien stehen, bei denen die längerlebigen Verbrauchsgüter nur einen verhältnismäßig kleinen oder gar keinen Anteil an der Gesamtproduktion haben. So gingen beispielsweise im Maschinenbau die Inlandsaufträge im Mai um 19 vH und im Juni (nach vorläufigen Angaben) um 34 vH über ihren entsprechenden Vorjahrsstand hinaus, während die Zunahme in der Elektrotechnischen Industrie, in deren Produktion längerlebige Verbrauchsgüter einen verhältnismäßig breiten Raum einnehmen, weit hinter dem Durchschnitt der übrigen Industrien zurückblieb. Höhere Maschinenbestellungen wurden vor allem von der Landwirtschaft, der Bauwirtschaft und der Textilindustrie aufgegeben, von Wirtschaftszweigen also, in denen entweder die Arbeiterknappheit besonders fühlbar ist oder in denen sich der Geschäftsgang in letzter Zeit so gebessert hat, daß ein Teil der früher unterbliebenen Bestellungen nachgeholt werden konnte.

Unter dem Impuls der verstärkten Auftragserteilung ist die Produktion der Investitionsgüterindustrien in

der Berichtsperiode weiter in beachtlichem Tempo gestiegen. Es ergibt sich jedoch nicht der Eindruck, daß der Ausstoß besonders forciert wurde; die meisten Industrien haben vielmehr — möglicherweise in der (aller Wahrscheinlichkeit nach begründeten) Annahme, daß so sprunghafte Steigerungen des Auftragseingangs weitgehend zufallsbedingt sind — zunächst einmal ihre Auftragsbestände wachsen lassen, zumal diese im Verlauf der letzten zwei Jahre teilweise auf einen relativ niedrigen Stand gesunken waren und die Bildung eines stärkeren Auftragspolsters daher nur erwünscht erschienen.

Umschwung im Lagerzyklus

Eine wesentliche Ursache der Intensivierung des Konjunkturaufschwungs lag ferner darin, daß in einigen wichtigen Industrien, die bis Anfang dieses Jahres sichtlich unter dem Einfluß der Abschwungphase eines „Lagerzyklus“ gestanden hatten, sich in den letzten Monaten insofern ein völliger Wandel ergab, als das Pendel des Lagerzyklus zurückschwang und damit die betreffenden Industrien ebenso begünstigte, wie es sie vorher benachteiligt hatte. Auf die Bedeutung dieser Entwicklung für den Geschäftsgang einiger Industrien und darüber hinaus für die allgemeine Konjunkturentwicklung ist in unseren Berichten zur Wirtschaftslage immer wieder eingegangen worden. Insonderheit für die Konjunktur der Stahlindustrie und der Textilindustrie hat sie eine entscheidende Rolle gespielt. Über ihren Einfluß auf die *Stahlkonjunktur* gibt das nachstehende Schaubild Aufschluß. Es zeigt deutlich, wie sich seit Beginn dieses Jahres die Auftragsgänge in der Stahlindustrie sprunghaft erhöht haben, nachdem sie über ein Jahr lang gesunken waren, obwohl der Stahlverbrauch — gemessen etwa an der Produktion der Investitionsgüterindustrien — der Tendenz nach ständig weiter gewachsen war, so daß sich schließlich eine weitgeöffnete „Schere“ zwischen Verbrauch und Bestellungen ergab. Es ist offenkundig, daß die dadurch bewirkte starke Verminderung der Lagerbestände beim Handel und bei den Verarbeitern eine wesentliche Ursache für den in den letzten Monaten zu beobachtenden sprunghaften Anstieg der Auftragsgänge bildete. Die Bank hatte schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres auf die Wahrscheinlichkeit dieser zyklischen Reaktion hingewiesen und darauf einen Teil ihres — in den Wintermonaten nicht allenthalben geteilten — „Konjunkturoptimismus“ gegründet. Der zyklisch bedingte Rückschwung des Lagerpendels ist jedoch in den letzten Monaten noch erheblich dadurch verstärkt worden, daß sich infolge der weit verbreiteten und nun auch bestätigten Erwartung eines Stahlarbeiterstreiks in den Vereinigten Staaten nicht



nur die Auslandsnachfrage beträchtlich erhöhte, sondern auch die inländischen Abnehmer in ihrem Bestreben nach Wiederauffüllung der Lagerbestände bestärkt wurden. Im Juni beliefen sich infolgedessen die Auftragsrückstellungen bei der Walzstahlindustrie auf 1,7 Mio t gegen reichlich 1,2 Mio t im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals von 1959 und gut 1,1 Mio t im Monatsdurchschnitt des Jahres 1958. Die Bestellungen lagen damit im Gegensatz zum vergangenen Jahr (und auch noch zum Januar d. J.) wieder um rd. 0,3 Mio t über der laufenden Produktion, obwohl auch diese unter dem Einfluß der Nachfragebelebung im Juni mit 1,4

Mio t bereits erheblich über ihren bisherigen Tiefstand (1,1 Mio t im Dezember des vergangenen Jahres) gestiegen war und damit fast wieder ihren Höchststand vor der „Stahl-Flaute“ von 1958 erreicht hatte.

Die Textilindustrie — der zweite, im Jahre 1958 von einer lagerzyklischen Rezession besonders betroffene Zweig — kann seit dem Frühjahr ebenfalls eine erhebliche Besserung ihres Geschäftsgangs verzeichnen. Auch hier ist der — schon in unserem Monatsbericht für April geschilderte — „lagerzyklische“ Anstieg des Auftragsrückstehens nicht unbeträchtlich dadurch verstärkt worden, daß der Handel sichtlich bestrebt war, nicht nur einen weiteren Abbau seiner Vorräte zu unterbinden, sondern seine Läger sogar wieder zu vergrößern. Nur so ist es zu erklären, daß die Inlandsaufträge an die Textilindustrie in den Monaten April und Mai um 74 bzw. 24 vH höher waren als in der gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl der Einzelhandelsumsatz an Textilien im ersten Quartal 1959 nur um knapp 2 vH über und im April und Mai d. J. um 3 vH unter seinem entsprechenden Vorjahrsstand lag. Auf Grund dieser wesentlich veränderten Absatzsituation hat die Textilindustrie, ebenso wie die Stahlindustrie, ihre im vergangenen Jahr stark gedrückte Produktion wieder in gewissem Umfang ausweiten können. Gemessen am Index des Statistischen Bundesamtes, nahm sie von 184 im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals auf 193 im Juni zu (1936 = 100) und übertraf damit den Stand vom Juni 1958 um 6,5 vH, während sie von Januar 1958 bis April d. J. Monat für Monat unter ihrem entsprechenden Vorjahrsstand gelegen hatte. Auch in einem großen Teil der übrigen Verbrauchsgüterindustrien ist eine ähnliche, d. h. ebenfalls weitgehend lagerzyklisch bedingte Belebung festzustellen. Der Produktionsindex für die gesamte Gruppe der Verbrauchsgüterindustrien wies im Juni d. J. mit einem Plus von 7,9 vH im Vergleich zum Vorjahr sogar eine stärkere Zunahme auf als alle übrigen Gruppen mit Ausnahme der Gruppe Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, in der der Anstieg der Eisen schaffenden Industrie und der (stark von der Bautätigkeit abhängigen) Industrie der Steine und Erden besonders ins Gewicht fiel. Die in unsern Konjunkturberichten im Winter geäußerte Erwartung, daß der fällige Umschwung des Lagerzyklus erheblich zu einer Beschleunigung des allgemeinen Konjunkturaufschwungs in diesem Jahr beitragen werde, hat sich damit in vollem Umfang erfüllt.

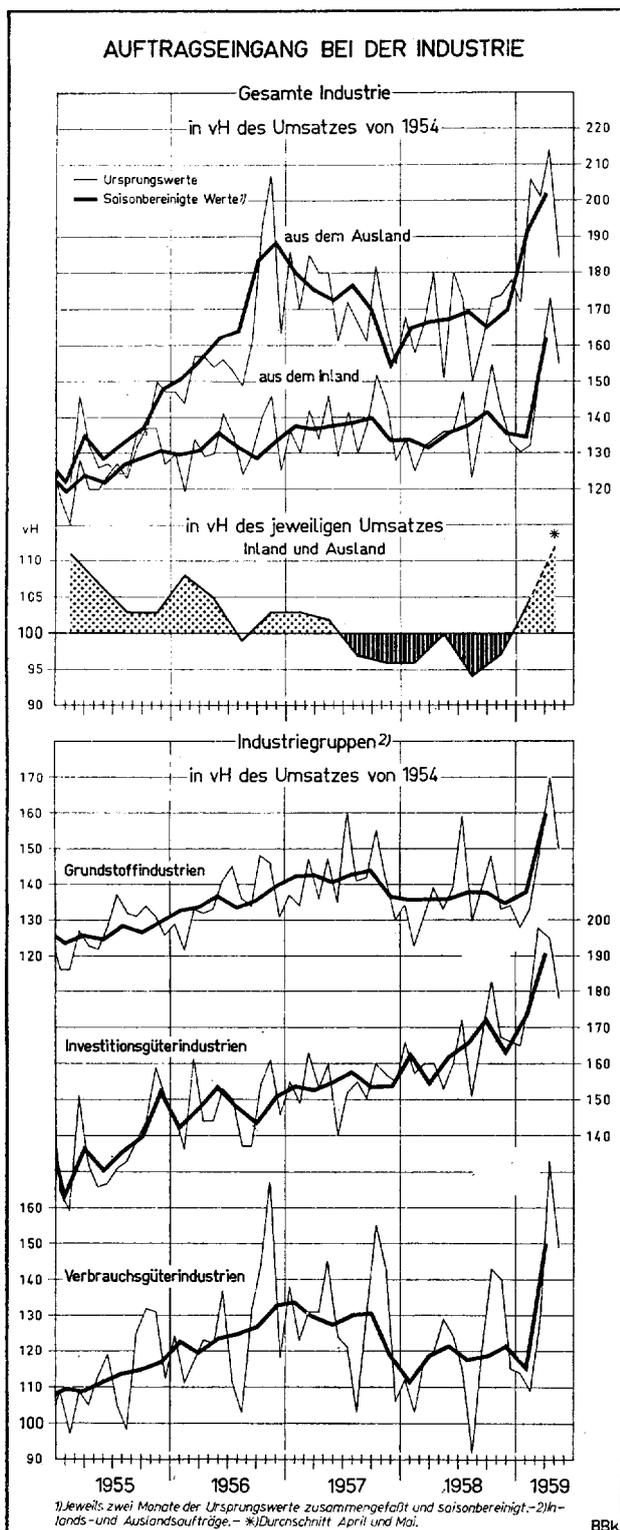
Neuer Anstieg der Auslandsnachfrage

Eine weitere Auftriebskraft im Rahmen der allgemeinen Konjunkturentwicklung bildete schließlich die

Auslandsnachfrage. Im vergangenen Jahr, ja auch noch zu Beginn dieses Jahres hatte es geschienen, als würde die Ausfuhr kaum mehr wesentlich steigen, hatte sie doch im Jahre 1958 im ganzen nur noch eine Wachstumsrate von 2,9 vH gegen 16,5 vH im Jahre 1957 und 20,0 vH im Jahre 1956 aufgewiesen. Schon in den Auftragsingangsziffern für Februar und März deutete sich

jedoch ein neuer starker Anstieg der Auslandsnachfrage an, und in den nachfolgenden Monaten hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Die Auslandsbestellungen bei der Industrie übertrafen im April und Mai (den letzten Monaten, für die bei Abschluß des Berichts Angaben vorlagen) die entsprechenden Vorjahrsziffern um 19 bzw. 22 vH, d. h. um fast ebensoviel wie im Durchschnitt des Februar und März, und schon im zweiten Vierteljahr trat diese Entwicklung auch in stark erhöhten Ziffern für die effektive Ausfuhr in Erscheinung. Im April war die Ausfuhr dem Werte nach um knapp 11 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, im Mai um reichlich 12 vH und im Juni um gut 14 vH; dem Volumen nach wies sie sogar noch eine größere Steigerung auf, da die Durchschnittswerte der Ausfuhr seit einiger Zeit — offenbar infolge der Preiskonkzessionen, zu denen sich die Exporteure gezwungen sahen — rückläufig sind. Auf die besondere Rolle, die die rege internationale Stahlnachfrage in diesem Zusammenhang spielte, wurde bereits hingewiesen. Aber auch für die meisten übrigen Industrien weiteten sich die Absatzmöglichkeiten im Ausland aus; sogar die Verbrauchsgüterindustrien, die im vergangenen Jahr sowohl am Inlandsmarkt als auch an den Auslandsmärkten schwerer Konkurrenz von seiten anderer Länder ausgesetzt waren, konnten in den letzten Monaten ihren — im allgemeinen freilich noch immer bescheidenen — Export merklich erweitern.

Auf die Gründe dieser Entwicklung wird im Abschnitt „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ näher eingegangen. Dort wird insbesondere auf die große Bedeutung verwiesen, die die seit reichlich einem halben Jahr in Gang befindliche Konjunkturbelebung in Europa für die Ausfuhrentwicklung der letzten Monate hatte. Ergänzend hierzu sei an dieser Stelle auch auf die Impulse aufmerksam gemacht, die die Errichtung des Gemeinsamen Marktes und die damit verbundenen Zollsenkungen und Liberalisierungsmaßnahmen auf den deutschen Export ebenso ausüben, wie sie das — später noch zu behandelnde — Vordringen ausländischer Produkte am deutschen Inlandsmarkt erleichtern. Überhaupt war die Steigerung des deutschen Exports in den letzten Monaten keine einseitige Expansion; speziell im zweiten Vierteljahr war die Zunahme der Einfuhr sogar stärker. Aber wie jede Integration, die die Absatzchancen erweitert, übte sie gleichwohl auf die deutsche Wirtschaft eine expansive Wirkung aus, die zur Verstärkung des Konjunkturaufschwungs in der Berichtsperiode ebenfalls beitrug, wenn auch wesentlich schwächer als die vorerwähnten Faktoren.

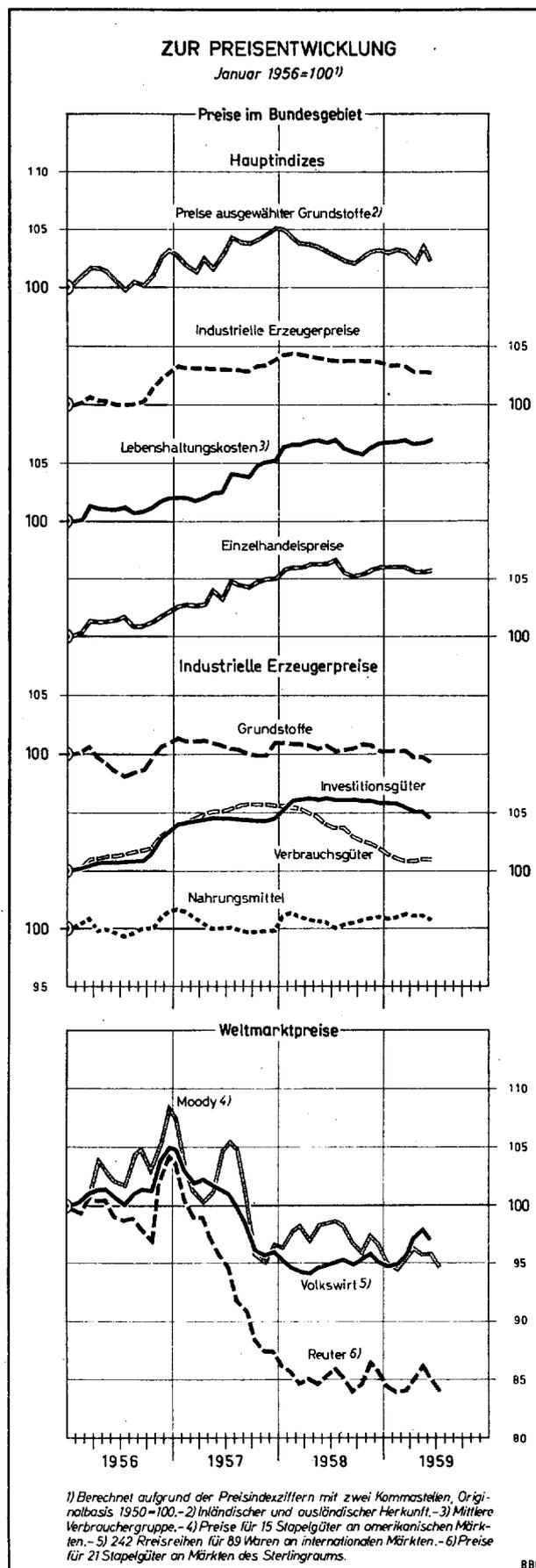


Stabilisierende Faktoren

Das Preisbild

Wie schon eingangs vermerkt, hat diese Belebung bisher jedoch, abgesehen vom Baumarkt, kaum zu Spannungen geführt, die die Stabilität des Preisniveaus tangierten. Betrachtet man die wichtigsten Preisindizes, so zeigt sich vielmehr, daß die Rückgangstendenzen, die im Frühjahr das Bild der Preisentwicklung bestimmten, in letzter Zeit zwar merklich nachgelassen oder sich doch auf einige wenige Bereiche beschränkt haben, daß aber von einem Wiederanstieg der Preise bisher keine Rede sein kann; auch im Juni, dem letzten Monat, für den statistische Angaben vorliegen, lagen die meisten Preisindizes auf oder gar unter dem Stand, auf den sie im Frühjahr dieses Jahres gesunken waren.

Die wichtigste Ausnahme bildet dabei das Preisniveau der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, das sich unter dem Einfluß der Preissteigerung zumindest für einige der stärker ins Gewicht fallenden Produkte neuerdings sowohl auf der Erzeugerstufe als auch auf der Einzelhandelsstufe leicht erhöht hat. Ausschlaggebend hierfür waren saisonale Faktoren und die in diesem Jahr herrschende Trockenheit, die zumindest den Ausfall der Obst- und Gemüseernten sowie den Grünfütteranfall und die Frühkartoffelernte stark beeinträchtigte, wenn sie auch die Getreideernten bei weitem nicht so ungünstig beeinflußt zu haben scheint wie zeitweilig befürchtet wurde. Insbesondere die Preise für Kartoffeln sowie für Gemüse und Obst haben infolgedessen angezogen; sie bewegen sich im großen und ganzen aber noch immer unter dem Niveau, das sie inne hatten, bevor sich die guten Obst- und Gemüseernten des vergangenen Jahres auf die Märkte auszuwirken begannen. Bremsend auf den Anstieg hat vor allem die Tatsache gewirkt, daß ab Anfang dieses Jahres die Einfuhr bestimmter Obst- und Gemüsesorten aus den OEEC-Ländern voll liberalisiert und diese Liberalisierung am 1. Juli d. J. auf alle Länder des GATT-Abkommens ausgedehnt wurde. Einen gewissen Ausgleich für den Preisanstieg pflanzlicher Produkte bot überdies zunächst die Tatsache, daß der Futtermittelmangel in einigen Gebieten zu einem verstärkten Auftrieb von Schlachtrindern führte, so daß die Schlachtviehpreise — und im Anschluß daran die Einzelhandelspreise für Fleisch- und Fleischwaren — in den letzten Wochen nicht stiegen, sondern zum Teil zurückgingen. Immerhin hat sich der Anstieg anderer Lebensmittelpreise im Preisindex für die Lebenshaltung im Juni in einer merklichen Erhöhung der Ernährungskosten ausgewirkt, auf die es in der Hauptsache zurückzuführen ist, daß der Gesamtindex in diesem Monat um 0,3 vH stieg, und da sich damit der auf volle Ziffern



Zur Preisentwicklung ¹⁾

	1958	1959	Veränderung ⁴⁾						
	Juni	Juni	Juni 1959 gegen Juni 1958	Jan. 1959	Febr. 1959	März 1959	April 1959	Mai 1959	Juni 1959
				gegenüber dem jeweiligen Vormonat					
	1950 = 100		vH						
Binnenmarkt									
Grundstoffe insgesamt	132	130	- 0,9	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,7	+ 0,3	- 0,4
davon: industrieller Herkunft	146	145	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	- 0,5	+ 0,0	- 0,4
darunter: Mauerziegel	129	133	+ 3,4	± 0	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,4
Kupfer (Halbzeug)	102	108	+ 5,9	+ 4,6	+ 0,6	+ 4,3	- 4,3	+ 0,6	- 5,2
land-, forst- und plantagenwirtschaftlicher Herkunft	119	117	- 1,5	- 0,6	+ 0,3	- 0,9	- 1,0	+ 0,6	- 0,4
darunter: Baumwolle	93	81	-13,5	- 0,8	- 0,2	- 1,6	- 1,4	+ 0,4	+ 0,2
Rohwolle, ausländische	59	58	- 1,9	- 2,4	+ 6,0	+ 0,1	+16,7	+ 2,0	- 3,3
Rohholz (Stamm), inländisches	199	179	-10,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,7	- 2,0	- 1,5	± 0
Rohkautschuk	73	94	+27,4	+ 1,7	+ 0,8	+ 3,9	+ 5,7	+ 8,1	- 4,7
Speisekartoffeln	126	129	+ 2,1	+10,8	- 3,5	- 8,5	- 9,5	-12,7	+ 2,2
Schweine	90	108	+18,8	- 2,2	+ 0,5	- 2,5	- 3,2	+ 5,7	- 0,5
Erzeugerpreise der Industrie insgesamt	125	124	- 1,2	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,0	- 0,2
darunter: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	139	137	- 1,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,6	- 0,1	- 0,4
darunter: Eisen- und Stahlindustrie	200	200	- 0,1	± 0	- 0,0	- 0,2	± 0	± 0	+ 0,0
NE-Metallindustrie	99	103	+ 3,8	+ 2,4	+ 0,7	+ 4,0	- 3,6	+ 0,5	- 2,9
Papierherzeugung	134	128	- 5,0	- 0,1	± 0	- 0,2	- 2,1	- 0,0	± 0
Investitionsgüterindustrien	134	133	- 1,0	- 0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,0	± 0
darunter: Maschinenbau	144	142	- 1,4	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,5	- 0,0	+ 0,1
Fahrzeugbau	109	109	- 0,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	± 0
Verbrauchsgüterindustrien	101	98	- 2,8	- 0,6	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0
darunter: Textilindustrie	89	82	- 8,2	- 1,2	- 0,8	- 1,2	- 0,6	+ 0,3	- 0,2
Schuhindustrie	107	110	+ 3,5	- 0,1	+ 0,3	± 0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,6
Holzverarbeitung	130	129	- 0,9	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,0
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾									
insgesamt	132	134	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,6	- 0,8	- 1,2	+ 0,0	+ 0,6
davon: Pflanzliche Produkte	165	155	- 6,2	+ 6,7	+ 1,0	- 1,6	- 2,7	- 2,9	+ 4,9
Tierische Produkte	117	124	+ 5,3	- 1,6	+ 0,4	- 0,4	- 0,4	+ 1,6	- 1,7
Einzelhandelspreise insgesamt	112	111	- 0,6	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 0,0	+ 0,1
darunter: Lebensmittelgeschäfte	114	113	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,5	+ 0,1	+ 0,3
darunter: Gemüsegeschäfte	172	143	-16,5	+ 5,6	+ 4,6	+ 0,6	- 4,2	+ 1,3	+ 3,3
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	99	98	- 1,6	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 0,1	± 0
Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	123	122	- 0,8	+ 0,0	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1
darunter: Geschäfte für Eisenwaren	144	144	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0
Möbel	123	122	- 1,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Elektrogeräte (ohne Rundfunkgeräte)	107	107	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0
Preisindex für die Lebenshaltung									
insgesamt	119	120	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	+ 0,3
darunter: Ernährung	126	126	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,3	- 0,6	+ 0,1	+ 0,5
Heizung und Beleuchtung	142	143	+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,2	- 1,3	+ 0,0	+ 0,1
Hausrat	112	112	- 0,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Bekleidung	105	104	- 0,5	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Reinigung und Körperpflege	114	115	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	± 0	+ 0,1	+ 0,1
Bildung und Unterhaltung	120	123	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0
Verkehr	134	137	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0
Weltmarkt ⁵⁾									
Preisindex des „Volkswirt“ ⁵⁾									
insgesamt	93	96	+ 2,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,8	- 1,1
davon: Nahrungsmittel ⁵⁾	99	97	- 2,8	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	+ 0,2	- 1,3
Gewerbliche Rohstoffe ⁵⁾	92	96	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 2,7	+ 1,1	- 1,0
Moody's Index ⁵⁾	96	93	- 2,7	- 1,6	- 0,6	+ 1,1	+ 0,8	- 0,7	+ 0,1
Reuter's Index ⁵⁾	81	80	- 0,4	- 1,4	- 0,6	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,4	- 1,5

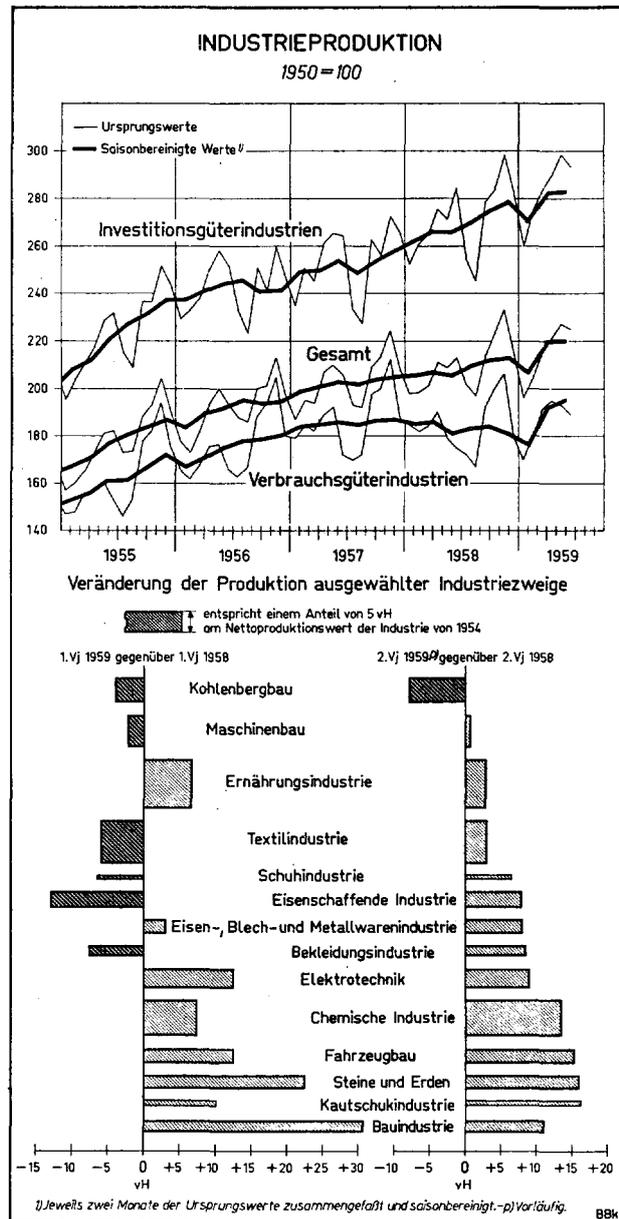
¹⁾ Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen VIII, 6 (Großhandels- und Erzeugerpreise) sowie 7 (Verbraucherpreise und Löhne) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ²⁾ Berechnet von R. Schulze. — ³⁾ Veränderungsprozentätze unter Berücksichtigung einer Dezimalstelle des Index. — ⁴⁾ Veränderungsprozentätze unter Berücksichtigung von zwei Dezimalstellen der Indizes. — ⁵⁾ Veränderung in vH errechnet auf Grund der Indizes auf Originalbasis. — ⁶⁾ Originalbasis 1950/51 = 100.

abgerundete Index von 119 — dem Stand, den er in den Monaten von November vorigen Jahres bis Mai d. J. inne gehabt hatte — auf 120 erhöhte, wurde der bisherige, zum letzten Male im Juli 1958 berührte Höhepunkt wieder erreicht.

Das Preisniveau der *industriellen Erzeugnisse* ist dagegen sowohl auf der Erzeugerstufe als auch auf der Einzelhandelsstufe, vom Baubereich abgesehen, weiter um ein Geringes gesunken oder doch zumindest stabil geblieben. Der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte war im Juni um 0,2 vH niedriger als im Vormonat, nachdem er sich im Mai kaum verändert hatte und im April um 0,3 vH zurückgegangen war. Auch wenn man von den Grundstoffen und Produktionsgütern absieht, deren Preise zum Teil deutlich unter dem Einfluß der neuerdings wieder rückläufigen Tendenz an den internationalen Rohstoffmärkten standen, waren dabei einige weitere wichtige Preissenkungen zu verzeichnen. So verdient vor allem Beachtung, daß die Preise der Textilindustrie trotz der kräftigen Belegung, die diese Industrie in den letzten Monaten erfuhr, im Juni erneut um 0,2 vH zurückgegangen sind; auch in der Bekleidungsindustrie, deren Preisniveau in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres um 3 vH gesunken war, ist die Preistendenz nach den letzten verfügbaren Angaben eher weiter nach unten gerichtet.

Hohe Angebotselastizität trotz Arbeitermangels

Unter den Ursachen für diese relative Preisstabilität spielt zweifellos eine große Rolle, daß die Angebotselastizität der Wirtschaft, trotz der bekannten, schon in den Frühjahrsmonaten deutlich in Erscheinung getretenen Anspannung des Arbeitsmarktes, verhältnismäßig hoch war — ein Umstand, der vor allem darin zum Ausdruck kommt, daß die Industrieproduktion im Mai und Juni d. J. um rd. 7 vH über ihren entsprechenden Vorjahrsstand stieg, ohne daß dabei in weiten Bereichen der Wirtschaft die Produktionsreserven erschöpft wurden. Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß zu Beginn des Jahres verhältnismäßig hohe unausgenutzte Produktionskapazitäten bestanden hatten, und zwar nicht etwa nur in den damals ausgesprochen auf der Schattenseite der Konjunkturentwicklung stehenden Wirtschaftszweigen, wie z. B. der Eisenschaffenden Industrie und der Textilindustrie (vom Kohlenbergbau mit seinen besonderen Problemen ganz abgesehen), sondern auch in vielen anderen Industriezweigen, die sich eines durchaus guten Geschäftsgangs erfreuten. Die Erhöhung der Nachfrage stieß also, zumindest was die sachlichen Kapazitäten anlangt, auf einen nicht unbeträchtlichen Spielraum. Aber auch die Versorgung mit Arbeitskräften bot geringere Schwierig-



keiten, als man im Hinblick auf die niedrige Arbeitslosenquote (schon im April nur 3,0 vH, Ende Juni sogar nur noch 1,3 vH) und den relativ geringen Neuzugang an Arbeitskräften (die Zahl der unselbständigen Erwerbspersonen war Ende Juni mit 19,85 Millionen nur um ungefähr 250 000 größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres) annehmen konnte. Von wesentlicher Bedeutung war in diesem Zusammenhang einmal, daß die Betriebe über nicht unerhebliche innere Arbeitskraftreserven verfügten, da sie im vergangenen Jahr, teils freiwillig, teils unter dem Einfluß der arbeitsrechtlichen Bestimmungen, mehr Arbeitskräfte behalten hatten, als sie bei der damaligen Produktionsentwicklung und im Hinblick auf die teilweise beträchtlichen Rationalisierungserfolge benötigt hätten. Es kam hinzu, daß die

durchschnittliche Arbeitszeit in einem Teil der Industrie über das tariflich vereinbarte Maß hinaus eingeschränkt worden war, so daß nunmehr die Möglichkeit bestand, sie — selbst ohne die Einlegung von Überstunden — wieder auszudehnen. Überdies setzt sich der Rationalisierungsprozeß dank der anhaltend hohen, neuerdings sogar wieder merklich steigenden Investitionen fort, zumal diese in der Regel primär die Einsparung von Arbeitskräften zum Ziel haben. Auch in starker Expansion begriffene Industriezweige waren in folgedessen sogar zur Abgabe von Arbeitskräften in der Lage — von der fortdauernden Freisetzung von Arbeitskräften im Kohlenbergbau, die für die Industrie und die Bauwirtschaft speziell Nordrhein-Westfalens zur Zeit eine sehr willkommene Erweiterung ihres Arbeitskraftreservoirs bedeutet, ganz abgesehen. Mit einer gegenüber dem Vorjahr um insgesamt rd. 35 000 Kräfte verringerten Belegschaft konnte die Industrie (einschließlich des Kohlenbergbaus, aber ohne das Bauhauptgewerbe) daher im Mai und Juni d. J., wie oben erwähnt, eine um etwa 7 vH höhere Produktion erzielen. Die Steigerung der Produktivität hat also den Mangel an Arbeitskräften, zumindest in weiten Bereichen der Wirtschaft, wenn auch nicht im Baugewerbe mit seiner speziellen Anspannung, bisher weitgehend kompensiert.

Für das Auffangen des starken Nachfragestoßes der letzten Monate war ferner von großer Bedeutung, daß die Auftragsbestände der Wirtschaft zu Beginn dieses Jahres auf ein verhältnismäßig niedriges Niveau gesunken waren. Eine Umfrage, die das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung im Rahmen seines „Konjunktur-Test“ veranstaltete, ergab, daß zu diesem Zeitpunkt 34 vH der befragten Firmen ihren Auftragsbestand als „zu klein“ empfanden und nur 8 vH als „verhältnismäßig groß“. Die meisten Unternehmen zögerten daher mit Recht, die in den letzten Monaten vor sich gehende Verstärkung ihrer Auftragspolster zum Anlaß höherer Preisforderungen zu nehmen. Sie wurden hierin um so mehr bestärkt, als ein großer Teil der Besteller offensichtlich gar nicht prompte Lieferung erwartet. Ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Auftragszunahme der letzten Wochen hängt, wie gesagt, nicht mit der Entwicklung des effektiven Verbrauchs, sondern mit dem Wunsch nach Auffüllung der Lagerbestände zusammen; manche Bestellung dürfte dabei überdies nur vorsorglich aufgegeben worden sein, weil man wieder mit längeren Lieferfristen rechnete, nachdem es im letzten Jahr verschiedentlich möglich geworden war, Lieferungen in kürzeren Fristen zu erhalten, als sie normalerweise üblich sind.

Im übrigen sind die Auftragsbestände in weiten Bereichen nicht etwa bereits übernormal, namentlich da nicht, wo in Reaktion auf die vorangegangene „Auftragsflaute“ die Bestellungen im Verlauf der letzten Monate stark zugenommen haben. So betragen z. B. die Auftragsbestände bei Walzstahl-Fertigerzeugnissen Ende Juni erst 3,9 Mio t gegen 4,1 Mio t zur gleichen Zeit des Vorjahres und 6,1 bzw. 6,2 Mio t Mitte 1957 und 1956. Ebenso dürfte in den Verbrauchsgüterindustrien bisher kaum mehr als eine gewisse Renormalisierung erreicht worden sein, zumal hier die Auftragsbestände zu Beginn des Jahres in größerem Umfang als in anderen Sektoren als zu klein empfunden worden waren. Gerade in diesen Wirtschaftszweigen sind nach allen Anhaltspunkten auch noch Produktionsreserven vorhanden. So hatte etwa die Produktion der Textilindustrie, gemessen am Index des Statistischen Bundesamtes, im Juni erst einen Stand erreicht, der mit 193 (1936 = 100) um 9 Punkte unter dem Monatsdurchschnitt von 1957 lag, ebenso wie die Produktion der Eisen schaffenden Industrie im Juni noch um etwa 5 vH hinter ihrem bisherigen Höchststand vom November 1957 zurückblieb.

Starker Einfuhranstieg bei unveränderten Auslandspreisen

Ein weiterer Faktor, der teilweise nicht unerheblich zur Wahrung des Marktgleichgewichts beitrug, war die starke Zunahme der Einfuhr. Wie im Abschnitt „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ näher ausgeführt, war die Einfuhr im zweiten Quartal um rd. 1,4 Mrd DM oder fast 19 vH höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres; dem Volumen nach machte ihre Steigerung sogar beinahe 26 vH aus. Die „Einfuhrquote“, d. h. das Verhältnis zwischen Einfuhr und Sozialprodukt, ist damit nennenswert gestiegen. Wie schon oben erwähnt, war die Zunahme des Imports überdies größer als die des Exports, so daß die Entlastung, die die Märkte durch den Import erfuhren, auch in der güterwirtschaftlichen Gesamtbilanz zum Ausdruck kommt. Von besonderer Bedeutung war jedoch die Konzentration des Einfuhranstiegs auf die von der Nachfragebelebung insonderheit erfaßten Bereiche. So verdient hervorgehoben zu werden, daß allein die Fertigwareneinfuhr von knapp 2 Mrd DM im zweiten Quartal 1958 auf fast 2,7 Mrd DM im zweiten Quartal 1959 gestiegen ist. Die Zunahme betrug hier also 36 vH und ging damit nicht nur über die Steigerung der heimischen Nachfrage, sondern auch über die des Fertigwarenexports weit hinaus.

Es kam hinzu, daß sich die Erhöhung der Einfuhr, wie schon angedeutet, nicht etwa zu steigenden Preisen vollzog, sondern eher sogar zu sinkenden. Der Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter war im Monatsdurchschnitt des zweiten Quartals mit 97 vH seines Standes von 1950 ungefähr ebenso hoch wie im ersten Quartal und um fast 5 vH niedriger als im zweiten Vierteljahr 1958. Das ist hauptsächlich auf die Entwicklung der internationalen Rohstoffpreise zurückzuführen, die nach einem leichten Anstieg in den ersten Monaten des Jahres seit Mitte Mai wieder rückläufig sind. Besonders diejenigen Preise, die vordem merklich angezogen hatten, wie die Preise von Kautschuk, NE-Metallen und Spinnstoffen, bröckelten in den letzten Wochen erneut ab, obwohl sich die Marktchancen dieser Produkte durch die Konjunkturbelebung in den führenden Industrieländern neuerdings unzweifelhaft verbessert haben. Es zeigt sich hierin deutlich die hohe Angebotselastizität der internationalen Rohstoffwirtschaft, die seit dem Zusammenbruch der „Korea-Hausse“ von 1950/51 noch keine nachhaltige neue Steigerung der Preise aufkommen ließ und deshalb schon vielfach zu Vergleichen mit der Situation der zwanziger Jahre Anlaß gegeben hat, die bekanntlich durch eine deutliche Schwäche der internationalen Rohstoffpreise trotz relativ guter Konjunktur in den Industrieländern gekennzeichnet war. Für die Industrieländer bedeutet das natürlich eine wesentliche Bremse gegen etwaige Preisauftriebstendenzen, so sehr damit auch für die Rohstoffländer Probleme entstehen, an deren Lösung sich die Industrieländer keineswegs desinteressiert zeigen können.

Aber auch das Preisniveau der Länder, aus denen die Bundesrepublik Fertigwaren einführt, ist, soweit sich

übersehen läßt, bisher im großen und ganzen stabil geblieben. Das gilt insbesondere für die europäischen Industrieländer, in denen sowohl die Großhandelspreise als auch die Lebenshaltungskosten im Mai fast durchweg niedriger waren als zu Beginn des Jahres, obwohl sich auch hier die Konjunktur zumeist merklich belebt hat. Bedenklicher ist allerdings die Entwicklung in den Vereinigten Staaten, wo sich hinter der relativen Stabilität der umfassenden Preisindizes seit der Mitte des vergangenen Jahres ein spürbarer Anstieg der Industriepreise verbirgt, der in den Gesamtindizes nur deshalb nicht zum Ausdruck kommt, weil er durch den gleichzeitigen Rückgang der Agrarpreise zum großen Teil kompensiert wird. Immerhin kann man im großen und ganzen feststellen, daß die internationale Entwicklung auf die deutsche Preistendenz nach wie vor stabilisierend wirkt und, soweit es dabei auf die Rohstoffpreise ankommt, einen solchen Einfluß vorläufig auch weiter ausüben dürfte.

Normaler Endverbrauch

Sehr wichtig für das Ausbleiben stärkerer Spannungen ist ferner, daß der Endverbrauch, wie schon angedeutet, bisher keinerlei Anzeichen einer übernormalen Zunahme erkennen läßt. Die Einzelhandelsumsätze waren im zweiten Quartal d. J., ebenso wie im ersten, nur um etwa 3 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei hat sich die Zuwachsrate im Juni zwar erheblich erhöht (nämlich auf 9 vH), aber dies erklärt sich aller Wahrscheinlichkeit nach im wesentlichen daraus, daß heuer in den Juni zwei Verkaufstage mehr fielen als im vergangenen Jahr und daß die Hitze-welle zu einer Hausse in Saisonartikeln führte, die kaum typisch für die Grundtendenz des Verbrauchs sein dürfte. Allerdings ist bei der Beurteilung der Einzelhandelsumsätze in Betracht zu ziehen, daß sich der Verbrauch seit längerem stärker auf andere Bereiche verlagert, und daß in diesen Bereichen mit einer zum Teil wesentlich stärkeren Zunahme zu rechnen ist, wie z. B. die bisher vorliegenden Angaben über den dies-jährigen Reiseverkehr zeigen. Immerhin ergeben sich auch hier keine Anhaltspunkte für die Annahme, daß die Verbrauchsausdehnung über den normalen Trend hinausgegangen sei, wobei überdies speziell bei den Reiseaufwendungen in Betracht zu ziehen ist, daß sich unter ihnen die Ausgaben für Auslandsreisen weiter in den Vordergrund geschoben haben; Aufwendungen für Auslandsreisen aber laufen praktisch auf erhöhte Einfuhren hinaus, und tatsächlich zeigt die im Abschnitt „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ geschilderte weitere Passivierung der Bilanz des Reiseverkehrs, daß in diesem Sektor im laufenden Jahr bereits wesentlich

Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten
in ausgewählten Ländern
Veränderung in vH

Land	Großhandelspreise		Lebenshaltungskosten	
	Januar 1959 gegen Januar 1958	Mai 1959 gegen Januar 1959	Januar 1959 gegen Januar 1958	Mai 1959 gegen Januar 1959
Bundesrepublik Deutschland	- 0,8 ¹⁾	- 0,6 ¹⁾	+ 0,4	- 0,1
Vereinigte Staaten von Amerika	+ 0,5	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,2
Großbritannien	+ 1,8 ²⁾	± 0 ³⁾	+ 2,1 ⁴⁾	- 1,2 ⁵⁾
Frankreich	+ 5,2 ⁶⁾	- 0,3 ⁶⁾	+ 7,9 ⁶⁾	+ 0,5 ⁶⁾
Italien	- 4,7	- 0,6	+ 0,5	- 0,1
Belgien	- 0,5	- 0,7 ⁴⁾	+ 0,4 ⁴⁾	± 0 ⁴⁾
Niederlande	± 0	- 2,1 ⁴⁾	- 1,6	± 0
Schweiz	- 3,2 ⁶⁾	- 0,5 ⁶⁾	+ 0,5	- 0,8
Österreich	+ 2,3	+ 1,0	+ 0,8	- 1,1 ⁶⁾

¹⁾ Erzeugerpreise industrieller Produkte. — ²⁾ Industrielle Grundstoffpreise. —
³⁾ Grundstoffe und Halbwaren. — ⁴⁾ April gegen Januar 1959. — ⁵⁾ Nah-
nahrungsmittel, Roh- und Hilfsstoffe, Futter- und Düngemittel. — ⁶⁾ Einzel-
handelspreise. — ⁷⁾ Lebenshaltung in Paris. — ⁸⁾ Konsumentenpreise. —
⁹⁾ Durch Verkettung des neuen mit dem alten Index errechnet.

mehr ausländische Leistungen von deutschen Touristen als deutsche Leistungen durch ausländische Touristen in Anspruch genommen wurden.

Daß die Entwicklung des privaten Verbrauchs bisher eher dämpfend als stimulierend auf die Konjunktur-entwicklung wirkte, geht aber besonders deutlich aus der Entwicklung der Sparquote hervor. Nach unseren vorläufigen Berechnungen hat die Ersparnisbildung der privaten Haushalte im ersten Halbjahr 6,5 Mrd DM betragen; sie war damit um rd. 7 vH höher als im ersten Halbjahr 1958, während das nach Abzug der Steuern und Sozialbeiträge verfügbare Privateinkommen um kaum mehr als 4,5 bis 5 vH gewachsen ist. Trifft dies zu, so hat sich die Sparquote der privaten Haushalte von 9,0 vH in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres (für das ganze Jahr war sie wegen der saisonal bedingten Massierung der Ersparnisbildung im ersten Halbjahr um ungefähr 0,2 Prozentpunkte tiefer) auf 9,2 vH in der ersten Hälfte des laufenden Jahres erhöht. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben also die Konsumenten bisher nicht etwa größere Teile ihres Einkommens verausgabt, wie es der Fall wäre, wenn die offensichtlich verstärkte Ausgabeneigung der Unternehmen bei ihnen eine Parallele fände (etwa indem sie zu Voreindeckungen schritten), sondern sie haben im Gegenteil zumindest die gleiche, ja anscheinend sogar eine höhere Quote ihres Einkommens zurückgelegt und damit die Zunahme der Nachfrage gedämpft. Es bedarf keines näheren Nachweises, daß hierdurch auf längere Sicht auch die im Unternehmerbereich im Gang befindlichen Expansionstendenzen, vor allem die Lageraufstockungen im Handel, gezügelt werden.

Maßvolle Lohnsteigerungen

Nicht zuletzt aber ist bei der Analyse der stabilisierenden Faktoren in der neueren Konjunktur-entwicklung auf die Tatsache zu verweisen, daß sich die Steigerung des Lohnniveaus im bisherigen Verlauf des Jahres in Grenzen hielt, in denen sie im allgemeinen als preisneutral angesehen werden konnte. In den ersten sechs Monaten des Jahres sind zwar für annähernd 8 Millionen Beschäftigte, d. h. für nahezu die Hälfte aller Arbeitnehmer, für die Tarifverträge geschlossen werden, neue Lohn- und Gehaltsabmachungen in Kraft getreten. Die dabei vereinbarten Erhöhungen beschränkten sich aber — auf Stundenlohneinheiten bezogen — auf ungefähr 5 vH. Sie blieben damit hinter der Lohnsteigerung des vergangenen Jahres, in dessen erster Hälfte für rd. drei Viertel aller durch die Tarifstatistik erfaßten Lohn- und Gehaltsempfänger Steigerungen um durchschnittlich gut 6 vH vereinbart wurden, zurück und dürften sich sicher im Rahmen der durchschnittlichen Produktivitätserhöhung gehalten haben, besonders wenn man berücksichtigt, daß die abgelösten Tarifverträge zum Teil länger als ein Jahr in Geltung waren. Will man aus diesen Angaben Schlüsse auf die Entwicklung des Arbeitseinkommens ziehen, so ist ferner in Ansatz zu bringen, daß ein Teil der erwähnten Lohnsteigerungen als Lohnausgleich für die gleichzeitig vereinbarte Kürzung der tariflichen Arbeitszeit gedacht ist, so daß die Wochenverdienste nicht im gleichen Umfang zunehmen dürften, wenn gleich dieser Umstand bei der Beurteilung des Lohnes als Kostenfaktor im allgemeinen keine Rolle spielt.

Zur Zeit ist die Lohnentwicklung schon deshalb verhältnismäßig ruhig, weil im Augenblick nur für einen

Tarifloohnerhöhungen und Tariflohniveau¹⁾

Zeit	Zahl der Beschäftigten, für die Tarifloohnerhöhungen in Kraft getreten sind		Ausmaß der jeweiligen Tarifloohnerhöhung in vH			Tariflohniveau ²⁾			
	in Tsd	in vH der tarifstatistisch erfaßten Beschäftigten ³⁾	Stundenverdienste	Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung	Wochenverdienste	Stundenverdienste		Wochenverdienste	
						Ende 1956 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in vH	Ende 1956 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in vH
1957 ⁴⁾	12 030	75	8,8	3,6	5,2	106,7	+ 6,7	104,0	+ 4,0
1958 ⁴⁾	14 920	92	7,0	1,7	5,3	113,7	+ 6,6	109,1	+ 4,9
1958 1. Vj.	5 900	36	6,3	0,8	5,5	109,1	+ 7,9	106,1	+ 5,3
2. "	6 290	39	6,2	0,8	5,4	111,8	+ 6,4	108,3	+ 5,0
1. Hj. ⁵⁾	11 960	74	6,3	0,7	5,6	111,8	+ 6,4	108,3	+ 5,0
3. "	2 050	13	5,9	0,8	5,1	112,6	+ 6,1	109,0	+ 5,1
4. "	2 925	18	5,4	4,8	0,6	113,7	+ 6,6	109,1	+ 4,9
1959 1. Vj.	4 160	26	2,7	2,2	0,5	114,5	+ 4,9	109,2	+ 2,9
2. "	5 940	37	4,4	0,3	4,1	116,3	+ 4,0	110,9	+ 2,4
1. Hj. ^{5) P)}	7 790	48	4,8	1,4	3,4	116,3	+ 4,0	110,9	+ 2,4

¹⁾ Zu den Tarifloohnerhöhungen werden hier auch die Erhöhungen der Verdienste der Angestellten und Beamten gerechnet. Wird für Angestellte und Beamte die Arbeitszeit verkürzt, ohne daß die Monatsverdienste geändert werden, so wird eine entsprechende Erhöhung der Stundenverdienste und ein entsprechender Lohnausgleich unterstellt. — ²⁾ Insgesamt werden die Tarifverträge von etwa 85 vH aller unselbständig Beschäftigten erfaßt. — ³⁾ Stand jeweils am Ende des angegebenen Zeitraumes. — ⁴⁾ Abweichungen der Jahresergebnisse von den Summen bzw. dem Durchschnitt der Vierteljahreswerte ergeben sich daraus, daß in den Jahresergebnissen bei mehrfachen Lohnerhöhungen im Laufe eines Jahres die Beschäftigten nur einmal und die Lohnerhöhungen mit ihrem jährlichen Gesamtbetrag erfaßt werden. — ⁵⁾ Das unter Anmerkung ⁴⁾ bezüglich der Jahresergebnisse Gesagte gilt entsprechend auch für die Halbjahresergebnisse. — ^{P)} Vorläufig.

verhältnismäßig kleinen Kreis von Arbeitnehmern die Tarifverträge kündbar sind oder bereits gekündigt wurden. Mitte Juli standen jedenfalls nach den uns vorliegenden Unterlagen nur für etwa 2,7 Millionen Beschäftigte Tarifverträge zur Erneuerung an, wobei die Abkommen zum Teil schon seit einigen Monaten gekündigt sind. Auch für die nächsten Monate ist kaum mit umfangreicheren neuen Lohnverhandlungen zu rechnen, da in wichtigen Wirtschaftszweigen — so vor allem im Baugewerbe, in weiten Bereichen der Metallindustrie und im Bergbau — die bestehenden Verträge erst im nächsten Jahr kündbar werden. Werden nicht inoffizielle Lohnerhöhungen gewährt, so ist mithin auch in den kommenden Monaten kaum mit einer wesentlichen Erhöhung der derzeitigen Steigerungsrate des Lohnniveaus zu rechnen. Immerhin ist eine gewisse Neigung zu höheren Lohnforderungen nicht zu übersehen. So gingen etwa die bei den letzten Tarifikündigungen — in der Textilindustrie, im Graphischen Gewerbe, in der Chemischen Industrie und vor allem in verschiedenen Zweigen von Handel und Verkehr — erhobenen Lohnforderungen gewöhnlich etwas über die im ersten Halbjahr gestellten Forderungen hinaus, wenn sie sich in der Regel auch noch im Rahmen der 1958 geltend gemachten hielten. Daß hierin ebenso latente Gefahren für die Preisstabilität liegen wie in einer etwaigen Ausnutzung der momentanen Nachfragebelebung durch Preiserhöhungen, die kostenmäßig ungerechtfertigt sind oder nur die Abwerbung von Arbeitskräften finanzieren helfen sollen, liegt auf der Hand.

Konjunkturpolitische Schlußfolgerungen

Alles in allem kann man also die derzeitige Konjunkturlage dahin charakterisieren, daß verschiedene stabilisierende Faktoren die starken Auftriebstendenzen, die seit Beginn dieses Jahres zu beobachten sind, in den Bahnen einer „Mengenkonjunktur“ gehalten haben, und daß sie zumindest teilweise auch weiter in dieser Weise wirken werden. Zweifellos aber ist die Lage mit der weit stärkeren Auslastung der Produktionsfaktoren labiler geworden. Nach unserer Analyse gibt insbesondere die Situation am Baumarkt, der in manchen Bereichen zur Zeit zweifellos „Erhitzungsercheinungen“ zeigt, zu Bedenken Anlaß, während in den übrigen Bereichen das Marktbild im allgemeinen wesentlich ausgeglichener ist. Mit anhaltenden oder sich gar noch verschärfenden Spannungen am Baumarkt würde das Marktgleichgewicht aber auch in den übrigen Teilen der Volkswirtschaft zunehmend gefährdet, weil über die Abwerbung von Arbeitskräften und über partielle Preissteigerungen die Erhitzung der Bauwirtschaft dann in immer weitere Be-

reiche ausstrahlen und hier ähnliche Erscheinungen hervorrufen würde. Vor allem würde im Falle einer weiteren Zuspitzung der Verhältnisse am Arbeitsmarkt eine stärkere Lohnbewegung kaum ausbleiben; die stabilisierende Wirkung, die die Lohnentwicklung und die hohe Spartätigkeit der privaten Einkommensempfänger zur Zeit ausüben, könnte dann leicht nachlassen, mit dem Ergebnis, daß die jetzt im wesentlichen auf den Bereich der Investitionen (einschließlich der Lagerinvestitionen) beschränkten Auftriebstendenzen von der Seite des Konsums her zusätzliche Impulse erhielten. Angesichts der derzeitigen Entwicklung der Bauplanungen ist aber die Möglichkeit einer weiteren Intensivierung der Baukonjunktur nicht von der Hand zu weisen, sofern nicht von den Chancen, diesen Prozeß ausreichend zu verlangsamen, Gebrauch gemacht wird.

Der Kreditpolitik sind in dieser Hinsicht in der gegenwärtigen Situation aus mancherlei Gründen engere Grenzen gezogen als früher. Wie die Entwicklung der Hypothekenzusagen zeigt, ist zumindest im Wohnungsbau die Finanzierung vermutlich bereits bis weit ins nächste Jahr hinein gesichert. Eine leichte Zinserhöhung würde, so paradox es klingen mag, die Aufnahme von Baumitteln unter den derzeitigen Verhältnissen wohl auch kaum einschränken. In den letzten Monaten hat sich gezeigt, daß die Unterbrechung des vordem abwärts gerichteten Zinstrends durch die leichte Flaute am Rentenmarkt die Nachfrage nach Hypotheken und wohl auch die Bautätigkeit selbst stimulierte, weil sie von manchen Kapitalnehmern als Beginn eines geänderten Zinstrends gewertet wurde, dem man durch vorzeitige Kapitalaufnahme zu entgehen suchte. Ebenso ist möglich, daß eine nur leichte Zinserhöhung nicht restriktiv, sondern zunächst sogar expansiv wirken würde, besonders dann, wenn in ihr nur ein erster Schritt erblickt würde, dem weitere folgen könnten. Ein Teil des Wohnungsbaus ist gegen leichte Zinserhöhungen überdies schon deshalb immun, weil er in der Lage wäre, sie durch Zinszuschüsse der öffentlichen Hand auszugleichen. Überhaupt stellt die starke Einschaltung der öffentlichen Hand in die Finanzierung des Wohnungsbaus eine empfindliche Beeinträchtigung der kreditpolitischen Einwirkungen in diesem Bereich dar — von dem relativ hohen Anteil, den kreditmarktunabhängige Haushaltsmittel an der Finanzierung eines beträchtlichen Teils der sonstigen Bautätigkeit haben, ganz abgesehen. Um kreditpolitisch die Bautätigkeit zu dämpfen, müßte die Zinsschraube also wahrscheinlich mehr als nur leicht angezogen werden. Eine solche Entwicklung aber würde zweifellos auch für die gesamte übrige, bisher nicht im Zeichen einer Überhitzung stehende Wirtschaft eine schwere Beeinträch-

tigung mit sich bringen. Es spricht daher, jedenfalls fürs erste, alles dafür, die besondere Anspannung der Bauwirtschaft mit speziellen und vielleicht auch adäquateren Mitteln zu bekämpfen. In dieser Hinsicht besteht auch, besonders wenn rasch gehandelt wird, sicher eine Chance, und zwar vor allem auf Grund der starken Ingerenz der öffentlichen Hand am Baumarkt, auf die im Vorstehenden wiederholt hingewiesen wurde.

Unerläßlich ist es unter den heutigen Bedingungen zunächst einmal, daß sich die öffentliche Hand bei ihren eigenen Bauinvestitionen eine stärkere Zurückhaltung auferlegt als bisher. In Erörterungen über die richtige Konjunkturpolitik ist immer wieder der Grundsatz vertreten (und von öffentlichen Stellen auch anerkannt) worden, daß die öffentliche Bautätigkeit „antizyklisch“ ausgerichtet sein müsse. Gegenwärtig herrscht nun im Baugewerbe Hochkonjunktur, und es ist daher an der Zeit, daß die öffentliche Hand ihre Investitionen beschränkt und in möglichst starkem Maße auf die tote Saison verlagert.

Ebenso wichtig ist die Anpassung der Förderung des Wohnungsbaus an die derzeitigen objektiven Möglichkeiten der Bewältigung von Bauvorhaben. Wie wir zu zeigen versuchten, hat die verstärkte Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus zusammen mit dem kräftigen Aufschwung des frei finanzierten Wohnungsbaus offenbar zu einer Überforderung der Wohnungsbaukapazität geführt. In diesem Jahr werden voraussichtlich an die 600 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Gleichwohl ist der Trend der Bauplanungen, wie die

Entwicklung der Hypothekenzusagen und der Baugenehmigungen zeigt, noch immer aufwärts gerichtet. Aber es ist klar, daß der Wohnungsbau im nächsten Jahr auch nicht annähernd in dem Maße ausgedehnt werden kann, in dem zur Zeit die Ziffern der Bauplanungen wachsen, da hierfür die Arbeitskräfte und die Kapazitäten fehlen. Würde trotzdem die Nachfrage nach Bauleistungen in dem Tempo zunehmen, in dem sich etwa die Finanzierungszusagen erhöht haben, so würde das nur die Baukosten in die Höhe treiben und den Keim von Preissteigerungen in die gesamte Wirtschaft pflanzen; das aber würde auch den Wohnungsuchenden nur schaden. Ebenso abwegig wäre es, wenn unter dem Einfluß der momentanen Nachfrage nach Bauleistungen die Kapazitäten des Baugewerbes in einem Maße erweitert würden, das vielleicht schon in Kürze nicht mehr gerechtfertigt erscheinen könnte. Das heute noch vorhandene „Wohnungsdefizit“ wird in wenigen Jahren beseitigt sein, und zwar — wenn die Wohnungszwangswirtschaft gelockert wird — vielleicht noch rascher als die hierüber angestellten Berechnungen erwarten lassen.

Angesichts alles dessen sollte ernsthaft erwogen werden, die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus etwas zu strecken und damit eine gewisse Entlastung des Baumarktes ohne schmerzhaft Eingriffe herbeizuführen. Durch die administrative Beeinflussung des Einsatzes der Förderungsmittel ließe sich hier sicher manches erreichen, und zwar wahrscheinlich auch kurzfristig, worauf es in der gegenwärtigen Phase der Konjunkturentwicklung besonders ankommt.

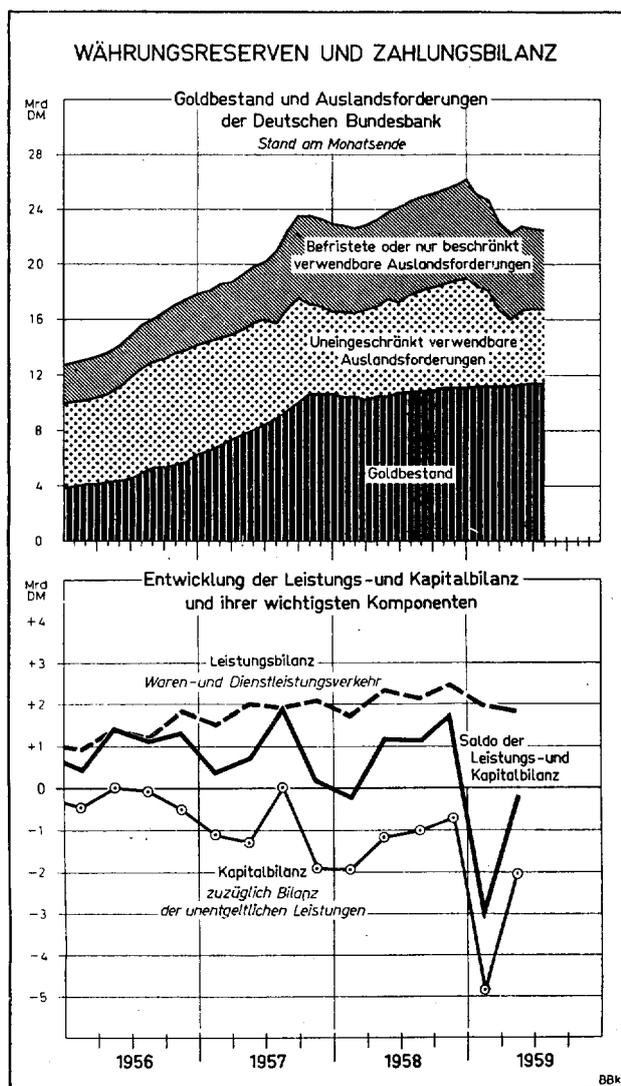
Außenhandel und Zahlungsbilanz

Devisenbilanz und Währungsreserven

Die außenwirtschaftliche Entwicklung war in den letzten Monaten durch anhaltend hohe Überschüsse der Waren- und Dienstleistungsbilanz gekennzeichnet, obwohl sich dabei die schon seit einiger Zeit zu beobachtende Tendenz zum Rückgang fortgesetzt hat, da die Einfuhr neuerdings auch dem Werte nach sprunghaft gestiegen ist und die Bilanz des Reiseverkehrs mit einem zunehmenden Passivsaldo abschließt. Der Überschuß des Waren- und Dienstleistungsverkehrs wurde jedoch wiederum durch hohe Kapitalleistungen an das Ausland (darunter auch neue Geldexporte der Geschäftsbanken) und durch die Verschlechterung der terms of payment übertroffen, so daß die gesamte Zahlungsbilanz in den letzten Monaten im ganzen genommen wiederum mit einem Defizit abschloß. Die Gold- und Devisenbestände der Bundesbank sind daher seit

dem Frühjahr weiter gesunken. Unter Einschluß der längerfristigen Forderungen und der zweckgebundenen Guthaben betrug der Rückgang im zweiten Quartal von 1959 rd. 420 Mio DM, und im Juli war eine weitere Abnahme um etwa 140 Mio DM zu verzeichnen. Ende Juli war der Gesamtbestand der Bank an Gold und Auslandsforderungen aller Art daher mit 22,4 Mrd DM um 3,5 Mrd DM niedriger als zu Beginn des Jahres.

Für den Abgang im Juli spielten die Zahlungen an Frankreich, die die Bundesrepublik im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saargebiets zu leisten hatte, eine große Rolle. Sie stellten sich — abgesehen von der Aushändigung der zu Lasten des Bundes in DM eingetauschten französischen Noten und Münzen im Betrage von 30,3 Mrd Mfrs (= 258 Mio DM) an Frankreich — nach Verrechnung gewisser saarländischer Ansprüche an das fran-



zösische Schatzamt auf 381 Mio DM, wobei zu den in Art. 56 und 58 des Saarvertrags vereinbarten Zahlungen (68 Mrd ffrs — d. s. 578 Mio DM zur jetzigen Parität — abzüglich der zur Ablieferung gelangten französischen Geldzeichen und der erwähnten Verrechnung) noch die Ablösung gewisser Vorschüsse und Kredite kam, die Frankreich an das Saarland und an die Saar-Bergwerke gegeben hatte. Daß die Devisenreserven der Bundesbank unter dem Einfluß dieser und anderer Zahlungen der öffentlichen Hand an das Ausland im Juli nicht noch stärker zurückgingen, ist zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, daß die Geschäftsbanken, wie schon im Abschnitt „Geld und Kredit“ erwähnt, unter dem Einfluß der erhöhten Kursicherungskosten in den letzten Wochen ihre kurzfristigen Auslandsguthaben nicht (oder nur geringfügig) erhöhten, sondern die ihnen zufließenden Devisen in größerem Umfang als bisher wieder zur Bundesbank leiteten. Genauere Angaben hierüber werden sich frei-

lich erst nach Vorliegen der Devisenpositionsmeldungen für Juli machen lassen.

Wohl aber ist es an Hand der verfügbaren Statistiken möglich, die *Zahlungsbilanzentwicklung des zweiten Quartals* schon jetzt einigermaßen exakt zu durchleuchten. Die betreffenden Daten sind in gedrückter Form in der nebenstehenden Übersicht enthalten. Im Rahmen der Leistungs- und Kapitalbilanz stand danach dem Aktivsaldo im Waren- und Dienstleistungsverkehr in Höhe von annähernd 1,9 Mrd DM (in der gleichen Zeit des Vorjahres 2,4 Mrd DM) in der Bilanz des Kapitalverkehrs und der unentgeltlichen Leistungen ein Defizit von 2 Mrd DM (im zweiten Quartal des Vorjahres 1,2 Mrd DM) gegenüber. Im gesamten Leistungs- und Kapitalverkehr ergab sich für das zweite Vierteljahr von 1959 ein Defizit von rd. 150 Mio DM gegenüber einem Aktivsaldo von 1,2 Mrd DM in der entsprechenden Vorjahrsperiode. Daß das Defizit in der Devisenbilanz (420 Mio DM) über dieses Defizit um 270 Mio DM hinausging, dürfte sich überwiegend aus der Entwicklung der terms of payment erklären. Seit dem Herbst 1957, d. h. also seit dem Zusammenbruch der vordem im Gange befindlichen Wechselkurspekulation, hat die Bundesbank in der Regel einen geringeren Devisenzugang bzw. einen höheren Devisenabgang aufzuweisen, als es der Bilanz der statistisch erfaßten Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalbewegungen entsprechen würde. Es ist berechtigt, hieraus den Schluß zu ziehen, daß die Exporteure dem Ausland im allgemeinen längere Zahlungsziele gewähren (bzw. daß die Importeure ihre Bezüge rascher bezahlen), als es bis 1957 der Fall war, oder daß heute noch Exportgüter ausgeliefert werden, die schon einige Zeit vorher bezahlt wurden. Die Verlängerung der Zahlungsziele ist selbstverständlich ebenfalls eine Art Kapitalexport, so daß das Defizit des Kapitalverkehrs praktisch wahrscheinlich nicht unerheblich über den statistisch erfaßten Umfang hinausgeht.

Zur *Entwicklung der Währungsreserven der Bundesbank* sei schließlich — teilweise in Vorwegnahme der in den nachfolgenden Berichtsteilen noch zu erörternden Einzelentwicklungen — bemerkt, daß sich die im bisherigen Verlauf von 1959 festzustellende Abnahme um (wie erwähnt) 3,5 Mrd DM sowohl auf die freien Reserven (Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Devisenguthaben) als auch auf die nur beschränkt verwendbaren Auslandsforderungen erstreckt; die ersteren sind um 2,1 Mrd DM, die letzteren um 1,4 Mrd DM gesunken. Die Verminderung der frei verfügbaren Reserven betraf vor allem die Dollarreserven; Geldexporte der Geschäftsbanken und Zahlungen des Bundes an die Ver-

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

in Mio DM

Zeit	I.	II. Leistungs- und Kapitalbilanz											III. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler ⁷⁾ (I./II)		
	Devisenbilanz (Zugang bzw. Abgang an Gold und Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank; Zug.: +) ¹⁾	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der unentgeltlichen Leistungen und des Kapitalverkehrs (eigene Leistungen: —, fremde Leistungen: +)										Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz
		Ins-gesamt	Handelsbilanz ²⁾	Dienstleistungs-bilanz ³⁾ 4)	Ins-gesamt	Unentgeltliche Leistungen	Kapitalverkehr								
							Ins-gesamt	Langfristig ⁵⁾		Kurzfristig		Ins-gesamt			
					Ins-gesamt	Privat		Öffentlich	Ins-gesamt	Vorauszahlungen für Verteidigungsein-führen (Zun.: —, Abn.: +)	Forderungen und Ver-pflichtungen der Ge-schäfts-banken ⁶⁾				
1956	+ 5 087	+ 5 497	+ 2 897	+ 2 600	— 989	— 1 105	+ 116	— 557	+ 129	— 686	+ 673	— 236	+ 911	+ 4 508	+ 579
1957	+ 5 121	+ 7 699	+ 4 271	+ 3 428	— 4 278	— 1 646	— 2 632	— 730	+ 129	— 859	— 1 902	— 1 929	— 24	+ 3 421	+ 1 700
1958	+ 3 188	+ 8 827	+ 5 865	+ 2 962	— 4 835	— 1 649	— 3 186	— 1 763	— 528	— 1 235	— 1 423	— 626	— 727	+ 3 992	— 804
1957 1. Vj.	+ 844	+ 1 564	+ 718	+ 846	— 1 123	— 343	— 780	— 110	+ 11	— 121	— 670	— 718	+ 26	+ 441	+ 403
2. "	+ 1 458	+ 2 039	+ 1 203	+ 836	— 1 292	— 424	— 868	— 136	+ 24	— 160	— 732	— 579	— 168	+ 747	+ 711
3. "	+ 3 383	+ 1 958	+ 1 093	+ 865	+ 40	— 461	+ 501	— 293	+ 135	— 428	+ 794	— 134	+ 920	+ 1 998	+ 1 385
4. "	— 564	+ 2 138	+ 1 257	+ 881	— 1 903	— 418	— 1 485	— 191	— 41	— 150	— 1 294	— 498	— 802	+ 235	— 799
1958 1. Vj.	— 52	+ 1 769	+ 917	+ 852	— 1 942	— 476	— 1 466	— 194	+ 40	— 234	— 1 272	— 563	— 761	— 173	+ 121
2. "	+ 1 293	+ 2 386	+ 1 681	+ 705	— 1 171	— 454	— 717	— 479	— 161	— 318	— 238	— 118	— 113	+ 1 215	+ 78
3. "	+ 975	+ 2 178	+ 1 612	+ 566	— 998	— 386	— 612	— 412	— 9	— 403	— 200	+ 36	— 202	+ 1 180	— 205
4. "	+ 972	+ 2 494	+ 1 655	+ 839	— 724	— 333	— 391	— 678	— 398	— 280	+ 287	+ 19	+ 349	+ 1 770	— 798
1959 1. Vj.	— 2 943	+ 1 970	+ 1 315	+ 655	— 4 827	— 558	— 4 269	— 1 295	— 510	— 785	— 2 974	— 1 599	— 1 344	— 2 857	— 86
2. "	— 423	+ 1 856	+ 1 434	+ 422	— 2 010	— 604	— 1 406	— 1 052	— 568	— 484	— 354	— 90	— 356	— 154	— 269
1958 April	+ 370	+ 840	+ 573	+ 267	— 375	— 177	— 198	— 132	— 68	— 64	— 66	— 80	+ 7	+ 465	— 95
Mai	+ 570	+ 858	+ 619	+ 239	— 193	— 131	— 62	— 4	+ 7	— 11	— 58	— 23	— 27	+ 665	— 95
Juni	+ 353	+ 688	+ 489	+ 199	— 603	— 146	— 457	— 343	— 100	— 243	— 114	— 15	— 93	+ 85	+ 268
Juli	+ 491	+ 646	+ 484	+ 162	+ 92	— 106	+ 198	— 7	+ 96	— 103	+ 205	+ 7	+ 241	+ 738	— 247
Aug.	+ 308	+ 735	+ 546	+ 189	— 496	— 163	— 333	— 209	— 41	— 168	— 124	— 43	— 86	+ 239	+ 69
Sept.	+ 176	+ 797	+ 582	+ 215	— 594	— 117	— 477	— 196	— 64	— 132	— 281	+ 72	— 357	+ 203	— 27
Okt.	+ 250	+ 932	+ 631	+ 301	— 512	— 132	— 380	— 88	— 70	— 18	— 292	— 33	— 178	+ 420	— 170
Nov.	+ 376	+ 790	+ 444	+ 346	— 238	— 97	— 141	— 253	— 251	— 2	+ 112	+ 63	+ 36	+ 552	— 176
Dez.	+ 346	+ 772	+ 580	+ 192	+ 26	— 104	+ 130	— 337	— 77	— 260	+ 467	— 11	+ 491	+ 798	— 452
1959 Jan.	— 856	+ 415	+ 230	+ 185	— 1 653	— 114	— 1 539	— 276	— 228	— 48	— 1 263	+ 13	— 1 242	— 1 238	+ 382
Febr.	— 359	+ 974	+ 649	+ 325	— 968	— 123	— 845	— 272	— 179	— 93	— 573	— 354	— 249	+ 6	— 365
März	— 1 728	+ 581	+ 436	+ 145	— 2 206	— 321	— 1 885	— 747	— 103	— 644	— 1 138	— 1 258	+ 147	— 1 625	— 103
April	— 748	+ 507	+ 387	+ 120	— 1 095	— 183	— 912	— 361	— 276	— 85	— 551	— 90	— 390	— 588	— 160
Mai	+ 553	+ 669	+ 524	+ 145	— 22	— 149	+ 127	— 126	— 33	— 93	+ 253	+ 12	+ 177	+ 647	— 94
Juni ^{p)}	— 228	+ 680	+ 523	+ 157	— 893	— 272	— 621	— 565	— 259	— 306	— 56	— 12	— 143	— 213	— 15

¹⁾ Ab Januar 1959 einschließlich der Veränderungen auf den Akkreditivdeckungskonten sowie einschließlich der Veränderungen der Verpflichtungen aus „Einlagen ausländischer Einleger“ bei der Deutschen Bundesbank. — ²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Austuhr fob. — ³⁾ Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. Außerdem wird hier im Gegensatz zu unseren sonstigen Zahlungsbilanzveröffentlichungen die Ausfuhr von Schiffs- und Flugzeugbedarf nicht den Dienstleistungen zugerechnet; die sonstigen den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen sind dagegen zusammen mit den Dienstleistungen erfaßt. — ⁴⁾ Einschl. der Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte. — ⁵⁾ Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die beteiligten inländischen Stellen angehören. — ⁶⁾ Saldo aus der Veränderung von Forderungen und Verpflichtungen (Zunahme der Forderungen und Abnahme der Verpflichtungen: —). — ⁷⁾ Hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — ^{p)} Vorläufig.

einigten Staaten für Rüstungseinfuhren und für die vorzeitige Abdeckung von Auslandsschulden waren dabei maßgebend. Die Abnahme der beschränkt verwendbaren Auslandsforderungen dagegen erklärt sich zum größten Teil aus dem Rückgang der Kredite, die der Ende 1958 aufgelösten Europäischen Zahlungsunion von der Bundesbank gewährt worden waren. Diese Forderungen haben von 4,6 Mrd DM Ende 1958 auf 3,8 Mrd DM am 31. Juli 1959 abgenommen, wobei neben der Ausschüttung von liquiden Vermögenswerten der EZU an die Bundesrepublik im Zeitpunkt der EZU-Liquidation auch Tilgungszahlungen der früheren

EZU-Mitgliedsländer auf die nunmehr bilateralisierten deutschen Forderungen eine Rolle gespielt haben. Die Tilgungszahlungen stellten sich im bisherigen Verlauf des Jahres auf 424 Mio DM; Italien und Österreich haben dabei ihre — 237 Mio DM betragenden — Liquidationsverpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik bereits voll abgedeckt. Zur Abnahme der beschränkt verwendbaren Auslandsforderungen hat weiterhin beigetragen, daß im Rahmen der bereits vor geraumer Zeit getroffenen Abmachungen über eine Devisenhilfe an Großbritannien in größerem Umfang auf die für diesen Zweck bei der Bank von England gebundenen Gut-

*Veränderungen des Goldbestandes
und der Auslandsforderungen
der Deutschen Bundesbank (netto)¹⁾*
in Mio DM

Positionen	1956	1957	1958	1959 1. Januar bis 31. Juli
Veränderung der Gold- und Devisenposition, insgesamt	+ 5 087	+ 5 121	+ 3 188	- 3 507
davon:				
1) Gold	+ 2 413	+ 4 399	+ 411	+ 343
2) Uneingeschränkt verwendbare Devisenreserven	+ 1 798	- 1 981	+ 1 992	- 2 443
darunter:				
US-Dollar (einschl. can. \$)	(+ 1 543)	(- 1 184)	(+ 1 294)	(- 1 820)
3) Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen	+ 876	+ 2 703	+ 785	- 1 407
darunter:				
a) Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU ²⁾	(+ 703)	(+ 1 352)	(+ 355)	(- 834)
b) Schuldverschreibungen der Weltbank	(+ 73)	(+ 735)	(+ 431)	(+ 139)
c) Zweckgebundene Guthaben bei ausländischen Banken und zweckgebundene Geldmarktanlagen	(+ 240)	(+ 792)	(- 61)	(- 530)

¹⁾ Angaben über den Bestand der Bundesbank an Gold und Auslandsforderungen: s. Tabelle „Zur Außenwirtschaftslage“ (S.48). — ²⁾ Bis einschl. 1958: Veränderung der Kreditgewährung an die EZU.

haben zurückgegriffen wurde. Infolge von Vorauszahlungen auf Waffenlieferungen und Schuldentilgungen, für die die entsprechenden Beträge von diesen Guthaben abdisponiert wurden, verminderten sich die diesbezüglichen Forderungen der Bank um mehr als eine halbe Milliarde DM auf 440 Mio DM.

Die Leistungsbilanz

Im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland war im zweiten Quartal von 1959 ein Überschuß in Höhe von 1 860 Mio DM zu verzeichnen — verglichen mit einem solchen von 1 970 Mio DM im vorangegangenen Quartal. Zum ersten Male seit dem Frühjahr 1954 ist damit der Leistungsüberschuß im zweiten Vierteljahr hinter dem des ersten Vierteljahrs zurückgeblieben, während er beispielsweise im Vorjahr vom ersten zum zweiten Quartal um gut 600 Mio DM gewachsen war. Ausschlaggebend hierfür war die Entwicklung der Dienstleistungsbilanz, aber auch der Überschuß der Handelsbilanz hat weit schwächer als sonst um diese Jahreszeit zugenommen.

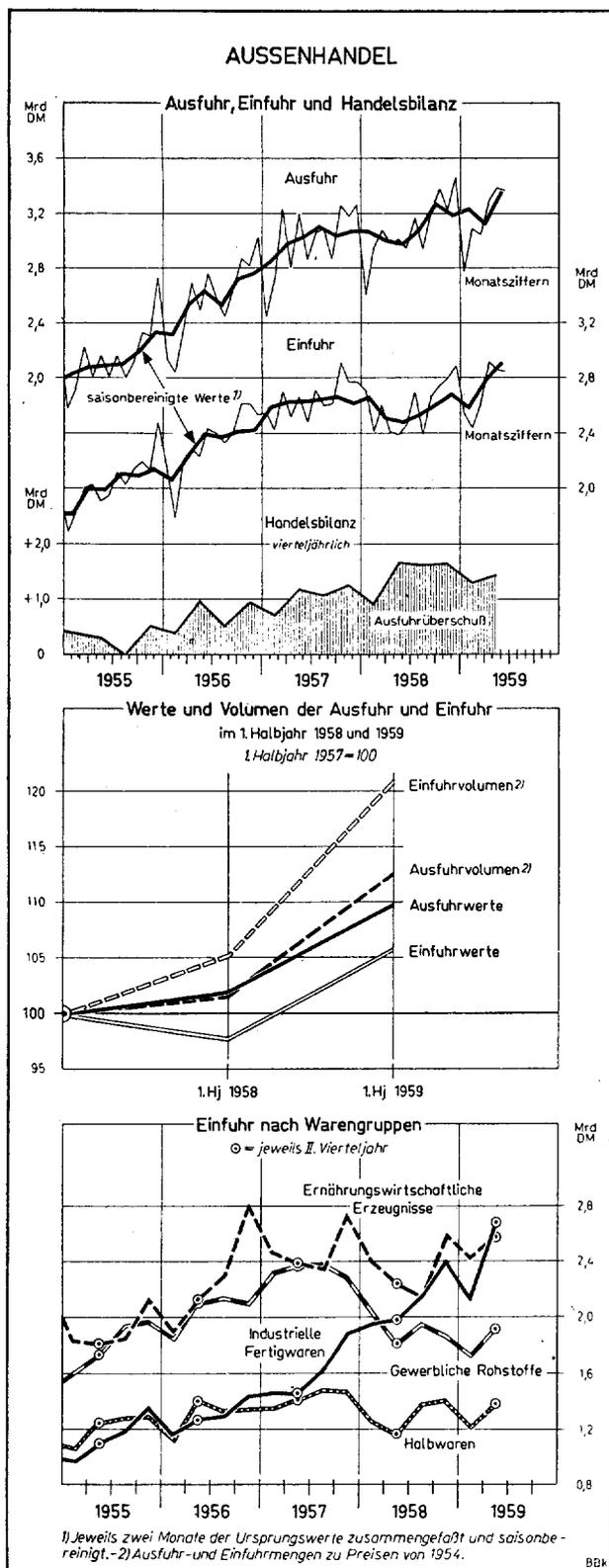
Außenhandel

Der *Außenhandelsüberschuß* belief sich im zweiten Quartal auf 1,4 Mrd DM. Er war damit zwar um 120 Mio DM höher als im ersten Quartal, doch ist diese Zunahme im Vergleich zu dem üblichen saisonalen

Anstieg gering; in den vorangegangenen drei Jahren z. B. hatte sich der Ausfuhrüberschuß im zweiten Vierteljahr gegenüber dem ersten jeweils um 500 bis 800 Mio DM erhöht. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahrszeitraum, in dem der Ausfuhrüberschuß 1,7 Mrd DM betrug, hat sich der Aktivsaldo der Handelsbilanz im zweiten Quartal sogar beträchtlich verringert, während er in den vorangegangenen Jahren in jedem Vierteljahr den entsprechenden Vorjahrswert erheblich überschritten hatte. Freilich ist dabei im Auge zu behalten, daß in der ersten Hälfte des laufenden Jahres der Aktivsaldo mit 2,75 Mrd DM noch um rd. 150 Mio DM höher war als in der gleichen Zeit des Vorjahres, da im ersten Quartal noch ein um 400 Mio DM höherer Ausfuhrüberschuß zu verzeichnen war als in der entsprechenden Vorjahrsperiode.

Daß sich in den letzten Monaten zum ersten Male seit Jahren eine nicht unerhebliche, wenn auch zunächst sicher nicht zu überschätzende konjunkturelle Verminderung des Aktivsaldo der Handelsbilanz ergeben hat, ist auf einen sprunghaften Anstieg der *Einfuhr* zurückzuführen. Der Wert der Einfuhr war im zweiten Quartal mit 8,6 Mrd DM um rd. 1 Mrd DM höher als im ersten Quartal d. Js. und um 1,4 Mrd DM oder fast 19 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Zum Vergleich sei erwähnt, daß er im ersten Quartal demgegenüber noch um 1,7 vH unter dem Stande des entsprechenden Vorjahrszeitraums gelegen hatte. Dieser radikale Umschwung hängt einmal damit zusammen, daß sich in den letzten Monaten die im Vorjahr erreichte Stabilisierung der internationalen Rohstoffpreise und der Frachtraten in einer gewissen Stabilisierung des Durchschnittswertes der Einfuhreinheit auswirkte, so daß der — auch im letzten Jahre zu verzeichnende — Anstieg des Einfuhrvolumens nicht mehr im gleichen Maße wie vordem durch den Rückgang der Werte kompensiert wurde, wenngleich die Durchschnittswerte im zweiten Quartal noch immer beträchtlich niedriger waren als in der gleichen Zeit des Vorjahres und daher bei einem Vergleich mit jenem Zeitraum die Zunahme des Einfuhrwertes nach wie vor stark abschwächten. Entscheidend für den sprunghaften Anstieg der Einfuhrziffern während der letzten Monate war jedoch die außergewöhnlich starke Erhöhung des Einfuhrvolumens. Dem Volumen nach war die Einfuhr im zweiten Quartal 1959 um 16 vH höher als im ersten und um 26 vH höher als im zweiten Quartal 1958.

Diese Entwicklung ist zweifellos zu einem erheblichen Teil eine Folge der beträchtlichen Intensivierung des Konjunkturaufschwungs, die in der Bundesrepublik seit dem Frühjahr d.J. zu verzeichnen ist. Zu diesen kon-



junkturrellen Impulsen kamen jedoch noch einige besondere Umstände hinzu. So geht z. B. der verhältnismäßig starke Anstieg, den die ernährungswirtschaftlichen Importe in den letzten Monaten aufwiesen, darauf zurück, daß in diesem Jahr zum Marktausgleich bei Fleisch und

Getreide höhere Einfuhren als im Vorjahr erforderlich waren, da das heimische Angebot nicht ganz die vorjährige Höhe erreichte. Eine besondere Rolle hat ferner gespielt, daß infolge der — zumindest bis Mitte Mai zu beobachtenden — festeren Tendenz der internationalen Rohstoffpreise die Neigung zur Aufstockung der Rohstofflager offensichtlich zugenommen hat. Die Rohstoffimporte sind jedenfalls vielfach stärker gestiegen als der Verbrauch (gemessen an der Produktion der betreffenden Fertigwaren), was übrigens zur Folge hatte, daß auch die Einfuhr von gewerblichen Grundstoffen im zweiten Quartal dem Volumen nach um beinahe 19 vH über ihrem Stand im entsprechenden Vorjahrszeitraum lag, obwohl die starke Einschränkung der Steinkohleneinfuhren dem beträchtlich entgegenwirkte. Bei der Fertigwareneinfuhr schließlich wirkten sich offensichtlich die starken Zollsenkungen und die Liberalisierungsmaßnahmen der letzten Jahre weiter aus; man hat damit bewußt einen Wettbewerb des Auslandes zugelassen, der in einzelnen Bereichen den Marktanteil der ausländischen Konkurrenz erhöhte. Eine nicht geringe Rolle spielt ferner, daß seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausländische Firmen dem deutschen Markt verstärktes Interesse widmen, um eventuell auch von hier aus im „gemeinsamen Markt“ Fuß zu fassen; die meisten der Maßnahmen, die zu diesem Zweck getroffen werden — Errichtung bzw. Ausbau von besonderen Vertriebsorganisationen, Schaffung eigener Produktionsstätten, Lizenzvergabe an deutsche Unternehmen u. ä. —, bringen zweifellos zunächst eine gewisse Zunahme der Einfuhren mit sich. Unter dem Einfluß all dieser Faktoren waren jedenfalls die Fertigwarenimporte der Bundesrepublik im zweiten Vierteljahr um mehr als 35 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Sie sind damit übrigens — zumindest vorerst — zur größten Warengruppe der deutschen Einfuhr geworden, deren Anteil an der Gesamteinfuhr mit 31 vH (gegen 20 vH im Jahre 1957) den der Rohstoffeinfuhr um 9 Punkte und den der Halbwareneinfuhr um 15 Punkte übertraf.

Auf der anderen Seite hat sich allerdings auch die *Ausfuhr* in den letzten Monaten wieder kräftig erhöht, nachdem sie bis ins erste Vierteljahr hinein Anzeichen einer merklichen Abschwächung der bis 1956/57 festzustellenden starken Expansion erkennen ließ. Dem Werte nach stellte sich die Ausfuhr im zweiten Quartal auf 10,06 Mrd DM gegen 8,90 Mrd DM im ersten Quartal 1959 und 8,95 im zweiten Viertel von 1958. Die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr, die in der Zeit von Januar bis März 1959 nur 3,1 vH betragen hatte (gegen 2,9 vH im Jahre 1958 und 16,5 bzw. 20,0 vH in den Jahren 1957 und 1956),

Zur Außenwirtschaftslage
in Mio DM

	1957		1958				1959				
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. *)	April	Mai	Juni **)
Außenhandel											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
Alle Länder ¹⁾											
Ausfuhr (fob)	3 003	3 238	2 878	2 984	3 118	3 353	2 967	3 353	3 303	3 386	3 369
Einfuhr (eif)	2 639	2 819	2 573	2 423	2 580	2 801	2 529	2 875	2 916	2 862	2 846
Saldo ²⁾	+ 364	+ 419	+ 305	+ 561	+ 538	+ 552	+ 438	+ 478	+ 387	+ 524	+ 523
Ländergruppen ³⁾											
EWA-Länder: Ausfuhr	2 132	2 286	2 091	2 125	2 146	2 286	2 106	2 303	2 308	2 261	2 340
EWA-Länder: Einfuhr	1 599	1 744	1 586	1 530	1 656	1 781	1 665	1 975	1 986	1 968	1 970
EWA-Länder: Saldo ²⁾	+ 533	+ 542	+ 505	+ 595	+ 490	+ 505	+ 441	+ 328	+ 322	+ 293	+ 370
Dollar-Länder: Ausfuhr	432	484	371	396	427	478	427	509	465	554	507
Dollar-Länder: Einfuhr	736	746	669	605	637	689	570	588	617	588	558
Dollar-Länder: Saldo ²⁾	- 304	- 262	- 298	- 209	- 210	- 211	- 143	- 79	- 152	- 34	- 51
Sonstige Länder: Ausfuhr	417	447	399	448	527	572	419	525	515	555	505
Sonstige Länder: Einfuhr	301	325	316	286	284	328	291	309	310	304	314
Sonstige Länder: Saldo ²⁾	+ 116	+ 122	+ 83	+ 162	+ 243	+ 244	+ 128	+ 216	+ 205	+ 251	+ 191
Austauschrelation (terms of trade)											
1954 = 100											
Durchschnittswerte der Ausfuereinheit	105,7	105,8	106,3	105,2	104,7	103,7	103,1	102,9	103,0	102,9	102,7
Durchschnittswerte der Einfuhreinheit	105,4	102,3	99,7	97,2	94,7	94,2	93,6	91,7	92,1	91,4	91,5
Austauschrelation ⁴⁾	100,3	103,5	106,6	108,2	110,5	110,1	110,2	112,2	111,9	112,5	112,2
Goldbestand und Auslandsforderungen ⁵⁾ der Deutschen Bundesbank ⁶⁾											
Stand am Ende des Berichtszeitraums											
Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)											
Insgesamt	+17 576	+16 587	+16 674	+17 348	+18 283	+18 990	+16 656	+16 842	+16 109	+16 694	+16 842
darunter:											
Goldbestand	+10 077	+10 674	+10 333	+10 815	+10 907	+11 085	+11 248	+11 355	+11 248	+11 272	+11 355
US-\$ (einschl. can. \$)	+ 6 690	+ 6 148	+ 6 245	+ 6 101	+ 7 265	+ 7 442	+ 5 766	+ 5 661	+ 5 142	+ 5 618	+ 5 661
Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)											
Insgesamt	+ 5 978	+ 6 403	+ 6 264	+ 6 883	+ 6 923	+ 7 188	+ 6 350	+ 5 741	+ 6 149	+ 6 117	+ 5 741
darunter:											
Kredite an die EZU	+ 4 028	+ 4 242	+ 4 202	+ 4 447	+ 4 287	+ 4 597	—	—	—	—	—
Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU	—	—	—	—	—	—	+ 4 121	+ 3 813	+ 3 921	+ 3 912	+ 3 813
Schuldverschreibungen der Weltbank	+ 493	+ 808	+ 808	+ 1 123	+ 1 323	+ 1 239	+ 1 378	+ 1 378	+ 1 378	+ 1 378	+ 1 378
Zweckgebundene Guthaben bei ausländischen Banken und zweckgebundene Geldmarktanlagen	+ 953	+ 1 032	+ 897	+ 915	+ 1 002	+ 971	+ 707	+ 441	+ 707	+ 706	+ 441
Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken	+ 327	+ 384	+ 349	+ 303	+ 283	+ 265	+ 240	+ 223	+ 236	+ 224	+ 223
Zahlungsbilanz											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
I. Saldo der Devisenbilanz (Überschuß: +) ⁷⁾	+ 1 127	- 186	- 17	+ 431	+ 325	+ 324	- 981	- 141	- 748	+ 553	- 228
II. Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz	+ 666	+ 78	- 58	+ 405	+ 393	+ 590	- 952	- 51	- 588	+ 647	- 213
1. Waren- und Dienstleistungsverkehr	+ 653	+ 713	+ 590	+ 796	+ 726	+ 831	+ 657	+ 619	+ 507	+ 669	+ 680
2. Unentgeltliche Leistungen (eigene Leistungen: —)	- 154	- 140	- 159	- 152	- 128	- 111	- 186	- 201	- 183	- 149	- 272
3. Kapitalverkehr (eigene Leistungen: —)	+ 167	- 495	- 489	- 239	- 205	- 130	- 1 423	- 469	- 912	+ 127	- 621
davon: Langfristig	- 98	- 64	- 65	- 160	- 137	- 226	- 432	- 351	- 361	- 126	- 565
Kurzfristig	+ 265	- 431	- 424	- 79	- 68	+ 96	- 991	- 118	- 551	+ 253	- 56
III. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler (I - II) ⁸⁾	+ 461	- 266	+ 41	+ 26	- 68	- 266	- 29	- 90	- 160	- 94	- 15

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VII, Außenwirtschaft, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes.

¹⁾ Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand und die Auslandsforderungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätstages angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederstwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verpflichtungen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen; so können in der Zahlungsbilanz zur Zeit mangels statistischer Unterlagen über die Umsätze noch nicht alle in der Position „Einlagen ausländischer Einleger“ des Bundesbankausweises erfaßten Verpflichtungen berücksichtigt werden; von Anfang 1959 ab ist jedoch der größte Teil dieser Verpflichtungen einbezogen.

²⁾ Einschl. Schiffsbedarf usw. — ³⁾ Ausfuhrüberschuß (+), Einfuhrüberschuß (-). — ⁴⁾ Einfuhr aus Einkaufsländern, Ausfuhr nach Käuferländern. — ⁵⁾ Durchschnittswerte der Ausfuereinheit in vH der Durchschnittswerte der Einfuhreinheit. — ⁶⁾ Guthaben auf laufenden Fremdwährungskonten und Ausländer-DM-Konten sowie befristete oder nur beschränkt verwendbare Forderungen, abzüglich der entsprechenden Verpflichtungen. — ⁷⁾ Veränderung des Goldbestandes sowie der Auslandsforderungen und -verpflichtungen der Deutschen Bundesbank. — ⁸⁾ Hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — ⁹⁾ Teilweise vorläufig.

hat sich damit auf 12,4 vH erhöht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Durchschnittswert der Ausfuhrreinheit seit Anfang 1958 gesunken ist (wahrscheinlich, weil die wachsende internationale Konkurrenz zu entsprechenden Preiskonkzessionen zwang), so daß die Entwicklung der Werte nun auch bei der Ausfuhr ungünstiger verläuft als die des Volumens. Dem Volumen nach beträgt die Erhöhung der Ausfuhr gegenüber dem zweiten Quartal 1958 beinahe 15 vH.

In dieser Entwicklung spiegelt sich deutlich die in letzter Zeit zu beobachtende internationale Konjunkturbelebung wider. Von besonderer Bedeutung war dabei, daß sich seit der Jahreswende auch in den europäischen Ländern die Konjunktorentwicklung eindeutig nach oben gewendet hat; auch die Lieferungen nach Europa sind infolgedessen in den letzten Monaten wieder stärker gestiegen, während sich bis zu Beginn dieses Jahres die weitere Zunahme der Ausfuhr vornehmlich auf die überseeischen Länder beschränkt hatte. Eine nicht geringe Rolle spielte in letzter Zeit ferner der Spezialboom der internationalen Stahlmärkte, der bekanntlich weitgehend auf der Erwartung des — nunmehr auch tatsächlich ausgebrochenen — Stahlstreiks in den Vereinigten Staaten beruhte. Die deutschen Stahlexporte empfangen hieraus einen besonderen Auftrieb, und zwar nicht zuletzt auf Grund von Bestellungen aus den Vereinigten Staaten selbst. Auf erhöhte Walzstahllieferungen ist es neben dem gestiegenen Automobilexport (der in letzter Zeit ein Drittel der deutschen Gesamtausfuhr nach USA ausmachte) hauptsächlich zurückzuführen, daß in den Monaten April bis Juni d. J. dem Werte nach um ungefähr 50 vH mehr deutsche Waren nach den Vereinigten Staaten ausgeführt wurden als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Aber auch der deutsche Verbrauchsgüterexport, besonders der Export von Textilien, der im vergangenen Jahr zum Teil ebenso im Zeichen einer Flaute gestanden hatte wie der Inlandsabsatz, hat sich — vor allem im Zusammenhang mit der Konjunkturbelebung in den europäischen Ländern, die nach wie vor die Hauptabnehmer für den deutschen Verbrauchsgüterexport sind — merklich gebessert. Was die über-

seeischen Länder außer den Vereinigten Staaten anlangt, so stößt die Ausfuhr allerdings noch immer auf die Schwierigkeiten, die die in den Jahren 1957 und 1958 herrschende Baisse der internationalen Rohstoffpreise für diese Gebiete teilweise mit sich gebracht hat; daß der Investitionsgüterexport am Ausfuhrschwung der letzten Monate, gemessen an seinem Stand vor Jahresfrist, nur in wesentlich schwächerem Maße teil hatte, mag damit zusammenhängen. Immerhin ist die deutsche Ausfuhr auch in diese Länder zumeist weiter gestiegen, was — abgesehen von der Erleichterung, die die erhöhten internationalen Rohstoffbezüge trotz der im großen und ganzen anhaltend niedrigen Preise für jene Gebiete bewirkten — vor allem darauf zurückzuführen sein dürfte, daß auf Grund der Kapitalhilfe anderer Länder die Entstehung einer ernsthaften Liquiditätskrise in den besonders gefährdeten Gebieten verhindert werden konnte. Auch die Bundesrepublik hat hierzu mit ihrem zunehmenden Geld- und Kapitalexport beigetragen, wobei, wie oben angedeutet, neben den statistisch erfaßten Kapitalleistungen, über die unten noch näher berichtet wird, auch an die indirekte Liquiditätshilfe zu denken ist, die mit der Einräumung längerer Zahlungsziele von seiten deutscher Exporteure gewährt wird. Die Verschlechterung der deutschen terms of payment hat jedenfalls bis zu einem gewissen Grade die Verbesserung der terms of trade kompensiert, die die Bundesrepublik im Verlauf der letzten Jahre zu verzeichnen hatte.

Dienstleistungsverkehr

Im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland ist der Aktivsaldo im zweiten Vierteljahr weiter zurückgegangen. Bei Einnahmen in Höhe von 2,8 Mrd DM und Ausgaben von 2,4 Mrd DM — bei denen allerdings die Fracht- und Versicherungskosten der Einfuhr nicht erfaßt sind, da sie bereits in der (auf Einfuhr-cif-Werten beruhenden) Handelsbilanz berücksichtigt wurden — betrug der Überschuß rd. 400 Mio DM gegen 660 Mio DM im ersten Quartal und 740 Mio DM im Vierteljahrsdurchschnitt des vergangenen Jahres. Die Abnahme ist um so bemerkenswerter, als die Einnahmen auf Grund von Leistungen an die ausländischen Truppendienststellen in der Bundesrepublik seit Beginn des laufenden Jahres weiter gewachsen sind. Dem Anstieg dieser Einnahmen stand jedoch auf der Passivseite der Dienstleistungsbilanz insbesondere eine starke Zunahme der Ausgaben deutscher Touristen im Ausland gegenüber, auf deren steigenden Trend in diesen Berichten schon verschiedentlich hingewiesen wurde. In den ersten fünf Monaten von 1959 (neuere Angaben liegen noch nicht vor) waren diese Ausgaben um ein

Gewerbliche Ausfuhr nach Industriegruppen
2. Vierteljahr 1958 = 100

Zeit	Grundstoffindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien
1958 1. Vj.	104	93	98
2. "	100	100	100
3. "	110	102	108
4. "	116	110	117
1959 1. Vj.	101	97	107
2. Vj.	116	109	117

Drittel höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahrs; sie beliefen sich auf reichlich 800 Mio DM gegen 600 Mio DM in den ersten fünf Monaten von 1958. Die Einnahmeseite der Reiseverkehrsbilanz wies dagegen in diesem Zeitraum keine größeren Veränderungen auf, so daß sich die gestiegenen Ausgaben voll auf den Saldo auswirkten. Für die Zeit von Januar bis Mai ergab sich damit ein Passivsaldo von 160 Mio DM gegenüber einem Überschuß von 30 Mio DM im entsprechenden Vorjahrszeitraum. Da insbesondere in den Sommermonaten — der saisonalen Tendenz entsprechend — mit einem weiteren starken Anstieg der Netto-Devisenausgaben im Reiseverkehr zu rechnen ist, steht schon jetzt fest, daß sich die Reiseverkehrsbilanz in diesem Jahr zu einem bedeutenden Passivposten der gesamten Zahlungsbilanz entwickeln wird, nachdem sie 1958 zum ersten Male für ein ganzes Jahr ein — wenn auch verhältnismäßig geringfügiges — Defizit (145 Mio DM) aufgewiesen hatte.

Unter den sonstigen Dienstleistungspositionen verdient neben erhöhten Kapitalertragszahlungen an das Ausland noch die Tatsache Erwähnung, daß die Ausgaben für fremde Bauleistungen und Montagen sowie für die Entlohnung ausländischer Arbeitskräfte im bisherigen Verlauf des Jahres stark zugenommen haben. Diese Entwicklung ist ein deutliches Indiz für die sich auch im internationalen Dienstleistungsverkehr abzeichnenden Impulse, die die innerdeutsche Konjunktur-entwicklung zur Zeit auf die Wirtschaft anderer Länder ausübt.

Die Bilanz des Kapitalverkehrs und der unentgeltlichen Leistungen

Im Sektor des Kapitalverkehrs und der unentgeltlichen Leistungen ergab sich im zweiten Quartal von 1959 ein Defizit von 2 Mrd DM gegenüber 4,8 Mrd DM im ersten Quartal. Die Abnahme erklärt sich daraus, daß die Vorauszahlungen des Bundes für Verteidigungseinfuhren und die Geldexporte der deutschen Geschäftsbanken, die naturgemäß beide sehr starken Schwankungen unterliegen, im zweiten Vierteljahr bei weitem nicht an ihr Ausmaß im ersten Vierteljahr heranreichten. Mit 1,4 Mrd DM war der Passivsaldo der eigentlichen Kapitalbilanz jedoch auch im zweiten Quartal wesentlich höher als im Vorjahr, in dem er im zweiten Vierteljahr 700 Mio DM und im Durchschnitt aller Vierteljahre 800 Mio DM betragen hatte. Neben hohen vorzeitigen Rückzahlungen auf die Verpflichtungen aus den Londoner Abkommen ist dies vor allem auf die Entwicklung des privaten langfristigen Kapital-exports zurückzuführen. Die gesamten Auslandsinvestitionen der deutschen Privatwirtschaft sind im zweiten

Quartal per Saldo um annähernd 700 Mio DM gewachsen gegenüber 500 Mio DM im ersten Quartal und knapp 300 Mio DM im Vierteljahrsdurchschnitt des vergangenen Jahres. Die Anpassung der Kapitalverkehrsseite an die Überschußposition der Bundesrepublik im Außenhandel hat also erhebliche weitere Fortschritte gemacht. Auf die Einzelheiten dieser Entwicklung sei im folgenden noch näher eingegangen.

Langfristiger Kapitalverkehr

Das Defizit in der Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs belief sich im zweiten Quartal 1959 auf annähernd 1,1 Mrd DM gegenüber 500 Mio DM in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dieser Nettokapitalexport beruhte auf einer Zunahme der deutschen (privaten und öffentlichen) Investitionen im Ausland um mehr als 800 Mio DM bei gleichzeitiger Abnahme der ausländischen Vermögensanlagen im Bundesgebiet um gut 200 Mio DM. Was zunächst die deutschen Kapitalan-

Zusammengefaßte Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs in Mio DM

Positionen ¹⁾	1958				1959	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Saldo der gesamten langfristigen Kapitalbewegungen ²⁾	-194	-479	-412	-678	-1 295	-1 052
1) Veränderung der deutschen Kapitalanlagen im Ausland (Zunahme: —)	-310	-543	-309	-690	- 576	- 836
davon:						
a) Privat	(-128)	(-338)	(-168)	(-485)	(- 523)	(- 676)
b) Öffentlich	(-182)	(-205)	(-141)	(-205)	(- 53)	(- 160)
2) Veränderung der ausländischen Kapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme: +)	+116	+ 64	-103	+ 12	- 719	- 216
davon:						
a) Privat	(+168)	(+177)	(+159)	(+ 87)	(+ 13)	(+ 108)
b) Öffentlich	(- 52)	(-113)	(-262)	(- 75)	(- 732)	(- 324)

¹⁾ Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — ²⁾ Netto-Kapitalexport: —; Netto-Kapitalimport: +.

lagen im Ausland angeht — sie sind im zweiten Vierteljahr, wie erwähnt, um reichlich 800 Mio DM gewachsen gegen 580 Mio DM im ersten Quartal und 460 Mio DM im Vierteljahrsdurchschnitt von 1958 —, so verdient vor allem die Entwicklung der privaten Wertpapiertransaktionen Beachtung. Die Nettokäufe ausländischer Wertpapiere durch Inländer beliefen sich im zweiten Quartal auf annähernd eine halbe Mrd DM gegen etwa 30 Mio DM im entsprechenden Abschnitt des Vorjahres. Der Wertpapierhandel, der sich noch bis

weit in das vergangene Jahr hinein einseitig auf Transaktionen in inländischen Wertpapieren beschränkt hatte, war damit zum ersten Male die bedeutendste Komponente der deutschen Kapitalausfuhr. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß in der Berichtsperiode (genauer: im April) die Weltbankanleihe in Höhe von 200 Mio DM placiert wurde, was zu einer besonderen Erhöhung der Ziffer führte. An der Zeichnung dieser Anleihe hatten sich bekanntlich auch ausländische Interessenten beteiligt. Der Gesamtbetrag der seit der Emission an Ausländer veräußerten Stücke war jedoch mit 30 Mio DM niedriger als vielfach angenommen; sie ist also zweifellos zum weitaus größten Teil in deutsche Hände gelangt. Wie die untenstehende Tabelle erkennen läßt, in der die wichtigsten Daten zur Entwicklung des privaten Wertpapierverkehrs mit dem Ausland für die letzten anderthalb Jahre zusammengefaßt sind, stellten sich die für den Erwerb ausländischer Wertpapiere im ersten Halbjahr von 1959 insgesamt aufgewendeten Beträge auf rd. 840 Mio DM (netto) gegen ungefähr 290 Mio DM im gesamten Vorjahr. Zum überwiegenden Teil handelte es sich dabei um Käufe von Dividendenpapieren (475 Mio DM), und zwar von solchen Papieren, deren Emittenten ihren Sitz in den Niederlanden, in der Schweiz, in Frankreich sowie in den Vereinigten Staaten haben; auf die genannten vier Länder entfielen mit 320 Mio DM rund zwei Drittel aller Käufe. An festverzinslichen

ausländischen Wertpapieren sind dagegen im ersten Halbjahr nur rd. 360 Mio DM (netto) übernommen worden; neben der bereits erwähnten Zeichnung der Weltbankanleihe spielte dabei die Placierung der DM-Anleihe eines österreichischen Energieunternehmens in Höhe von 100 Mio DM eine besondere Rolle.

Unter den sonstigen privaten langfristigen Kapitalleistungen fiel vor allem ins Gewicht, daß im Rahmen der Finanzierung des „Rourkela-Projekts“ sowie auf Grund des zu Beginn dieses Jahres von der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit der indischen Regierung abgeschlossenen Vertrages über die Gewährung eines 40 Mio Dollar-Kredits im zweiten Quartal von 1959 gut 50 Mio DM zur Verfügung gestellt wurden. Von Mitte 1958 — als die ersten „Promissory Notes“ der indischen Regierung von den Geschäftsbanken übernommen wurden — bis Ende Juni 1959 sind damit von deutschen Banken an Indien Kredite im Betrage von insgesamt 270 Mio DM gewährt worden. Dieser Betrag entspricht — um eine Vorstellung über die Bedeutung der Kreditaktion zu vermitteln — ungefähr einem Viertel des Ausfuhrüberschusses, den die Bundesrepublik im Jahre 1958 im Warenverkehr mit Indien zu verzeichnen hatte.

Was die staatlichen Kapitalanlagen im Ausland angeht, die im bisherigen Verlauf des Jahres etwas hinter den entsprechenden Vorjahresergebnissen zurückgeblieben sind, so wurde im zweiten Quartal eine weitere

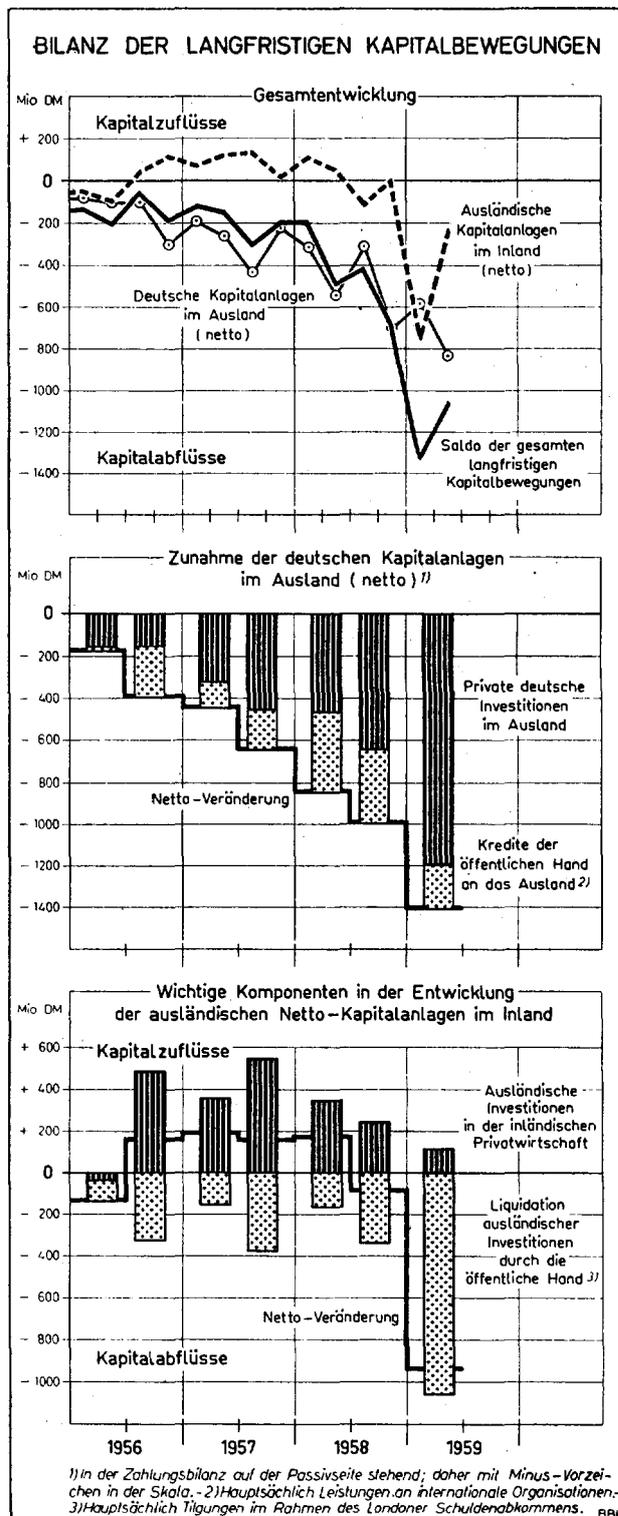
Zur Entwicklung der privaten Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland
in Mio DM

Länder ¹⁾	Insgesamt				Dividendenpapiere ²⁾				Festverzinsliche Wertpapiere			
	1958		Ins- gesamt	1959 1. Hj.	1958		Ins- gesamt	1959 1. Hj.	1958		Ins- gesamt	1959 1. Hj.
	1. Hj.	2. Hj.			1. Hj.	2. Hj.			1. Hj.	2. Hj.		
a) Nettokäufe (—) bzw. -verkäufe (+) ausländischer Wertpapiere durch Inländer ³⁾												
Alle Länder	— 56	— 234	— 290	— 836	— 29	— 119	— 148	— 475	— 27	— 115	— 142	— 361
davon:												
Frankreich	— 2	— 3	— 5	— 35	— 2	— 2	— 4	— 32	+ 0	— 1	— 1	— 3
Niederlande	— 11	— 39	— 50	— 147	— 11	— 39	— 50	— 146	— 0	+ 0	— 0	— 1
Österreich	+ 0	— 53	— 53	— 152	+ 0	— 5	— 5	— 8	+ 0	— 48	— 48	— 144
Schweiz	— 5	— 18	— 23	— 82	— 4	— 17	— 21	— 81	— 1	— 1	— 2	— 1
Vereinigte Staaten von Amerika	+ 1	— 10	— 9	— 70	— 4	— 9	— 13	— 61	+ 5	— 1	+ 4	— 9
Übrige Länder	— 25	— 91	— 116	— 171	— 8	— 47	— 55	— 147	— 17	— 44	— 61	— 24
Internationale Organisationen	— 14	— 20	— 34	— 179	—	—	—	—	— 14	— 20	— 34	— 179
darunter:												
Weltbank	(— 1)	(— 20)	(— 21)	(— 159)	(—)	(—)	(—)	(—)	(— 1)	(— 20)	(— 21)	(— 159)
b) Nettokäufe (+) bzw. -verkäufe (—) deutscher Wertpapiere durch Ausländer ⁴⁾												
Alle Länder	+ 362	+ 199	+ 561	+ 75	+ 20	+ 154	+ 174	+ 241	+ 342	+ 45	+ 387	— 166
davon:												
Frankreich	— 18	+ 1	— 17	+ 60	— 5	+ 3	— 2	+ 72	— 13	— 2	— 15	— 12
Großbritannien	— 10	+ 6	— 4	— 41	— 4	+ 54	+ 50	+ 4	— 6	— 48	— 54	— 45
Niederlande	+ 61	+ 17	+ 78	+ 38	+ 19	+ 15	+ 34	+ 29	+ 42	+ 2	+ 44	+ 9
Schweiz	+ 252	+ 128	+ 380	— 87	— 12	+ 33	+ 21	— 34	+ 264	+ 95	+ 359	— 53
Vereinigte Staaten von Amerika	— 9	— 6	— 15	+ 78	+ 18	+ 44	+ 62	+ 147	— 27	— 50	— 77	— 69
Übrige Länder	+ 86	+ 53	+ 139	+ 27	+ 4	+ 5	+ 9	+ 23	+ 82	+ 48	+ 130	+ 4

¹⁾ Bei Transaktionen in ausländischen Wertpapieren: Emissionsländer; bei Transaktionen in deutschen Wertpapieren: Käuferländer bzw. Verkaufsländer. —
²⁾ Einschl. Investmentzertifikate. — ³⁾ 1. Hj. 1958: Ohne nicht notierte Wertpapiere. — ⁴⁾ Einschl. der Rückkäufe deutscher Auslandsbonds durch Inländer.

Rate in Höhe von 63 Mio DM auf den insgesamt 315 Mio DM betragenden Kapitalanteil der Bundesrepublik an der Europäischen Investitionsbank entrichtet. Außerdem ist der letzte Teilbetrag (52,5 Mio DM) des 210 Mio DM-Kredits, der der Türkei im Rahmen der 1958 vereinbarten Finanzierungshilfe zugesagt wurde, zur Verfügung gestellt worden.

Die langfristigen ausländischen Kapitalanlagen im Inland sind im zweiten Vierteljahr, wie erwähnt, erneut zurückgegangen; die Abnahme betrug reichlich 200 Mio DM gegen allerdings 700 Mio DM im vorangegangenen Quartal. Maßgeblich hierfür waren — ebenso wie im ersten Quartal — Tilgungsleistungen deutscher staatlicher Stellen; sie haben zu einem Abbau der ausländischen Vermögensanlagen im Bundesgebiet um 320 Mio DM geführt, während im Bereich der deutschen Privatwirtschaft Kapitalzuflüsse aus dem Ausland in Höhe von etwas mehr als 100 Mio DM zu verzeichnen waren. Die hohen Tilgungsleistungen der öffentlichen Hand beruhen in erster Linie auf der vorzeitigen Zahlung von drei Rückzahlungsraten auf die britische Nachkriegswirtschaftshilfe im Gesamtbetrag von 265 Mio DM (= 22,5 Mio £). Zusammen mit der bereits im ersten Quartal durchgeführten vorzeitigen Rückzahlung auf die amerikanische Nachkriegswirtschaftshilfe — dabei handelte es sich um einen Betrag im Gegenwert von 630 Mio DM — und den in dieser Zeit fälligen regulären Tilgungszahlungen erreichten die von der öffentlichen Hand im ersten Halbjahr für die Abdeckung von Auslandsschulden aufgewendeten Beträge 1,1 Mrd DM gegenüber 150 Mio DM im ersten Halbjahr 1958. Auch im Bereich der privaten Auslandsschulden war in letzter Zeit eine gewisse Zunahme der Tilgungen festzustellen, was offenbar mit den durch die Zinssenkung im Inland zum Teil merklich veränderten Zinsrelationen zusammenhängt. So hat das Deutsche Kalisyndikat Verpflichtungen auf Grund des Londoner Abkommens in Höhe von annähernd 100 Mio DM früher zurückgezahlt als ursprünglich vorgesehen. Für den Rückkauf von öffentlichen deutschen Auslandsbonds wurden im zweiten Vierteljahr 80 Mio DM gezahlt gegen 100 Mio DM im ersten Quartal und 75 Mio DM im Vierteljahrsdurchschnitt von 1958. Faßt man die regelmäßigen Tilgungen mit den Sondertilgungen und den Rückkäufen von Auslandsbonds zusammen, so ergibt sich hieraus für die ersten sechs Monate d. J. eine Reduzierung der deutschen Verschuldung gegenüber dem Ausland um nicht weniger als 1,4 Mrd DM (gegenüber knapp 300 Mio DM in der entsprechenden Vorjahrszeit). Sie ist in Höhe von 1,1 Mrd DM auf Zahlungen staatlicher Stellen und im Betrage von gut 300 Mio DM auf private



Leistungen zurückzuführen. Der Gesamtbetrag der in den Londoner Schuldenabkommen von 1953 geregelten deutschen Auslandsschulden ist damit — unter Einbeziehung der Repatriierung von Auslandsbonds (1,4 Mrd DM) — von ursprünglich 13 Mrd DM auf 7,4 Mrd DM am 30. Juni 1959 gesunken.

Wenn die deutsche Privatwirtschaft trotz der oben genannten Zahlungen an das Ausland (300 Mio DM)

im ersten Halbjahr eine Nettokapitaleinfuhr in Höhe von 120 Mio DM aufwies, so ist dies neben umfangreichen Darlehen amerikanischer Ölgesellschaften an ihre inländischen Tochtergesellschaften vor allem darauf zurückzuführen, daß Ausländer per Saldo mehr inländische Wertpapiere kauften als verkauften. Sieht man von den bereits erwähnten Transaktionen in deutschen Auslandsbonds ab, so beliefen sich die ausländischen Nettokäufe an inländischen Wertpapieren im zweiten Quartal von 1959 auf knapp 200 Mio DM gegen 60 Mio DM im ersten Quartal. Die Zunahme vom ersten zum zweiten Vierteljahr ist vor allem auf umfangreiche Käufe deutscher Aktien zurückzuführen. Einen vollständigen Überblick zur Entwicklung der Käufe und Verkäufe deutscher Wertpapiere durch Ausländer vermittelt die Tabelle auf Seite 51. Zu dieser Übersicht sei ergänzend bemerkt, daß die Rückkäufe von Auslandsbonds bei den Transaktionen der Ausländer in festverzinslichen inländischen Wertpapieren berücksichtigt sind. Faßt man den Handel von ausländischen und inländischen Wertpapieren zusammen, so ist die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik durch derartige Transaktionen im zweiten Quartal 1959 mit 360 Mio DM belastet worden gegen 400 Mio DM im ersten Vierteljahr. Demgegenüber war im zweiten Quartal von 1958 ein Nettokapitalzufluß in Höhe von 170 Mio DM zu verzeichnen.

Kurzfristiger Kapitalverkehr

Das Defizit der Bilanz des kurzfristigen Kapitalverkehrs belief sich im zweiten Quartal auf 350 Mio DM. Es blieb damit erheblich hinter dem Passivsaldo des

ersten Vierteljahres, der knapp 3 Mrd DM betragen hatte, zurück. Die Abnahme der Belastungen erklärt sich zum überwiegenden Teil, wie bei der Gesamtübersicht zum Kapitalverkehr bereits erwähnt, aus einem Rückgang der Vorauszahlungen des Bundes für Rüstungslieferungen des Auslandes und aus dem vorerst wieder verminderten Netto-Geldexport der Geschäftsbanken.

Was zunächst die Veränderung der kurzfristigen Forderungen und Verpflichtungen der deutschen Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland, also die wichtigste „kommerzielle“ Komponente der Bilanz des kurzfristigen Kapitalverkehrs, angeht, so hat sich die Devisenposition der privaten Banken im zweiten Quartal von 1959 um rd. 360 Mio DM verbessert gegenüber 1 350 Mio DM im ersten Quartal. Diese Verbesserung, die gleichbedeutend mit einem entsprechend hohen kurzfristigen Nettokapitalexport ist, geht — im Gegensatz zur Entwicklung in den ersten Monaten des Jahres — ausschließlich auf eine weitere Zunahme der Auslandsaktiva zurück. Diese sind im zweiten Vierteljahr um 650 Mio DM gewachsen, während die Auslandspassiva gleichzeitig um 290 Mio DM zugenommen haben. Seit Beginn des laufenden Jahres haben sich die kurzfristigen Forderungen der Geldinstitute damit um knapp 1,5 Mrd DM auf nunmehr 3,4 Mrd DM erhöht. Zum Teil sind die neu angelegten Auslandsguthaben durch Swap-Abschlüsse, die von den Geschäftsbanken mit der Bundesbank getätigt wurden, kursmäßig abgesichert worden. Es ist allerdings bemerkenswert, daß die Zunahme der Swap-Abschlüsse, die sich im ersten

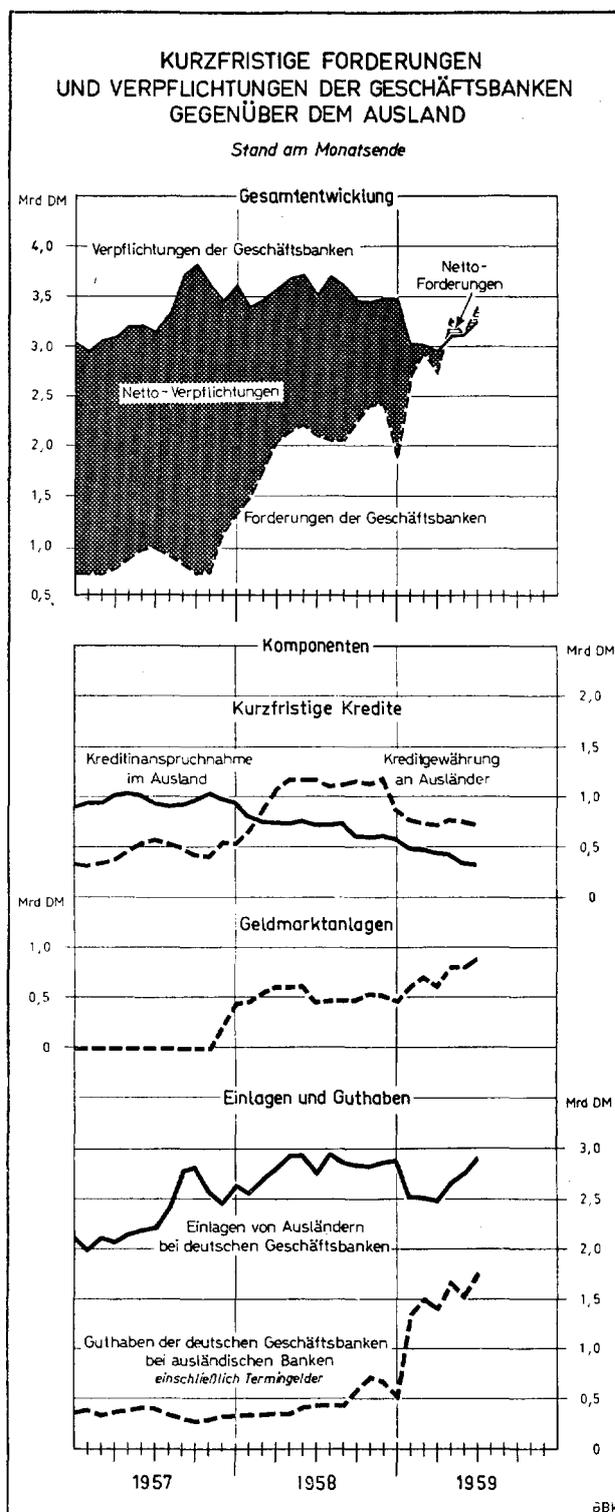
Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der deutschen Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland
Stand am Ende des Berichtszeitraums in Mio DM

Jahres- bzw. Monatsende	Saldo der Forderungen und Verpflichtungen	Forderungen						Verpflichtungen				
		Insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken		Geldmarktanlagen	Kurzfristige Kredite		Insgesamt	Einlagen von Ausländern		Kurzfristige Kredite	
			Täglich fällige Gelder	Termingelder		Ausländische Währung	DM		Ausländische Währung	DM	Ausländische Währung	DM
1955	— 1 399	524	312	7	1	35	169	1 923	62	1 413	448	0
1956	— 2 310	715	362	13	4	35	301	3 025	52	2 063	904	6
1957	— 2 287	1 320	307	20	448	22	523	3 607	50	2 602	930	25
1958	— 1 560	1 919	431	128	481	55	824	3 479	91	2 811	537	40
1957 März	— 2 336	768	362	14	4	16	372	3 104	108	1 967	1 007	22
Juni	— 2 168	986	396	12	0	29	549	3 154	107	2 112	923	12
Sept.	— 3 089	723	269	20	0	21	413	3 812	38	2 795	949	30
Dez.	— 2 287	1 320	307	20	448	22	523	3 607	50	2 602	930	25
1958 März	— 1 526	2 055	342	26	610	31	1 046	3 581	82	2 741	721	37
Juni	— 1 413	2 102	407	35	474	40	1 146	3 515	90	2 693	702	30
Sept.	— 1 211	2 263	491	112	493	53	1 114	3 474	112	2 751	580	31
Dez.	— 1 560	1 919	431	128	481	55	824	3 479	91	2 811	537	40
1959 März	— 208	2 747	486	916	620	143	582	2 955	96	2 403	398	58
Juni P)	+ 148	3 396	674	1 099	898	161	564	3 248	203	2 713	299	33

P) Vorläufig.

Halbjahr per Saldo auf gut 600 Mio DM belief, erheblich hinter dem Anstieg der Auslandsforderungen der Geschäftsbanken zurückgeblieben ist. Ein großer Teil der Geldexporte ist nämlich entweder über den „Markt“, d. h. ohne die Bundesbank, oder überhaupt nicht abgesichert worden. Das gilt vor allem für die letzten Monate, ja im Juli sind die Swap-Abschlüsse mit der Bundesbank sogar zurückgegangen, während die Auslandsguthaben der Geschäftsbanken weiter — wenn auch nur wenig — gestiegen sein dürften.

Die im zweiten Quartal zu verzeichnende Erhöhung der Verbindlichkeiten der Geschäftsbanken gegenüber Ausländern um knapp 300 Mio DM beruht ausschließlich auf einer Aufstockung der zu Beginn dieses Jahres in verhältnismäßig starkem Umfang reduzierten Einlagen von Ausländern bei deutschen Banken. Demgegenüber hat die Verschuldung der deutschen Banken im Ausland, die vor allem mit der Inanspruchnahme von Rembours- und Barkrediten zusammenhängt, in Übereinstimmung mit dem nunmehr seit eineinhalb Jahren anhaltenden Entwicklungstrend weiter abgenommen. Der Rückgang von knapp 1 Mrd DM Ende 1957 auf nur noch etwas mehr als 300 Mio DM Mitte 1959 dürfte sich in erster Linie daraus erklären, daß ein großer Teil der Außenhandelsfinanzierung, dem Zinsgefälle folgend, ins Inland zurückverlagert worden ist. Faßt man die Abnahme der Auslandsverbindlichkeiten im ersten Quartal und ihren Wiederanstieg im zweiten Quartal zusammen, so ergibt sich für das erste Halbjahr per Saldo ein Rückgang um reichlich 200 Mio DM auf 3,2 Mrd DM. Diese Verminderung bewirkte zusammen mit der bereits geschilderten starken Zunahme der Auslandsforderungen, daß die Devisenposition der Geschäftsbanken erstmals aktiv geworden ist, d. h. höhere Auslandsguthaben als -verbindlichkeiten aufweist. Der Netto-Forderungssaldo gegenüber dem Ausland belief sich am 30. Juni auf 150 Mio DM gegenüber Nettoverbindlichkeiten von 1,6 Mrd DM am Ende des Jahres 1958 und 3,1 Mrd DM am 30. September 1957, dem Zeitpunkt, in dem die Nettoverbindlichkeiten ihren höchsten Stand erreicht hatten. Wie das nebenstehende Schaubild erkennen läßt, ist dieser Wandel ausschließlich auf die Entwicklung der Auslandsaktiva zurückzuführen, die sich von rd. 700 Mio DM Ende 1956 auf 3,4 Mrd DM Mitte 1959 erhöht haben, während die Auslandspassiva mit 3 Mrd DM bzw. 3,2 Mrd DM — von zwischenzeitlichen Schwankungen einmal abgesehen — so gut wie unverändert geblieben sind. Ergänzend sei hierzu noch bemerkt, daß der gesamte Auslandsstatus der privaten Banken — dabei handelt es sich um die Zusammenfassung der vorstehend behandelten kurzfristigen Forde-



rungen und Verpflichtungen mit den längerfristigen Auslandsaktiva und -passiva, deren Veränderungen in der Bilanz der langfristigen Kapitalbewegungen ausgewiesen werden — ein noch günstigeres Bild bietet: Die Banken haben nämlich in letzter Zeit in nicht unerheblichem Umfang auch längerfristige Kredite an das Ausland gewährt — so etwa an die indische Regierung —

oder ausländische Wertpapiere in ihr Portefeuille genommen. Die gesamten kurz- und langfristigen Auslandsforderungen der Geschäftsbanken übertrafen daher Ende Juni ihre Auslandspassiva um 740 Mio DM.

Die Bilanz der im einzelnen statistisch erfaßten kurzfristigen Geld- und Kreditbewegungen schloß im ersten Halbjahr von 1959 mit einem Defizit von reichlich 3,3 Mrd DM. Davon entfielen 1,5 Mrd DM auf Leistungen der öffentlichen Hand und 1,8 Mrd DM auf den privaten Nettokapitalexport. Die Belastungen im kurzfristigen Bereich der Kapitalbilanz sind damit im bisherigen Verlauf des Jahres etwa ebenso hoch gewesen wie in den Jahren 1957 und 1958 zusammengenommen.

Unentgeltliche Leistungen

Die Bilanz der unentgeltlichen Leistungen zeigte im zweiten Quartal von 1959 ein Defizit, das mit 600 Mio

DM noch um ein Geringes über den bereits ungewöhnlich hohen Passivsaldo des ersten Quartals (560 Mio DM) hinausging. Die bei einem Vergleich mit den Vorjahrsergebnissen zu beobachtende starke Zunahme der Belastungen in diesem Bereich — im Vierteljahrsdurchschnitt von 1958 betrug die Defizite in der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen gut 400 Mio DM — erklärt sich vor allem aus den vertraglich vorgesehenen Zahlungen von Beiträgen zu den Kosten der in der Bundesrepublik stationierten britischen Streitkräfte. Diese Zahlungen, die im Rahmen der Zahlungsbilanz unter den unentgeltlichen Leistungen verbucht werden, basieren auf dem im März vom Bundestag verabschiedeten Gesetz über eine Devisenhilfe an Großbritannien. Sie betragen im ersten und zweiten Vierteljahr jeweils 141 Mio DM (12 Mio £) und stellen zwei Drittel der in dem erwähnten Gesetz insgesamt vorgesehenen Leistungen dieser Art dar.

Revision der Mindestreserveanforderungen

Auf Beschluß des Zentralbankrats vom 9. Juli 1959 sind die Mindestreserveanforderungen mit Wirkung vom 1. August 1959 gewissen Revisionen unterworfen worden, die im wesentlichen eine Entlastung der kleineren Institute, einen besseren Ausgleich zwischen den Mindestreserveanforderungen und dem unterschiedlichen Zwang zur Kassenhaltung für Verbindlichkeiten an Bankplätzen und an Nebenplätzen¹⁾ sowie die Beseitigung gewisser — im Verlauf der Jahre stärker gewordener — Ungleichmäßigkeiten in der Abgrenzung der Reserveklassen, in die die einzelnen Institute eingestuft sind, zum Ziel haben. Im einzelnen sind die Änderungen aus der folgenden Gegenüberstellung der bisher geltenden und der seit dem 1. August 1959 in Kraft befindlichen Mindestreserveanforderungen zu ersehen:

Tabelle 1:

a) Bisher geltende Mindestreserveanforderungen

Reserveklasse	Kreditinstitute mit reservspflichtigen Sicht- und befristeten Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen) von	Reservesätze (in vH) für			
		Sichtverbindlichkeiten		befristete Verbindlichkeiten	Spar-einlagen
		Bank-plätze	Neben-plätze		
1	100 Mio DM und mehr	13	11	9	6
2	50 bis unter 100 Mio DM	13	11	9	6
3	10 „ „ 50 „ „	12	10	8	6
4	5 „ „ 10 „ „	12	10	8	6
5	1 „ „ 5 „ „	11	9	7	6
6	unter 1 Mio DM	11	9	7	6

b) Mindestreserveanforderungen ab 1. August 1959

Reserveklasse	Kreditinstitute mit reservspflichtigen Verbindlichkeiten (einschl. Spareinlagen) von	Reservesätze (in vH) für				
		Sichtverbindlichkeiten		befristete Verbindlichkeiten	Spar-einlagen	
		Bank-plätze	Neben-plätze		Bank-plätze	Neben-plätze
1	300 Mio DM und mehr	13	10	9	6	5
2	30 bis unter 300 Mio DM	12	9	8	6	5
3	3 „ „ 30 „ „	11	8	7	6	5
4	unter 3 Mio DM	10	7	6	6	5

Es handelt sich bei der Revision also einmal um eine Änderung der Reserveklassen-Einteilung und sodann um eine stärkere Differenzierung des bisherigen Re-

servesatz-Gefüges durch Herabsetzung der Sätze für Verbindlichkeiten an Nebenplätzen sowie die Einführung einer neuen Reservesatz-Reihe für die nunmehrige unterste Reserveklasse.

Die Änderung der Reserveklassen-Einteilung

Was die Änderung der Reserveklasseneinteilung anlangt, so fällt zunächst ins Auge, daß an die Stelle der bisherigen sechs Reserveklassen nunmehr vier Reserveklassen getreten sind. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die mit Wirkung vom 1. Mai 1952 etablierten sechs Reserveklassen seit dem 1. Februar 1953 zur Hälfte keine Bedeutung mehr hatten, da für jeweils zwei Klassen ständig gleiche Reservesätze galten. Praktisch hatten in den letzten Jahren also nur drei Reserveklassen bestanden, so daß das nunmehrige System, in dem jede Klasse besondere Reservesätze aufweist, dem bisherigen System gegenüber eine verstärkte Differenzierung der Mindestreserveanforderungen nach der Größe der reservspflichtigen Institute bedeutet. Dieses „Wiederaufklappen des Reservesatz-Fächers“ entspricht einem wiederholt vorgetragenen Wunsch derjenigen Spitzenverbände des Kreditgewerbes, denen vornehmlich kleinere Institute angehören. Allerdings konnte dabei dem extremen Wunsch nach einem Wieder-Effektiv-Machen der ursprünglich gebildeten sechs Reserveklassen nicht Rechnung getragen werden. Sechs effektive Reserveklassen hätten das Gefüge der Mindestreservesätze außerordentlich verästelt, namentlich im Zusammenhang mit der (später noch zu behandelnden) stärkeren Differenzierung der Reservesätze nach Bank- und Nebenplätzen. Sie hätten ferner zu unververtretbaren Spannen zwischen den Reservesätzen für gleiche Verbindlichkeiten geführt, wenn man dem nicht durch die Einführung gebrochener Prozentsätze für zumindest einen Teil der Reserveklassen entgegengewirkt und damit das erneute „Auseinanderziehen“ des „Reservesatz-Fächers“ wieder weitgehend illusorisch gemacht hätte. Bei der Einführung von sechs effektiven Reserveklassen wäre überdies für den Fall einer Senkung der Reservesätze bei den untersten Klassen ein relativ kleiner Spielraum verblieben. Zu beachten war schließlich, daß eine noch stärkere Entlastung der kleineren Institute durch die Einführung weiterer Reserveklassen gegebenenfalls durch eine Mehrbelastung der größeren Institute hätte kompensiert werden müs-

¹⁾ Unter einem „Bankplatz“ ist ein Ort mit einer Niederlassung der Bundesbank und unter einem „Nebenplatz“ ein Ort ohne eine solche Niederlassung zu verstehen.

sen, solange allgemeine liquiditätspolitische Überlegungen eine sehr ins Gewicht fallende Senkung der gesamten Mindestreserve ausschlossen. Eine solche Mehrbelastung erschien jedoch unter den gegenwärtigen Umständen nicht vertretbar. Der Zentralbankrat hat sich daher mit der Etablierung von vier effektiven Reserveklassen begnügt, wobei vielleicht darauf hingewiesen werden darf, daß eine Differenzierung der Mindestreservesätze nach der Größe der reservspflichtigen Institute ohnehin ein Spezifikum der in der Bundesrepublik bestehenden Mindestreserveregelung darstellt, das in anderen Ländern nur vereinzelt und auch da nur in wesentlich abgeschwächtem Maße eine Parallele findet.

Die zweite Änderung der Reserveklasseneinteilung betrifft ihre Abgrenzung. Seit der Einführung des Reserveklassensystems im Mai 1952 ist die Bilanzsumme der statistisch erfaßten Kreditinstitute von 48,7 Mrd DM auf 186,5 Mrd DM, d. h. um fast das Dreifache, gestiegen. Es erschien angezeigt, dieser Entwicklung bei der Reserveklassenabgrenzung durch Erhöhung der für die einzelnen Klassen maßgebenden Richtsummen Rechnung zu tragen, um zu verhindern, daß mit dem allgemeinen strukturellen Wachstum ein Teil der Institute allmählich in die nächsthöhere Reserveklasse rückte und die Mindestreserveanforderungen damit unter Umständen stärker zunahm als kreditpolitisch nötig. Wenn schon an den Richtsummen für die Reserveklassenabgrenzung eine Änderung vorgenommen wurde, lag es aber auch nahe, eine gewisse Inkonsistenz in der bisherigen Reserveklasseneinteilung zu beseitigen, die darin bestand hatte, daß für die Einstufung der Institute in die verschiedenen Reserveklassen nur ein Teil, aber nicht die Gesamtheit ihrer reservspflichtigen Verbindlichkeiten maßgebend war. Die Richtsummen für die einzelnen Reserveklassen hatten sich bisher nämlich lediglich auf die mindestreservspflichtigen Sicht-

und Terminverbindlichkeiten, aber nicht auch auf die Spareinlagen erstreckt. Im Mai 1952, als das Reserveklassensystem eingeführt wurde, war diese Beschränkung noch einigermaßen vertretbar; die Spareinlagen hatten damals nur 25,1 vH der gesamten mindestreservspflichtigen Verbindlichkeiten ausgemacht. Inzwischen ist der Anteil jedoch auf 47,1 vH gestiegen, so daß ihr Ausschluß aus den Richtsummen für die einzelnen Reserveklassen nicht länger angebracht erschien. Die Beibehaltung der bisherigen Art der Abgrenzung hätte bedeutet, daß Institute mit einem verhältnismäßig hohen Bestand an Spareinlagen gegenüber Instituten mit an sich gleichem Gesamtbestand an reservspflichtigen Verbindlichkeiten, aber einem geringeren Anteil von Spareinlagen, bei der Reserveklasseneinstufung in einer Weise bevorzugt geblieben wären, die um so weniger hätte gerechtfertigt werden können, als der Reservesatz für Spareinlagen erheblich unter den Reservesätzen für die meisten übrigen Verbindlichkeiten liegt.

In welcher Weise unter diesen beiden Gesichtspunkten die Reserveklassenabgrenzung geändert wurde, ist aus Tabelle 1 zu ersehen. In die oberste Reserveklasse fallen nunmehr erst Institute mit reservspflichtigen Gesamtverbindlichkeiten von mindestens 300 Mio DM, in die zweite solche mit Gesamtverbindlichkeiten von mindestens 30 Mio DM, in die dritte solche mit Gesamtverbindlichkeiten von mindestens 3 Mio DM und in die letzte Reserveklasse alle übrigen Institute. Man sieht, daß sich diese Gruppierung an eine streng geometrische Reihe anlehnt und damit willkürliche Sprünge in der Einteilung vermeidet. Die starke Ausweitung der Grenzen für die einzelnen Klassen hat zur Folge, daß sich trotz der Einbeziehung der Spareinlagen in den Kreis der für die Abgrenzung maßgeblichen Verbindlichkeiten weniger Institute in den beiden nunmehr obersten Klassen (von insgesamt vier) befinden als vor dem in den drei obersten Klassen (von insgesamt sechs),

Tabelle 2:

Auswirkung der Neuabgrenzung der Reserveklassen auf die Zahl der Institute und den Umfang der reservspflichtigen Verbindlichkeiten in den einzelnen Reserveklassen nach dem Stande der reservspflichtigen Verbindlichkeiten*) von März 1959

Bisherige Abgrenzung				Neue Abgrenzung		
Reserveklasse	Zahl der Institute		Reservspflichtige Verbindlichkeiten Mio DM	Reserveklasse	Zahl der Institute	Reservspflichtige Verbindlichkeiten Mio DM
1	56	} 95	42 343,2	1	39	39 306,6
2	39		5 326,8			
3	324	} 601	15 776,7	2	341	23 851,3
4	277		5 700,6			
5	1 010	} 12 210	7 011,0	3	1 364	13 395,6
6	11 200		5 799,5			

*) Einschließlich reservspflichtige Verbindlichkeiten der Kreditinstitute der Bundespost.

zumindest wenn man vom Stande der mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten im März d. J. ausgeht — wie es in der vorstehenden Tabelle, auf der auch die folgenden Feststellungen basieren, geschehen ist.

Ein Teil der Institute ist durch die Neueinteilung also in die unteren Stufen der Reserveklassenpyramide gelangt. Hier wieder hat sich gegenüber der bisherigen Eingruppierung nun zwar insofern eine Änderung ergeben, als die nunmehr unterste Klasse (die Klasse 4) weniger Institute aufweist als die beiden bisherigen untersten Klassen, die, wie erwähnt, wegen der Gleichheit der Reservesätze faktisch eine Klasse bildeten. Für die Mindestreservebelastung ist dieser Tatbestand jedoch ohne Bedeutung, da der durchschnittliche Reservesatz selbst in der heutigen dritten Reserveklasse, in die ein Teil der früher in der fünften und sechsten Reserveklasse befindlichen Institute aufgerückt ist, wie noch gezeigt werden wird, niedriger ist als in der bisherigen effektiven Unterklasse (den früheren Reserveklassen 5 und 6). Man kann daher so gut wie mit Sicherheit sagen, daß durch die neue Reserveklasseneinteilung, trotz der Einbeziehung der Spareinlagen in die für die Eingruppierung maßgebenden Richtsummen, kein Institut mit höheren Mindestreserveverpflichtungen belastet wurde als es bisher zu erfüllen hatte.

Das neue Gefüge der Reservesätze

Das neue Gefüge der Reservesätze unterscheidet sich von dem bisherigen dadurch, daß

erstens — im Rahmen des „Wiederaufklappens des Reservesatz-Fächers“ zugunsten der kleineren Institute durch Einführung einer vierten effektiven Reserveklasse — eine neue Satzreihe eingeführt wurde, deren Sätze zum größten Teil unter den vergleichbaren Sätzen der bisherigen effektiven Unterklasse liegen, und daß

zweitens die Differenzierung zwischen den Sätzen für Bankplätze und Nebenplätze zum Teil verstärkt wurde.

Die zweite Maßnahme stellt zu einem erheblichen Teil ebenfalls eine Entlastung der kleineren Institute dar, da diese überwiegend an Nebenplätzen domizilieren und infolgedessen weitgehend in der Lage sein werden, die Mindestreserve nach den nunmehr für die Verbindlichkeiten an Nebenplätzen eingeführten niedrigeren Sätzen zu halten. In gewissem Umfang wird diese Maßnahme aber auch den größeren, ja sogar größten Instituten zugute kommen, da die Reservesätze für Nebenplätze sich auf alle an solchen Plätzen bestehenden Verbindlichkeiten, also auch auf Verbindlichkeiten von Filial-Kreditinstituten mit Sitz an einem Bankplatz

beziehen, soweit es sich hierbei um Verbindlichkeiten im Bereich einer Niederlassung an einem Nebenplatz handelt.

Der innere Grund für die Festsetzung niedrigerer Reservesätze für Verbindlichkeiten an Nebenplätzen liegt darin, daß Institute bzw. Zweigniederlassungen an Nebenplätzen für Verbindlichkeiten, deren eventueller Abzug nicht vorausgesehen werden kann, in der Regel eine höhere Barreserve unterhalten müssen als Institute bzw. Zweigniederlassungen an Bankplätzen, da es für sie in der Regel auch heute noch zeitraubender ist, sich im Bedarfsfall die benötigten Barmittel zu beschaffen. Diesem Tatbestand, der letzten Endes darauf hinausläuft, daß für Verbindlichkeiten an Nebenplätzen ohnehin in Form von Barmitteln eine höhere Quote an „Zentralbankgeld“ unterhalten werden muß, wird in der Mindestreserve-Regelung eines großen Teils der Länder, in denen die Zentralbanken über dieses wirksame Mittel der allgemeinen Geldpolitik verfügen, Rechnung getragen, und auch das westdeutsche Zentralbanksystem hat seine Mindestreservevorschriften schon in einem verhältnismäßig frühen Stadium (nämlich im Dezember 1948) dem unterschiedlichen Zwang zur Barreservehaltung angepaßt und die Reservesätze nach Bankplätzen und Nebenplätzen differenziert. Verschiedene Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß die in den letzten Jahren bestehende Abstufung von 2 Prozent bei den Reservesätzen für Sichtverbindlichkeiten in einem großen Teil der Fälle nicht ausreichte, um die Institute bzw. Zweigniederlassungen an Nebenplätzen voll für den Zwang zu einer stärkeren Kassenhaltung zu entschädigen, wengleich die Verhältnisse im einzelnen hier natürlich sehr unterschiedlich liegen. Um dem abzuwehren, ist verschiedentlich vorgeschlagen worden, den jeweiligen Kassenbestand der Institute auf die Mindestreserve anzurechnen, zumal damit eine genaue Abstimmung zwischen Mindestreserveverpflichtungen und Kassenhaltung möglich sei. Bei einer solchen Regelung würde jedoch — von anderen Einwänden abgesehen — die Kontrolle der Mindestreservehaltung sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden, besonders da das Reserve-Soll nicht starr, sondern nur im Tagesdurchschnitt des Monats erfüllt zu werden braucht, um die Mindestreserveguthaben für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und den Ausgleich der im Verlauf eines Monats auftretenden Liquiditätsschwankungen verfügbar zu machen; auch im Bundesbankgesetz ist daher von einer Anrechnung der Kassenreserven auf die Mindestreserve Abstand genommen worden.

Um gleichwohl den berechtigten Interessen der Kreditinstitute an Nebenplätzen (bzw. der Zweigniederlas-

sungen an Nebenplätzen) zu entsprechen, ist daher bei der kürzlichen Revision der Mindestreserveanforderungen das Prinzip der Differenzierung der Reservesätze nach Bankplätzen und Nebenplätzen weiter verfolgt und die Mindestreserve für Verbindlichkeiten an Nebenplätzen verringert worden. Zu diesem Zweck wurde einmal der Abstand zwischen den Reservesätzen für Sichtverbindlichkeiten (auf die sich bisher die regionale Differenzierung der Reservesätze beschränkt hatte) durch Senkung der Sätze für die Verbindlichkeiten an Nebenplätzen von bisher 2 auf 3 Prozent erweitert. Zum andern wurde aber auch der bisher einheitliche Satz für Spareinlagen nach Bankplätzen und Nebenplätzen abgestuft, indem der Reservesatz für Spareinlagen an Nebenplätzen um ein Prozent (d. h. von 6 auf 5 vH) ermäßigt wurde. Man trug dabei vor allem dem Umstand Rechnung, daß Spareinlagen nur bar ausgezahlt werden dürfen und deshalb zumindest insoweit durch eine angemessene Barreserve gedeckt sein müssen, als sie ohne vorherige Kündigung abgehoben werden können. Im Hinblick auf die relativ geringe Umschlagshäufigkeit der Spareinlagen erschien jedoch ein Abstand von 1 Prozent zwischen dem Satz für Bankplätze und dem für Nebenplätze ausreichend.

Einer strengen Systematik hätte es entsprochen, wenn dieser Abstand auf Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist beschränkt worden wäre, da die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist — ebenso wie die befristeten Verbindlichkeiten — nicht überraschend zurückgezogen werden können und deshalb keine Bereitschaftsreserve an Bargeld erfordern. Von einer so weitgehenden Verfeinerung wurde jedoch abgesehen, um das Reservesatzsystem nicht noch mehr zu verästelern. Praktisch wird sich dies wie eine weitere Begünstigung der Institute bzw. Zweigniederlassungen an Nebenplätzen auswirken, doch darf dieser Umstand nicht überschätzt werden, da der Anteil der Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist an den gesamten an Nebenplätzen unterhaltenen Spareinlagen relativ gering sein dürfte. Bei den befristeten Verbindlichkeiten wurde ebenso wie bisher an einheitlichen Reservesätzen für Bank- und Nebenplätze festgehalten. Die kleineren Institute sind jedoch hier insofern etwas besser gestellt, als die Reservesätze für befristete Verbindlichkeiten im Gegensatz zu denen für Spareinlagen nach Reserveklassen abgestuft sind, und der Satz für solche Verbindlichkeiten in der untersten Reserveklasse (der fast ausschließlich Institute an Nebenplätzen angehören) nach dem neuen Reservesatzgefüge nur 6 vH (gegen 9 vH in der obersten Reserveklasse und 7 vH in der bisherigen untersten Klasse) beträgt.

Die Auswirkungen der Neuregelung

Was die Auswirkungen der Neuregelung anlangt, so wird sie — ihrem Hauptzweck entsprechend — die kleineren Institute (vor allem soweit sie an Nebenplätzen domizilieren) spürbar entlasten, im allgemeinen aber das bisherige Mindestreserve-Soll nicht wesentlich vermindern, wozu kreditpolitisch ja auch kein Anlaß bestanden hätte. Einen Überblick über die quantitativen Veränderungen, die sich im Mindestreserve-Soll voraussichtlich ergeben werden, bietet die folgende Tabelle, wobei freilich betont werden muß, daß es sich dabei nur um ungefähre Größenordnungen handeln kann, weil den Berechnungen, wie bereits in anderem Zusammenhang erwähnt, der Stand der reservspflichtigen Verbindlichkeiten im März d. J. zugrundegelegt wurde und Umfang und Verteilung dieser Verbindlichkeiten sich natürlich ständig im Fluß befinden.

Tabelle 3:
Reserve-Soll nach den bisherigen
und nach den neuen Mindestreserveanforderungen
unter Zugrundelegung des Standes der reservpflichtigen
Verbindlichkeiten *) von März 1959

Verbindlichkeiten	Reserve-Soll			
	bisher	jetzt	Ermäßigung	
	Mio DM	Mio DM	Mio DM	vH der Gesamt-ermäßigung
I. Arten				
1) Sichtverbindlichkeiten	3 038,4	2 923,2	115,2	38,4
davon an				
a) Bankplätzen	(2 523,5)	(2 483,8)	(39,7)	(13,2)
b) Nebenplätzen	(514,9)	(439,4)	(75,5)	(25,2)
2) befristete Verbindlichkeiten	1 598,2	1 556,1	42,1	14,0
davon an				
a) Bankplätzen	(1 512,3)	(1 472,8)	(39,5)	(13,1)
b) Nebenplätzen	(85,9)	(83,3)	(2,6)	(0,9)
3) Spareinlagen	2 317,8	2 174,8	143,0	47,6
davon an				
a) Bankplätzen	(1 460,0)	(1 460,0)	(—)	(—)
b) Nebenplätzen	(857,8)	(714,8)	(143,0)	(47,6)
II. Regionale Gliederung				
1) an Bankplätzen	5 495,8	5 416,6	79,2	26,4
2) an Nebenplätzen	1 458,6	1 237,5	221,1	73,6
Insgesamt	6 954,4	6 654,1	300,3	100,0

*) Einschließlich reservpflichtige Verbindlichkeiten der Kreditinstitute der Bundespost.

Die Gesamtermäßigung des Reserve-Solls dürfte sich danach auf ungefähr 300 Mio DM oder reichlich 4 vH stellen. Davon werden etwa 220 Mio DM auf die Reserveverpflichtungen für Verbindlichkeiten an Nebenplätzen und rd. 80 Mio DM auf das Soll für Verbindlichkeiten an Bankplätzen entfallen. Das Schwergewicht der Senkung wird dabei eindeutig bei den Reservever-

pflichtungen für Spareinlagen an Nebenplätzen liegen, denn diese dürften — ceteris paribus — um über 140 Mio DM geringer werden.

In Prozenten der reservspflichtigen Verbindlichkeiten ausgedrückt, wird sich das Reserve-Soll unter dem Einfluß der Neuregelung von 8,49 vH auf 8,12 vH ermäßigen, vorausgesetzt, daß sich die Gliederung der Verbindlichkeiten im Vergleich zum Stande von März d. J. nicht wesentlich geändert hat. Wie sich dabei der durchschnittliche Satz in den einzelnen Reserveklassen verändern dürfte, zeigt die Tabelle 4, aus der gleichzeitig die absoluten und die relativen Verschiebungen zu ersehen sind, die sich auf Grund der Neuregelung in der Verteilung der reservspflichtigen Verbindlichkeiten und des Reserve-Solls auf die einzelnen Reserveklassen ergeben werden.

Wie schon angedeutet, wird die Neuregelung in allen Reserveklassen auf eine Herabdrückung der bisherigen Durchschnittssätze hinwirken, wobei eine stärkere Ermäßigung — den allgemeinen Zielsetzungen bzw. Beschränkungen der Reform entsprechend — allerdings nur in den untersten Stufen eintreten dürfte.

Tabelle 4:
Die Mindestreserveverpflichtungen
der einzelnen Reserveklassen nach der bisherigen
und nach der neuen Mindestreserveregelung
jeweils unter Zugrundelegung des Standes der reservpflichtigen
Verbindlichkeiten *) von März 1959

Reserve- klasse	Reservspflichtige Verbindlichkeiten		Reserve-Soll		Durch- schnitt- licher Reserve- satz vH
	Mio DM	vH der Gesamt- summe	Mio DM	vH der Gesamt- summe	
a) Bisherige Regelung					
1	42 343,2	51,7	3 952,8	56,8	9,34
2	5 326,8	6,5	457,6	6,6	8,59
3	15 776,7	19,2	1 226,8	17,7	7,78
4	5 700,6	7,0	426,2	6,1	7,48
5	7 011,0	8,5	495,6	7,1	7,07
6	5 799,5	7,1	395,5	5,7	6,82
Insgesamt	81 957,8	100,0	6 954,5	100,0	8,49
b) Neuregelung					
1	39 306,6	48,0	3 608,3	51,2	9,18
2	23 851,3	29,1	1 845,6	27,7	7,74
3	13 395,6	16,3	891,6	13,4	6,66
4	5 404,3	6,6	308,6	4,7	5,71
Insgesamt	81 957,8	100,0	6 654,1	100,0	8,12
*) Einschließlich reservpflichtige Verbindlichkeiten der Kreditinstitute der Bundespost.					

Statistischer Teil

I. Bankenstatistische Gesamtrechnungen	
1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank	62
2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute	64
3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	66
II. Deutsche Bundesbank	
A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
1. Bargeldumlauf	67
2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	67
3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute	68
4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten	68
5. Mindestreservenstatistik	69
B. Ausweis der Deutschen Bundesbank	70
III. Kreditinstitute	
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
1. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite	72
2. Teilzahlungskredite	78
3. Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen	78
4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften	79
5. Girale Verfügungen von Nichtbanken	79
6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken	79
7. Einlagen von Nichtbanken	80
8. Umsätze im Sparverkehr	82
9. Kurzfristige Kredite und Einlagen nach der halbmonatlichen Bankenstatistik	83
B. Zwischenbilanzen	
1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute	84
2. Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen	96
IV. Zinssätze	
1. Zinssätze der Deutschen Bundesbank	97
2. Die in den einzelnen Ländern geltenden Soll- und Habenzinsen	98
3. Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform	100
4. Geldmarktsätze in Frankfurt (Main) nach Monaten	100
5. Tagesgeldsätze in Frankfurt (Main) nach Bankwochen	100
V. Kapitalmarkt	
1. Auflegung und Absatz von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	101
2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	102
3. Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren	103
4. Absatz und Umlauf von Aktien	104
5. Umlauf der Wertpapiere aus dem Altgeschäft und der Altsparerwertpapiere	104
6. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse	104
7. Absatz von Industrie-Obligations und Aktien	105
8. Zinssätze und Emissionskurse	105
9. Wertpapier-Absatz nach Käufergruppen	106
10. Investment-Gesellschaften	106
11. Durchschnittskurse und -Renditen festverzinslicher DM-Wertpapiere	108
12. Index der Aktienkurse	108
13. Index der Börsenumsätze	108
14. Bausparkassen	109
15. Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	110
VI. Öffentliche Finanzen	
1. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	111
2. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	112
3. Umlauf an öffentlichen Anleihen, verzinslichen Schatzanweisungen und Kassenobligationen	112
4. Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren	113
5. Die Verschuldung des Bundes	114
6. Die Verschuldung der Länder	114
7. Ausgleichsforderungen	115
VII. Außenwirtschaft	
1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern	116
2. Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	118
3. Goldbestand und Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank	118
4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland	119
5. Bilaterale Forderungen der Bundesrepublik Deutschland aus früheren Krediten an die EZU	119
VIII. Produktion und Märkte	
1. Index der industriellen Produktion	120
2. Auftragsengang und Umsatz bei der Industrie	120
3. Arbeitsmarkt	121
4. Angaben über Steinkohlenbergbau, Stahlindustrie und Bauwirtschaft	121
5. Einzelhandelsumsätze	121
6. Großhandels- und Erzeugerpreise	122
7. Verbraucherpreise und Löhne	122
8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts	123
9. Masseneinkommen	123
IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	124
X. Zinssätze im Ausland	
1. Diskontsätze	126
2. Geldmarktsätze	126

Zeit	Bargeld- umlauf	Mittelzuflüsse (+) bzw. -abflüsse (-) bei den Kreditinstituten									
		Zentralbankeinlagen von Nichtbanken ^{2)*)}						Zentralbankkredite (ohne Ankauf bzw. Verkauf von Geldmarkttiteln)			
		insgesamt	öffentliche Stellen		Gegenwert- mittel	Dienst- stellen der ehem. Besatzungs- mächte	sonstige Einleger	insgesamt	Nicht- banken	Kredit- anstalt für Wieder- aufbau ³⁾	
insgesamt	Bund (ohne Sonder- vermögen), Länder und Lasten- ausgleichs- behörden ¹⁾	sonstige öffentliche Stellen ²⁾									
nach Jahren											
Gesamtveränderung											
1951	-1 299	+ 267	-	- 175	+ 175	+ 32	- 224	+ 459	- 524	- 609	+ 85
1952	-1 557	+ 346	- 351	- 366	+ 15	+ 447	+ 243	+ 7	- 287	- 102	+ 185
1953	-1 165	-1 143	-1 629	-1 435	- 194	+ 353	+ 112	+ 21	- 77	- 11	- 66
1954	- 861	-1 710	-1 734	-1 707	- 27	+ 30	+ 115	+ 61	+ 19	+ 26	+ 7
1955	-1 346	-1 964	-2 231	-2 049	- 182	+ 62	+ 135	+ 70	+ 92	+ 148	+ 36
1956	- 948	-1 796	-1 919	-1 855	- 64	+ 59	+ 122	+ 58	+ 203	+ 110	+ 93
1957	-1 682	- 471	- 310	- 216	- 94	+ 24	+ 3	+ 188	- 175	+ 195	+ 20
1958	-1 585	-1 913	-1 964	-2 059	+ 95	- 193	+ 193	+ 51	- 65	- 2	- 63
Veränderung im Monatsdurchschnitt											
1951	- 108	+ 22	-	- 14	+ 14	+ 3	- 19	+ 98	- 44	- 51	+ 7
1952	- 130	+ 29	- 29	- 31	+ 12	+ 37	+ 20	+ 1	- 24	- 9	+ 15
1953	- 97	+ 85	- 135	- 119	+ 16	+ 29	+ 9	+ 2	- 7	- 1	+ 6
1954	- 72	+ 142	- 144	- 142	+ 2	+ 3	+ 10	-	- 2	- 3	+ 0
1955	- 112	+ 164	- 186	- 171	+ 15	+ 5	+ 11	+ 5	+ 8	+ 13	+ 4
1956	- 79	+ 150	- 160	- 154	+ 6	+ 5	+ 10	- 5	+ 17	+ 9	+ 8
1957	- 140	+ 39	- 26	- 18	+ 8	+ 2	+ 0	+ 15	- 15	- 16	+ 1
1958	- 132	+ 160	- 164	- 172	+ 8	- 16	+ 16	+ 4	- 5	- 0	+ 1
nach Vierteljahren											
Gesamtveränderung											
1956 1. Vi.	- 462	+ 917	- 958	-1 122	+ 164	+ 42	+ 21	- 22	- 292	- 242	- 90
2. "	- 88	+ 555	- 609	- 670	+ 61	+ 31	+ 68	+ 17	- 19	- 11	- 8
3. "	- 232	+ 454	- 525	- 461	+ 64	+ 47	+ 10	+ 14	+ 18	+ 40	- 22
4. "	- 166	+ 131	+ 173	+ 398	- 225	+ 1	+ 22	- 65	+ 89	+ 102	- 13
1957 1. Vi.	- 145	+ 670	- 687	- 764	+ 77	+ 26	- 73	+ 64	- 138	- 124	- 14
2. "	- 792	+ 306	- 209	- 222	+ 13	+ 27	- 142	+ 18	+ 5	+ 12	- 7
3. "	- 509	+ 139	+ 488	+ 549	+ 61	+ 107	- 142	+ 100	+ 53	+ 72	+ 19
4. "	- 237	+ 367	+ 97	+ 220	- 123	+ 79	+ 361	- 170	+ 11	- 13	+ 24
1958 1. Vi.	- 509	+ 430	- 399	- 594	+ 195	- 131	+ 126	- 26	- 82	- 40	- 42
2. "	- 326	+ 619	- 615	- 544	+ 71	- 27	+ 44	- 21	+ 8	+ 4	- 12
3. "	- 324	+ 461	- 405	- 436	+ 31	- 124	+ 28	+ 40	- 4	+ 22	+ 18
4. "	- 426	+ 403	- 545	- 485	- 60	+ 89	+ 4	+ 57	+ 29	+ 56	+ 27
1959 1. Vi.	- 263	+ 802	- 624	- 508	+ 116	- 224	-	-	+ 67	- 82	+ 15
2. "	- 298	+ 101	- 5	- 160	+ 155	- 195	-	+ 99	+ 1	+ 20	+ 19
Veränderung im Monatsdurchschnitt											
1956 1. Vi.	- 154	+ 305	- 319	- 374	+ 55	+ 14	+ 7	- 7	- 97	- 81	- 16
2. "	- 29	+ 185	- 203	- 224	+ 21	+ 11	+ 23	+ 6	+ 6	+ 3	- 3
3. "	- 78	+ 151	- 175	- 153	+ 22	+ 16	+ 4	+ 4	+ 6	+ 13	- 7
4. "	- 55	+ 43	+ 58	+ 133	- 75	+ 0	+ 7	- 22	+ 30	+ 34	- 4
1957 1. Vi.	- 48	+ 223	- 229	- 254	+ 25	+ 9	+ 24	+ 21	+ 46	- 41	- 5
2. "	- 264	+ 102	- 70	- 74	+ 4	+ 9	- 47	+ 6	+ 2	+ 4	- 2
3. "	- 170	+ 46	+ 163	+ 183	+ 20	+ 36	- 47	+ 34	+ 18	+ 24	+ 6
4. "	- 79	+ 122	+ 32	+ 73	- 41	+ 27	+ 120	- 57	+ 4	+ 4	+ 8
1958 1. Vi.	- 170	+ 143	- 133	- 198	+ 65	- 44	+ 42	- 8	- 27	- 13	- 14
2. "	- 109	+ 206	- 205	- 181	+ 24	- 9	+ 15	- 7	- 3	+ 1	- 4
3. "	- 108	+ 154	- 135	- 145	+ 10	- 41	+ 9	+ 13	+ 1	+ 7	+ 6
4. "	- 142	+ 134	- 182	- 162	- 20	+ 30	-	+ 19	+ 9	+ 18	+ 9
1959 1. Vi.	- 88	+ 267	- 208	- 169	+ 39	- 74	-	+ 15	+ 22	+ 27	+ 5
2. "	- 99	+ 34	- 2	- 54	+ 52	- 65	-	+ 33	+ 0	+ 6	+ 6
nach Monaten											
Gesamtveränderung											
1957 Jan.	+ 362	- 190	- 260	- 575	+ 315	+ 21	+ 11	+ 80	- 154	- 136	- 18
Febr.	- 424	- 253	- 304	- 160	+ 144	+ 47	+ 12	+ 8	+ 50	+ 56	+ 6
März	- 83	- 227	- 123	- 29	- 94	- 0	+ 96	- 8	- 33	+ 43	+ 10
April	- 528	+ 71	+ 13	+ 11	+ 2	+ 7	+ 74	+ 23	+ 43	+ 29	+ 14
Mai	- 152	+ 67	+ 121	- 87	+ 34	+ 7	+ 23	+ 24	+ 25	+ 24	+ 1
Juni	- 112	+ 310	- 102	- 146	+ 44	+ 13	- 239	+ 18	- 63	+ 40	- 23
Juli	- 118	+ 533	+ 612	+ 688	+ 76	- 27	- 73	+ 21	+ 37	+ 34	+ 3
Aug.	- 159	+ 569	+ 832	+ 376	+ 256	-	+ 62	- 120	+ 9	+ 15	+ 6
Sept. O)	- 232	+ 963	- 756	- 515	+ 241	- 75	- 131	- 1	+ 99	- 121	+ 22
Okt.	- 156	+ 212	+ 7	+ 1	+ 6	+ 69	+ 302	- 166	+ 19	+ 8	- 27
Nov.	- 342	+ 512	+ 525	+ 387	+ 138	+ 16	+ 67	- 96	+ 35	+ 41	+ 6
Dez.	+ 262	- 358	- 433	- 167	- 266	+ 7	- 9	+ 91	- 6	+ 62	+ 56
1958 Jan.	+ 76	- 175	- 230	- 390	+ 160	- 22	+ 70	+ 7	- 82	- 25	- 57
Febr.	- 477	+ 34	+ 51	- 14	+ 65	- 28	+ 76	+ 19	+ 30	+ 3	+ 27
März	- 109	- 221	- 220	- 190	- 30	- 81	+ 132	- 52	- 31	+ 18	- 13
April	- 115	+ 639	+ 523	+ 320	+ 203	+ 51	+ 22	+ 43	+ 6	+ 18	- 12
Mai	+ 24	+ 266	+ 248	- 90	- 158	+ 42	+ 38	+ 98	+ 26	+ 26	- 0
Juni	- 236	- 992	- 889	- 773	- 116	- 121	+ 16	+ 34	+ 11	+ 12	+ 1
Juli	- 150	+ 351	+ 362	+ 275	+ 87	- 96	+ 21	+ 64	+ 12	+ 0	+ 12
Aug.	- 102	+ 54	+ 24	+ 87	+ 111	+ 12	+ 9	+ 33	+ 17	+ 25	+ 8
Sept.	- 73	- 758	- 743	- 797	+ 54	- 39	+ 15	+ 9	+ 1	+ 3	- 2
Okt.	- 189	+ 228	+ 162	+ 44	+ 118	+ 33	- 15	+ 48	- 17	- 2	+ 15
Nov.	- 532	+ 146	+ 138	- 60	- 78	+ 21	- 3	+ 26	+ 19	+ 74	- 5
Dez.	+ 296	- 485	- 568	- 468	- 100	+ 35	+ 14	+ 34	+ 65	+ 12	+ 7
1959 Jan.	+ 486	- 671	- 425	- 785	+ 360	- 251	-	+ 5	- 68	- 64	- 4
Febr.	- 413	- 250	- 310	- 220	- 90	+ 32	-	+ 28	- 1	+ 16	+ 15
März	- 336	+ 119	+ 496	+ 496	- 386	+ 5	-	+ 14	+ 2	+ 2	+ 4
April	- 228	+ 889	+ 859	+ 403	+ 456	+ 34	-	+ 64	+ 96	+ 89	+ 7
Mai	+ 9	+ 942	+ 995	+ 519	+ 476	+ 37	-	+ 16	+ 130	+ 147	+ 17
Juni	- 79	- 48	+ 131	- 44	+ 175	- 198	-	+ 19	- 225	- 216	- 9

O) Infolge der Verschmelzung der Berliner Zentralbank mit der Deutschen Bundesbank im September 1957 wurden bei der Aufstellung der vorliegenden Tabelle gegenüber bei der Deutschen Bundesbank (bzw. früheren Bank deutscher Länder) aufgenommenen Krediten und ihren dort unterhaltenen Einlagen eingerechnet wurde (und zwar unter einschlägigen Daten der vorliegenden Übersicht im einzelnen zu berücksichtigen. Die Angaben ab September 1957 sind mit den früheren Terminen nicht ganz vergleichbar; Devisenankäufe bzw. -verkäufe, „Sonstige Faktoren“ und — ab Januar 1959 — „Zentralbankeinlagen von Nichtbanken“ revidiert; sie sind daher mit den vor Mai 1959 scher Länder und Landeszentralbanken; wegen Berliner Zentralbank vgl. O). — 1) Die Veränderungen der betreffenden Positionen sind hier nur insoweit berücksichtigt, als im Ausweis der Deutschen Bundesbank (bzw. Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken). Die Vorzeichen geben an, ob die Veränderung die Münzgutschritten und durch Auslandszahlungen bedingten Veränderungen der Guthaben des Bundes. — 2) Vorfinanzierungskredite im Rahmen einer festen Kredit-Geldmarktanlagen im Ausland sowie Kredite an internationale Einrichtungen und Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken (bis Juni 1958; sonstige Forderungsausländische Einleger) und Exportakkreditive. — 3) Hauptsächlich schwebende Verrechnungen in den Zentralbankpositionen der Kreditinstitute, die nicht eindeutig den schließlich der Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, da sie sich seit der Einführung der fakultativen zentralen Mindestreserve für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. dazu Anmerkung 2).

3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen

Mio DM

Monats- ende	Bargeld- umlauf ohne Kassen- bestände der Kredit- institute ¹⁾	Einlagen inländischer Nichtbanken											Einlagen ausländischer Einleger ²⁾				
		ins- gesamt	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken						Termineinlagen inländischer Nichtbanken ³⁾				Spar- ein- lagen	ins- gesamt	aus- ländische Nicht- banken ⁴⁾	aus- ländische Kredit- institute ⁵⁾	
			ins- gesamt	inländische Wirtschaftsunternehmen und Private		inländische öffentliche Stellen		Einlagen der Dienst- stellen ehemaliger Besatzungs- mächte ⁶⁾	ins- gesamt ⁷⁾	mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit ⁸⁾							
				ins- gesamt	bei den Kredit- instituten (ohne Deutsche Bundesbank)	bei der Deut- schen Bundes- bank ³⁾	ins- gesamt			bei den Kredit- instituten (ohne Deutsche Bundesbank)	bei der Deut- schen Bundes- bank ³⁾	bis unter 6 Mo- naten					von 6 Mo- naten und mehr
1951 Dez.	9 309	24 854	14 032	9 916	9 644	272	3 119	1 704	1 415	997	5 764	.	.	5 058	559	364	195
1952 -	10 804	30 731	15 207	10 512	10 247	265	3 942	1 829	2 113	753	7 973	.	.	7 551	786	486	300
1953 -	11 955	39 191	17 486	11 443	11 198	245	5 404	1 849	3 555	639	10 183	5 125	5 058	11 522	1 057	584	473
1954 -	12 751	48 681	21 404	13 719	13 414	305	7 162	2 077	5 085	523	10 072	4 065	6 007	17 205	1 243	566	677
1955 -	14 041	55 407	23 928	15 109	14 867	242	8 554	2 330	6 224	265	10 125	4 363	5 762	21 354	1 352	622	730
1956 -	14 875	62 435	26 208	16 404	16 110	294	9 660	2 608	7 052	144	11 975	5 592	6 383	24 252	1 932	734	1 198
1957 -	16 461	70 783	25 936	18 656	18 316	340	7 139	2 690	4 449	141	15 498	7 197	8 301	29 349	2 495	915	1 580
1958 -	17 940	81 485	28 909	21 738	21 402	336	7 124	2 900	4 224	47	16 511	6 716	9 795	36 065	2 779	1 076	1 703
1955 März	12 839	50 211	20 745	12 759	12 220	539	7 476	2 079	5 397	510	10 828	.	.	18 638	1 111	552	559
1955 Juni	13 159	50 364	19 874	13 195	12 983	212	6 319	2 036	4 283	360	10 973	.	.	19 517	1 157	579	578
1955 Sept.	13 755	51 311	20 950	13 494	13 268	226	7 163	1 985	5 178	293	10 681	.	.	20 280	1 310	609	701
1955 Dez.	14 041	55 407	23 928	15 109	14 867	242	8 554	2 330	6 224	265	10 125	4 363	5 762	21 354	1 352	622	730
1956 März	14 515	55 647	23 304	13 637	13 379	258	9 423	2 251	7 172	244	9 769	.	.	22 574	1 312	621	691
1956 Juni	14 574	57 478	24 260	14 288	14 048	240	9 795	2 142	7 653	177	10 082	.	.	23 136	1 591	674	917
1956 Sept.	14 802	59 313	24 752	14 524	14 297	227	10 062	2 134	7 928	166	11 304	.	.	23 257	1 824	759	1 065
1956 Dez.	14 875	62 435	26 208	16 404	16 110	294	9 660	2 608	7 052	144	11 975	5 592	6 383	24 252	1 932	734	1 198
1957 Jan.	14 484	62 421	24 403	14 940	14 725	215	9 330	2 122	7 208	133	13 141	.	.	24 877	1 832	748	1 084
1957 Febr.	14 931	63 089	24 406	14 834	14 612	222	9 452	2 158	7 294	120	13 386	.	.	25 297	1 945	765	1 180
1957 März	15 067	63 525	24 313	14 836	14 608	228	9 260	2 348	6 912	217	13 487	6 564	6 923	25 725	1 915	756	1 159
1957 April	15 513	63 951	24 792	15 808	15 555	253	8 841	2 188	6 653	143	13 148	6 174	6 974	26 011	2 022	792	1 230
1957 Mai	15 720	64 813	24 695	15 813	15 584	229	8 762	2 138	6 624	120	13 809	6 536	7 273	26 309	2 061	807	1 254
1957 Juni	15 825	65 115	24 731	15 688	15 476	212	8 684	2 328	6 356	359	13 849	6 452	7 397	26 535	2 085	829	1 256
1957 Juli	15 811	65 320	24 485	16 454	16 249	205	7 599	2 055	5 544	432	14 177	6 635	7 542	26 658	2 284	820	1 464
1957 Aug.	16 117	66 077	24 049	16 846	16 536	310	6 833	2 146	4 687	370	15 009	7 311	7 698	27 019	2 652	861	1 791
1957 Sept.	16 300	67 647	25 069	17 062	16 752	310	7 506	2 279	5 227	501	15 199	7 219	7 980	27 379	2 687	891	1 796
1957 Okt.	16 464	67 977	24 595	17 284	16 802	482	7 112	2 069	5 043	199	15 552	7 551	8 001	27 830	2 430	893	1 537
1957 Nov.	16 801	68 071	24 075	17 349	16 955	394	6 594	2 325	4 269	132	15 854	7 629	8 225	28 142	2 329	891	1 438
1957 Dez.	16 461	70 783	25 936	18 656	18 316	340	7 139	2 690	4 449	141	15 498	7 197	8 301	29 349	2 495	915	1 580
1958 Jan.	16 467	70 633	24 024	17 257	16 813	444	6 696	2 255	4 441	71	16 474	7 660	8 814	30 135	2 437	924	1 513
1958 Febr.	16 960	71 101	23 630	17 173	16 774	399	6 311	2 403	3 908	146	16 721	7 652	9 069	30 750	2 562	916	1 646
1958 März	16 950	71 828	24 190	17 561	17 202	359	6 515	2 618	3 897	114	16 370	7 220	9 150	31 268	2 716	941	1 775
1958 April	17 066	71 999	23 869	18 116	17 830	286	5 661	2 321	3 340	92	16 402	7 009	9 393	31 728	2 847	964	1 883
1958 Mai	17 093	73 612	24 613	18 426	18 044	382	6 132	2 379	3 753	55	16 876	7 087	9 789	32 123	2 857	971	1 886
1958 Juni	17 239	74 689	25 694	18 704	18 356	348	6 919	2 445	4 474	71	16 425	6 637	9 788	32 570	2 673	1 014	1 659
1958 Juli	17 309	74 969	24 962	18 768	18 484	284	6 145	2 257	3 888	49	16 966	6 929	10 037	33 041	2 862	1 067	1 795
1958 Aug.	17 565	75 863	25 263	19 150	18 833	317	6 055	2 391	3 664	58	17 097	7 180	9 917	33 503	2 760	1 036	1 724
1958 Sept.	17 584	77 264	26 269	19 518	19 209	309	6 708	2 510	4 198	43	16 989	7 022	9 967	34 006	2 748	1 049	1 699
1958 Okt.	17 824	77 876	25 999	19 755	19 470	285	6 186	2 265	3 921	58	17 259	7 310	9 949	34 618	2 730	1 014	1 716
1958 Nov.	18 320	78 944	26 868	20 335	19 994	341	6 472	2 565	3 907	61	17 178	7 267	9 911	34 898	2 762	1 006	1 756
1958 Dez.	17 940	81 485	28 909	21 738	21 402	336 ³⁾	7 124	2 900	4 224	47	16 511	6 716	9 795	36 065	2 779	1 076	1 703
1959 Jan.	17 564	81 418	27 073	20 138	19 947	191	6 935	2 459	4 476	— ⁴⁾	17 321	7 271	10 050	37 024	2 681	1 392	1 289
1959 Febr.	17 983	82 233	27 219	20 295	20 100	195	6 924	2 613	4 311	—	17 215	7 281	9 934	37 799	2 706	1 386	1 320
1959 März	18 027	81 179	26 260	21 110	20 893	217	5 150	2 863	2 287	—	16 630	6 499	10 131	38 289	2 651	1 380	1 271
1959 April	18 535	81 231	25 317	21 654	21 469	185	3 663	2 591	1 072	—	16 968	6 582	10 386	38 946	2 804	1 379	1 425
1959 Mai	18 447	83 642	26 946	22 130	21 927	203	4 816	2 766	2 050	—	17 278	6 772	10 506	39 418	2 886	1 386	1 500
1959 Juni ^{P)}	18 433	83 791	27 188	22 590	22 368	222	4 598	2 681	1 917	—	16 662	—	—	39 941	3 182	1 584	1 598

¹⁾ Einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — ²⁾ Bis Ende 1958 einschließlich der — nur relativ geringen — Einlagen von ausländischen Wirtschaftsunternehmen und Privaten bei der Bundesbank (vgl. Anm. ³⁾); bis Ende 1951 einschließlich Asservatenkonto Einfuhrbewilligung (Bardepots). — ³⁾ Einschließlich der — bis August 1957 — vorübergehend in Ausgleichsforderungen angelegten öffentlichen Zentralbankeinlagen, jedoch ohne die bei der Bundesbank unterhaltenen Gegenwertmittel (vgl. Tabelle II, A 4). — ⁴⁾ Ab Januar 1959 den Auslandspassiva zugeordnet. — ⁵⁾ Aufgliederung nach Inhabern s. Tabelle I, 1. — ⁶⁾ Bis Ende 1958 ohne die Einlagen von ausländischen Wirtschaftsunternehmen und Privaten bei der Bundesbank sowie ohne die von den Dienststellen der ehemaligen Besatzungsmächte bei der Bundesbank unterhaltenen Guthaben (vgl. Anm. ²⁾ und ⁴⁾). — ⁷⁾ Ohne Einlagen ausländischer Banken bei der Bundesbank. — ⁸⁾ Aufgliederung bis März 1957 durch Schätzungen ermittelt. — ^{P)} Vorläufig.

3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute

Mio DM

Zeit	Kreditinstitute (ohne KfW)				Kreditanstalt für Wiederaufbau		
	insgesamt ¹⁾	Wechselkredite ¹⁾	Lombardkredite	vorübergehend angekaufte Ausgleichsforderungen ²⁾	insgesamt	Kassenkredite	Wertpapiere
1950 Dez.	5 201.9	4 235.4	360.6	605.9	368.7	368.7	—
1951 -	5 717.5	4 757.2	390.8	669.5	454.0	454.0	—
1952 -	4 128.4	3 389.0	233.5	485.9	468.4	268.5	199.9
1953 -	3 351.1	2 739.1	245.2	366.8	225.6	202.6	23.0
1954 -	3 339.0	2 837.7	265.1	236.2	207.3	195.2	12.1
1955 -	4 683.0	4 130.9	340.5	211.6	145.0	139.5	5.5
1956 -	3 127.1	2 723.7	220.7	182.7	58.6	46.6	12.0
1957 -	1 676.6	1 463.0	52.8	160.8	67.8	66.8	1.0
1958 -	960.3	769.6	63.9	126.8	3.8	3.8	—
1957 März	2 278.7	2 037.4	62.0	179.3	46.6	32.5	14.1
April	2 136.4	1 913.6	44.6	178.2	61.6	46.5	15.1
Mai	2 271.3	2 051.4	45.2	174.7	62.7	47.6	15.1
Juni	3 115.9	2 844.4	96.8	174.7	34.9	25.1	9.8
Juli	2 146.0	1 940.9	31.0	174.1	29.0	27.6	1.4
Aug.	1 435.5	1 241.7	29.7	164.1	21.8	21.4	0.4
Sept.	1 645.6	1 438.2	43.4	164.0	43.6	43.2	0.4
Okt.	1 223.3	1 021.2	39.0	163.1	16.9	16.5	0.4
Nov.	1 121.6	923.3	35.8	162.5	10.7	10.3	0.4
Dez.	1 676.6	1 463.0	52.8	160.8	67.8	66.8	1.0
1958 Jan.	1 328.3	1 139.6	28.9	159.8	10.2	10.2	—
Febr.	1 257.9	1 016.1	82.2	159.6	37.9	37.9	—
März	1 509.2	1 324.7	30.0	154.5	25.1	25.1	—
April	1 451.2	1 242.4	56.5	152.3	12.8	12.8	—
Mai	1 144.4	965.7	33.5	151.2	13.2	13.2	—
Juni	1 594.7	1 397.9	46.5	150.3	12.4	12.4	—
Juli	086.5	914.3	23.0	149.2	24.6	24.6	—
Aug.	1 110.8	941.8	20.8	148.2	33.0	33.0	—
Sept.	865.7	701.2	22.4	142.1	30.9	30.9	—
Okt.	708.1	543.8	24.3	140.0	16.2	16.2	—
Nov.	969.9	805.2	25.8	138.9	10.8	10.8	—
Dez.	960.3	769.6	63.9	126.8	3.8	3.8	—
1959 Jan.	990.6	860.7	23.7	106.2	0.2	0.2	—
Febr.	820.2	635.4	78.7	106.1	15.1	15.1	—
März	701.0	563.9	31.0	106.1	19.4	19.4	—
April	769.3	634.4	29.0	105.9	26.4	26.4	—
Mai	915.0	785.7	23.4	105.9	9.6	9.6	—
Juni	812.8	677.3	31.7	103.8	0.3	0.3	—

¹⁾ Einschließlich angekaufter Auslandswechsel und Exporttratten, aber ohne auf dem offenen Markt angekaufte Geldmarkttitel. — ²⁾ Mit Rückkaufverpflichtung der Kreditinstitute.

4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten

Mio DM

Zeit	Nichtbanken							Kreditinstitute ^{1) 2)}
	insgesamt		öffentliche Stellen		Gegenwertmittel ³⁾	Dienststellen der ehem. Besatzungsmächte ⁴⁾	sonstige Einleger ⁵⁾	
	mit zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten(n) Beträgen ⁴⁾	ohne	Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden ⁶⁾	sonstige öffentliche Stellen ⁶⁾				
1950 Dez.	3 693.3	3 446.0	594.3	396.7	965.0	907.6	829.7	1 887.7
1951 -	3 997.3	2 990.0	1 191.8	223.0	1 312.8	997.3	272.4	2 675.0
1952 -	3 957.8	2 194.1	1 906.1	207.2	825.9	753.4	265.2	3 292.6
1953 -	4 935.3	1 704.2	3 181.4	373.2	496.7	639.3	244.7	3 286.9
1954 -	6 266.5	1 529.9	4 684.7	400.6	352.8	523.4	305.0	4 005.9
1955 -	7 003.5	3 420.7	5 940.7	274.3	272.2	265.5	241.8	4 502.2
1956 -	7 682.3	4 459.3	6 711.8	339.8	192.5	143.8	294.4	5 258.5
1957 -	5 097.3	4 459.3	4 017.1	431.4	167.8	140.6	340.4	7 108.9
1958 -	4 968.2	—	3 614.0	610.3	361.2	46.8	335.9	8 243.1
1957 März	7 531.1	5 373.8	6 643.2	269.1	174.1	216.5	228.2	4 167.2
April	7 224.2	5 461.7	6 385.2	267.9	174.9	142.9	255.3	3 968.6
Mai	7 140.5	5 815.2	6 323.3	300.3	167.1	120.2	229.6	4 363.8
Juni	7 079.2	5 628.9	6 099.7	256.0	152.1	358.9	212.5	5 278.6
Juli	6 362.9	6 072.9	5 212.4	331.8	181.5	432.0	205.2	4 952.2
Aug.	5 539.7	—	4 614.2	73.1	172.1	370.4	309.9	4 857.1
Sept.	6 285.6	—	4 912.8	314.6	246.5	501.4	310.3	5 622.6
Okt.	5 901.4	—	4 739.9	302.9	177.5	199.3	481.8	5 340.9
Nov.	4 956.7	—	4 104.3	164.9	161.0	132.0	394.5	5 397.0
Dez.	5 097.3	—	4 017.1	431.4	167.8	140.6	340.4	7 108.9
1958 Jan.	5 146.3	—	4 170.3	271.0	190.2	70.8	444.0	5 453.4
Febr.	4 671.3	—	3 702.2	205.8	218.1	146.3	398.9	5 438.4
März	4 669.5	—	3 660.8	235.9	299.2	114.4	359.2	5 914.7
April	3 966.9	—	3 307.4	32.8	248.5	92.5	285.7	5 921.2
Mai	4 397.1	—	3 265.5	488.0	206.1	54.9	382.6	5 455.3
Juni	5 220.0	—	3 870.3	603.9	326.7	70.5	348.6	5 989.5
Juli	4 644.4	—	3 371.2	516.9	422.7	49.1	284.5	5 785.6
Aug.	4 449.6	—	3 035.7	627.8	410.7	57.8	317.6	6 107.3
Sept.	5 000.4	—	3 631.6	567.0	450.2	42.8	308.8	5 773.6
Okt.	4 681.9	—	3 489.2	432.2	417.7	58.1	284.7	5 609.7
Nov.	4 704.8	—	3 401.4	505.2	396.6	61.0	340.6	6 590.2
Dez.	4 968.2	—	3 614.0	610.3	361.2	46.8	335.9	8 243.1
1959 Jan.	5 279.1	—	4 224.4	251.6	612.4	— ⁷⁾	190.7	6 289.1
Febr.	5 087.3	—	3 971.4	339.9	580.4	—	195.6	6 160.9
März	3 088.8	—	1 550.8	735.9	585.4	—	216.7	6 310.6
April	1 876.7	—	784.3	287.9	619.8	—	184.7	6 032.6
Mai	2 835.7	—	1 300.6	749.6	582.4	—	203.1	6 691.8
Juni	2 918.8	—	1 345.2	571.7	780.1	—	221.8	6 559.5

¹⁾ Einschließlich der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge. — ²⁾ Ab August 1957 Einlagen des ERP-Sondervermögens. — ³⁾ Einschließlich Post- und Postsparkassenämter. — ⁴⁾ Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank am 1. August 1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen. — ⁵⁾ Ab Mai 1958 einschließlich der Mindestreservenguthaben der Bundespost für die Post- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. ⁶⁾ in Tab. I, 2. — ⁶⁾ Ab Mai 1958 ohne die Mindestreservenguthaben der Bundespost für die Post- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. ⁷⁾ in Tab. I, 2. — ⁷⁾ Ab Januar 1959 dem „Auslandsgeschäft“ zugerechnet. — ⁸⁾ Die bis Dezember 1958 hierin enthaltenen sonstigen ausländischen Einleger werden nunmehr im „Auslandsgeschäft“ erfaßt.

5. Mindestreservenstatistik
a) Reservesätze *)

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten												Befristete Verbindlichkeiten						Spar- einlagen	
	Bankplätze						Nebenplätze						Reserveklasse 1)						Bank- plätze	Neben- plätze
	Reserveklasse 1)												Reserveklasse 1)							
1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	
vH der reservspflichtigen Verbindlichkeiten 1) 2)																				
1948 1. Juli			10								10									5
1. Dez.			15								10									5
1949 1. Juni			12								9									5
1. Sept.			10								8									4
1950 1. Okt.			15								12									8
1952 1. Mai	15	14	13	12	11	10	12	11	10	9	8	8	8	8	8	7,5	7	6,5	6	5,5
1. Sept.	12	12	11	11	10	9	10	10	9	9	8	8	8	8	7	7	6	5	5	4
1953 1. Febr.	11	11	10	10	9	9	9	9	8	8	8	8	8	7	7	6	6	5	5	4
1955 1. Sept.	12	12	11	11	10	10	10	10	9	9	9	9	9	8	8	7	7	6	6	5
1957 1. Mai ²⁾	13	13	12	12	11	11	11	11	10	10	9	9	9	9	9	8	8	7	7	6
1. Sept. ³⁾	13	13	12	12	11	11	11	11	10	10	9	9	9	9	9	8	8	7	7	6
1959 1. April	13	13	12	12	11	11	11	11	10	10	9	9	9	9	9	8	8	7	7	6
1. Aug.	13	12	11	10	—	—	10	9	8	7	—	—	—	9	8	7	6	—	—	6

*) Vor dem 1. Mai 1954 galten für die Berliner Kreditinstitute zum Teil andere Bestimmungen. Die saarländischen Kreditinstitute sind ab 1. August 1959 mindestreservspflichtig.

1) Staffellung nach Reserveklassen:

		1. Mai 1952 bis 31. Juli 1959				ab 1. August 1959			
Reserveklasse 1	für Kreditinstitute mit reservpflichtigen Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen)	von 100 Mio DM und mehr	Reserveklasse 2	für Kreditinstitute	von 300 Mio DM und mehr				
" 2		50 bis unter 100 Mio DM	" 2	mit reservpflichtigen	30 bis unter 300 Mio DM				
" 3		10 " " 50 " "	" 3	Verbindlichkeiten	3 " " 30 " "				
" 4		5 " " 10 " "	" 4	(einschl. Spareinlagen)	unter 3 Mio DM				
" 5		1 " " 5 " "	"	"					

Maßgebend für die Einstufung der Kreditinstitute in die einzelnen Reserveklassen sind ihre reservpflichtigen Verbindlichkeiten im jeweiligen Vormonat.

2) Ab 1. Mai 1957 bis 31. März 1959 galten für Verbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern höhere Reservesätze und zwar für

	Sicht- verbind- licherkeiten	befristete Verbind- licherkeiten	Spar- einlagen
vom 1. 5. 1957 bis 31. 8. 1957	20	10	10
vom 1. 9. 1957 bis 31. 3. 1959	30	20	10

b) Reservehaltung der Kreditinstitute nach Bankengruppen und Reserveklassen *)
Beträge in Mio DM

Zeit	Gesamt	Bankengruppen										Reserveklassen						
		Kredit- banken	Groß- banken 1)	Staats- Regional- und Lokal- banken	Privat- bankiers	Spezial- Haus- und Branche- banken	Giro- zen- tralen	Spar- kassen	Länd- liche Zentral- kassen und länd- liche Kredit- ge- nossen- schaften	Gewerb- liche Zentral- kassen	Gewerb- liche Kredit- ge- nossen- schaften	Alle übrigen reserv- pflichtigen Kredit- institute	1 (100 Mio DM und mehr)	2 (50 bis unter 100 Mio DM)	3 (10 bis unter 50 Mio DM)	4 (5 bis unter 10 Mio DM)	5 (1 bis unter 5 Mio DM)	6 (unter 1 Mio DM)
Reservspflichtige Verbindlichkeiten																		
1958 Juni	69 405,4	26 436,8	15 208,2	8 982,7	1 964,1	281,8	3 522,7	28 944,2	5 316,8	110,1	4 285,2	749,6	34 452,4	4 283,3	13 506,9	5 269,4	6 605,4	5 288,0
1959 März	77 955,1	29 094,7	16 601,4	10 012,7	2 123,4	357,2	3 402,6	33 368,1	6 206,5	133,0	4 950,4	799,8	38 340,8	4 990,4	15 838,8	5 771,2	7 121,0	5 892,9
April	79 866,4	30 014,0	17 309,8	10 143,3	2 204,7	356,2	3 316,6	33 882,1	6 355,4	122,1	5 049,2	827,0	39 166,7	5 421,2	16 316,0	5 643,0	7 063,4	5 956,1
Mai	80 985,0	30 852,8	17 995,6	10 210,7	2 242,2	404,3	3 292,9	34 319,8	6 421,0	115,7	5 128,3	854,5	40 025,6	5 604,5	16 489,1	5 910,4	7 085,0	5 870,4
Juni	81 938,8	30 968,3	18 118,4	10 159,7	2 278,9	411,3	3 331,4	34 831,8	6 520,8	109,2	5 185,8	991,5	40 920,0	5 139,2	16 813,0	5 949,7	7 265,5	5 851,4
Reserve-Soll																		
1958 Juni	6 267,6	2 933,9	1 743,8	935,0	225,2	29,9	363,2	2 165,1	379,4	12,0	338,8	75,2	3 533,0	389,2	1 098,6	406,4	476,2	364,2
1959 März	6 942,7	3 192,6	1 874,9	1 039,0	241,7	37,0	348,2	2 477,7	439,1	14,2	388,7	82,2	3 868,6	466,0	1 256,3	439,4	509,3	403,1
April	6 769,4	2 986,0	1 753,6	982,4	216,4	33,6	331,0	2 516,0	448,0	11,4	394,9	82,1	3 698,7	467,0	1 272,4	424,0	500,7	406,6
Mai	6 900,2	3 072,4	1 823,7	989,4	221,2	38,1	329,8	2 548,1	453,0	10,9	402,4	83,6	3 785,8	482,2	1 285,9	443,4	502,4	400,5
Juni	6 977,9	3 079,3	1 834,2	981,3	225,3	38,5	334,0	2 585,4	461,8	10,0	406,4	101,0	3 859,6	445,5	1 311,7	446,2	515,2	399,7
Durchschnittlicher Reservesatz (Reserve-Soll in vH der reservpflichtigen Verbindlichkeiten)																		
1958 Juni	9,0	11,1	11,5	10,4	11,5	10,6	10,2	7,5	7,1	10,9	7,9	10,0	10,3	9,1	8,1	7,7	7,2	6,9
1959 März	8,9	11,0	11,3	10,4	11,4	10,4	10,2	7,4	7,1	10,7	7,9	10,3	10,1	9,3	7,9	7,6	7,2	6,8
April	8,5	9,9	10,1	9,7	9,8	9,4	10,0	7,4	7,0	9,3	7,8	9,9	9,4	8,6	7,8	7,5	7,1	6,8
Mai	8,5	10,0	10,1	9,7	9,9	9,4	10,0	7,4	7,1	9,4	7,8	9,8	9,5	8,6	7,8	7,5	7,1	6,8
Juni	8,5	9,9	10,1	9,7	9,9	9,4	10,0	7,4	7,1	9,2	7,8	10,2	9,4	8,7	7,8	7,5	7,1	6,8
Überschufreserven																		
1958 Juni	85,9	40,4	11,9	17,7	6,0	4,8	5,0	11,7	4,8	0,4	8,5	15,1	32,5	4,9	15,6	7,4	15,4	10,1
1959 März	175,3	71,9	17,6	39,0	11,1	4,2	5,5	17,0	6,2	0,4	11,8	62,5	59,6	54,7	19,4	7,9	21,9	11,8
April	85,2	42,3	7,9	22,3	9,3	2,8	1,7	11,5	5,4	0,6	9,2	14,5	29,2	10,2	12,1	5,9	16,6	11,2
Mai	142,5	50,4	14,1	21,6	11,2	3,5	6,1	13,5	6,7	1,0	10,2	54,6	40,1	9,1	17,1	7,0	57,2	12,0
Juni	124,4	35,1	6,2	17,1	8,5	3,3	5,5	14,2	6,1	0,8	10,5	52,2	30,3	10,4	21,8	5,6	44,2	13,1
Überschufreserven in vH des Reserve-Solls																		
1958 Juni	1,4	1,4	0,7	1,9	2,7	16,1	1,4	0,5	1,3	3,3	2,5	20,1	0,9	1,3	1,4	1,8	3,2	2,8
1959 März	2,5	2,3	0,9	3,8	4,6	11,4	1,6	0,7	1,4	2,8	3,0	76,0	1,5	1,7	1,5	1,8	4,3	2,9
April	1,3	1,4	0,5	2,3	4,3	8,3	0,5	0,5	1,2	5,3	2,3	17,7	0,8	2,2	1,0	1,4	3,3	2,8
Mai	2,1	1,6	0,8	2,2	5,1	9,2	1,8	0,5	1,5	9,2	2,5	65,3	1,1	1,9	1,3	1,6	11,4	3,0
Juni	1,8	1,1	0,3	1,7	3,8	8,6	1,0	0,5	1,3	8,0	2,6	51,7	0,8	2,3	1,7	1,3	8,6	3,0
Überschufreserven in vH der Gesamtsumme der Überschufreserven																		
1958 Juni	100,0	47,0	13,8	20,6	7,0	5,6	5,8	13,6	5,6	0,5	9,9	17,6	37,8	31,2	18,2	8,6	17,9	11,8
1959 März	100,0	41,0	10,0	22,3	6,3	2,4	3,1	9,7	3,5	0,2	6,8	35,7	34,0	31,2	11,1	4,5	12,5	6,7
April	100,0	49,6	9,2	26,2	10,9	3,3	2,0	13,5	6,4	0,7	10,8	17,0	34,3	12,0	14,2	6,9	19,5	13,1
Mai	100,0	35,4	9,9	15,2	7,9	2,4	4,3	9,5	4,7	0,7	7,1	38,3	28,2	6,4	12,0	4,9	40,1	8,4
Juni	100,0	28,2	5,0	13,7	6,8	2,7	4,4	11,4	4,9	0,7	8,4	42,0	24,4	8,4	17,5	4,5	35,5	9,7

*) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreserven der Bundespost für die Postsparkassenämter, die sich seit Einführung der fakultativen zentralen Mindestreservehaltung am 1. Mai 1958 von den übrigen Zentralbankeinlagen der Bundespost praktisch nicht mehr trennen lassen. — 1) Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute.

langfristige Kredite *)

DM

Kredite an öffentliche Stellen					Kredite an Kreditinstitute								Monats- ende
Kurzfristige Kredite					Kurzfristige Kredite								
insgesamt		Debitoren (Kassen- kredite)	Wechsel- kredite	Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen des Bundes und der Länder	Mittel- fristige Kredite *)	Lang- fristige Kredite *)	insgesamt	Debitoren		Wechsel- kredite	Mittel- fristige Kredite *)	Lang- fristige Kredite *)	
mit Schatzwechsel(n) und unverzinsliche(n) Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	ohne							insgesamt	darunter Akzept- kredite				
Girozentralen													
395,3	34,6	28,1	6,5	360,7	142,4	2 363,9	790,8	261,3	2,1	529,5	77,8	862,7	Dez. 1955
611,3	36,7	30,1	6,6	574,6	166,0	2 790,1 ⁹⁾	546,8	219,5	—	327,3	66,3	928,7 ⁴⁾	Dez. 1956
2 001,6	39,9	33,4	6,5	1 961,7	219,5	3 286,9	318,4	129,8	0,6	188,6	76,6	1 114,9	Dez. 1957
1 617,9	40,7	35,7	5,0	1 577,2	165,3	4 144,9	377,6	130,7	0,1	246,9	143,7	1 222,1	Dez. 1958
1 724,6	57,2	52,1	5,1	1 667,4	160,9	4 258,3	382,1	133,8	0,1	248,3	142,9	1 199,9	Jan. 1959
1 668,6	106,4	100,7	5,7	1 562,2	153,2	4 269,4	309,8	127,2	0,1	182,6	114,2	1 251,2	Febr. 1959
1 608,7	47,6	41,1	6,5	1 561,1	142,5	4 323,8	376,4	155,6	0,0	220,8	100,4	1 252,8	März 1959
1 728,9	56,5	48,9	7,6	1 672,4	142,9	4 360,2	349,9	123,5	—	226,4	99,2	1 272,3	April 1959
1 778,0	51,3	43,8	7,5	1 726,7	138,9	4 403,7	408,4	175,9	—	232,5	104,2	1 263,6	Mai 1959
Sparkassen													
135,4	68,9	62,8	6,1	66,5	137,5	1 351,2	90,8	15,6	—	75,2	41,3	300,5	Dez. 1955
207,7	108,4	103,0	5,4	99,3	173,6	1 811,9	94,2	18,6	—	75,6	35,3	319,7	Dez. 1956
237,2	80,6	74,9	5,7	156,6	341,0	2 143,9	110,1	18,1	—	92,0	40,7	426,7	Dez. 1957
216,2	75,9	70,8	5,1	140,3	363,4	2 763,6	156,2	25,0	—	131,2	34,6	653,7	Dez. 1958
207,2	68,2	63,1	5,1	139,0	356,7	2 832,8	155,3	24,9	—	130,4	36,7	682,2	Jan. 1959
192,5	53,3	48,5	4,8	139,2	365,8	2 857,8	157,4	29,1	—	128,3	36,8	697,4	Febr. 1959
187,4	51,9	46,6	5,3	135,5	373,4	2 908,7	176,9	36,0	—	140,9	31,2	717,6	März 1959
178,9	59,7	53,8	5,9	119,2	372,1	2 983,8	187,2	29,9	—	157,3	36,4	740,7	April 1959
175,8	57,6	51,6	6,0	118,2	360,3	3 027,5	186,8	28,2	—	158,6	39,3	754,1	Mai 1959
Zentralkassen^{+))}													
15,4	0,4	0,4	—	15,0	0,8	0,5	588,0	306,4	7,3	281,6	45,2	344,2	Dez. 1955
8,3	1,1	1,1	—	7,2	0,1	0,5	561,4	309,8	7,3	251,6	39,8	424,5	Dez. 1956
37,5	0,9	0,9	—	36,6	0,6	0,9	420,6	231,8	0,2	188,8	36,5	546,0	Dez. 1957
49,2	1,8	1,8	—	47,4	0,6	0,9	336,2	200,8	—	135,4	28,7	673,0	Dez. 1958
45,7	1,3	1,3	—	44,4	0,4	0,9	324,7	175,1	—	149,6	29,1	686,7	Jan. 1959
35,2	1,3	1,3	—	33,9	0,4	0,9	320,0	179,3	—	140,7	29,5	698,9	Febr. 1959
29,9	1,5	1,5	—	28,4	0,4	0,7	356,2	211,0	—	145,2	26,7	705,3	März 1959
27,8	1,4	1,4	—	26,4	0,4	0,7	362,7	201,9	—	160,8	31,9	712,9	April 1959
26,6	1,7	1,7	—	24,9	0,4	0,7	361,4	202,5	—	158,9	26,8	720,9	Mai 1959
Gewerbliche Zentralkassen													
15,2	0,2	0,2	—	15,0	—	0,1	307,7	125,4	—	182,3	7,5	162,2	Dez. 1955
7,7	0,5	0,5	—	7,2	0,1	0,0	279,3	124,0	—	155,5	8,8	198,4	Dez. 1956
30,5	0,4	0,4	—	30,1	0,6	0,1	227,3	110,3	—	117,0	3,3	241,3	Dez. 1957
38,5	0,5	0,5	—	38,0	0,5	0,1	152,7	88,3	—	74,4	3,3	286,2	Dez. 1958
35,3	0,3	0,3	—	35,0	0,3	0,1	171,3	82,9	—	88,4	3,8	292,4	Jan. 1959
24,8	0,3	0,3	—	24,5	0,3	0,1	167,0	85,9	—	81,1	3,8	297,8	Febr. 1959
19,2	0,3	0,3	—	18,9	0,3	0,1	184,6	99,3	—	85,3	2,8	303,5	März 1959
17,3	0,3	0,3	—	17,0	0,3	0,1	169,2	86,1	—	83,1	8,1	305,0	April 1959
15,8	0,3	0,3	—	15,5	0,3	0,1	165,9	88,8	—	77,1	3,6	311,2	Mai 1959
Ländliche Zentralkassen													
0,2	0,2	0,2	—	0,0	0,8	0,4	280,3	181,0	7,3	99,3	37,7	182,1	Dez. 1955
0,6	0,6	0,6	—	—	0,0	0,5	281,9	185,8	7,3	96,1	31,0	226,1	Dez. 1956
7,0	0,5	0,5	—	6,5	0,0	0,8	193,3	121,5	0,2	71,8	33,2	304,7	Dez. 1957
10,7	1,3	1,3	—	9,4	0,1	0,8	173,5	112,5	—	61,0	25,4	386,8	Dez. 1958
10,4	1,0	1,0	—	9,4	0,1	0,8	155,4	92,2	—	61,2	25,3	394,3	Jan. 1959
10,4	1,0	1,0	—	9,4	0,1	0,8	153,0	93,4	—	59,6	25,7	401,1	Febr. 1959
10,7	1,2	1,2	—	9,5	0,1	0,8	171,6	111,7	—	59,9	23,9	401,8	März 1959
10,5	1,1	1,1	—	9,4	0,1	0,6	193,5	115,8	—	77,7	23,8	407,9	April 1959
10,8	1,4	1,4	—	9,4	0,1	0,6	195,5	113,7	—	81,8	23,2	409,7	Mai 1959
Kreditgenossenschaften^{+))}													
3,0	2,1	1,5	0,6	0,9	4,2	21,7	21,5	5,0	—	16,5	2,5	0,3	Dez. 1955
7,8	3,2	2,5	0,7	4,6	3,6	38,3	8,2	5,5	—	2,7	3,5	0,5	Dez. 1956
13,4	4,5	3,6	0,9	8,9	9,3	48,2	9,3	6,8	—	2,5	1,3	1,2	Dez. 1957
9,7	5,1	4,2	0,9	4,6	11,5	62,7	12,9	8,8	—	4,1	1,0	1,4	Dez. 1958
8,7	5,1	4,2	0,9	3,6	9,2	65,8	10,9	7,3	—	3,6	1,0	1,4	Jan. 1959
8,3	4,7	3,8	0,9	3,6	9,2	65,8	11,4	7,3	—	4,1	1,0	1,4	Febr. 1959
8,4	4,9	4,0	0,9	3,5	8,3	68,1	11,4	7,5	—	3,9	0,6	1,5	März 1959
8,5	5,1	4,1	1,0	3,4	8,5	68,0	11,0	7,3	—	3,7	0,7	1,5	April 1959
8,6	5,3	4,3	1,0	3,3	8,2	68,6	10,8	7,4	—	3,4	0,5	1,4	Mai 1959
Gewerbliche Kreditgenossenschaften													
3,0	2,1	1,5	0,6	0,9	4,2	21,7	21,5	5,0	—	16,5	2,5	0,3	Dez. 1955
7,8	3,2	2,5	0,7	4,6	3,6	38,3	8,2	5,5	—	2,7	3,5	0,5	Dez. 1956
13,4	4,5	3,6	0,9	8,9	9,3	48,2	9,3	6,8	—	2,5	1,3	1,2	Dez. 1957
9,7	5,1	4,2	0,9	4,6	11,5	62,7	12,9	8,8	—	4,1	1,0	1,4	Dez. 1958
8,7	5,1	4,2	0,9	3,6	9,2	65,8	10,9	7,3	—	3,6	1,0	1,4	Jan. 1959
8,3	4,7	3,8	0,9	3,6	9,2	65,8	11,4	7,3	—	4,1	1,0	1,4	Febr. 1959
8,4	4,9	4,0	0,9	3,5	8,3	68,1	11,4	7,5	—	3,9	0,6	1,5	März 1959
8,5	5,1	4,1	1,0	3,4	8,5	68,0	11,0	7,3	—	3,7	0,7	1,5	April 1959
8,6	5,3	4,3	1,0	3,3	8,2	68,6	10,8	7,4	—	3,4	0,5	1,4	Mai 1959
Ländliche Kreditgenossenschaften⁵⁾													
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1955
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1956
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1957
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1958
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Jan. 1959
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Febr. 1959
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	März 1959
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	April 1959
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Mai 1959

sticht bedingte Abnahme durch Ausgliederung von durchlaufenden Krediten (langfristige Kredite an Nichtbanken rd. 560 Mio DM, langfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen Berichtspflicht für die ländlichen Kreditgenossenschaften. Während bis einschließlich Dezember 1954 diejenigen ländlichen Kreditgenossenschaften berichtspflichtig waren, die zum *) Gewerbliche und ländliche.

langfristige Kredite *)

DM

Kredite an öffentliche Stellen							Kredite an Kreditinstitute							Monats- ende
Kurzfristige Kredite				Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen des Bundes und der Länder	Mittel- fristige Kredite)	Lang- fristige Kredite)	Kurzfristige Kredite			Mittel- fristige Kredite)	Lang- fristige Kredite)			
insgesamt	mit Schatzwechsel(n) und unverzinsliche(n) Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	ohne	Debitoren (Kassen- kredite)				Wechsel- kredite	insgesamt	Debitoren			Wechsel- kredite		
						insgesamt	darunter Akzept- kredite							
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten														
25.8	3.9	3.9	—	21.9	16.7	1 480.7	3.3	3.2	—	0.1	25.8	129.0	Dez. 1955	
8.4	1.0	1.0	—	7.4	16.8	1 681.1	4.0	4.0	—	0.0	23.2	149.5	Dez. 1956	
11.5	4.5	4.5	—	7.0	16.7	2 032.5	8.1	8.1	—	0.0	35.2	171.1	Dez. 1957	
24.5	18.6	18.6	—	5.9	26.1	3 084.6	9.6	9.6	—	0.0	30.8	227.0	Dez. 1958	
21.7	14.4	14.4	—	7.3	23.6	3 138.7	20.2	20.2	—	—	32.2	228.8	Jan. 1959	
22.9	15.4	15.4	—	7.5	21.1	3 188.5	19.4	19.4	—	—	29.5	231.1	Febr. 1959	
19.8	12.2	12.2	—	7.6	25.2	3 240.4	20.2	20.2	—	0.0	28.4	230.0	März 1959	
19.6	12.0	12.0	—	7.6	21.0	3 332.8	12.2	12.2	—	0.0	27.5	223.4	April 1959	
13.3	3.8	3.8	—	9.5	17.3	3 359.1	17.9	17.8	—	0.1	27.8	273.6	Mai 1959	
Private Hypothekenbanken 9)														
12.4	1.7	1.7	—	10.7	3.4	789.1	3.3	3.2	—	0.1	2.8	41.8	Dez. 1955	
5.1	0.7	0.7	—	4.4	3.5	862.4	3.4	3.4	—	0.0	2.3	44.7	Dez. 1956	
7.8	4.1	4.1	—	3.7	11.2	1 122.0	2.8	2.8	—	0.0	9.2	44.2	Dez. 1957	
16.9	14.8	14.8	—	2.1	9.4	1 849.1	5.1	5.1	—	—	9.5	51.0	Dez. 1958	
13.6	10.8	10.8	—	2.1	9.4	1 863.6	8.2	8.2	—	—	11.1	50.8	Jan. 1959	
11.3	8.9	8.9	—	2.3	8.7	1 886.8	12.2	12.2	—	—	8.4	52.6	Febr. 1959	
13.8	11.4	11.4	—	2.4	12.8	1 918.8	15.5	15.5	—	0.0	7.3	52.2	März 1959	
5.4	3.0	3.0	—	2.4	10.5	1 984.5	6.6	6.6	—	0.0	6.4	52.0	April 1959	
				2.4	8.7	1 993.3	14.6	14.6	—	0.0	6.8	51.9	Mai 1959	
Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten														
13.4	2.2	2.2	—	11.2	13.4	691.6	0.0	0.0	—	—	23.0	87.2	Dez. 1955	
3.3	0.3	0.3	—	3.0	13.3	818.7	0.6	0.6	—	—	20.9	104.8	Dez. 1956	
3.7	0.4	0.4	—	3.3	7.5	910.5	5.3	5.3	—	—	26.0	126.9	Dez. 1957	
7.6	3.8	3.8	—	3.8	14.9	1 235.5	4.5	4.5	—	0.0	21.3	176.0	Dez. 1958	
8.8	3.6	3.6	—	5.2	14.2	1 275.1	12.0	12.0	—	—	21.1	178.0	Jan. 1959	
9.3	4.1	4.1	—	5.2	12.4	1 301.7	7.2	7.2	—	—	21.1	178.5	Febr. 1959	
8.5	3.3	3.3	—	5.2	12.4	1 321.6	4.7	4.7	—	—	21.1	177.8	März 1959	
5.8	0.6	0.6	—	5.2	10.5	1 348.3	5.6	5.6	—	0.0	21.1	171.4	April 1959	
7.9	0.8	0.8	—	7.1	8.6	1 365.8	3.3	3.2	—	0.1	21.0	221.7	Mai 1959	
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben														
175.7	127.2	127.2	—	48.5	22.4	1 253.2	553.1	132.3	2.0	420.8	320.4	7 530.8	Dez. 1955	
292.2	212.3	212.3	24.2	79.9	21.9	1 588.2	447.2	183.5	0.6	263.7	268.9	8 887.4	Dez. 1956	
1 530.1	385.8	342.5	43.3	1 144.3	37.1	1 209.8	393.8	200.7	—	193.1	339.2	10 074.8	Dez. 1957	
2 110.3	285.0	270.2	14.8	1 825.3	60.4	982.5	184.6	64.2	—	120.4	190.9	10 600.1	Dez. 1958	
2 703.2	309.5	278.3	31.2	2 393.7	66.4	1 269.0	207.0	58.8	—	148.2	202.9	10 537.4	Jan. 1959	
2 569.0	380.7	354.7	26.0	2 188.3	84.4	1 271.8	258.3	67.2	—	191.1	187.5	10 581.3	Febr. 1959	
2 691.1	437.7	421.6	16.1	2 253.4	91.2	1 276.2	277.5	64.6	—	212.9	186.2	10 730.7	März 1959	
2 794.1	267.8	267.8	—	2 526.3	80.4	1 319.6	303.6	57.5	—	246.1	174.2	10 836.8	April 1959	
2 440.6	186.4	186.4	—	2 254.2	82.9	1 495.8	262.7	64.6	—	198.1	166.5	10 857.6	Mai 1959	
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-Aktiengesellschaft und Berliner Industriebank AG +)														
2.0	0.1	0.1	—	1.9	1.0	354.6	142.9	—	—	142.9	2.8	3 199.0	Dez. 1955	
2.2	1.2	1.2	—	1.0	0.9	681.3	73.9	0.5	—	73.4	0.8	3 311.6	Dez. 1956	
2.1	0.1	0.1	—	2.0	0.1	415.9	63.2	0.6	—	62.6	0.6	3 343.7	Dez. 1957	
0.0	0.0	0.0	—	—	10.5	201.7	20.7	0.0	—	20.7	—	3 356.1	Dez. 1958	
0.0	0.0	0.0	—	—	16.3	200.7	20.6	0.0	—	20.6	—	3 221.3	Jan. 1959	
0.0	0.0	0.0	—	—	31.6	202.8	20.6	—	—	20.6	—	3 213.7	Febr. 1959	
0.1	0.1	0.1	—	—	38.2	240.4	20.8	0.0	—	20.8	—	3 221.2	März 1959	
0.2	0.2	0.2	—	—	39.4	248.9	20.8	—	—	20.8	—	3 210.3	April 1959	
0.2	0.2	0.2	—	—	40.8	255.7	20.5	—	—	20.5	—	3 211.1	Mai 1959	
Sonstige Kreditinstitute mit Sonderaufgaben +)														
173.7	127.1	127.1	—	46.6	21.4	898.6	410.2	132.3	2.0	277.9	317.6	4 331.8	Dez. 1955	
290.0	211.1	186.9	24.2	78.9	21.0	906.9	373.3	183.0	0.6	190.3	268.1	5 575.8	Dez. 1956	
1 528.0	385.7	342.4	43.3	1 142.3	37.0	793.9	330.6	200.1	—	130.5	338.6	6 731.1	Dez. 1957	
2 110.3	285.0	270.2	14.8	1 825.3	49.9	780.8	163.9	64.2	—	99.7	190.9	7 244.0	Dez. 1958	
2 703.2	309.5	278.3	31.2	2 393.7	50.1	1 065.3	186.4	58.8	—	127.6	202.9	7 316.1	Jan. 1959	
2 569.0	380.7	354.7	26.0	2 188.3	52.8	1 069.0	237.7	67.2	—	170.5	187.5	7 367.6	Febr. 1959	
2 691.0	437.6	421.5	16.1	2 253.4	53.0	1 035.8	256.7	64.6	—	192.1	186.2	7 509.5	März 1959	
2 793.9	267.6	267.6	—	2 526.3	41.0	1 070.7	282.8	64.6	—	275.3	174.2	7 626.5	April 1959	
2 440.4	186.2	186.2	—	2 254.2	42.1	1 240.1	242.2	64.6	—	177.6	166.5	7 646.5	Mai 1959	
Teilzahlungskreditinstitute 5)														
—	—	—	—	—	—	—	2.8	0.4	—	2.4	1.2	1.0	Dez. 1955	
—	—	—	—	—	—	—	2.6	0.2	—	2.4	0.3	1.0	Dez. 1956	
—	—	—	—	—	—	—	2.1	0.6	—	1.5	0.1	0.8	Dez. 1957	
—	—	—	—	—	—	—	6.3	5.4	—	0.9	0.0	0.4	Dez. 1958	
—	—	—	—	—	—	—	7.3	6.4	—	0.9	0.0	0.3	Jan. 1959	
—	—	—	—	—	—	—	1.5	0.7	—	0.8	0.0	0.3	Febr. 1959	
—	—	—	—	—	—	—	1.4	0.6	—	0.8	0.0	0.3	März 1959	
—	—	—	—	—	—	—	1.3	0.1	—	1.2	0.0	0.3	April 1959	
—	—	—	—	—	—	—	4.7	0.2	—	4.5	0.0	0.3	Mai 1959	
Postscheck- und Postsparkassenämter 6)														
609.5	—	—	—	609.5	—	626.6	45.7	—	—	45.7	6.1	48.6	Dez. 1955	
850.2	—	—	—	850.2	—	731.6	111.5	—	—	111.5	0.7	57.4	Dez. 1956	
1 018.4	—	—	—	1 018.4	—	890.8	11.5	—	—	11.5	0.7	76.3	Dez. 1957	
1 077.2	—	—	—	1 077.2	—	1 129.0	48.7	—	—	48.7	—	63.5	Dez. 1958	
1 018.2	—	—	—	1 018.2	—	1 262.7	5.1	—	—	5.1	—	58.1	Jan. 1959	
865.2	—	—	—	865.2	—	1 263.9	0.1	—	—	0.1	—	58.1	Febr. 1959	
907.0	—	—	—	907.0	—	1 263.8	58.0	—	—	58.0	—	58.0	März 1959	
937.0	—	—	—	937.0	—	1 265.8	20.5	—	—	20.5	—	57.7	April 1959	
722.0	—	—	—	722.0	—	1 268.8	240.4	—	—	240.4	—	46.8	Mai 1959	

Beträge „Sonstige Kredite“. Weitere Angaben über Teilzahlungskredite s. Tabelle III, A 2. — *) Quelle: Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Wechselkredite: Zur

2. Teilzahlungskredite

a) Teilzahlungskredite ¹⁾ nach Bankengruppen

Mio DM

Gruppen	1959					zum Vergleich Mai 1958
	1957	1958	Dez.	März	April	
Alle Bankengruppen	2 957.6	3 314.9	3 346.6	3 431.0	3 514.7	2 955.9
Teilzahlungskreditinstitute	1 739.0	2 049.4	2 059.6	2 111.8	2 162.3	1 755.3
Kreditinstitute (ohne Teilzahlungskreditinstitute)	1 218.6	1 265.5	1 287.0	1 319.2	1 352.4	1 200.6
davon						
Großbanken ²⁾	131.5	125.3	134.6	134.1	149.6	120.6
Staats-, Regional- und Lokalbanken	230.1	249.5	254.0	261.7	267.7	235.2
Privatbankiers	37.5	47.0	51.1	55.7	57.8	40.0
Girozentralen	122.4	125.2	128.1	133.8	134.9	119.3
Sparkassen	593.1	584.2	580.1	593.6	598.6	573.7
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	86.4	112.4	109.5	114.3	116.8	93.4
Ländliche Kreditgenossenschaften	17.0	21.4	22.9	22.8	23.7	17.8
Übrige Gruppen ³⁾	0.5	0.5	6.7	3.1	3.3	0.6

¹⁾ Kurz- und mittelfristig. — ²⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ³⁾ Spezial-, Haus- und Branchebanken, Zentralkassen, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben.

b) Verwendung und Höhe der Teilzahlungskredite ¹⁾

von Teilzahlungskreditinstituten

Verwendungszweck	1958				1959		zum Vergleich	
	3. Vj.		4. Vj.		1. Vj.		1. Vj. 1958	
	Mio DM	Durchschnittl. Kreditbetrag in DM	Mio DM	Durchschnittl. Kreditbetrag in DM	Mio DM	Durchschnittl. Kreditbetrag in DM	Mio DM	Durchschnittl. Kreditbetrag in DM
Neu in Anspruch genommene Teilzahlungskredite insgesamt davon entfallen auf Kredite zur Beschaffung von	701.0	562	907.6	460	673.8	620	546.1	531
Maschinen zur Erstellung von Wirtschaftsgütern ¹⁾	45.9	8 584	41.1	5 549	33.0	8 350	27.2	8 169
Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Anhängern	77.7	10 181	72.9	9 992	69.6	9 892	64.2	9 231
Handwerklichen und beruflichen Einrichtungen	25.7	2 781	30.7	2 946	30.8	4 132	18.4	3 054
Bekleidung, Textilhausrat	120.1	175	243.9	198	107.2	185	95.9	167
Fahrrädern, Nähmaschinen, Schreibmaschinen	13.2	438	12.7	411	9.5	485	8.8	461
Hauswirtschaftl. Maschinen und Geräten ²⁾	72.0	359	89.9	368	62.5	370	56.5	345
Möbeln	93.5	820	137.0	778	91.3	913	78.4	807
Personenkraftwagen und Motorrädern	181.8	2 352	163.6	2 599	174.0	2 606	127.3	2 510
Rundfunkgeräten	44.8	647	80.9	634	64.7	704	47.6	631
Sonstigen Gebrauchsgütern	26.3	544	34.9	468	31.2	754	21.8	668
Nachrichtlich: An Händlerfirmen gewährte Einkaufskredite	102.1	4 789	156.4	4 491	192.2	4 672	116.7	4 613

¹⁾ Abweichend von der übrigen Kreditstatistik (auch der Tabelle a)) wird in dieser Tabelle nicht der Stand der ausstehenden Kredite zugrunde gelegt, sondern der Gesamtbetrag der im jeweiligen Zeitabschnitt neu in Anspruch genommenen Teilzahlungskredite. — ²⁾ Z. B. Textil-, landwirtschaftliche Maschinen. — ³⁾ Z. B. Öfen, Staubsauger, Waschmaschinen usw.

3. Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen ¹⁾

Mio DM

Monatsende	Wertpapiere						Konsortialbeteiligungen	
	insgesamt ¹⁾	Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder		Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Sonstige verzinsliche Wertpapiere ²⁾	Börsengängige Dividendenwerte		Sonstige Wertpapiere
		insgesamt	darunter der Bundesbahn und Bundespost					
Alle Bankengruppen								
1955 Dez.	6 368.3	1 653.8	550.4	100.2	3 711.0	824.9	78.4	190.9
1956 Dez.	6 530.2	1 492.5	499.9	65.8	3 884.0	1 016.5	71.4	306.6
1957 Dez.	7 857.5	1 397.9	509.8	119.2	5 234.4	1 029.2	76.8	370.0
1958 Juli	10 794.9	2 005.8	822.6	133.6	7 443.6	1 114.9	97.0	333.5
Aug.	11 228.9	2 068.0	838.5	136.1	7 774.1	1 153.1	97.6	316.1
Sept.	11 646.7	2 116.4	879.5	134.4	8 105.2	1 191.0	101.7	372.8
Okt.	12 370.2	2 539.8	1 235.3	144.0	8 293.7	1 284.4	108.3	319.6
Nov.	12 819.6	2 598.0	1 278.3	147.1	8 646.7	1 312.4	115.4	316.0
Dez.	12 825.0	2 599.7	1 271.6	143.7	8 754.2	1 242.2	85.2	321.2
1959 Jan.	13 723.0	2 712.6	1 316.4	142.8	9 508.8	1 270.6	88.2	300.2
Febr.	14 248.7	2 794.9	1 392.2	143.3	9 902.7	1 322.0	85.8	331.7
März	14 465.5	2 839.0	1 392.5	147.5	10 110.9	1 285.6	82.5	356.3
April	15 290.1	3 109.7	1 499.9	143.7	10 641.5	1 302.2	93.0	310.7
Mai	15 884.6	3 252.3	1 627.7	145.8	11 074.4	1 317.9	94.2	341.2
Juni ³⁾	16 045.2	3 092.0	1 365.6	...	328.8
Kreditbanken								
1958 Dez.	4 245.5	782.9	337.3	24.0	2 188.6	1 183.5	66.5	321.2
1959 März	4 536.6	821.1	301.4	21.5	2 410.0	1 221.2	62.8	355.7
April	4 773.8	894.8	329.0	20.4	2 550.1	1 238.1	70.4	310.1
Mai	5 051.9	961.0	381.6	21.2	2 744.6	1 253.3	71.8	340.9
Großbanken ²⁾ +)								
1958 Dez.	2 342.4	466.4	228.7	11.7	1 092.6	740.1	31.6	226.1
1959 März	2 444.2	465.5	195.1	7.9	1 178.1	757.7	35.0	236.9
April	2 546.3	500.1	205.4	8.1	1 242.7	761.4	34.0	213.3
Mai	2 717.3	526.6	238.2	8.3	1 364.8	782.1	35.5	236.0
Staats-, Regional- und Lokalbanken ³⁾ +)								
1958 Dez.	1 383.2	235.4	86.5	10.3	834.2	279.7	23.6	67.2
1959 März	1 528.2	271.0	87.6	10.6	930.1	300.5	16.0	80.0
April	1 608.8	306.1	99.8	10.3	971.6	296.9	23.9	67.7
Mai	1 684.2	326.9	107.8	10.5	1 027.7	296.5	22.6	69.1
Privatbankiers ³⁾ +)								
1958 Dez.	475.0	73.0	20.3	2.0	235.4	154.5	10.1	27.9
1959 März	513.5	77.7	17.2	2.8	268.9	153.6	10.5	38.7
April	565.3	80.2	21.3	1.8	301.6	170.6	11.1	38.0
Mai	597.1	97.9	32.2	2.2	319.8	164.8	12.4	35.8

¹⁾ S. auch Tabelle III, B 1, Zwischenbilanzen, Aktiva, „Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen“. — ²⁾ Einschließlich Kassenobligationen. — ³⁾ Zentralkassen, Kreditgenossenschaften und Teilzahlungskreditinstitute. — ⁴⁾ Deutsche Bank AG., Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ⁵⁾ Untergruppe der Kreditbanken. — ⁶⁾ Vorläufig.

8. Umsätze im Sparverkehr

Mio DM

Zeit	Spar- einlagen- bestand zu Beginn des Berichts- zeitraums	Gut- schriften	Last- schriften 1)	Saldo der Gut- und Last- schriften 2)	Zinsen	Spareinlagenbestand am Ende des Berichtszeitraums	
						insgesamt	darunter steuer- begünstigte Spar- einlagen
Alle Bankengruppen							
1950	3 076.4	3 567.8	2 627.0	+ 940.8	93.5	4 110.7	278.5
1951	4 110.7	4 014.8	3 170.7	+ 844.1	132.9	5 087.7	611.8
1952	5 087.7	6 414.4	4 101.7	+ 2 312.7	180.9	7 581.3	972.1
1953	7 581.3	9 761.7 ³⁾	6 070.2	+ 3 691.5	273.7	11 546.5	1 531.5
1954	11 546.5	14 336.5 ³⁾	9 115.8	+ 5 220.7	457.4	17 224.6	2 318.6
1955	17 224.6	14 717.7 ³⁾	11 161.7	+ 3 556.6	592.3	21 373.5	2 524.7
1956	21 373.5	16 519.1	14 416.6	+ 2 102.5	799.6	24 275.6	2 917.4
1957	24 275.6	19 847.0	15 756.9	+ 4 090.1	1 022.6	29 388.3	3 785.3
1958	29 388.3	23 859.2	18 285.4	+ 5 573.8	1 140.1	36 102.2	4 156.8
1957 1. Vi.	24 275.6	5 109.7	3 748.9	+ 1 360.8	118.2	25 754.6	3 416.4
2. Vi.	25 754.6	4 355.0	3 546.1	+ 808.9	6.4	26 569.9	3 535.0
3. Vi.	26 569.9	4 849.5	4 023.1	+ 826.4	7.7	27 404.0	3 189.2
4. Vi.	27 404.0	5 532.8	4 438.8	+ 1 094.0	890.3	29 388.3	3 785.3
1958 Jan.	29 388.3	2 146.2	1 469.6	+ 676.6	107.6	30 172.5	3 845.8
Febr.	30 172.5	1 708.9	1 102.9	+ 606.0	10.6	30 789.1	3 881.8
März	30 789.1	1 868.4	1 352.9	+ 515.5	3.9	31 308.5	3 926.6
April	31 308.5	1 816.4	1 357.7	+ 458.7	1.1	31 768.3	3 971.9
Mai	31 768.3	1 746.7	1 354.5	+ 392.2	1.3	32 161.8	4 017.4
Juni	32 161.8	1 801.3	1 355.1	+ 446.2	2.1	32 610.1	4 111.5
Juli	32 610.1	2 007.2	1 543.0	+ 464.2	3.4	33 077.7	4 136.7
Aug.	33 077.7	1 833.7	1 374.0	+ 459.7	1.5	33 538.9	4 176.7
Sept.	33 538.9	1 926.5	1 424.6	+ 501.9	1.7	34 042.5	4 209.0
Okt.	34 042.5	2 083.3	1 473.0	+ 610.3	2.0	34 654.8	4 240.0
Nov.	34 654.8	1 990.2	1 722.3	+ 267.9	11.3	34 934.0	3 972.6
Dez.	34 934.0	2 930.4	2 755.8	+ 174.6	993.6	36 102.2	4 156.8
1959 Jan.	36 102.2	2 714.1	1 848.6	+ 865.5	97.1	37 064.8	4 138.2
Febr.	37 064.8	2 101.5	1 333.6	+ 767.9	9.1	37 841.8	4 152.3
März	37 841.8	2 062.0	1 574.5	+ 487.5	4.0	38 333.3	4 182.6
April	38 333.3	2 442.5	1 785.0	+ 657.5	1.1	38 991.9	4 215.0
Mai	38 991.9	2 016.1	1 537.2	+ 478.9	1.1	39 471.9	4 251.1
Juni ⁴⁾	39 471.9	2 298.1	1 771.4	+ 526.7	2.9	40 001.5	4 295.4
Kreditbanken⁴⁾							
1958 März	4 615.0	3 745.1	2 836.8	+ 908.3	175.1	5 698.4	1 396.8
1959 März	5 698.4	3 215.5	2 362.2	+ 85.3	0.2	5 953.2	1 428.1
April	5 953.2	400.9	259.6	+ 141.3	0.2	6 094.7	1 440.8
Mai	6 094.7	333.4	236.6	+ 96.8	0.2	6 191.7	1 454.2
Großbanken^{5) +)}							
1958 März	2 504.7	2 187.4	1 656.2	+ 531.2	92.2	3 128.1	909.4
1959 März	3 288.9	200.9	142.9	+ 58.0	0.0	3 346.9	940.8
April	3 346.9	254.3	154.9	+ 99.4	0.1	3 446.4	949.9
Mai	3 446.4	214.9	144.6	+ 70.3	0.1	3 516.8	958.4
Staats-, Regional- und Lokalbanken⁶⁾							
1958 März	1 822.0	1 342.9	1 020.7	+ 322.2	70.9	2 215.1	390.5
1959 März	2 198.6	102.6	79.2	+ 23.4	0.0	2 222.0	390.0
April	2 222.0	123.4	88.2	+ 35.2	0.1	2 257.3	393.3
Mai	2 257.3	100.0	78.4	+ 21.6	0.1	2 279.0	397.7
Privatbankiers⁷⁾							
1958 März	277.5	208.1	157.0	+ 51.1	11.6	340.2	93.1
1959 März	363.5	17.5	13.8	+ 3.7	0.1	367.3	93.4
April	367.3	22.8	16.1	+ 6.7	0.0	374.0	93.7
Mai	374.0	17.9	13.2	+ 4.7	0.1	378.8	94.1
Sparkassen							
1958 März	18 665.3	14 830.0	11 341.5	+ 3 488.5	728.3	22 882.1	2 156.5
1959 März	24 044.6	1 283.8	990.3	+ 293.5	2.4	24 340.5	2 152.8
April	24 340.5	1 522.4	1 131.9	+ 390.5	0.6	24 731.6	2 169.8
Mai	24 731.6	1 249.9	956.0	+ 293.9	0.4	25 025.9	2 189.0
Gewerbliche Kreditgenossenschaften							
1958 März	2 342.1	1 876.8	1 419.6	+ 457.2	93.3	2 892.6	397.3
1959 März	3 036.3	157.9	124.0	+ 33.9	0.4	3 070.6	395.2
April	3 070.6	181.9	140.0	+ 41.9	0.2	3 112.7	397.2
Mai	3 112.7	150.7	112.4	+ 38.3	0.3	3 151.3	399.4
Ländliche Kreditgenossenschaften⁸⁾							
1958 März	1 797.9	1 272.1	953.7	+ 318.4	72.5	2 186.8	180.5
1959 März	2 290.8	104.1	83.3	+ 20.8	0.9	2 312.5	180.2
April	2 312.5	116.7	89.9	+ 26.8	0.0	2 339.3	180.6
Mai	2 339.3	101.1	79.7	+ 21.4	0.1	2 360.8	181.6
Postsparkassenämter							
1958 März	1 822.4	2 043.8	1 644.9	+ 398.9	64.3	2 285.6	—
1959 März	2 438.9	187.0	135.5	+ 51.5	0.2	2 490.6	—
April	2 490.6	198.5	157.7	+ 40.8	0.1	2 531.5	—
Mai	2 531.5	172.4	146.4	+ 26.0	0.2	2 557.7	—
Alle übrigen Gruppen⁹⁾							
1958 März	145.6	91.5	88.9	+ 2.6	6.5	154.7	25.6
1959 März	163.5	7.7	6.2	+ 2.5	0.0	166.0	26.2
April	166.0	22.0	6.1	+ 15.9	0.0	181.9	26.6
Mai	181.9	8.8	6.1	+ 2.7	0.0	184.6	26.9

¹⁾ Einschließlich der nicht gesondert erfassbaren Lastschriften auf Konten von Vertriebenen und Altsparrern. — ²⁾ Der Saldo der echten Sparkapitalneubildung läßt sich in den Jahren 1953 und 1954 wegen der Umstellung und Auszahlung der Guthaben von Vertriebenen und Altsparrern nicht exakt ermitteln, s. auch Anmerkung ¹⁾. — ³⁾ Entschädigungsgutschriften für Altsparrerguthaben und Ausgleichsgutschriften für Sparguthaben Vertriebenen 1953 658,9 Mio DM, 1954 1 200,6 Mio DM, 1955 186,3 Mio DM; in den Folgejahren nur noch geringe Zugänge aus dieser Quelle. — ⁴⁾ Die in den Kreditbanken enthaltenen Spezial-, Haus- und Branchebanken werden wegen ihres geringen Spareinlagenbestandes nachstehend nicht gesondert aufgeführt. — ⁵⁾ Teilerhebung bei rd. 1 450 Instituten. Angaben über den Spareinlagenbestand für alle ländlichen Kreditgenossenschaften s. Tabelle III A 4. — ⁶⁾ Girozentralen, Zentralkassen, Hypothekbank und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben. — ⁷⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ⁸⁾ Untergruppe der Kreditbanken. — ⁹⁾ Vorläufig.

2. Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen

Stand Ende Dezember 1958

Bankengruppe	Gesamtzahl der Kreditinstitute	davon berichten im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen	Die im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute verteilen sich nach ihrer Bilanzsumme ¹⁾ auf folgende Größenklassen:										
			unter 500 Tsd DM	500 Tsd DM bis unter 1 Mio DM	1 Mio DM bis unter 5 Mio DM	5 Mio DM bis unter 10 Mio DM	10 Mio DM bis unter 25 Mio DM	25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	100 Mio DM bis unter 500 Mio DM	500 Mio DM bis unter 1 Mrd DM	1 Mrd DM und mehr	
Kreditbanken	351	328	21	23	75	56	38	40	27	35	5	8	
Großbanken ²⁾	6	6	—	—	—	—	—	—	—	3	—	3	
Staats-, Regional- und Lokalbanken	81	79	—	1	9	10	10	15	9	15	5	5	
Privatbankiers	232	212	21	22	57	45	23	17	16	11	—	—	
Spezial-, Haus- und Branchenbanken	32	31	—	—	9	1	5	8	2	6	—	—	
Girozentralen	11	11	—	—	—	—	—	—	—	—	2	9	
Sparkassen	857	856	—	1	64	131	283	192	112	60	12	1	
Zentralkassen	17	17	—	—	—	—	—	—	2	14	1	—	
Gewerbliche Zentralkassen	5	5	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	
Ländliche Zentralkassen	12	12	—	—	—	—	—	—	2	9	1	—	
Kreditgenossenschaften	11 524	2 193	13	71	1 630	282	149	34	12	2	—	—	
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	752	747	13	20	348	190	132	31	11	2	—	—	
Ländliche Kreditgenossenschaften	10 772	1 446	—	51	1 282	92	17	3	1	—	—	—	
Hypothekenbanken und Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	47	47	—	—	1	4	4	4	4	15	7	8	
Private Hypothekenbanken	29	29	—	—	1	2	1	2	2	12	7	2	
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	18	18	—	—	—	2	3	2	2	3	—	6	
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	23	23	1	—	1	4	1	—	3	3	2	8	
Teilzahlungskreditinstitute	210	174	23	16	63	22	26	16	4	4	—	—	
Sonstige Kreditinstitute	44	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Postscheck- und Postsparkassenämter	14	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
insgesamt ³⁾	13 098	3 663	58	111	1 834	499	501	286	164	133	29	34	
					Mio DM								
nachrichtlich: Bilanzsumme ⁴⁾)	182 914 *)	180 046,8	17,7	91,0	4 484,8	3 566,3	8 004,0	10 133,8	11 002,2	28 386,2	19 030,9	90 561,9	

¹⁾ In der Zwischenbilanz ausgewiesene Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und eigene Ziehungen im Umlauf. — ²⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ³⁾ In den kursiv gedruckten Zahlen sind die Postscheck- und Postsparkassenämter nicht enthalten. — ⁴⁾ Geschätzt.

IV. Zinssätze

IV. Zinssätze

1. Zinssätze der Deutschen Bundesbank *)

a) Diskont- und Lombardsätze sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreservesolls

Gültig ab	Diskontsatz ¹⁾	Lombardsatz	Sonderzins für Kreditinstitute bei Unterschreitung des Mindestreservesolls
	% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz
1948 1. Juli	5	6	1
1. Dez.			3
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	
14. Juli	4	5	
1950 27. Okt.	6 ^{2) 3)}	7	
1. Nov.			1
1951 1. Jan.			3
1952 29. Mai	5 ⁴⁾	6	
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	
1953 8. Jan.	4	5	
11. Juni	3 1/2	4 1/2	
1954 20. Mai	3	4	
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	
19. Mai	5 1/2 ⁵⁾	6 1/2	
6. Sept.	5	6	
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	
19. Sept.	4	5	
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	
27. Juni	3	4	
1959 10. Jan.	2 3/4	3 3/4	

^{*)} Bis 31. 7. 1957 Sätze der Bank deutscher Länder bzw. der Landeszentralbanken.
¹⁾ Zugleich Zinssatz für Kassenkredite an die öffentliche Hand und an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (s. auch Anm. ²⁾ und ⁴⁾). Der Diskontsatz für Wechsel, die auf fremde Valuta lauten, wurde gemäß ZBR-Beschluß vom 3. August 1948 zunächst einheitlich auf 3 % festgesetzt. Mit Beschluß vom 9./10. November 1949 ermächtigte der Zentralbankrat das Direktorium, für solche Wechsel unterschiedliche Sätze in Anlehnung an die Diskontsätze der ausländischen Notenbanken festzusetzen. Das gleiche gilt für DM-Wechsel, die im Ausland akzeptiert worden sind (ZBR-Beschluß vom 22./23. März 1950), und für Exporttratten (ZBR-Beschluß vom 15./16. November 1950 und vom 23./24. Mai 1951) (vgl. auch Anm. ²⁾). — ²⁾ Solawechsel aus der Exportförderungsaktion der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden nach der Diskonterhöhung vom 27. Oktober 1950 weiterhin zum Vorzugssatz von 4 % diskontiert (ZBR-Beschluß vom 29./30. November 1950); diese Zinsvergünstigung wurde durch ZBR-Beschluß vom 7./8. November 1951 aufgehoben und konnte nur noch für Solawechsel aus Krediten in Anspruch genommen werden, die bis einschließlich 7. November 1951 gewährt oder zugesagt waren. — ³⁾ Lt. ZBR-Beschluß vom 20. Dezember 1950 wurde der Zinssatz für Kassenkredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit Wirkung vom 27. Oktober 1950, soweit es sich um Kredite an die Landwirtschaft, an die Seeschifffahrt und für den Wohnungsbau handelte, auf 4 %, soweit es sich um Kredite für sonstige Verwendungszwecke handelte, auf 5 1/2 % festgesetzt. — ⁴⁾ Seit 29. Mai 1952 bestand nur noch die in Anmerkung ¹⁾ erwähnte Sonderregelung für die zur Finanzierung der Landwirtschaft, der Seeschifffahrt und des Wohnungsbaus bestimmten Kredite, die bis zu ihrer Abwicklung mit 4 % abgerechnet wurden. — ⁵⁾ Ab 19. Mai 1956 auch Diskontsatz für Auslandswechsel, Auslandschecks, DM-Akzente von Ausländern und Exporttratten.

b) Sätze für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt

% p. a.

Gültig ab	Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn mit Laufzeit von		Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost mit Laufzeit von				Vorratsstellen-Wechsel mit Laufzeit von	
	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen	1/2 Jahr	1 Jahr	1 1/2 Jahren	2 Jahren	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen
	1956 20. Jan.	3 1/4	3 3/8	4 1/2	4 3/4	5	5 1/4	3 1/2
24. Jan.	3 1/4	3 3/8	4 1/2	4 3/4	5	5 1/4	3 1/2	3 5/8
8. März	4	4 1/8	5 1/4	5 1/2	5 3/4	6	4 1/4	4 3/8
26. März	3 7/8	4	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/4	4 1/4
27. April	4 1/8	4 1/4	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/4	4 1/4
22. Mai	5 1/8	5 1/4	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	5 1/2	5 1/2
5. Juni	5 1/4	5 1/2	6 3/4	6 1/4	6 1/2	6 3/4	5 1/2	5 1/2
6. Sept.	4 3/4	4 7/8	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 3/4	5
23. Nov.	4 3/4	4 7/8	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 3/4	5
28. Nov.	4 1/2	4 5/8	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 1/4	4 7/8
4. Dez.	4 1/2	4 5/8	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 1/4	4 7/8
1957 3. Jan.	4 1/2	4 5/8	5 1/2	5 3/4	6	6 1/4	4 3/8	4 3/4
4. Jan.	4 1/2	4 5/8	5 1/2	5 3/4	6	6 1/4	4 3/8	4 3/4
11. Jan.	4 1/2	4 5/8	5 1/2	5 3/4	6	6 1/4	4 3/8	4 3/4
30. Jan.	4 1/2	4 5/8	5 1/2	5 3/4	6	6 1/4	4 3/8	4 3/4
4. März	4 1/4	4 3/8	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/4	4 3/8
7. März	4 1/4	4 3/8	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/4	4 3/8
18. März	4 1/4	4 3/8	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/4	4 3/8
15. April	4 1/4	4 3/8	5 1/4	5 1/2	5 3/4	6	4 1/4	4 3/8
5. Juli	4 1/4	4 3/8	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/4	4 3/8
12. Aug.	4	4 1/8	4 3/4	5	5 1/4	5 1/2	4	4 1/8
22. Aug.	3 7/8	4	4 3/4	5	5 1/4	5 1/2	4	4 1/8
24. Aug.	3 7/8	4	4 3/4	5	5 1/4	5 1/2	4	4 1/8
27. Aug.	3 7/8	4	4 3/4	5	5 1/4	5 1/2	4	4 1/8
2. Sept.	3 7/8	4	4 3/4	5	5 1/4	5 1/2	4	4 1/8
6. Sept.	4	4 1/8	4 3/4	5	5 1/4	5 1/2	4	4 1/8
19. Sept.	3 5/8	3 7/8	4 1/4	4 3/4	4 3/4	4 5/8	3 7/8	3 7/8
27. Sept.	3 5/8	3 7/8	4 1/4	4 3/4	4 3/4	4 5/8	3 7/8	3 7/8
3. Okt.	3 5/8	3 7/8	4 1/4	4 3/4	4 3/4	4 5/8	3 7/8	3 7/8
18. Okt.	3 1/2	3 5/8	4	4 1/4	4 1/4	4 3/4	3 1/2	3 5/8
24. Okt.	3 5/8	3 7/8	4 1/4	4 3/4	4 3/4	4 5/8	3 7/8	3 7/8
9. Nov.	3 1/2	3 5/8	4	4 1/4	4 1/4	4 3/4	3 1/2	3 5/8
29. Nov.	3 1/2	3 5/8	4	4 1/4	4 1/4	4 3/4	3 1/2	3 5/8
4. Dez.	3 1/2	3 5/8	4	4 1/4	4 1/4	4 3/4	3 1/2	3 5/8
27. Dez.	3 5/8	3 7/8	4 1/4	4 3/4	4 3/4	4 5/8	3 7/8	3 7/8
1958 2. Jan.	3 5/8	3 7/8	4 1/4	4 3/4	4 3/4	4 5/8	3 7/8	3 7/8
6. Jan.	3 1/4	3 5/8	3 3/4	4	4 1/4	4 1/2	3 1/4	3 5/8
17. Jan.	3 1/4	3 5/8	3 3/4	4	4 1/4	4 1/2	3 1/4	3 5/8
15. April	3 1/4	3 5/8	3 1/2	3 3/4	3 3/4	3 7/8	3 1/4	3 5/8
30. Mai	3 1/4	3 5/8	3 1/2	3 3/4	3 3/4	3 7/8	3 1/4	3 5/8
27. Juni	2 3/4	3	3	3 1/4	3 1/4	3 1/2	2 3/4	3
11. Juli	2 1/2	2 3/4	2 3/4	3	3	3 1/2	2 1/2	2 3/4
11. Aug.	2 1/2	2 3/4	2 3/4	3	3	3 1/2	2 1/2	2 3/4
28. Okt.	2 1/4	2 3/4	2 3/4	3	3	3 1/2	2 1/4	2 3/4
1959 10. Jan.	2 1/4	2 3/4	2 1/2	2 3/4	2 3/4	3 1/4	2 1/4	2 3/4
9. April	2	2 1/4	2 1/2	2 3/4	2 3/4	3	2 1/4	2 3/4
15. April	1 7/8	2	2 1/4	2 3/4	2 3/4	2 7/8	2	2 1/4

	Baden-Württemberg ²⁾	Bayern ²⁾	Berlin ²⁾	Bremen ²⁾
Sollzinsen in % p. a.				
D = Diskontsatz, zur Zeit 2 3/4 L = Lombardsatz, zur Zeit 3 3/4				
Kreditkosten	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung ⁴⁾				
a) zugesagte Kredite				
Zinsen	L + 1/2 %		L + 1/2 %	
Kreditprovision	1/4 % p. M.	7 1/4	1/4 % p. M.	7 1/4
b) Kontoüberziehungen				
Zinsen	L + 1/2 %		L + 1 1/2 %	
Überziehungsprovision	1/8 % p. T.	8 3/4	1/8 % p. T.	8 3/4
2. Akzeptkredite (Normalkonditionen)				
Zinsen	D + 1/2 %		D + 1/2 %	
Akzeptprovision	1/4 % p. M.	6 1/4	1/4 % p. M.	6 1/4
3. Kosten für Wechselkredite				
a) Abschnitte von 20 000,— DM und höher				
Zinsen	D + 1/2 %		D + 1 1/2 %	
Diskontprovision	1/8 % p. M.	4 3/4	1 % p. M.	5 9/20
b) Abschnitte von 5 000,— DM bis unter 20 000,— DM				
Zinsen	D + 1/2 %		D + 1 1/2 %	
Diskontprovision	1/8 % p. M.	4 3/4	1 % p. M.	5 9/20
c) Abschnitte von 1 000,— DM bis unter 5 000,— DM				
Zinsen	D + 1 %		D + 1 1/2 %	
Diskontprovision	1/8 % p. M.	5 1/4	1 1/2 % p. M.	5 3/4
d) Abschnitte unter DM 1 000,— DM				
Zinsen	D + 1 %		D + 1 1/2 %	
Diskontprovision	1/8 % p. M.	5 3/4	1 1/2 % p. M.	6 1/4
4. Ziehungen auf Kundschaft				
Zinsen	keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Kreditprovision				
5. Umsatzprovision	keine Angabe		1/8 - 1 % vom Umsatz der größeren Seite oder mindestens 1 % p. a. vom Kreditbetrag	1/2 % d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2 % pro Semester a. Kreditbetrag
6. Mindestdiskontspesen	2,— DM		2,— DM	2,— DM
7. Domzilprovision	1/2 % mind. —,50 DM		nicht festgesetzt	nicht festgesetzt
				1/2 %
Habenzinsen ⁷⁾ in % p. a.				
Einlagezinssätze				
1. für täglich fällige Gelder				
a) in provisionsfreier Rechnung	3/8		3/8	
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1/2		1/2	
2. Spareinlagen				
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3		3	
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist ⁸⁾				
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 1/4		3 1/4	
2) von 12 Monaten und darüber	4		4	
3. für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von				
a) 1 bis weniger als 3 Monaten	1 1/2		1 1/2	
b) 3 bis weniger als 6 Monaten	2		2	
c) 6 bis weniger als 12 Monaten	2 1/2		2 1/2	
d) 12 Monaten und darüber	3 1/4		3 1/4	
4. Festgelder mit einer Laufzeit von				
a) 30 bis 89 Tagen	1 1/2		1 1/2	
b) 90 bis 179 Tagen	2		2	
c) 180 bis 359 Tagen	2 1/2		2 1/2	
d) 360 Tagen und darüber	3 1/4		3 1/4	
5. Zinsvoraus ¹⁰⁾	1/8 — 3/8		1/8 — 3/8	
				1/8 — 3/8

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionsätzen. Sondersätze oder Verschreitungen in begründeten Fällen mit Genehmigung der zuständigen Bankaufsichtsbehörde zulässig. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Gemäß § 2 des Sollzinsabkommens dürfen die Zinsen Kredit vom Höchstsaldo berechnet werden. Die Kreditkosten insgesamt können daher im Einzelfall von den hier aufgeführten Gesamtkosten abweichen. — ⁴⁾ Bei Abschnitten unter Wechsel auf Nebenplätze. — ⁵⁾ Diese Höchstsätze gelten gegenüber der Nichtbankierkundschaft. Als Nichtbankierkundschaft im Sinne des § 3 des Mantelvertrages vom 22. 12. 1936 ⁶⁾ Bei Hereinnahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist darf die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt setzungen dürfen von den Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 40 Mio DM, Kapitalgesellschaften, Privatbankiers und Personalgesellschaften mit einer Bilanzsumme

geltenden Soll- und Habenzinsen ¹⁾)

Habenzinsen der Kreditinstitute seit 1. Februar 1959

Hamburg ²⁾)		Hessen ²⁾)		Niedersachsen ²⁾)		Nordrhein-Westfalen ²⁾)		Rheinland-Pfalz ²⁾)		Schleswig-Holstein ²⁾)		
Sollzinsen in ‰ p. a.												
D = Diskontsatz, zur Zeit 2 1/4						L = Lombardsatz, zur Zeit 3 1/4						
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	
L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/4	
L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. T.	8 3/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. T.	8 3/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. T.	8 3/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. T.	8 3/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. T.	8 3/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. T.	8 3/4	
D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	6 1/4	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	6 1/4	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	6 1/4	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	6 1/4	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	6 1/4	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	6 1/4	
D + 1 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 1/4	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	4 3/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	4 3/4	D + 1 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	4 3/4	D + 1 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	4 3/4	D + 1 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 1/4	
D + 1 1/4 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 1/4	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 1/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 1/4	D + 1 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 1/4	D + 1 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	4 3/4 - 1/4 - 1/4 ‰ p. M.	5 1/4	D + 1 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 1/4
D + 1 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 3/4	D + 1 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 3/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 3/4	D + 1 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 3/4	D + 1 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 3/4	D + 1 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 3/4	
D + 1 ‰ 1/4 ‰ p. M.	6 3/4	D + 1 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 3/4	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	6 1/4 ³⁾)	D + 1 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 3/4 ³⁾)	D + 1 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	5 3/4 ³⁾)	D + 1 ‰ 1/4 ‰ p. M.	6 3/4 ³⁾)	
keine Festsetzung Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richt- linien d. Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942		L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/4	keine Festsetzung		keine Festsetzung		L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/4	keine Festsetzung		
2,— DM		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942		2,— DM		1/4 ‰ pro Semester		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942		2,— DM		
nicht festgesetzt		1/2 ‰ mind. —,50 DM		1/2 ‰ mind. —,50 DM		1/2 ‰ mind. —,50 DM		1/2 ‰ mind. —,50 DM		nicht festgesetzt		

Habenzinsen ⁷⁾) in ‰ p. a.											
3/4 ⁸⁾) 3/4	3/4 1/4										
3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
1/2 — 3/4	1/2 — 3/4	1/2 — 3/4	1/2 — 3/4	1/2 — 3/4	1/2 — 3/4	1/2 — 3/4	1/2 — 3/4	1/2 — 3/4	1/2 — 3/4	1/2 — 3/4	1/2 — 3/4

günstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ⁵⁾ Normalsätze, Über-
 nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem
 1 000,— DM ist unabhängig von den Diskontsätzen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von 1,— DM bis 2,— DM in Ansatz zu bringen. — ⁶⁾ Auch für
 gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — ⁷⁾ Girokonten bis zum Betrage von 10 000,— DM bei den Hamburger Abrechnungsbanken bleiben zinsfrei. —
 ab 1. Tage der Einzahlung. — ⁸⁾ Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Bankenaufsicht und den in den Bekanntmachungen der einzelnen Bankenaufsichtsbehörden enthaltenen Voraus-
 bis zu 60 Mio DM ab April 1954 die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen höchstens um die aufgeführten Sätze überschritten werden.

3. Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform

a) Höchst-Sollzinsen *)

‰ p. a.

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz	Kosten für Kredite in laufender Rechnung †)		Kosten für Akzeptkredite	Kosten für Wechselkredite §) in Abschnitten von			
			zugewasste Kredite	Kontoüberziehungen		20 000 DM und höher	5 000 DM bis unter 20 000 DM	1 000 DM bis unter 5 000 DM	unter 1 000 DM
1948 1. Juli	5	6	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
1. Sept.	4 1/2	5 1/2	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8 1/2	8 1/2
15. Dez.	4 1/2	5 1/2	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8 1/2	8 1/2
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	9 1/2	10 1/2	8 1/2	6 1/2	7 1/2	7 1/2	8 1/2
14. Juli	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7 1/2
1950 27. Okt.	6	7	10 1/2	12	9 1/2	8	8 1/2	9	9
1952 29. Mai	5	6	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	9 1/2	10 1/2	8 1/2	6 1/2	7 1/2	8 1/2	8 1/2
1953 8. Jan.	4	5	8 1/2	10 1/2	7 1/2	6 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2
11. Juni	3 1/2	4 1/2	8 1/2	9 1/2	7 1/2	5 1/2	6 1/2	6 1/2	6 1/2
1954 20. Mai	3	4	8	9 1/2	6 1/2	5	5 1/2	6	6
1. Juli	3 1/2	4 1/2	8 1/2	9 1/2	7 1/2	5 1/2	6 1/2	6 1/2	6 1/2
1955 4. Aug.	4 1/2	5 1/2	9 1/2	10 1/2	8 1/2	6 1/2	7 1/2	8 1/2	8 1/2
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	9 1/2	10 1/2	8 1/2	6 1/2	7 1/2	8 1/2	8 1/2
19. Mai	5 1/2	6 1/2	10	11 1/2	9 1/2	7 1/2	8 1/2	9 1/2	9 1/2
6. Sept.	5	6	9 1/2	10 1/2	8 1/2	7	7 1/2	8 1/2	8 1/2
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	9 1/2	10 1/2	8 1/2	6 1/2	7 1/2	8 1/2	8 1/2
19. Sept.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	8 1/2	9 1/2	7 1/2	6 1/2	6 1/2	7 1/2	7 1/2
27. Juni	3	4	7 3/4	9 1/4	6 3/4	5 1/2	6 1/2	6 1/2	6 1/2
21. Juli	3	4	7 1/2	9	6 1/2	5	6 1/2	6	6
1959 10. Jan.	2 3/4	3 3/4	7 1/4	8 3/4	6 1/4	4 3/4	5 1/4	5 3/4	5 3/4

*) Amtliche Sätze für Kredite an Nichtbanken, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen. Die hier wiedergegebenen Zinssätze sind zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern lauten die Sätze gleich. Sie verstehen sich einschließl. Kredit- bzw. Akzept- bzw. Diskontprovisionen, aber ohne Umsatzzprovision. — †) Gemäß § 2 des Sollzinsabkommens dürfen die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugewassten Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchstsaldo berechnet werden. Die Kreditkosten insgesamt können daher im Einzelfall von den hier aufgeführten Gesamtkosten abweichen. — §) Ohne Domizilprovision. — §) Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 1/2 %/a. — §) Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 %/a.

b) Höchst-Habenzinsen *)

‰ p. a.

Gültig ab	Täglich fällige Gelder		Spareinlagen		Kündigungsgelder †)					Festgelder §)				Postspareinlagen
	in provisionsfreier Rechnung	in provisionspflichtiger Rechnung	mit gesetzlicher Kündigungsfrist	mit vereinbarter Kündigungsfrist	1 Monat bis weniger als 3 Monate	3 Monate bis weniger als 6 Monate	6 Monate bis weniger als 12 Monate	12 Monate und darüber	30 bis 89 Tage	90 bis 179 Tage	180 bis 359 Tage	360 Tage und darüber		
1948 1. Sept.	1	2	2 1/2	3	4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 3/4
1. Sept.	1	1 1/2	2 1/2	3	4	2 1/4	2 1/2	2 3/4	3 3/4	2 1/4	2 1/2	2 3/4	3 1/2	2 1/4
1950 1. Juli	1	1 1/2	2 1/2	3	4	2 1/4	2 1/2	2 3/4	3 3/4	2 1/4	2 1/2	2 3/4	3 1/2	2 1/4
1. Dez.	1	1 1/2	3	3 1/2	4 1/2	3 1/2	3 1/2	4 3/8	4 3/8	3 1/2	3 1/2	4 3/8	4 3/8	3 1/2
1952 1. Sept.	1	1 1/2	3	3 1/2	4 1/2	3	3 3/8	3 3/8	4 1/4	3	3 3/8	3 3/4	4 1/8	2 3/4
1. Febr.	1	1 1/2	3	3 1/2	4 1/2	2 1/2	2 1/2	3 3/8	3 3/8	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 3/8	2 3/4
1. Juli	3/4	1 1/4	3	3 1/2	4 1/4	2 1/4	2 1/4	3 1/8	3 1/8	2 1/4	2 3/8	3	3 3/8	2 3/4
1954 1. Juli	1/2	1	3	3 1/2	4	2	2 3/8	2 3/8	3 1/4	2	2 3/8	2 3/8	3 1/8	2 3/4
1955 4. Aug.	3/4	1 1/4	3	3 1/2	4	2 3/8	2 3/8	3 1/4	3 3/4	2 3/8	2 3/8	3 1/8	3 3/8	2 3/4
1956 16. März	1	1 1/2	3	4	5	3 3/8	3 3/8	4 3/8	4 3/8	3 3/8	3 3/8	4 3/8	4 3/8	3 3/4
19. Mai	1 1/4	2	3 1/2	4 1/2	5 1/2	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	5 1/4	4 1/2
1. Okt.	1 1/4	1 1/4	3 1/2	4 1/2	5 1/2	4 1/4	4 1/4	5 1/4	5 1/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	5 1/4	4 1/2
1957 1. Febr.	1	1 1/2	3 1/2	4 1/2	5 1/2	3 3/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	3 3/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	3 3/4
17. Okt.	3/4	1 1/4	3 1/2	4 1/2	5 1/4	3 3/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	3 3/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	3 3/4
1958 10. Febr.	1/2	1	3 1/4	4	5	2 3/8	3	3 3/4	4 1/2	2 3/8	3	3 3/4	4 1/2	3 3/4
21. Juli	1/2	1	3	3 1/4	4 1/4	2 3/8	2 3/8	3	3 3/8	2 3/8	3	3 3/4	4 1/2	3
20. Nov.	1/2	1	3	3 1/4	4 1/4	2 3/8	2 3/8	3	3 3/8	2 3/8	3	3 3/4	4 1/2	3
1959 1. Febr.	3/8	3/4	3	3 1/4	4	1 1/2	2	2 1/2	3 1/4	2	2 1/2	2 3/4	3 1/4	3

*) Amtliche Sätze für Einlagen von Nichtbanken, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen. Die hier wiedergegebenen Sätze sind zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern lauten die Sätze gleich. — †) Für größere Einlagenbeträge (ab 50 000,— DM bzw. 1 000 000,— DM) wurden vom 1. 7. 1950 bis zum 19. 11. 1958 höhere Zinssätze vergütet. — §) Soweit für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten und mehr höhere Zinssätze als für Festgelder mit der entsprechenden Laufzeit gelten, dürfen die Sätze nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei Einlagen mit Kündigungsfrist von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten mindestens 3 Monate, bei Einlagen mit Kündigungsfrist von 12 Monaten und darüber mindestens 6 Monate — jeweils gerechnet vom Tage der Vereinbarung — kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die Sätze für Festgelder vergütet werden. — §) Ab 1. 7. 1949 = 2 1/2 %/a. — §) Ab 1. 1. 1951 = 2 3/4 %/a. — §) Ab 1. 7. 1956 = 3 1/4 %/a. — §) Ab 1. 5. 1957 = 3 1/2 %/a. — §) Ab 20. 11. 1958 darf bei Hereinnahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung.

4. Geldmarktsätze¹⁾ in Frankfurt (Main) nach Monaten

‰ p. a.

Zeit	Diskontsatz	Tagesgeld ²⁾	Monatsgeld ³⁾	Dreimonatsgeld ⁴⁾
1957 Aug.	4 1/2	2 1/2 — 4 3/8	4 1/8 — 4 1/2	—
Sept.	4 1/2 ²⁾	3 7/8 — 4 3/8	4 1/4 — 4 3/8	4 3/8 — 4 5/8
Oktober	4	3 — 4	3 3/4 — 4 1/4	—
Nov.	4	3 1/2 — 3 3/4	3 1/2 — 3 3/4	—
Dez.	4	2 1/2 — 4	4 3/4 — 5	4 1/2
1958 Jan.	4 1)	2 3/4 — 3 1/2	3 1/4	3 3/4 — 3 3/8
Febr.	3 1/2	3 1/4 — 4	3 3/8 — 3 3/8	3 3/8 — 3 3/8
März	3 1/2	3 1/4 — 4 1/8	3 3/8 — 3 3/4	3 3/8 — 4
April	3 1/2	3 1/4 — 4 1/8	3 3/8 — 3 3/8	3 1/4
Mai	3 1/8	3 1/8 — 3 3/8	3 3/8 — 3 5/8	3 1/2 — 3 3/4
Juni	3 1/2 ⁵⁾	3 — 3 1/8	3 3/8 — 4	3 5/8 — 3 3/4
Juli	3	2 3/8 — 3 1/8	3 — 3 1/4	3 1/8 — 3 3/8
Aug.	3	2 1/4 — 2 7/8	2 3/4 — 3	3 1/8
Sept.	3	2 3/8 — 3 1/8	2 7/8 — 3 1/8	3 — 3 1/4
Oktober	3	2 — 3 3/8	2 1/2 — 3	4
Nov.	3	2 1/2 — 3 1/4	2 3/4 — 3	—
Dez.	3	2 1/4 — 3	3 — 3 3/8	3 1/4 — 3 3/4
1959 Jan.	3 ⁶⁾	2 — 2 3/4	2 3/8 — 2 3/8	2 3/8 — 3
Febr.	2 3/4	2 3/8 — 3 1/8	2 1/2 — 2 3/8	2 3/4 — 3
März	2 3/4	2 — 2 7/8	2 1/8 — 3	2 1/8 — 3 1/8
April	2 3/4	1 3/4 — 2 1/4	2 1/4 — 3 1/4	2 1/8 — 2 3/8
Mai	2 3/4	2 1/4 — 2 7/8	2 1/8 — 3 1/4	2 3/4 — 2 7/8
Juni	2 3/4	2 — 3	2 1/8 — 3 1/4	2 3/4 — 3

¹⁾ Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden. — ²⁾ Jeweils niedrigster und höchster Satz während des Monats. — ³⁾ Ab 19. 9. 1957 = 4 %/a. — ⁴⁾ Ab 17. 1. 1958 = 3 1/2 %/a. — ⁵⁾ Ab 27. 6. 1958 = 3 %/a. — ⁶⁾ Ab 10. 1. 1959 = 2 3/4 %/a.

5. Tagesgeldsätze¹⁾ in Frankfurt (Main) nach Bankwochen

‰ p. a.

Zeit	Niedrigster Satz	Höchster Satz
1959 Febr. 1. — 7.	—	2 5/8
8. — 15.	2 1/8	2 1/2
16. — 23.	2 3/8	2 3/4
24. — 28.	2 1/2	3 1/8
März 1. — 7.	2 3/8	2 7/8
8. — 15.	2 1/2	2 3/4
16. — 23.	2	2 3/4
24. — 31.	2 1/2	2 5/8
April 1. — 7.	2 1/4	2 3/4
8. — 15.	1 7/8	2 1/4
16. — 23.	1 3/4	2
24. — 30.	1 3/4	2 1/8
Mai 1. — 7.	—	2 3/4
8. — 15.	2 1/2	2 3/4
16. — 23.	2 3/8	2 7/8
24. — 31.	2 1/4	2 3/4
Juni 1. — 7.	2 1/2	2 3/4
8. — 15.	2	2 1/4
16. — 23.	2	2 1/2
24. — 30.	2 1/4	3
Juli 1. — 7.	2 3/8	2 3/4
8. — 15.	2 1/4	2 3/8
16. — 23.	2 1/8	2 3/8

¹⁾ Tagesgeldsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden.

4. Absatz und Umlauf von Aktien ¹⁾
Mio DM Nominalwert

Table with columns: Zeit, Absatz (insgesamt, gegen Bar-einzahlung, auf Grund der Einbringung von Forderungen, Aufstockungsaktien), Umlauf am Jahres- bzw. Monatsende (auf Grund von: Geldanlagen, Sachanlagen), Umgestelltes RM-Kapital. Rows from 1948 to 1959.

¹⁾ Bis 1953 ohne Berlin; in den Jahreszahlen für 1954 sind die Emissionen Berliner Emittenten von 1948 bis 1954 enthalten. — ²⁾ Einschl. Umgründungen.

5. Umlauf¹⁾ der Wertpapiere aus dem Altgeschäft und der Altsparewertpapiere
Mio DM Nominalwert

Table with columns: Wertpapiere aus dem Altgeschäft (Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten), Altsparewertpapiere (Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten), Bank-schuldverschreibungen insgesamt, Öffentliche Anleihen (aus dem Altgeschäft, Altsparer), Industrie-²⁾obligationen aus dem Altgeschäft, Unter das Londoner Schuldenabkommen fallende Auslandsanleihen (Anleihen des Bundes, Anleihen der Länder und Gemeinden, Private Anleihen). Rows from 1957 to 1959.

¹⁾ Im Umlauf sind die Anleihen, die nach dem Wertpapierbereinigungsgesetz nicht bedient werden, nicht enthalten. — ²⁾ Soweit bisher erfaßt.

6. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse ¹⁾

Table with columns: Zeit, Festverzinsliche Wertpapiere (insgesamt, darunter: Schuldverschreibungen inländischer Emittenten (Pfandbriefe²⁾ und Kommunalobligationen, Industrie-Obligationen, Anleihen der öffentlichen Hand, Anleihen ausländischer Emittenten), Aktien. Sub-columns: Nominalwert, Kurswert, Ø Emissionskurs. Rows from 1955 to 1959.

¹⁾ Gewogene Durchschnittskurse, aus den in Tsd DM gemeldeten Originalzahlen errechnet. — ²⁾ Einschl. Schiffspandbriefe.

7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien

aufgeteilt nach Wirtschaftsgruppen der Emittenten
Mio DM Nominalwert

Wirtschaftsgruppe der Emittenten	Industrie-Obligationen						Aktien					
	1948, 2. Hj. bis 1955	1956	1957	1958	1959 Januar bis Juni	seit der Währungsreform insgesamt	1948, 2. Hj. bis 1955	1956	1957	1958	1959 Januar bis Juni	seit der Währungsreform insgesamt
1) Land- und Forstwirtschaft, Binnen- und Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	1,8	—	1,0	0,9	—	3,7
2) Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	497,1	45,0	112,6	391,0	260,0	1 305,7	138,6	226,0	330,1	53,6	53,9	802,2
3) Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	391,7	55,0	272,5	217,5	100,0	1 036,7	82,2	131,2	62,0	82,8	25,3	383,5
4) Energiewirtschaft und Versorgungsbetriebe	619,7	90,1	324,2	317,0	229,8	1 580,8	430,4	215,1	230,8	83,6	32,0	991,9
5) Stahl- und Eisenbau, Maschinen-, Fahrzeug-, Schiffbau, Eisen-, Stahl- und Blechwarengewerbe, Feinmechanik, Optik und Elektrotechnik	189,1	114,1	34,8	125,6	—	463,6	594,9	377,1	301,9	127,5	27,2	1 428,6
6) Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Kohlenwertstoff- und Gummiindustrie, Kunststoffe	185,0	197,7	165,0	464,5	71,0	1 083,2	441,3	517,5	464,3	318,1	147,6	1 888,8
7) Nahrungs-, Genuß- und Futtermittelgewerbe	7,1	—	4,0	—	—	11,1	72,2	38,8	41,3	46,0	25,2	223,5
8) Sonstige verarbeitende Gewerbe (Feinkeramik, Glas, Sägerei, Holz, Papier, Leder, Textil, Bekleidung)	33,7	41,8	—	42,6	—	118,1	147,1	40,9	32,1	17,4	4,8	242,3
9) Bau- und Bauhilfsgewerbe	37,2	—	—	3,7	3,8	44,7	22,6	4,3	1,4	4,8	0,2	33,3
10) Wohnungs- und Grundstücksbesitz	—	—	—	—	—	—	102,7	24,8	17,1	16,7	9,4	170,7
11) Sonstige Dienstleistungen	—	—	—	—	—	—	21,6	8,8	14,8	4,8	0,2	50,2
12) Handel-, Geld- und Versicherungswesen	—	20,0 ¹⁾	18,0 ¹⁾	15,0 ¹⁾	45,0 ¹⁾	98,0	633,0	204,7	113,8	273,4	52,1	1 277,0
13) Verkehrswirtschaft	10,0	—	—	75,0	—	85,0	100,5	48,3	21,1	108,2	11,8	289,9
14) Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	—	—	—	—	—	—	4,6	—	—	1,7	0,5	6,8
insgesamt	1 970,6	563,7	931,1	1 651,9	709,6	5 826,9	2 793,5	1 837,5	1 631,7	1 139,5	390,2	7 792,4

¹⁾ Schuldverschreibungen von Handelsunternehmen.

8. Zinssätze und Emissionskurse

Wertpapierart / Emissionskurs	Zinssätze (%/a)							Zusammen	Zinssätze (%/a)							Zusammen
	4 bis unter 4 1/2	4 1/2 bis unter 5	5 bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 bis unter 7	7 und höher		4 bis unter 4 1/2	4 1/2 bis unter 5	5 bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 bis unter 7	7 und höher	
abgesetzte, tarifbesteuerte Wertpapiere (Mio DM Nominalwert)																
I) Schuldverschreibungen inländischer Emittenten																
1) Pfandbriefe ¹⁾ und Kommunalobligationen																
davon zum Emissionskurs unter 96																
von 96 bis unter 97																
97 " " 98																
98 " " 99																
99 " " 100																
100 " " 101																
101 " " 102																
102 " " 103																
103 und höher																
2) Industrie-Obligationen (einschl. Wandelschuldverschreibungen)																
davon zum Emissionskurs unter 96																
von 96 bis unter 97																
97 " " 98																
98 " " 99																
99 " " 100																
100																
3) Anleihen der öffentlichen Hand																
davon zum Emissionskurs unter 96																
von 96 bis unter 97																
97 " " 98																
98 " " 99																
99 " " 100																
100																
4) Schuldverschreibungen v. Spezialkreditinstituten und sonstige																
davon zum Emissionskurs unter 96																
von 96 bis unter 97																
97 " " 98																
98 " " 99																
99 " " 100																
100 und höher																
II) Anleihen ausländischer Emittenten																
davon zum Emissionskurs unter 96																
von 96 bis unter 97																
97 " " 98																
98 " " 99																
99 " " 100																
100																
Zusammen	—	36,4	251,6	197,1	4,0	—	0,3	489,4	194,1	14,0	781,9	130,6	22,0	—	0,5	1 113,1

¹⁾ Einschl. Schiffpfandbriefe. — ²⁾ Kassenobligationen.

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere																	
	Insgesamt							darunter:										
								Pfandbriefe ¹⁾ und Kommunal-Obligationen					Schuldverschreibungen inländischer Industrie-Obligationen					
	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes
Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Öffentliche Stellen			Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Öffentliche Stellen			Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private			
	Mio DM ²⁾																	
1958 *)	432.0	2 599.0	322.1	506.5	109.7	3 969.3	313.2	1 598.8	74.4	62.9	5.5	2 054.9	13.9	204.0	105.8	249.0	51.7	624.6
1958 Aug.	66.8	394.9	41.7	88.1	18.4	609.8	55.1	293.9	6.4	10.9	0.1	366.3	1.5	25.2	20.1	57.8	15.4	120.0
Sept.	47.2	319.9	12.8	26.3	4.0	410.2	35.5	285.5	5.9	8.9	0.1	335.9	0.3	7.6	5.9	17.4	3.9	35.0
Okt.	91.7	786.1	108.5	144.8	45.0	176.0	30.1	262.1	19.5	7.3	0.6	319.7	2.9	33.4	18.1	47.2	8.4	110.0
Nov.	22.8	325.9	17.4	17.5	4.0	387.7	18.2	230.0	9.7	9.6	2.1	269.6	2.7	59.9	5.6	5.2	1.6	75.0
Dez.	110.6	237.4	58.7	90.3	6.7	503.7	105.0	168.9	23.8	17.1	2.6	317.4	3.7	42.9	27.7	63.1	2.5	140.0
1959 Jan.	102.3	1 100.2	140.3	166.0	13.3	1 522.2	55.5	693.2	55.7	27.6	0.1	832.2	30.3	41.7	33.7	67.1	8.2	180.0
Febr.	36.8	593.3	90.9	90.4	15.9	827.3	32.8	373.5	37.0	18.7	0.2	462.1	1.5	23.5	27.9	40.7	6.4	100.0
März	64.6	377.3	43.1	48.3	5.1	538.4	46.0	269.2	19.6	14.6	1.1	350.5	3.8	—	—	—	—	3.8
April	139.2	778.1	160.9	163.8	54.2	1 296.2	62.1	358.4	25.0	15.9	0.3	461.7	5.6	50.1	20.6	33.1	10.4	119.8
Mai ³⁾	155.0	561.3	61.2	65.5	9.3	852.4	96.6	243.0	28.9	14.1	2.1	384.7	0.6	9.3	9.9	22.9	2.4	45.0
Juni ⁴⁾	83.4	312.2	59.2	30.2	0.8	485.8	67.6	295.5	42.2	15.2	0.1	420.6	0.4	13.5	16.0	15.0	0.7	45.7
	vH ⁵⁾																	
1958 *)	11	65	8	13	3	100	15	78	4	3	0	100	2	33	17	40	8	100
1958 Aug.	11	65	7	14	3	100	15	80	2	3	0	100	1	21	17	48	13	100
Sept.	12	78	3	6	1	100	10	85	2	3	0	100	1	22	17	49	11	100
Okt.	8	67	9	12	4	100	10	82	6	2	0	100	3	30	16	43	8	100
Nov.	6	84	4	4	2	100	7	85	4	3	1	100	4	80	7	7	2	100
Dez.	22	47	11	18	2	100	33	53	8	5	1	100	3	30	20	45	2	100
1959 Jan.	7	72	9	11	1	100	7	83	7	3	0	100	17	23	18	37	5	100
Febr.	4	72	11	11	2	100	7	81	8	4	0	100	2	23	28	41	6	100
März	12	70	8	9	1	100	13	77	6	4	0	100	100	—	—	—	—	100
April	11	60	12	13	4	100	14	78	5	3	0	100	5	42	17	27	9	100
Mai ³⁾	18	66	7	8	1	77	25	63	7	4	1	100	1	21	22	51	5	18
Juni ⁴⁾	17	65	12	6	0	99	16	70	10	4	0	100	1	30	35	33	1	91

¹⁾ Soweit aufteilbar. Erfasst wird nur der erste Verkauf (bei Bankschuldverschreibungen in der Regel der Verkauf durch das Emissionsinstitut selbst, bei Anleihen der Verkauf durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Aus den in Tsd DM gemeldeten Originalzahlen errechnet. Summe des aufteilbaren Absatzes = 100 vH. — ³⁾ Summe des aufteilbaren Absatzes in vH

10. Investment-

Gesellschaft	Fonds	Inventarwert										Anzahl der			
				1958 ¹⁾		1959 ²⁾								1958 ³⁾	
		1956 ¹⁾	1957 ¹⁾	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	1956 ¹⁾	1957 ¹⁾	Nov.	Dez.
		Tsd DM		Tsd DM										Stück	
Allgemeine Deutsche Investment-GmbH München-Düsseldorf	Adifonds	—	—	79 902	87 793	95 847	95 440	99 604	104 048	114 937	126 623	—	—	800 078	848 942
	Fondak	11 476	31 239	116 064	119 376	125 517	125 120	129 752	134 657	152 066	174 449	40 763	317 863 ⁴⁾	786 141	786 353
	Fondis	22 436	30 269	52 451	54 452	56 532	55 764	59 580	74 070	88 339	102 534	201 533	262 722	308 747	306 986
	Fondra	3 315	5 449	25 901	26 793	28 433	29 143	30 170	31 268	34 159	37 307	18 001	28 577	199 045	202 129
Deutsche Gesellschaft für Wertpapier-sparen mbH Frankfurt (Main)	Investa	—	84 163	243 817	255 084	269 377	267 162	280 933	299 167	350 347	398 537	—	817 820	1 605 251	1 607 789
	Intervest	—	—	—	—	—	—	—	—	—	65 262	—	—	—	—
Deutscher Investment-Trust, Gesellschaft für Wertpapier-anlagen mbH Frankfurt (Main)	Concentra	51 767	128 970	279 903	292 842	309 220	291 007	303 120	299 114	332 414	373 932	537 000	1 304 000	1 976 000	1 970 000
	Industria	—	—	—	—	43 565	56 473	69 234	80 041	92 557	101 960	—	—	—	—
	Thesaurus	—	—	80 801	84 100	88 118	82 397	87 619	88 031	94 683	102 642	—	—	890 000	890 000
Deutsche Kapital-anlagegesellschaft mbH, Düsseldorf	Dekafonds I	8 563	17 830	54 746	58 414	63 064	61 585	66 178	69 927	80 376	95 512	85 792	161 929	345 120	354 956
Europa und Übersee Kapitalanlage-gesellschaft mbH Frankfurt (Main)	Europa-fonds I	—	—	—	—	20 777	25 135	31 246	39 454	42 701	44 579	—	—	—	—
Union-Investment-Gesellschaft mbH Frankfurt (Main)	Unifonds	9 112	17 096	58 812	65 497	70 608	71 483	75 513	80 772	91 584	102 610	201 549	384 558	934 082	1 000 123
	Uscafonds	1 415	2 130	4 936	4 998	5 180	5 314	5 344	5 658	5 836	6 268	13 609	23 831	45 398	45 629
Zusammen		108 084	317 146	997 333	1 049 349	1 176 238	1 166 023	1 238 293	1 306 207	1 479 999	1 732 215				

¹⁾ Stand am Jahresende. — ²⁾ Stand am Monatsende. — ³⁾ Durchschnitt im Monat. — ⁴⁾ Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vorjahrsstand infolge Ausgabe von je zwei Gratis-anteil an die bisherigen Besitzer von Fondra-Zertifikaten (im Juni 1958). — ⁵⁾ Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vormonatsstand infolge Ausgabe von je einem Gratisanteil an Juni 1959.

nach Käufergruppen ¹⁾

noch: Festverzinsliche Wertpapiere												Aktien						Zeit			
darunter:																					
Anleihen der öffentlichen Hand						Anleihen ausländischer Emittenten						Inländische Erwerber									
Inländische Erwerber		sonstige Wirtschaftsun- ternehmen		Private		Ausländische Erwerber		Summe des aufteilbaren Absatzes				Inländische Erwerber		sonstige Wirtschaftsun- ternehmen		Private		Ausländische Erwerber		Summe des aufteilbaren Absatzes	
Öffentliche Stellen	Kreditinstitute					Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsun- ternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsun- ternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes				
Mio DM ²⁾																					
79.4	639.3	91.3	124.3	29.1	963.4	0.7	30.6	9.9	31.6	19.2	92.0	129.6	161.1	79.7	37.8	152.6	560.9	1958 ³⁾			
1.4	25.0	—	—	—	26.4	—	—	—	—	—	—	20.7	14.3	3.0	0.1	—	38.1	Aug. 1958			
1.4	25.0	—	—	—	26.4	—	—	—	—	—	—	27.2	27.2	6.7	35.3	29.0	98.3	Sept.			
54.1	440.5	54.2	60.6	17.0	626.4	0.3	7.8	2.7	21.6	17.6	50.0	1.4	15.1	2.5	0.6	38.0	57.6	Okt.			
1.9	30.4	1.1	2.6	0.4	36.4	—	—	—	—	—	—	17.0	4.2	51.6	0.7	20.1	93.6	Nov.			
1.4	—	—	—	—	1.4	0.4	22.8	7.2	10.0	1.6	42.0	45.3	19.4	13.4	1.0	65.5	144.6	Dez.			
11.8	333.3	36.6	51.2	3.5	436.4	—	8.4	3.6	—	—	12.0	7.5	5.3	7.6	2.5	24.7	47.6	Jan. 1959			
1.4	150.0	—	—	—	151.4	1.1	45.2	26.0	31.0	9.3	112.6	11.0	97.3	13.9	0.1	1.6	123.9	Febr.			
4.1	30.9	7.1	9.7	0.7	52.4	—	—	—	—	—	—	0.7	24.5	11.1	33.1	2.0	71.4	März			
38.5	248.8	69.7	68.9	16.5	442.4	3.0	98.7	45.4	45.9	27.1	220.0	13.8	16.4	1.5	2.3	0.1	34.1	April			
37.8	297.1	22.2	28.5	4.8	390.5	—	—	—	—	—	—	—	2.0	3.3	1.8	2.9	9.9	Mai ⁴⁾			
1.4	—	—	—	—	1.4	—	—	—	—	—	—	18.8	35.2	0.5	1.7	10.7	66.8	Juni ⁵⁾			
vH ²⁾																					
8	66	10	13	3	100	1	33	11	34	21	100	22	29	14	7	28	100	1958 ³⁾			
5	95	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	54	38	8	0	—	100	Aug. 1958			
5	95	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	28	7	36	29	100	Sept.			
8	70	9	10	3	100	1	16	5	43	35	100	3	26	4	1	66	99	Okt.			
5	84	3	7	1	100	—	—	—	—	—	—	18	5	55	1	21	99	Nov.			
100	—	—	—	—	100	1	54	17	24	4	100	31	14	9	1	45	100	Dez.			
3	76	8	12	1	100	—	70	30	—	—	100	16	11	16	5	52	64	Jan. 1959			
1	99	—	—	—	100	1	40	23	28	8	100	9	79	11	0	1	99	Febr.			
8	59	13	19	1	100	—	—	—	—	—	—	1	34	16	46	3	89	März			
9	56	16	15	4	100	1	45	21	21	12	100	41	48	4	7	0	100	April			
10	76	6	7	1	100	—	—	—	—	—	—	—	20	33	18	29	100	Mai ⁴⁾			
100	—	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	28	53	1	2	16	100.	Juni ⁵⁾			

das Emissions-Konsortium); Weiterverkäufe bleiben unberücksichtigt. Aufteilung bei Aktien zum Teil geschätzt. — ²⁾ Einschließlich Schiffspfandbriefe. — ³⁾ Differenzen in den Summen des Gesamtabsatzes. — ⁴⁾ 2. Halbjahr. — ⁵⁾ Vorläufig.

Gesellschaften

ausgegebenen Anteile						Ausgabe-Preis pro Anteil													
1959 ²⁾						1956 ¹⁾			1957 ¹⁾			1958 ²⁾		1959 ²⁾					
Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	1956 ¹⁾	1957 ¹⁾	1958 ¹⁾	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni			
Stück						DM			DM										
884 320	883 646	884 957	881 712	867 162	858 704	—	—	107,90	107,24	103,74	111,—	113,51	113,13	122,20	128,79	142,78			
787 155	782 395	782 564	779 089	780 877	784 480	294,50	102,90 ^{b)}	158,30	157,82	153,06	169,07	167,32	167,81	179,82	189,52	212,54			
305 918	303 908	308 915	734 108 ^{b)}	770 959	809 344	116,50	120,60	185,—	181,83	177,04	189,73	193,24	193,34	105,40 ^{b)}	111,07	123,71			
206 809	210 531	212 323	214 016	215 135	215 116	191,75	198,50	138,— ^{b)}	136,97	134,61	141,09	143,99	144,34	151,65	157,21	170,28			
1 616 400	1 618 466	1 619 000	1 631 719	3 420 345	3 506 925	—	106,90	164,40	162,83	157,08	168,94	172,72	172,31	188,31	100,02	111,13			
—	—	—	—	—	790 146	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	85,83			
1 979 768	1 976 197	1 956 403	1 835 128	1 827 833	3 806 461	100,25	103,—	154,20	150,—	147,19	158,69	158,32	154,06	168,18	177,65	97,30			
440 500	621 200	681 432	752 900	790 100	809 633	—	—	—	—	—	101,82	102,86	101,93	109,95	115,16	124,45			
890 000	890 000	854 984	810 932	779 031	770 782	—	—	98,20	95,62	94,69	100,60	102,92	102,05	111,49	118,66	130,43			
367 787	380 530	388 312	395 359	400 333	861 870	103,20	114,20	170,60	167,90	163,82	174,72	170,05	168,99	183,62	193,72	131,58			
213 000	257 000	304 000	357 000	359 000	362 000	—	—	—	—	—	101,50	102,44	102,93	113,26	118,98	126,37			
1 028 665	1 051 739	1 057 974	1 068 963	1 073 199	1 076 249	47,50	46,70	68,80	67,77	65,82	70,79	72,33	72,06	78,62	83,73	93,25			
46 761	47 580	47 944	49 327	49 705	53 617	109,20	93,90	116,20	113,62	115,02	117,42	116,71	119,54	120,65	122,85	122,72			

antellen an die bisherigen Besitzer von Fondak-Zertifikaten (Ende Januar 1957). — ^{a)} Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vorjahresstand infolge Ausgabe von je einem Gratis- die bisherigen Besitzer von a) Fondis-Zertifikaten (im April 1959); b) Investa-Zertifikaten (im Mai 1959); c) Concentra-Zertifikaten (im Juni 1959); d) Dekafonds-I-Zertifikaten (im

15. Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen¹⁾

(ohne Sterbekassen, Krankenversicherungsunternehmen und die kleineren Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen)

Mio DM

Jahres- bzw. Vierteljahresende	Zahl der erfaßten Institute	Vermögensanlagen insgesamt	Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	Schuldscheinforderungen und Darlehen	Wertpapiere	Beteiligungen	Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	Grundstücke	Ausgleichsforderungen
Alle erfaßten Versicherungsunternehmen²⁾									
1951	394	5 934,6	676,4	723,3	319,3	34,4	76,9	453,8	3 650,5
1952	442	7 150,9	919,0	1 079,1	462,5	37,9	115,0	558,9	3 978,5
1953	452	8 717,6	1 244,0	1 594,1	766,9	49,3	154,5	782,8	4 126,0
1954	471	10 307,9	1 545,8	2 190,5	1 201,6	78,2	174,5	951,0	4 166,3
1955	476	11 830,3	1 847,4	2 686,6	1 604,9	107,3	197,0	1 158,2	4 228,9
1956	477	13 417,7	2 210,7	3 375,1	1 938,9	169,8	225,2	1 401,1	4 096,9
1957	475	15 492,1	2 672,8	4 198,8	2 439,5	275,9	258,4	1 590,7	4 056,0
1958									
1958 1. Vj.	424	16 007,0	2 770,4	4 280,8	2 669,2	283,7	258,9	1 612,6	4 131,4
2. "	422	16 431,4	2 838,4	4 340,2	2 873,7	290,9	261,8	1 662,6	4 163,8
3. "	422	17 074,2	2 942,0	4 526,1	3 138,2	297,3	266,7	1 727,8	4 176,1
4. "	422	17 771,8	3 051,6	4 758,8	3 354,2	306,7	270,8	1 830,3	4 199,4
1959 1. Vj.	422	18 489,3	3 105,0	4 977,8	3 781,1	293,7	274,2	1 829,1	4 228,4
Lebensversicherungsunternehmen									
1951	92	3 313,0	565,5	441,5	156,1	2,5	76,8	264,0	1 806,6
1952	92	3 933,9	747,2	639,0	208,2	4,5	114,6	323,5	1 896,9
1953	93	4 927,9	1 008,4	995,7	317,5	9,3	152,6	472,6	1 970,8
1954	92	5 790,6	1 251,0	1 405,3	453,6	26,1	171,5	544,7	1 938,4
1955	94	6 774,5	1 494,0	1 844,7	619,7	36,6	191,9	637,4	1 930,2
1956	96	7 794,7	1 784,8	2 318,0	715,8	49,6	220,1	803,5	1 902,9
1957	95	9 062,7	2 166,2	2 851,2	969,6	62,7	245,6	907,5	1 859,9
1958	93	10 485,8	2 462,1	3 283,1	1 345,7	89,1	256,0	1 061,4	1 988,4
1958 1. Vj.	94	9 381,8	2 248,6	2 902,3	1 040,9	69,3	246,1	922,6	1 952,0
2. "	93	9 581,9	2 300,3	2 920,9	1 127,5	76,6	248,8	953,6	1 954,2
3. "	93	9 981,6	2 386,2	3 058,5	1 238,2	81,5	253,3	993,2	1 970,7
4. "	93	10 485,8	2 462,1	3 283,1	1 345,7	89,1	256,0	1 061,4	1 988,4
1959 1. Vj.	93	10 920,0	2 506,1	3 470,7	1 510,9	73,9	258,9	1 054,5	2 045,0
Pensionskassen³⁾									
1951	172	1 570,0	61,5	159,5	44,8 ⁴⁾	—	—	18,7	1 205,5
1952	220	1 870,3	94,1	222,3	71,8 ⁴⁾	—	—	25,7	1 456,4
1953	226	2 098,7	132,5	337,7	106,1 ⁴⁾	—	—	33,8	1 488,6
1954	243	2 439,8	182,7	502,2	139,2 ⁴⁾	—	—	49,3	1 566,4
1955	241	2 661,3	233,4	532,5	166,2 ⁴⁾	—	—	72,8	1 656,4
1956	238	2 885,0	284,6	686,1	231,2 ⁴⁾	—	—	105,3	1 577,8
1957	237	3 258,4	346,0	893,5	230,9	3,5	0,0	125,1	1 659,4
1958									
1958 1. Vj.	188	3 270,3	356,3	903,3	244,8	3,7	0,0	118,8	1 643,4
2. "	188	3 350,2	367,8	926,3	253,5	3,7	0,0	120,9	1 678,0
3. "	188	3 419,2	381,0	957,1	273,2	2,7	0,0	127,7	1 677,5
4. "	188	3 481,3	406,4	969,7	289,2	2,6	0,0	133,4	1 680,0
1959 1. Vj.	188	3 520,3	412,4	978,1	320,6	2,6	0,0	140,1	1 666,5
Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen⁵⁾									
1951	103	817,0	41,8	79,4	91,9	16,6	0,1	142,1	445,1
1952	103	1 044,6	65,3	131,9	143,0	16,8	0,4	176,5	510,7
1953	105	1 310,5	86,0	158,4	252,5	19,8	1,9	239,1	552,8
1954	107	1 574,6	94,9	170,0	432,6	22,9	3,0	312,4	538,8
1955	111	1 825,2	99,5	190,1	590,4	36,7	5,1	376,9	526,5
1956	111	2 079,0	120,4	244,9	710,4	70,0	5,1	423,9	504,3
1957	111	2 273,7	137,9	305,2	891,9	115,7	12,8	476,9	433,3
1958	111	2 860,0	161,2	347,7	1 239,3	121,5	14,8	539,7	435,8
1958 1. Vj.	111	2 525,0	142,3	325,8	1 007,9	117,3	12,8	485,7	433,2
2. "	111	2 647,4	149,3	342,8	1 094,5	118,1	13,0	498,8	430,9
3. "	111	2 760,9	154,1	350,8	1 179,8	119,9	13,4	514,8	428,1
4. "	111	2 860,0	161,2	347,7	1 239,3	121,5	14,8	539,7	435,8
1959 1. Vj.	111	3 060,1	164,9	369,7	1 430,5	123,1	15,3	535,5	421,1
Rückversicherungsunternehmen									
1951	27	234,6	7,6	42,9	26,5	15,3	—	29,0	113,3
1952	27	302,1	12,4	85,9	39,5	16,6	—	33,2	114,5
1953	28	380,5	17,1	101,3	90,8	20,2	—	37,3	113,8
1954	29	502,9	17,2	113,0	176,2	29,2	—	44,6	122,7
1955	30	569,3	20,5	119,3	228,6	34,0	—	51,1	115,8
1956	32	659,0	20,9	126,1	281,5	50,2	—	68,4	111,9
1957	32	797,3	22,7	148,9	347,1	94,0	—	81,2	103,4
1958	30	944,7	21,9	158,3	480,0	93,5	—	95,8	95,2
1958 1. Vj.	31	829,9	23,2	149,4	375,6	93,4	—	85,5	102,8
2. "	30	851,9	21,0	150,2	398,2	92,5	—	89,3	100,7
3. "	30	912,5	20,7	159,7	447,0	93,2	—	92,1	99,8
4. "	30	944,7	21,9	158,3	480,0	93,5	—	95,8	95,2
1959 1. Vj.	30	988,9	21,6	159,3	519,1	94,1	—	99,0	95,8

Quelle: Geschäftsberichte und Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen. — *) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) 1951 und 1952 Vermögensanlagen im Bundesgebiet ohne Berlin, ab 1953 einschl. Berlin, ab 1956 auch einschl. der Vermögensanlagen im Ausland. — 2) Alle Lebensversicherungsunternehmen, alle Pensionskassen (bei den Vierteljahresendständen jedoch nur die größeren Kassen), die größeren Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen und alle Rückversicherungsunternehmen. — 3) Die Jahresendstände sind bei allen Pensionskassen erfaßt, die Vierteljahresendstände nur bei den größeren Pensionskassen, auf die rd. 99 vH der Vermögensanlagen aller Pensionskassen entfallen. — 4) Bis 1956 sind die Beteiligungen in den Wertpapierbeständen enthalten. — 5) Nur die größeren Unternehmen, auf die rd. 95 vH der Vermögensanlagen aller auf-sichtspflichtigen Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen entfallen.

und Lastenausgleichsfonds

DM

Main financial table with columns: Einzelne Steuern (Verbrauchssteuern und Zölle), Einnahmen des Lastenausgleichsfonds, and Zeit. Includes sub-categories like Kraftfahrzeugsteuer, Zölle, Tabaksteuer, etc.

kreditierten Einnahmen aus der Beförderungsteuer. — *) Errechnet nach den für die einzelnen Rechnungsjahre gesetzlich festgelegten Anteilsätzen: 1951/52: 27 vH; 1952/53: 37 vH; Soforthilfeabgabe und Soforthilfe Sonderabgabe ohne Berlin. — *) Bis einschl. August 1952: Einnahmen aus Umstellungsgrundschulden ohne Berlin. — *) Nach den Ergebnissen der

4. Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren 1)

Mio DM

Table showing the flow of treasury bills and non-interest-bearing treasury securities. Columns include Bund, Länder, Bundesbahn, Bundespost, and Gesamt.

1) Ohne die aus der Umwandlung von Ausgleichsfordernungen entstandenen Geldmarktpapiere und ohne Vorratsstellenwechsel. — *) Für Zwecke eines Sonderfinanzausgleichs zwischen Bund und Ländern begeben. — *) Land Bayern; außerdem bis zum 31. März 1955 auch Berliner Schuldverschreibungen. — *) Für die Sicherung von Investitionskrediten. — *) Einschl. der unverzinslichen Schatzanweisungen Sonderreihe S (aus der vorübergehenden Umwandlung von Anleihestücken).

7. Ausgleichsforderungen *)

Mio DM

	Alle Gläubiger	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute ¹⁾	Versicherungsunternehmen	Bausparkassen	Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen ²⁾
I. Die bisherige Entwicklung						
1. Zugewillte Ausgleichsforderungen ³⁾	21 325	8 674 ⁴⁾	7 546	5 039	66	—
2. Bestandsminderungen						
a) lineare und vorzeitige Tilgungen	715	—	444	268	3	—
b) Rückkäufe der Schuldner ⁵⁾	84	—	83	1	—	—
3. Saldo 1 -/. 2	20 526	8 674	7 019	4 770	63	—
4. Gläubigerwechsel						
a) Verkäufe an den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen	—	—	-/. 195	-/. 43	-/. 5	+ 243
b) vorübergehende Verkäufe an die Deutsche Bundesbank (abzüglich Rückkäufe)	—	+ 104	-/. 104	-/. 0	—	—
c) Saldo der Käufe und Verkäufe zwischen anderen Gläubigergruppen	—	—	+ 52 ⁶⁾	-/. 50 ⁶⁾	-/. 2 ⁶⁾	—
5. Bestand Ende Juni 1959	20 526	8 778 ⁷⁾	6 772	4 677	56	243
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	5 032	5 032 ⁷⁾	—	—	—	—
II. Der Bestand Ende Juni 1959 gegliedert nach Zinstypen und-Schuldnern						
1. Gliederung nach Zinstypen						
a) unverzinsliche Ausgleichsforderungen	67	—	59	—	—	8
b) 3 ¹ / ₂ %ige	14 579	8 231	6 213	—	—	135
c) 3 ¹ / ₂ %ige	4 825	0	54	4 666	56	49
d) 4 ¹ / ₂ %ige	497	—	446	—	—	51
e) 3 ¹ / ₂ %ige Sonderausgleichsforderungen	11	—	—	11	—	—
f) unverzinsliche Schuldverschreibung ⁸⁾	547	547	—	—	—	—
2. Gliederung nach Schuldnern						
a) Bund	10 967	8 674	461	1 783	—	49
b) Länder	9 559	104	6 311	2 894	56	194
3. Gesamt (1a bis 1f = 2a + 2b)	20 526	8 778 ⁷⁾	6 772	4 677	56	243
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	5 032	5 032 ⁷⁾	—	—	—	—
<p>*) Die Zahlen beruhen im wesentlichen auf einer Sondererhebung zum 31. 10. 1957, deren Ergebnisse soweit möglich (s. Anm. 6)) auf den derzeitigen Stand fortgeschrieben wurden. — 1) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter, sowie im Gegensatz zur Monatlichen Bilanzstatistik einschließlich der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme Ende 1953 weniger als 500 000,— DM betrug. — 2) Gemäß § 8 ff. des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. 6. 1956. — 3) Einschließlich der Ausgleichsforderungen, die den Instituten nach dem Stand ihrer Umstellungsrechnungen noch zuzuteilen sind. — 4) Einschließlich unverzinslicher Schuldverschreibung; vgl. Anm. 5). — 5) Rückkäufe durch einige Länder, überwiegend zur Finanzierung von Investitionsprogrammen. — 6) Stand 31. 10. 1957. — 7) Der im Ausweis der Deutschen Bundesbank vom 30. 6. 1959 (Tabelle II B) ausgewiesene Bestand von 3 746 Mio DM ergibt sich aus der Differenz zwischen dem unter I. 5. und II. 3. angegebenen Betrag von 8 778 Mio DM und dem für Zwecke der Offenmarktpolitik in Geldmarkttitel umgewandelten Teil der Ausgleichsforderungen in Höhe von 5 032 Mio DM. — 8) Unverzinsliche Schuldverschreibung des Bundes wegen Geldausstattung Berlins.</p>						

4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland

Stand am Ende des Berichtszeitraums

Mio DM

Jahres- bzw. Monatsende	Saldo der Forderungen und Verpflichtungen	Forderungen						Verpflichtungen				
		Insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken		Geldmarkt-anlagen	Kurzfristige Kredite		Insgesamt	Einlagen von Ausländern		Kurzfristige Kredite	
			Täglich fällige Gelder	Termin-gelder		Auslän-dische Währung	DM		Auslän-dische Währung	DM	Auslän-dische Währung	DM
1955	- 1 399	524	312	7	1	35	169	1 923	62	1 413	448	0
1956	- 2 310	715	362	13	4	35	301	3 025	52	2 063	904	6
1957	- 2 287	1 320	307	20	448	22	523	3 607	50	2 602	930	25
1958	- 1 560	1 919	431	128	481	55	824	3 479	91	2 811	537	40
1957 März	- 2 336	768	362	14	4	16	372	3 104	108	1 967	1 007	22
Juni	- 2 168	986	396	12	0	29	549	3 154	107	2 112	933	12
Sept.	- 3 089	723	269	20	0	21	413	3 812	38	2 795	949	30
Dez.	- 2 287	1 320	307	20	448	22	523	3 607	50	2 602	930	25
1958 März	- 1 526	2 055	342	26	610	31	1 046	3 581	82	2 741	721	37
Juni	- 1 413	2 102	407	35	474	40	1 146	3 515	90	2 693	702	30
Sept.	- 1 211	2 263	491	112	493	53	1 114	3 474	112	2 751	580	31
Dez.	- 1 560	1 919	431	128	481	55	824	3 479	91	2 811	537	40
1959 Jan.	- 310	2 721	520	815	611	151	624	3 031	110	2 424	447	50
Febr.	- 61	2 954	522	979	713	151	589	3 015	111	2 413	432	59
März	- 208	2 747	486	916	620	143	582	2 955	96	2 403	398	58
April	+ 182	3 292	469	1 213	823	152	635	3 110	116	2 551	385	58
Mai	+ 5	3 123	503	1 035	817	170	598	3 118	150	2 615	318	35
Juni ¹⁾	+ 148	3 396	674	1 099	898	161	564	3 248	203	2 713	299	33

1) Vorläufig.

5. Bilaterale Forderungen der Bundesrepublik Deutschland aus früheren Krediten an die EZU

Mio DM

Länder	Stand nach Durchführung der Liquidation der EZU	Tilgungen ¹⁾						Stand am 30. 6. 1959
		Februar 1959	März 1959	April 1959	Mai 1959	Juni 1959	Insgesamt	
Belgien-Luxemburg	251	—	—	—	—	—	—	251
Dänemark	205	—	—	6	—	—	6	199
Frankreich								
Forderungen ohne Sonderkredit	703	4	31	—	—	35	70	633
Forderungen aus dem Sonderkredit	525	—	—	—	—	—	—	525
Griechenland	46	—	—	—	2	2	4	42
Großbritannien	1 125	—	—	—	—	—	—	1 125
Island	17	—	—	0	—	—	0	17
Italien	178	—	—	178	—	—	178	—
Niederlande	261	—	—	—	—	—	—	261
Norwegen	220	—	6	—	7	9	22	198
Österreich	59	—	24	—	—	5	29	30
Portugal	80	—	—	7	—	6	13	67
Schweden	229	—	—	9	—	—	9	220
Schweiz	226	—	—	—	—	38	38	188
Türkei	61	—	—	—	—	4	4	57
Insgesamt	4 186	4	61	200	9	99	373	3 813

1) Die erste Tilgungszahlung erfolgte im Februar 1959.

noch: IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse

Kassa-Kurse in DM

Zeit	Oslo			Paris			Stockholm			Wien			Zürich		
	100 nkr			100 ffrs			100 skr			100 S			100 sfr		
	Parität 58,80 DM			Parität 0,850709 DM			Parität 81,1875 DM			Parität 16,1538 DM			Parität 96,0479 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1959															
Juni															
1.	58,71	58,65	58,77	0,8528	0,8518	0,8538	80,77	80,69	80,85	16,15	16,13	16,17	96,78	96,68	96,88
2.	58,69	58,63	58,75	0,8524	0,8514	0,8534	80,745	80,665	80,825	16,146	16,126	16,166	96,835	96,735	96,935
3.	58,71	58,65	58,77	0,8520	0,8510	0,8530	80,72	80,64	80,80	16,142	16,122	16,162	96,895	96,795	96,995
4.	58,72	58,66	58,78	0,8521	0,8511	0,8531	80,745	80,665	80,825	16,143	16,123	16,163	96,86	96,76	96,96
5.	58,735	58,675	58,795	0,8523	0,8513	0,8533	80,745	80,665	80,825	16,144	16,124	16,164	96,865	96,765	96,965
6.	58,725	58,665	58,785	0,8524	0,8514	0,8534	80,75	80,67	80,83	16,146	16,126	16,166	96,875	96,775	96,975
8.	58,745	58,685	58,805	0,8525	0,8515	0,8535	80,755	80,675	80,835	16,15	16,13	16,17	96,87	96,77	96,97
9.	58,75	58,69	58,81	0,8526	0,8516	0,8536	80,765	80,685	80,845	16,151	16,131	16,171	96,89	96,79	96,99
10.	58,735	58,675	58,795	0,8529	0,8519	0,8539	80,78	80,70	80,86	16,155	16,135	16,175	96,95	96,85	97,05
11.	58,745	58,685	58,805	0,8528	0,8518	0,8538	80,78	80,70	80,86	16,153	16,133	16,173	96,945	96,845	97,045
12.	58,74	58,68	58,80	0,8525	0,8515	0,8535	80,765	80,685	80,845	16,15	16,13	16,17	96,925	96,825	97,025
13.	58,745	58,685	58,805	0,8525	0,8515	0,8535	80,76	80,68	80,84	16,149	16,129	16,169	96,93	96,83	97,03
15.	58,735	58,675	58,795	0,8523	0,8513	0,8533	80,745	80,665	80,825	16,147	16,127	16,167	96,91	96,81	97,01
16.	58,74	58,68	58,80	0,8526	0,8516	0,8536	80,76	80,68	80,84	16,149	16,129	16,169	96,95	96,85	97,05
18.	58,75	58,69	58,81	0,8525	0,8515	0,8535	80,78	80,70	80,86	16,148	16,128	16,168	96,945	96,845	97,045
19.	58,745	58,685	58,805	0,8524	0,8514	0,8534	80,78	80,70	80,86	16,147	16,127	16,167	96,975	96,875	97,075
22.	58,730	58,670	58,790	0,8523	0,8513	0,8533	80,765	80,685	80,845	16,149	16,129	16,169	96,955	96,855	97,055
23.	58,735	58,675	58,795	0,8522	0,8512	0,8532	80,78	80,70	80,86	16,152	16,132	16,172	96,96	96,86	97,06
24.	58,735	58,675	58,795	0,8523	0,8513	0,8533	80,78	80,70	80,86	16,151	16,131	16,171	96,95	96,85	97,05
25.	58,745	58,685	58,805	0,8522	0,8512	0,8532	80,785	80,705	80,865	16,151	16,131	16,171	96,96	96,86	97,06
26.	58,745	58,685	58,805	0,8521	0,8511	0,8531	80,78	80,70	80,86	16,153	16,133	16,173	96,955	96,855	97,055
27.	58,735	58,675	58,795	0,8525	0,8515	0,8535	80,78	80,70	80,86	16,154	16,134	16,174	96,965	96,865	97,065
29.	58,745	58,685	58,805	0,8523	0,8513	0,8533	80,785	80,705	80,865	16,157	16,137	16,177	96,95	96,85	97,05
30.	58,745	58,685	58,805	0,8523	0,8513	0,8533	80,78	80,70	80,86	16,157	16,137	16,177	96,985	96,885	97,085
Juli															
1.	58,73	58,67	58,79	0,8523	0,8513	0,8533	80,79	80,71	80,87	16,159	16,139	16,179	96,97	96,87	97,07
2.	58,73	58,67	58,79	0,8518	0,8508	0,8528	80,80	80,72	80,88	16,164	16,144	16,184	96,98	96,88	97,08
3.	58,72	58,66	58,78	0,8513	0,8503	0,8523	80,80	80,72	80,88	16,165	16,145	16,185	96,985	96,885	97,085
4.	58,715	58,655	58,775	0,8520	0,8510	0,8530	80,79	80,71	80,87	16,166	16,146	16,186	96,99	96,89	97,09
6.	58,73	58,67	58,79	0,8519	0,8509	0,8529	80,785	80,705	80,865	16,168	16,148	16,188	96,98	96,88	97,08
7.	58,71	58,65	58,77	0,8517	0,8507	0,8527	80,785	80,705	80,865	16,175	16,155	16,195	96,995	96,895	97,095
8.	58,74	58,68	58,80	0,8515	0,8505	0,8525	80,795	80,715	80,875	16,18	16,16	16,20	96,995	96,895	97,095
9.	58,755	58,695	58,815	0,8515	0,8505	0,8525	80,815	80,735	80,895	16,187	16,167	16,207	97,015	96,915	97,115
10.	58,74	58,68	58,80	0,8515	0,8505	0,8525	80,80	80,72	80,88	16,191	16,171	16,211	96,995	96,895	97,095
11.	58,75	58,69	58,81	0,8516	0,8506	0,8526	80,805	80,725	80,885	16,188	16,168	16,208	97,005	96,905	97,105
13.	58,74	58,68	58,80	0,8521	0,8511	0,8531	80,825	80,745	80,905	16,193	16,173	16,213	97,005	96,905	97,105
14.	58,735	58,675	58,795	0,8520	0,8510	0,8530	80,815	80,735	80,895	16,196	16,176	16,216	97,02	96,92	97,12
15.	58,74	58,68	58,80	0,8519	0,8509	0,8529	80,81	80,73	80,89	16,197	16,177	16,217	97,02	96,92	97,12

X. Zinssätze im Ausland

1. Diskontsätze

Länder	‰	seit	Vorheriger Satz		Länder	‰	seit	Vorheriger Satz	
			‰	seit				‰	seit
Vereinigte Arabische Republik	3 ¹⁾	15. 11. 52	3,5 ¹⁾	5. 7. 52	Kolumbien	6-12	1. 5. 58	3-6	.
Argentinien	6	20. 12. 57	3,4	1. 10. 46	Luxemburg ²⁾	3,25	8. 1. 59	3,5	28. 8. 58
Australischer Bund ³⁾	4,75	8. 52	4,25	11. 34	Mexico	4,5	4. 6. 42	4	2. 1. 41
Belgien ⁴⁾	3,25	8. 1. 59	3,5	28. 8. 58	Neuseeland	7 ^{*)}	18. 10. 55	6	5. 9. 55
Bolivien ⁵⁾	6	30. 9. 50	5	4. 2. 48	Nicaragua	6	1. 4. 54	5	28. 8. 53
Brasilien ⁶⁾	8	9. 4. 58	6	30. 12. 55	Niederlande	2,75	21. 1. 59	3	15. 11. 58
Bulgarien	3,5	27. 7. 48	4,5	14. 8. 46	Norwegen	3,5	14. 2. 55	2,5	9. 1. 46
Birma	3	2. 48	—	—	Österreich	4,5	23. 4. 59	5	17. 11. 55
Ceylon	2,5	11. 6. 54	3	23. 7. 53	Pakistan	4	14. 1. 59	3	1. 7. 48
Chile	12	1. 1. 56	9	1. 2. 55	Peru	6	13. 11. 47	5	1. 8. 40
Costa Rica	5	1. 4. 54	4	1. 2. 50	Philippinen	6,5	3. 2. 59	4,5	2. 9. 57
Dänemark	4,5	15. 8. 58	5	19. 4. 58	Polen	6	1. 8. 47	—	—
Ecuador	10	13. 5. 48	7	8. 6. 38	Portugal	2,5	12. 1. 44	3	8. 4. 43
Finnland	6 ^{*)}	1. 3. 59	6,5 ^{*)}	19. 4. 56	Rumänien	5	25. 3. 48	7	15. 8. 47
Frankreich	4	23. 4. 59	4,25	5. 2. 59	Salvador ⁷⁾	4	12. 4. 57	3	22. 3. 50
Griechenland	10	1. 5. 56	9	1. 1. 55	Schweden	4,5	3. 5. 58	5	11. 7. 57
Großbritannien u. Nordirland	4	20. 11. 58	4,5	14. 8. 58	Schweiz	2	26. 2. 59	2,5	15. 5. 57
Guatemala ⁸⁾	6	1. 1. 54	4	11. 12. 47	Spanien	5	22. 7. 57	4,25	10. 9. 56
Indien	4	16. 5. 57	3,5	15. 11. 51	Sowjetunion (UdSSR)	4	1. 7. 36	8	22. 3. 27
Indonesien	3	1. 4. 46	—	—	Südafrikanische Union	4	5. 1. 59	4,5	29. 9. 55
Iran	4	23. 8. 48	5	23. 12. 47	Thailand (Siam) ⁹⁾	7	23. 2. 45	—	—
Irland	4,25	28. 11. 58	4,5	2. 9. 58	Tschechoslowakei	2,5	28. 10. 45	3,5	1. 10. 40
Island	7	2. 4. 52	6	1. 1. 48	Türkei	6	6. 6. 56	4,5	28. 6. 55
Italien	3,5	7. 6. 58	4	6. 4. 50	Ungarn	5	1. 11. 47	7	1. 8. 46
Japan	6,935 ⁴⁾	19. 2. 59	7,3 ⁴⁾	5. 9. 58	USA (New York)	3,5	29. 5. 59	3	6. 3. 59
Jugoslawien	1-3	20. 8. 48	1-4	1. 1. 47	Venezuela ⁷⁾	2	8. 5. 47	2,5	4. 11. 43
Kanada ⁵⁾	5,66	24. 7. 59	5,44	17. 7. 59					

¹⁾ Handelswechsel mit Bankunterschrift. — ²⁾ Überziehungssatz der Commonwealth Bank. — ³⁾ Satz für akzeptierte Tratten, die bei einer Bank domiziliert sind und für Lagerscheine. — ⁴⁾ Basis-Diskontsatz = Rediskontsatz für Handelswechsel. — ⁵⁾ Flexibler, jede Woche neu bestimmter Diskontsatz. — ⁶⁾ Mindestdiskontsatz. — ⁷⁾ Rediskontsatz.

2. Geldmarktsätze

Tagesdurchschnitte¹⁾

‰ p. a.

Monat bzw. Woche	Amsterdam		Brüssel ²⁾			London			New York			Ottawa	Paris		Zürich			
	Tägliches Geld	Schatzwechsel (3 Monate) Marktdiskont	Tagesgeld ³⁾ (1 Tag)	Schatzwechsel (3 Monate) Marktdiskont	Bankakzept ⁴⁾ (bis zu 4 Monaten)	Tagesgeld ⁵⁾	Schatzwechsel (3 Monate) Emissionsatz ⁶⁾	Bankakzept ⁶⁾ (3 Monate)	Schatzwechsel (3 Monate) Marktdiskont ⁷⁾	Bankakzept ⁶⁾ (3 Monate)	Erstklassige Handelspapiere (4 bis 6 Monate)	Schatzwechsel (3 Monate) Emissionsatz ⁶⁾	private Titel	öffentl. Titel	Tägliches Geld ⁸⁾	Drei-monats-geld ¹¹⁾	Privatdiskonten ¹⁰⁾	
1957 Jan.	3,38	3,58	1,70	—	—	4,06	4,69	4,84	3,11	3,38	3,63	3,70	3,92	3,17	1,50	—	1,64	
Feb.	2,85	3,47	1,70	—	—	3,66	4,30	4,44	3,11	3,38	3,63	3,76	3,52	3,21	1,50	—	1,75	
März	3,50	3,61	1,70	—	—	3,55	4,07	4,25	3,08	3,27	3,63	3,71	4,10	3,33	1,50	—	1,75	
April	3,50	3,62	1,70	—	—	3,59	4,01	4,18	3,06	3,20	3,63	3,72	4,61	3,33	1,50	—	1,75	
Mai	2,88	3,59	1,70	—	—	3,48	3,84	4,04	3,06	3,25	3,63	3,77	5,19	3,03	1,75	—	1,75	
Juni	2,70	3,60	1,70	—	—	3,45	3,87	4,08	3,29	3,36	3,79	3,80	5,78	2,85	1,88	—	2,50	
Juli	3,08	3,61	1,70	—	—	3,45	3,85	4,06	3,16	3,38	3,88	3,81	7,82	2,88	1,92	—	2,50	
Aug.	3,51	4,45	1,70	—	—	3,60	3,97	4,17	3,37	3,78	3,98	3,97	7,94	2,93	2,00	—	2,50	
Sept.	3,64	4,86	1,70	—	—	4,33	5,42	5,40	3,53	3,83	4,00	3,93	5,77	3,26	2,00	—	2,50	
Okt.	3,75	4,87	1,70	—	—	5,53	6,60	6,81	3,58	3,75	4,10	3,84	4,94	3,10	2,00	—	2,50	
Nov.	3,35	4,66	2,05	3,25 ¹⁴⁾	—	5,63	6,54	6,77	3,29	3,50	4,07	3,65	4,87	3,04	2,00	—	2,50	
Dez.	3,33	4,64	2,25	3,40	—	5,67	6,43	6,67	3,04	3,35	3,81	3,65	5,72	3,34	2,00	—	2,50	
1958 Jan.	3,50	4,43	2,08	3,75	4,31	5,56	6,27	6,51	2,44	3,06	3,49	3,54	5,17	3,42	1,88	2,42	2,50	
Feb.	3,26	3,88	1,80	3,75	4,31	5,57	6,02	6,17	1,54	2,30	2,63	2,99	5,25	3,58	1,72	2,14	2,50	
März	2,77	3,14	1,55	3,71	4,27	5,23	5,78	5,96	1,30	1,80	2,33	2,44	5,96	3,52	1,59	2,00	2,50	
April	2,93	3,18	1,51	3,50	4,06	4,71	5,28	5,47	1,13	1,52	1,90	1,67	6,78	3,58	1,06	1,61	2,50	
Mai	2,39	2,97	1,49	3,38	4,06	4,53	5,02	5,24	0,91	1,30	1,71	1,56	10,04	3,43	1,00	1,42	2,50	
Juni	2,34	2,90	1,29	2,87	3,85	3,95	4,45	4,64	0,83	1,13	1,54	1,75	7,51	3,45	1,00	1,33	2,50	
Juli	2,50	2,87	1,25	2,52	3,50	3,62	4,15	4,31	0,91	1,13	1,50	1,31	6,85	3,51	1,00	1,25	2,50	
Aug.	2,08	2,62	1,22	2,47	3,41	3,36	3,81	3,98	1,69	1,65	1,96	1,29	6,97	3,47	1,00	1,25	2,50	
Sept.	2,16	2,62	1,20	2,25	2,96	3,17	3,65	3,82	2,44	2,39	2,93	2,02	6,46	3,59	1,00	1,25	2,50	
Okt.	2,50	2,83	1,20	2,25	2,94	3,19	3,65	3,80	2,63	2,75	3,23	2,48	5,50	3,63	1,00	1,25	2,50	
Nov.	1,79	2,40	1,20	2,25	2,94	2,97	3,46	3,67	2,67	2,75	3,08	3,00	5,26	3,61	1,00	1,13	2,50	
Dez.	1,50	2,26	1,11	2,02	2,94	2,70	3,16	3,34	2,77	2,75	3,33	3,46	6,07	3,70	1,00	1,13	2,50	
1959 Jan.	1,58	2,04	1,02	1,88	2,84	2,74	3,12	3,28	2,82	2,75	3,30	3,34	4,39	3,63	1,00	1,13	2,50	
Feb.	1,26	1,74	1,02	1,85	2,81	2,73	3,09	3,22	2,70	2,75	3,26	3,70	4,23	3,67	0,95	1,13	2,50	
März	1,42	1,68	1,03	1,85	2,81	2,65	3,30	3,41	2,80	2,88	3,35	4,16	4,36	3,74	0,88	1,06	2,24	
April	1,50	1,61	1,00	1,85	2,81	2,69	3,25	3,40	2,95	2,98	3,42	4,57	4,13	3,56	0,88	1,13	2,00	
Mai	1,34	1,63	1,00	1,85	2,81	2,67	3,33	3,43	2,84	3,17	3,56	4,98	3,88	3,61	0,88	1,14	2,00	
Juni	1,45 ^{p)}	1,82 ^{p)}	1,00	1,85	2,81	2,74	3,44	3,54	3,25	3,31	3,84	5,15	3,66	3,43	1,05	1,30	2,00	
Woche endend am:																		
27. Juni	1,50 ^{p)}	1,81 ^{p)}	1,00	1,85	2,81	2,72	3,45	3,56	3,24	3,38	3,88	5,11	3,94	3,66	1,13	1,35	2,00	
4. Juli	1,50 ^{p)}	1,84 ^{p)}	1,00	1,85	2,81	2,75	3,45	3,56	3,17	3,38	3,88	5,01	4,44	3,97	1,06	1,35	2,00	
11. "	1,50 ^{p)}	1,57 ^{p)}	1,00	1,85	2,81	2,84	3,45	3,56	3,27	3,38	3,88	5,06	4,38	3,63	1,06	1,35	2,00	
18. "	1,50 ^{p)}	1,80 ^{p)}	1,00	1,85	2,81	2,80	3,45	3,56	3,37	3,48	3,88	5,19	4,38	3,71	1,00	1,35	2,00	
25. "	1,50 ^{p)}	1,78 ^{p)}	1,00	1,85	2,81	2,79	3,45	3,56	3,14	3,50	3,88	5,41	3,68	3,30	1,00	1,35	2,00	

¹⁾ Arbeitstäbliche Durchschnitte, soweit nichts anderes vermerkt. — ²⁾ Kalendertägliche Durchschnitte. — ³⁾ Sätze außerhalb des Clearingmarktes („hors compensation“). — ⁴⁾ Sätze, zu denen das Institut de Réescote et de Garantie grundsätzlich auf belgische Francs lautende, von der Belgischen Nationalbank viidierte und bei einer in der Chambre de Compensation de Bruxelles vertretenen Bank domizilierte Importwechsel ankauft. — ⁵⁾ Durchschnitt aus dem in The Times täglich notierten niedrigsten und höchsten Satz für day-to-day money. — ⁶⁾ Monate: Ungewogene Durchschnitte der bei den Schatzwechselemissionen im Berichtszeitraum erzielten durchschnittlichen Emissionsätze; Wochen: Durchschnittlicher Emissionsatz in der Berichtwoche. — ⁷⁾ Schatzwechselemissionen in London jeweils am Freitag, in Ottawa jeweils am Donnerstag. — ⁸⁾ Berechnet auf Grund der täglichen Schlußkurse für Geld (daily closing bid prices). — ⁹⁾ Abgabesätze der Bankakzept-Händler. — ¹⁰⁾ Eröffnungs-Sätze. — ¹¹⁾ Monate: Durchschnitt der an 4 Strichtagen (7., 15., 23. und Ultimo) gemeldeten Sätze; Wochen: Stand am jeweils letzten bankwöchentlichen Strichtag im Berichtszeitraum. — ¹²⁾ Drei-monatsdeposits bei Großbanken in Zürich. — ¹³⁾ Seit 12. 11. 1957. — ¹⁴⁾ Vorläufig.